

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

2013 | 3-4

2013

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18402>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 2013 | 3-4, Jg. 39 (2013), Nr. 3-4. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18402>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons - Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Rundfunk und Geschichte

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Interview

Internationales Forschungsprojekt zur Radiokultur

Golo Föllmer zu „Transnational Radio Encounters“

THEMA: Osteuropäischer Rundfunk im Wandel

Rüdiger Ritter

Radio Solidarność

Die antikommunistische Opposition im Äther

Michael Zok

Das polnische Fernsehen in den 1980er Jahren

Polska Telewizja als Gegenstand und Austragungsort politischer Konflikte

Vyara Angelova

„Rücksichtslose Zensur und Kasernenzustände“

Die Krisen im Bulgarischen Nationalen Radio nach 1989

Pavla Francová

Neubeginn

Die Transformation des Tschechoslowakischen Hörfunks 1988 bis 1993

Stefan Jarolimek/Konrad Hierasimowicz

Unter staatlichem Einfluss

Rundfunk und Internet in der Republik Belarus

Thomas Beutelschmidt/ Richard Oehmig/ Yulia Yurtaeva

Grenzüberschreitungen

Internationaler Programmtransfer als transkulturelle Kommunikation zwischen West- und Osteuropa am Beispiel des DDR-Fernsehens

**Studienkreis-Informationen / Forum / Dissertationsvorhaben /
Rezensionen / Zum Tod von Ursula Wagenführ**

IMPRESSUM

Rundfunk und Geschichte
ISSN 0175-4351
Selbstverlag des Herausgebers
erscheint zweimal jährlich
Zitierweise: RuG - ISSN 0175-4351

Herausgeber
Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. / www.rundfunkundgeschichte.de

Beratende Beiratsmitglieder:
Dr. Alexander Badenoch, Utrecht/Paris
Dr. Christoph Classen, ZZF Potsdam
Prof. Dr. Michael Crone, Frankfurt/M.

Redaktion dieser Ausgabe
Dr. Margarete Keilacker, verantwortl. (E-Mail: margarete.keilacker@gmx.de)
Melanie Fritscher (E-Mail: melanie.fritscher@geschichte.uni-freiburg.de)
Dr. Judith Kretschmar (E-Mail: jkretz@uni-leipzig.de)
Martin Stallmann (E-Mail: martin.stallmann@zegk.uni-heidelberg.de)
Alina Laura Tiews (E-Mail: alina.laura.tiews@uni-hamburg.de)

Layout und Endredaktion
Frank und Margarete Keilacker

Druck und Vertrieb
Deutscher Philatelie Service GmbH, Wermsdorf

Redaktionsanschrift
Dr. Margarete Keilacker, Brunnenweg 3, 04779 Wermsdorf/OT Mahlis
Tel.: 034364/889858, E-Mail: margarete.keilacker@gmx.de

Änderungen bei Adressen bzw. beim Abonnement bitte mitteilen an:
Dr. Veit Scheller (E-Mail: scheller.v@zdf.de, Tel: 06131/7014706)

Bisher erschienene Hefte dieser Zeitschrift finden Sie, mit Ausnahme der letzten beiden Jahrgänge, online unter www.rundfunkundgeschichte.de

Inhalt

Interview Internationales Forschungsprojekt zur Radiokultur Interview mit Golo Föllmer	3
--	---

Thema: Osteuropäischer Rundfunk im Wandel

Rüdiger Ritter Radio Solidarność Die antikommunistische Opposition im Äther	9
Michael Zok Das polnische Fernsehen in den 1980er Jahren Polska Telewizja als Gegenstand und Austragungsort politischer Konflikte	25
Vyara Angelova „Rücksichtslose Zensur und Kasernenzustände“ Die Krisen im Bulgarischen Nationalen Radio nach 1989	35
Pavla Francová Neubeginn Die Transformation des Tschechoslowakischen Hörfunks 1988 bis 1993	49
Stefan Jarolimek/Konrad Hierasimowicz Unter staatlichem Einfluss Rundfunk und Internet in der Republik Belarus	60
Thomas Beutelschmidt/ Richard Oehmig/ Yulia Yurtaeva Grenzüberschreitungen Internationaler Programmtransfer als transkulturelle Kommunikation zwischen West- und Osteuropa am Beispiel des DDR-Fernsehens	73

Studienkreis-Informationen

Medienhistorisches Forum 18. bis 19. Oktober 2013 in Lutherstadt Wittenberg	83
--	----

Forum

Indira Dupuis Transnational and Transcultural Communication Research in Central and Eastern Europe: Trends, Developments, Debates Jahrestagung 2013 der Fachgruppe Internationale und Interkulturelle Kommunikation der DGPK, 4. bis 5. Oktober 2013 in Wien und Bratislava	84
Anke Hagedorn Radiokulturen und Ideologie Workshop, 13. bis 14. Juni 2013 in Konstanz	85
Dawid Kasprovicz/Anneke Janssen Den Wissenschaften auf der Spur Jahrestagung der Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM), 3. bis 5. Oktober 2013 in Lüneburg	87

Dissertationsvorhaben

Eva Boller Visual War Frames - Der Libyen-Konflikt 2011 in europäischen TV-Nachrichten	90
Leslie McMurtry Revolution in the Echo Chamber: Audio Drama's Past, Present, and Future	92
Kristina Offterdinger Radio „Majak“ – Identitätsstiftung und soziale Differenzierung durch Radio in der poststalinistischen Gesellschaft der Sowjetunion, 1964-1991	94

Rezensionen

Thorolf Lipp Spielarten des Dokumentarischen. Einführung in die Geschichte und Theorie des Nonfiktionalen Films. (Florian Mundhenke)	96
Norbert Schneider Autonomie und Transparenz Privatsphäre und öffentlicher Raum in Zeiten der Digitalisierung (Margarete Keilacker)	98
Andreas Kötzing Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive 1954 – 1972. (Fernando Ramos Arenas)	99
Julia von Heinz Die freundliche Übernahme. Der Einfluss des öffentlich-rechtlichen Fernsehens auf den deutschen Kinofilm von 1950 bis 2010. (Sebastian Kuhn)	101
Sabine Mecking, Yvonne Wasserloos (Hg.) Musik – Macht – Staat. Kulturelle, soziale und politische Wandlungsprozesse in der Moderne. (Daniel Morat)	103
Zum Tod von Ursula Wagenführ	104
Autorinnen und Autoren dieses Heftes	U4

Internationales Forschungsprojekt zur Radiokultur

Interview mit Golo Föllmer

PD Dr. Golo Föllmer, Vorsitzender des Studienkreises „Rundfunk und Geschichte“, leitet seit September an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg das neue internationale Forschungsprojekt „Transnational Radio Encounters. Mediations of Nationality, Identity and Community through Radio“ (TRE). Margarete Keilacker bat ihn um einige Informationen dazu.

Sie leiten das neue internationale Forschungsprojekt „Transnational Radio Encounters“. Können Sie uns zunächst Inhalt und Zweck des Vorhabens kurz umreißen?

Föllmer: Der Ausgangspunkt für TRE ist, dass Radio in der Regel aus nationaler Perspektive untersucht wird, weil ja die Radiosysteme in verschiedenen Ländern recht unterschiedlich sind. Dabei spielen viele Aspekte eine Rolle: historische, ökonomische, rechtliche, strukturelle, oft auch zufällige Entwicklungen. Diese können meist schon aus Zugangsgründen im Nachbarland oder darüber hinaus schlecht beurteilt werden. Das führt dazu, dass komplexe, umfassende Untersuchungen, wenn es nicht um Details geht, in der Regel ganz auf nationale Strukturen ausgerichtet sind.

Wir wollen jetzt mal den Blick komparativ weiten, verschiedene Systeme nebeneinander setzen und das am Gegenstand transnationaler Kontakte tun. Wir haben verschiedene identifiziert: Ein Kontakt zu einem anderen Radio funktioniert zum einen über Programmaustausch, in der EBU ist das gängige Praxis. Dann gibt es die International Services, wie BBC World Service, Deutsche Welle etc., die in ihrer langen Geschichte ihre Ziele durchaus verändert haben. Diese senden ja in das Gebiet anderer Radiostationen hinein und müssen mit den Hörkonventionen im jeweiligen Land vertraut sein. Dann gibt es Fragen dazu, wie Transnationalität auch in einem Land entsteht, wenn Minderheiten, Minorities im fremden Land oder auch für ihr Heimatland Radio machen und wie das mit dem lokalen oder auch dem Radio in der Heimat interagiert. Außerdem kann man noch danach fragen, wie irgendjemand aus verschiedenen Beweggründen Radio anderer Länder hört.

Alle diese Phänomene haben eine ganz lange Geschichte. Das Hören über Grenzen erwähnt schon Rudolf Arnheim als Faszinosum des Radios. Historisch gab es da viele Veränderungen, und die jüngste ist natürlich die Digitalisierung. Auch dazu haben wir im Projekt einen Schwerpunkt gesetzt: Was passiert bei der Digitalisierung, wie gehen die Macher darauf ein, wie hören die Hörer anders, weil sie – sofern sie medienaffin sind – einen grenzüberschreitenden Zugriff auf tausende Sender haben.

Es geht dabei auch um rundfunkpolitische Fragen. Wir wollen deutlich machen, welchen Stellenwert Vielfalt hat, wie Radio grenzüberschreitend wirken kann, dabei noch eine ganz andere Bedeutung in der globalisierten Welt bekommt und welche Rolle auch internationale Öffentlichkeit spielt. Das Radio kann eine transnationale Öffentlichkeit herstellen.

Sie untersuchen also nicht das Gesamtprogramm, beispielsweise, ob dort Beiträge sind, die das Gemeinschaftsgefühl fördern und zum Verstehen fremder Kulturen beitragen, sondern nur solche Beziehungen untereinander?

Dazu, dass in Sendungen grenzüberschreitende politische oder auch kulturelle Probleme erörtert werden, gibt es immer mal Forschungen. Uns geht es konkret darum, inwieweit Sender von ihrer Gesamtkonzeption her schon immer strategisch Aktivitäten gefördert haben, die ein grenzüberschreitendes Sende- und Hörgeschehen betreffen und die in der Regel verschiedene Beweggründe hatten. Da sehen wir eine Polarität: Das eine ist sicherlich, dass in der EU seit langem eine Entgrenzung, die Bildung einer europäischen Identität, vielleicht sogar eine Entnationalisierung und weltweite Völkerverständigung angestrebt wird. Das andere ist aber, dass sich allein schon aus Markterwägungen die Sender in den jeweiligen Ländern bemüht sahen, eine nationale Identität weiter zu befördern und fortzuschreiben, um auf einem Weltmarkt der Radiosender, aber auch der politischen Kräfte zur eigenen Stärkung beizutragen.

Wobei die zweite Tendenz ja gegenwärtig sehr stark ist.

Ja, das kann man so sagen.

„Kulturimport auf den Flügeln der Welle“

Warum beziehen Sie sich ausdrücklich auf das Radio? Man hätte ja auch das Fernsehen nehmen können?

Das Radio ist älter und das erste Medium, das genau mit diesem Programm angetreten ist. Ich habe vorhin schon Rudolf Arnheim erwähnt, der hat das hervorgehoben, nicht als seine eigene Idee, sondern es waren die Rundfunkamateure, die vor dem Start des öffentlichen Rundfunks in Deutschland bereits das Grenzüberschreitende als Vorteil des Radios gepriesen haben. Arnheim bezeichnet das als „Kulturimport auf den Flügeln der Welle“. Aus seiner subjektiven Erfahrung berichtet er, wie man italienischem Radio zuhört, dabei diesen Singsang erkennt und damit vielleicht eine Ahnung bekommt, wie so eine fremde Mentalität beschaffen ist und sich ein Bild dieser fremden Kultur zeichnen kann. Im Radio gab es von Anfang an viele transnationale Aktivitäten: Ringschaltungen, Sendeübernahmen usw. kamen durch das Radio, im Fernsehen waren sie später etwas präsenter, der Grand Prix d’Eurovision ist heute ein Beispiel dafür. In der Gegenwart gehört es zur Praxis, dass ich – unterstützt durch das Internet – grenzüberschreitend Radio höre. Beim Fernsehen habe ich zwar auch einige internationale Sender mit drin, aber es ist nicht das weltweit komplette Angebot wie beim Radio.

In Ihrer Pressemitteilung heißt es, es ginge auch darum, wie Radioprogramme Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit konstruieren. Die „Gegenöffentlichkeit“ leuchtet mir in diesem Zusammenhang nicht ganz ein.

Das bezieht sich hauptsächlich auf den Teil von Peter Lewis und Caroline Mitchell aus England, die das sog. Minority Radio untersuchen, und das ist durchaus in einer Gegenöffentlichkeit angesiedelt, weil es sich um nichtkommerzielle Lokalradios handelt.

Das ist in England ja viel weiter gediehen als beispielsweise in Deutschland, gerade startete die nächste Lizenzierungswelle. In dem Teilprojekt geht es vor allem darum, in einer breiteren Öffentlichkeit das Bild einer Ethnie zu korrigieren, deren spezifische Belange zum Ausdruck zu bringen und auch politische Forderungen zu äußern.

Sechs Projekte in verschiedenen Ländern

Damit sind wir schon bei den Einzelprojekten. Wer ist daran beteiligt und wie sieht die Arbeitsteilung aus?

Neben der Martin-Luther-Universität sind die Universität Utrecht aus den Niederlanden (Professor Sonja de Leeuw bzw. Dr. Alexander Badenoch, derzeit Paris), die dänischen Universitäten Aarhus (Associate Professor Per Jauert) und Kopenhagen (Assistant Professor Dr. Jacob Kreuzfeldt), die Metropolitan University (Dr. Peter Lewis) und die University of Sunderland (Caroline Mitchell, beide Großbritannien) an dem Forschungsprojekt beteiligt.

Die Arbeitsteilung sieht so aus, dass das Projekt von Halle aus organisatorisch geleitet und das Geld aus Brüssel von hier aus auch verteilt wird.

Ergebnisse für die Öffentlichkeit

Von Halle her koordinieren wir auch die Events: Geplant sind drei große Workshops in Genf, Berlin und Kopenhagen sowie eine Abschlußkonferenz in Hilversum. Wir organisieren auch umfangreiche Maßnahmen des Wissenstransfers. Ein wesentlicher Teil solcher EU-Projekte ist nämlich, dass man – im Unterschied zu DFG-Projekten – seine Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit kommuniziert. Deshalb haben wir auch eine große Anzahl sog. Non-academic Partners, d.h. nichtakademische Einrichtungen, die dafür sorgen werden, dass beispielsweise Radiosendungen entstehen. Neben dem Deutschen Rundfunkarchiv ist u.a. auch Deutschland Radio Kultur mit im Boot. Sie werden weitgehend autonom dafür sorgen, dass Sendungen mit Teilergebnissen produziert werden, die für die Öffentlichkeit interessant sind.

Am Ende soll auch eine Ausstellung mit den Ergebnissen unserer Forschungen im Museum Beeld en Geluid, dem großen Rundfunkmuseum in Hilversum, entstehen. Wir errichten auch eine Wissensdatenbank, die sich nicht nur an Forscher wendet, die sich mit Rundfunk befassen, sondern breiter aufgestellt ist, auch neue Forschungsmethoden sollen dort präsentiert werden.

Können Sie diese neuen Methoden genauer erläutern?

Wir wollen zum einen gewisse vorhandene theoretische Ansätze für das Projekt nutzen, die für die Radioforschung Neuigkeitswert haben. Einer, der aus der Ethnologie/Anthropologie kommt, in der Radioforschung aber noch keinerlei Bedeutung hat, ist Benedict Andersons Konzept der Imagined Communities, der imaginierten Gemeinschaften. Ein sehr bedeutendes Konzept und schon lange diskutiert. Er beschreibt damit, dass Nationalstaaten mit fixen Grenzen, wie wir sie heute kennen, erst vor ca. 200 Jahren die Feudalstaaten abgelöst haben. Vorher lag die Orientierung, wozu jemand gehört, eigentlich

am Feudalherren oder an Religionszugehörigkeiten, aber nicht daran, dass irgendwer mal eine Linie in den Sand gezeichnet hatte. Es war damals ganz normal, dass sich Grenzen immer wieder verschoben. Die Folgen der fixen Grenzen spüren wir bis heute, beispielsweise, wenn es um Ausländer geht. Wie man so ein nationalstaatliches Konstrukt unter den gegenwärtigen Bedingungen der Mobilität aufrecht erhalten kann, ist gegenwärtig problematisch. Wir glauben, dass man das auf das Radio anwenden kann, es dann besser versteht und somit die Radioforschung in neue Diskurse bringt. Wir versprechen uns von diesem neuen Ansatz – wie es oft in der Wissenschaftsgeschichte war – neue Ergebnisse und Diskurse.

Der andere, mehr methoden-praktische Ansatz betrifft die Frage – in dem Teilprojekt, das ich mache – wie die ästhetische Gestaltung von Radioprogrammen die Identität bzw. die Identifikation eines Senders ausmacht.

Klangbild als Teilprojekt

Bleiben wir bei Ihrem Teilprojekt.

Wir wollen untersuchen, wie der Sound, die Ansprechhaltung der Moderatoren etc. die Senderidentität ausmacht und wie Sendeelemente miteinander gemischt werden. Dazu gibt es bisher so gut wie keine Forschungen. Es ist ein Vorhaben, an dem ich in einem interdisziplinären Projekt – in Deutschland und etwas darüber hinaus – auch schon länger arbeite.

Wir wollen das mit ethnografischen Methoden, Tiefeninterviews und teilnehmender Beobachtung im Produktionskontext untersuchen. Also auch bei bestimmten Tätigkeiten zusehen, um dann zu fragen, wie machst Du das eigentlich, warum triffst Du bestimmte Entscheidungen so und nicht anders. Wieso passt das zu diesem Sender und nicht zu einem anderen. Dann haben wir Laborstudien vor, um zu erforschen, bei welchen Parametern es anfängt, sich nicht mehr anzuhören wie der Ursprungssender, sondern wie ein anderes Format. Beipielsweise kann man mit bestimmten technischen Tools Tonhöhen usw. so modellieren, dass ein Moderator, der bei MDR Sputnik, einem Jugendsender, gesprochen hat, so klingt wie beim Kultursender MDR Figaro oder MDR Info.

Was hat das mit fremden Kulturen zu tun?

Uns interessiert dabei, wie sich eine Senderidentität ästhetisch-gestalterisch auszeichnet, welche Parameter national-typisch sind, d.h. aus einem Kulturkreis motiviert, und welche allgemeingültig? Wenn bei einem bestimmten Format, beispielsweise Inforadio, viele Ausprägungen im internationalen Bereich gleich sind, kann man fragen, woher das kommt, z.B. daher, dass einer mal einen Standard (vielleicht die BBC in England) gesetzt hat. Oder gibt es vielleicht auch allgemeine Kennzeichen, die einfach radiotypisch sind und damit das Radio konstant von anderen auditiven Gestaltungsweisen, etwa im Film oder im Fernsehen, abheben.

Welche Sender werden einbezogen?

Das ist noch nicht festgelegt. In der Planungsphase ist man sicher gut beraten, sich solche Fragen offen zu halten. Wir werden auf jeden Fall versuchen, führende Sender in

Deutschland aus verschiedenen Formatsparten zu untersuchen. Da wir in Halle sitzen, ist der MDR ein nahe liegender Partner, zu dem wir auch schon gute Kontakte haben. Es sind natürlich noch andere Sender möglich. Dann gibt es Vergleichswellen im europäischen Raum. Da werden wir nach London, Kopenhagen, Madrid, Hilversum und Paris gehen. Da möchte ich mich aber noch nicht festlegen.

Wie viele Mitarbeiter können Sie sich denn leisten?

Ich kann mir sehr wenige Mitarbeiter leisten. Im Prinzip nur mich. Das war anders geplant, aber ich werde die Forschungen nun fast alleine realisieren. Es gibt aber eine ganze Reihe von Zuarbeiten (Magisterarbeiten, Dissertationen), da ich das Projekt Radioästhetik/Radioidentität schon seit längerer Zeit betreibe. Und ich habe zwei hochkompetente Hilfskräfte.

Archiveleistungen fördern

Welche Rolle soll das Deutsche Rundfunkarchiv (DRA) spielen?

Archivzugang ist beispielsweise ganz wichtig für die Frage, welche strategischen Ideen hinter transnationalen Aktivitäten stecken. Da muss man in die entsprechenden Protokolle, Richtlinien, White Papers etc. reinschauen. Und wir brauchen Archive auch zum Auffinden von Mitschnitten.

Da wollen wir aber nicht nur eine Service-Leistung. Das DRA ist einer unserer Non-academic Partner, deshalb bieten wir an, dass sich ein geplanter Workshop ausschließlich mit Archiven befassen wird, um mal zu vergleichen, wie der Zugang in verschiedenen Ländern geregelt ist, welche innovativen Veränderungen und welche Entwicklungsmöglichkeiten es dazu in der letzten Zeit gab und gibt. Auch die Initiative audiovisuelles Erbe (vgl. RuG 1/2-2013) würde ich hier gerne einbinden. Dabei geht es auch um rechtliche Fragen.

Europäisches Förderprogramm für Geisteswissenschaften

Das Projekt wird von HERA (Humanities in the European Research Area) gefördert. Wer ist das? Und wo kommen die finanziellen Mittel dafür her?

HERA ist ein Projekt, das ganz explizit die Forschung und Vernetzung der Geisteswissenschaften im Euro-Raum fördert. Es ist lange schon ein Politikum und für viele ein Ärgernis, dass die Naturwissenschaften wesentlich höhere Mittel erhalten als die Geisteswissenschaften, denen erhebliche Hürden aufgebaut wurden. HERA ist nun eine Initiative der Forschungsministerien verschiedener Länder, die Gelder in einen Topf geworfen haben, um diese zu fördern. Aber auch, um stärker in die Öffentlichkeit zu kommen und zu demonstrieren, welchen Nutzen geisteswissenschaftliche Forschungen haben. Das ist auch ein Grund, warum der Wissenstransfer so groß geschrieben wird. Im Moment sind im HERA-Programm noch nicht alle EU-Staaten vertreten, und nur aus den Staaten, die derzeit mitmachen (d.h. einzahlen), dürfen sich auch Forscher bewerben. Das Projekt läuft seit fünf Jahren und im zweiten Durchgang ist nun auch Deutschland dabei und hat offenbar eine hervorragende Förderquote erlangt.

THEMA: **Osteuropäischer Rundfunk im Wandel**

Einige Leser/innen erwarten von dieser „Rundfunk und Geschichte“-Ausgabe vielleicht ein Themenheft zu 90 Jahren Rundfunk in Deutschland. Diese muss ich enttäuschen. Redaktion und Beirat fanden es spannender, die Rundfunkentwicklung in ehemals sozialistischen ost- und mitteleuropäischen Ländern zu beleuchten.

Wer meine Vita kennt, weiß, dass mir die osteuropäische Medienentwicklung immer am Herzen lag. Nun können wir Ihnen einige Texte anbieten, die – was mich besonders freut – teils auch direkt aus diesen Ländern kommen. Wir haben Wert darauf gelegt, ein möglichst vielfältiges Bild zu zeichnen und daher teils auch enge Grenzen hinsichtlich des Artikelumfangs gesetzt. Die Redaktion hat sich in Absprache mit den Autorinnen aus Sofia und Prag bemüht, die Texte den deutschen Gepflogenheiten anzupassen, ohne allerdings deren Eigenheiten aufzugeben.

Bei der Artikelsuche ist mir allerdings aufgefallen, dass viele, die sich kurz nach den Umbrüchen in den ehemals sozialistischen Staaten diesem Thema zugewandt hatten, wieder anders orientierten. Transformationsforschung – auch und erst recht in den Medien – kommt momentan wohl etwas kurz. Nach über 20 Jahren und auch besser zugänglichen Akten wäre das doch erst recht spannend. Oder?

Wohl mehr oder weniger zufällig fanden in der Vorbereitungsphase des Heftes zwei thematisch begleitende Tagungen statt, über die wir im Forum informieren. Anke Hagedorn bestätigt meinen Eindruck: Insgesamt habe der Workshop zu Radiokulturen und Ideologie „eine Reihe von spannenden neuen Forschungsansätzen zur Geschichte des Rundfunks aufgezeigt und damit den Beweis geliefert, dass dieses Themenfeld noch längst nicht ausgereizt ist.“ (S. 87) Indira Dupuis stellt in ihrem Konferenzbericht zwar fest, dass in den letzten Jahrzehnten „die international vergleichende Forschung in der Kommunikationswissenschaft einen Entwicklungsschub erlebt“ (S. 84). Das scheint aber weniger auf die osteuropäische Rundfunkgeschichte zuzutreffen. Ein Defizit beklagen auch Beutelschmidt/Oehmig/Yurtaeva: „Aber auch nach 1989/90 haben die medien- oder kommunikationswissenschaftlichen Disziplinen bei aller Ausdifferenzierung auf den Feldern der Programm-, Institutions- und Technikgeschichte den Austauschbeziehungen der osteuropäischen Fernsehstationen nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt.“ (S.74) Und Rüdiger Ritter stellt fest, dass die Forschung zu Radio Solidarnosc noch „ziemlich am Anfang steht“ (S.9).

Übrigens: Allen, die sich mit dem 90. Geburtstag des Rundfunks in Deutschland beschäftigen wollen, kann ich Interviews in mehreren Radiosendern, zwei größere Gesprächssendungen sowie Essays, alles von Hans-Ulrich Wagner, empfehlen (Nähere Informationen finden Sie auf der Web-Seite des Hans-Bredow-Instituts: www.hans-bredow-institut.de)

Margarete Keilacker

Rüdiger Ritter

Radio Solidarność

Die antikommunistische Opposition im Äther

Die Oppositionsbewegung in Polen gipfelte in den 1980er Jahren in der Entstehung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność. Als einzige von den Machthabern anerkannte oppositionelle Organisation stellte sie eine Besonderheit im gesamten Ostblock dar. Mit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurde die Gewerkschaft zwar wieder verboten, aber bereits die kurze Zeit der legalen Wirksamkeit hatte zu einer so starken Konsolidierung geführt, dass die Gewerkschaft selbst und die sich um sie herum ausbildenden Strukturen nicht mehr beseitigt werden konnten. Vielmehr organisierte sich die Gewerkschaftsbewegung im Untergrund neu. An die Stelle der verhafteten Gewerkschaftsführer traten neue Personen, und die bisherigen Formen der Gewerkschaftsarbeit wurden durch neue Mittel und Maßnahmen ergänzt.¹

Zu diesen neuen Mitteln gehörte auch die Entstehung eines Untergrundradios der Gewerkschaftsbewegung. Die erste Zelle von Radio Solidarność entstand im Jahr 1982 in Warschau, die Tätigkeit von Radio Solidarność-Zellen lässt sich in den Folgejahren durchgehend bis zu den halblegalen Aktivitäten des Jahres 1990 beobachten.² Die Forschung über dieses Thema steht noch ziemlich am Anfang – ganz im Gegensatz zu anderen Themen der Geschichte der Solidarność, die bereits verhältnismäßig gut bearbeitet sind, wie etwa die regionale Organisationsstruktur oder die Entwicklungen der inhaltlichen Konzeption der gewerkschaftlichen Opposition.³

Bogusław Bakula machte auf einer ersten größeren Konferenz zum Thema am 26./27. Mai 2007 in Poznań darauf aufmerksam, dass gerade dieser Bereich der polnischen Oppositionsgeschichte nach 1989 geradezu einem systematischen Vergessen anheimgefallen ist, und wies auf mehrere Gründe dafür hin: insbesondere die Ereignisse fernab der politischen Zentren wurden oft schlicht vergessen, die meisten der Radiomacher waren nicht politisch organisiert.⁴ Diese Vernachlässigung liegt zu einem gewissen Teil auch daran, dass der gesamte Komplex „Untergrundradio“ aus Gründen, die weiter unten besprochen werden, nicht ohne Weiteres und nicht zur Gänze in das dominierende Narrativ der antisozialistischen Widerstandsgeschichte der Solidarność einzubauen ist. Auch in die Forschung zur Geschichte des polnischen Rundfunkwesens⁵ hat das Untergrundradio bislang noch keinen Einzug gehalten, da es als konspiratives Radio naturgemäß quer zu den „normalen“ Strukturen des polnischen Radios steht.

.....
1 Zur polnischen Geschichte dieser Zeit vgl. Anthony Kemp-Welch: Poland under Communism. A Cold War history. Cambridge 2008; Henryk Ślabeek: O społecznej historii Polski 1945 – 1989, Warszawa 2009; Andrzej Friszke: Polska. Losy państwa i narodu 1939 – 1989. Warszawa 2007.

2 Einen Überblick gibt www.encyklopedia-solidarnosci.pl.

3 Zur Geschichte der polnischen Solidarność vgl. Timothy Garton Ash: The Polish Revolution. Solidarity. London 1983; Jadwiga Staniszkis: Poland's Self-Limiting Revolution, Princeton 1984; speziell zur Phase nach dem Verbot Andrzej Friszke (Hrsg.): Solidarność podziemna 1981 – 1989, Warszawa 2006.

4 Bogusław Bakula: Atlantyda zbiorowej pamięci. Radio Solidarność w Polsce lat 80. In: Bogusław Bakula (Hrsg.): Radio Solidarność. Podziemne rozgłośnie oraz audycje radiowe i telewizyjne w Polsce 1982 – 1990. Materiały z konferencji w Wyższej Szkole Zawodowej „Kadry dla Europy“ w dniach 26 – 27 maja 2007 roku, Poznań 2008, S. 11 – 20. (Bakula 2008)

5 Zum polnischen Radio vgl. Danuta Grzelewska u.a.: Prasa, Radio i telewizja w Polsce. Zarys dziejów, 2. Aufl. Warszawa 2001; Rafał Habielski: Polityczna historia mediów w Polsce w XX wieku, Warszawa 2009, hier S. 219 – 220; Stanisław Miszczak: Historia radiofonii i telewizji w Polsce, Warszawa 1972 (Miszczak 1972); Marek Malinowski u. a. (Hrsg.): Media w PRL, PRL w mediach. Materiały z II Ogólnopolskiej Konferencji „Propaganda w PRL-u“, 19./20. listopada 2003, Gdańsk 2003.

Wie Radio Solidarność funktionierte, wie die Radiomacher und die Zuhörer sich verhielten, was ihre Motivation war – all das gibt Aufschluss über die Verfasstheit einer Gesellschaft, die nicht bereit war, sich mit dem Verlust des gerade erst gewonnenen Stückchens an Freiheit abzufinden; und es zeigt, dass Radio in diesem speziellen Fall noch etwas anderes war als lediglich ein Medium zur Übermittlung von Informationen. Für eine abschließende Bewertung von Radio Solidarność ist es sicher noch zu früh, auch angesichts der Tatsache, dass noch längst nicht alle Zellen des Untergrundradios bekannt, geschweige denn beschrieben sind. Wohl aber ist es sinnvoll, anhand einer summarischen Darstellung der bisherigen Forschungen zum Thema eine Bestandsaufnahme zu liefern, um davon ausgehend Hinweise auf die Bedeutung von Radio Solidarność zu finden. Das ist die Aufgabe dieses Beitrags.

WER? Radiomacher und Radiohörer

Der Begriff Radio Solidarność ist irreführend, denn er suggeriert die Existenz einer festgefühten, hierarchisierten, horizontal und vertikal gegliederten Organisationsstruktur, womöglich mit einer Sendezentrale in der Hauptstadt und lokalen Filialen in Analogie zum polnischen Staatsrundfunk, der in der Tat so aufgebaut war.⁶ Radio Solidarność hingegen bestand aus einer Ansammlung von voneinander vollkommen unabhängigen, lokal agierenden Klein- und Kleinstzellen in einer ganzen Reihe von polnischen Städten, die zunächst einmal ohne jegliche Verbindung untereinander agierten. Oft kannten sich, wie beispielsweise in Poznań,⁷ auch die Mitarbeiter des Untergrundradios in einer einzigen Stadt kaum, so dass es schwierig ist, das Beziehungsnetz zu rekonstruieren. Mitunter war es erst das Interview des Wissenschaftlers mit dem Zeitzeugen, in dem letzterer davon erfuhr, dass sein benachbarter Kollege ebenfalls ein konspirativer Radiomacher gewesen war.⁸

Nun könnte man vermuten, dass eine zentrale Organisation aus Sicherheitsgründen an die Mitglieder der einzelnen Zellen sowenig wie möglich Informationen herausgab, unter anderem eben auch diejenige nicht, wer noch am Projekt Untergrundradio beteiligt war – aber bei der Suche nach einer solchen stößt man ins Leere. Auch die Organisation, die noch am ehesten eine Koordinierungsfunktion der heterogenen Solidarność-Struktur leisten konnte, nämlich die Tymczasowa Komisja Koordynacyjna (TKK),⁹ war an den Radiozellen nicht unmittelbar beteiligt.¹⁰ Auch lag die Initiative nicht bei der zentralen Kommission, sondern bei lokalen Aktivisten, die je nach eigenem Gutdünken die Zentrale von ihren Aktivitäten bezüglich des Untergrundradios in Kenntnis setzten. So suchte beispielsweise Andrzej Marcinek aus Krakau den Kontakt zum Vorsitzenden des TKK, Bogdan Borsewicz, und informierte ihn über die Radio Solidarność-Aktivität

6 Miszczak 1972, S. 229 - 236; Bakula 2008, S. 13.

7 Rafał Reczek: Radio Solidarność Regionu Wielkopolska. Dokumenty. Poznań: Oddział Instytutu Pamięci Narodowej - Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu w Poznaniu, 2008, S. 29 (Reczek 2008).

8 Allerdings gab es anscheinend Bemühungen zur Koordinierung. Janusz Radziejowski berichtet, dass er von einem „geheimen Koordinationskomitee“ zur Arbeit an der Warschauer Radiozelle „Armenia“ delegiert wurde. So bei Janusz Radziejowski: Ludzie i technika. Z historii warszawskiego Radia Solidarność. In: Bakula 2008, S. 42.

9 Die Tymczasowa Komisja Koordynacyjna wurde am 22. April 1982 von Zbigniew Bujak, Bogdan Lis, Władysław Frasyniuk sowie Władysław Hardek gegründet und sollte die Arbeit der Krajowa Komisja Porozumiewawcza (Vorsitzender Lech Wałęsa) und des Międzyzakładowy Komitet Strajkowy fortsetzen, die beide mit Eintritt des Kriegsrechts aufgelöst werden mussten. Vgl. Friszke, Andrzej: Tymczasowa Komisja Koordynacyjna NSZZ „Solidarność“ (1982 – 1987), in: Andrzej Friszke (Hg.): Solidarność podziemna 1981 – 1989, Warszawa 2006, S. 17 – 182.

10 Bakula 2008, S. 19.

im Podhale-Gebiet und über den Plan, den Sender Radio Józefa Piłsudskiego zu nennen. Eine ähnliche Information ging an A. Skaradek, als dieser Solidarność-Führer vom Podhale-Gebiet wurde.¹¹ Eine solche Berichterstattung lokaler Aktivisten an zentrale Solidarność-Stellen war aber anscheinend die Ausnahme, auch wenn es immer wieder Radiomacher gab, die mit der TKK eng zusammenarbeiteten, wie etwa Ryszard Kuszylejko, der u. a. mit Jerzy Buzek zusammenwirkte und auch in die Programmgruppe „K“ einging.¹² Häufig erfolgte der Informationsfluss von den lokalen Radio-Akteuren zur TKK über unterschiedliche Mittler. So stellte die TKK etwa in Südpolen die Kontakte zu den Radio-Aktivisten oft über die Organisation der katholischen Kirchengemeinden her.¹³

Bei der Kenntnis des inneren Aufbaus der Gewerkschaftsbewegung Solidarność ist dieser unregelmäßige Informationsfluss allerdings nicht weiter verwunderlich, denn hier wird immer wieder auf den dezentralen, selbstorganisierenden Charakter hingewiesen, der ja auch schon im vollständigen Namen der Bewegung zum Ausdruck kommt, der die Selbstverwaltung der einzelnen Zellen betont.¹⁴ Tatsächlich also handelt es sich bei den Radiomachern um unabhängige, nur auf der Basis eines gemeinsamen Grundgedankens agierende Einzelpersonen.

Untergrund-Radiosender existierten vor allem in den urban geprägten Regionen Polens, da in den Städten die aktiven Gewerkschafter vorhanden waren, die die Basis der oppositionellen Aktivitäten bildeten. Wichtige Städte mit Untergrundradio-Aktivitäten waren Warschau, Wrocław,¹⁵ Świdnik, Toruń, Gdańsk,¹⁶ Kraków, Opole, Poznań, Piła, Gorzów und andere.¹⁷ Dabei stellten vor allem Warschau und dann Wrocław die beiden mit Abstand bedeutendsten Zentren der Aktivitäten der Untergrundradiomacher dar. Allein in Warschau gab es drei voneinander unabhängige Programme und ein Netz von Radiomachern.

Oft handelte es sich um Techniker oder Ingenieure, d. h. um Menschen, deren Berufe die technische Beherrschung und Durchführung des Sende- und Empfangsvorgangs beim Radiomachen ermöglichten. Viele Radiomacher waren staatlich registrierte Amateurfunker oder Kurzwellentechniker, hingegen waren kaum professionelle Journalisten oder Angehörige offizieller Radiostationen vertreten,¹⁸ auch namhafte Oppositionelle fanden sich hier nicht. Hier liegt ein großer Unterschied zu den Autoren der Flugblätter und Kleinschriften. Hier war kein derart umfangreiches technisches Spezialwissen er-

.....

11 Andrzej J. Marcinek: Radio Solidarność Małopolska – Rozgłośnia Solidarności – Rozgłośnia Józefa Piłsudskiego. In: Bakula 2008, S. 125.

12 Janusz Korecki: Radio Regionalnej Komisji Wykonawczej w regionie Śląsko-Dąbrowskim. O działalności Ryszarda Kuszylejki. In: Bakula 2008, S. 145.

13 In Bakula 2008, S. 128.

14 Der vollständige, offizielle Name der Gewerkschaft lautet: Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“, konventionell abgekürzt als NSZZ „Solidarność“ = Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarität“.

15 Szczepan Rudka: Radio „Solidarność”. Wrocław 1981. Rozgłośnia wrocławskiej opozycji, Wrocław 2005.

16 Elżbieta Pietkiewicz: Radiowe agencje Solidarności w Gdańsku, in: Wojciech Polak u.a. (Hg.): Czas przełomu. Solidarność 1980 – 1981, Gdańsk 2010, S. 839 – 844.

17 Bakula 2008, S. 14.

18 Ein Beispiel ist Radio Szczecin, wo es zwar zu einer Organisation lokaler Zellen der Solidarność kam, aber zu keinerlei Untergrundradio-Aktivitäten. Vgl. Paweł Szulc: Zniwolonny eter. Polskie Radio Szczecin w latach 1945 – 1989, Szczecin 2012.

forderlich, so dass man als Autoren von Flugblättern und Kleinschriften im Gegensatz zu den Radiomachern einen Personenkreis vorwiegend aus Intellektuellen oder Personen mit Schreibtischberufen findet.¹⁹

Wenn es jedoch um die Inhalte der Sendung ging, kam es oft zur Zusammenarbeit der Radiotechniker mit oppositionellen Intellektuellen oder Untergrundpublizisten. So nahm beispielsweise einer der Initiatoren des Radio Solidarność Regionu Wielkopolskiego, Andrzej Piątek, Kontakt mit dem Redakteur der örtlichen Untergrundzeitung, dem „Obserwator Wielkopolski“, Marek Przybyła, auf. Man vereinbarte eine Zusammenarbeit, logistische und auch finanzielle Unterstützung. Die ersten vier Sendungen des Untergrundradios gestaltete der „Obserwator“, Przybyła hatte eine Mittlerrolle.²⁰ In ähnlicher Weise bildeten die Radioredaktionen und die Herausgeber des Untergrundblattes „Fenix“ in Gorzów ein gemeinsames Arbeitsteam.²¹ Die Redakteure des Untergrundradios in Poznań übernahmen eine vorgefertigte Sendung über die politischen Zustände im Land.²²

Die Radiomacher bildeten kleine Gruppen – Wissenschaftler an einem Forschungsinstitut, Mitglieder einer oppositionellen politischen Gruppierung oder oft auch nur eine Familie.²³ Es war keine einfache Aufgabe, eine Gruppe zusammenzustellen, mit der man Radio machen konnte. Radio konnte man nicht alleine senden, dazu brauchte man eine Gruppe von vertrauenswürdigen Personen.²⁴ Ein anscheinend nicht unbeträchtlicher Risikofaktor war der Alkohol. Bei der Beurteilung von Frauen als Radiomitarbeiterinnen gehen die Urteile der Zeitzeugen auseinander: Während Dariusz Rymar Alkohol und Frauen als die beiden größten Risikofaktoren des Radios „S“ in Gorzów nennt²⁵, hebt Szkutnik das größere Verantwortungsbewusstsein und die besseren Fähigkeiten zur Diskretion gerade der Frauen hervor.²⁶

Es gibt Hinweise darauf, dass sich der beteiligte Personenkreis und damit zusammenhängend auch die Motive der Radiomitarbeiter wandelten. 1986 entstand im Gorzower Radiomilieu eine zweite Generation von Untergrund-Radiomachern. Sie waren nicht mehr Teilnehmer der ersten Generation von 1980/81, sondern kamen erst nach dem Kriegsrecht dazu und begriffen Radiomachen im Untergrund als eine Art Extremsport.²⁷ Für viele Radiosprecher war ihr Einsatz im Untergrundradio nur mehr ein interessantes Abenteuer, nichts weiter.²⁸ Die Situation der Konspiration war anscheinend bis zu einem gewissen Grad etwas Normales geworden, eine Art Lebensform, die nicht mehr nur als Ausnahmezustand begriffen wurde. Zu dieser Normalität gehörte andererseits aber auch, dass das Interesse am Radio nachließ. Radio Solidarność in Wrocław stellte

.....
19 So die Ergebnisse eines Projekts zu Flugblättern und Kleinschriften der Solidarność an der Forschungsstelle Osteuropa Bremen.

20 Reczek 2008, S. 30/31.

21 Vgl. Dariusz Aleksander Rymar / Zbigniew Bodnar: Radio „Solidarność“ w Gorzowie Wielkopolskim w latach 1982 – 1989, Szczecin u.a.: Instytut Pamięci Narodowej - Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu, 2009. (Rymar 2009)

22 Reczek 2008, S. 48.

23 Bakula 2008, S. 16.

24 Anna Konopka: Relacje Henryka Gontarza spisała. In: Bakula 2008, S. 117.

25 Rymar 2009, S. 88/89.

26 Janusz Szkutnik: Radio Wolna Polska – Solidarność Walcząca Rzeszów, in: Bakula 2008, S. 129.

27 Rymar 2009, S. 120ff.

28 ebd., S. 157.

seine Tätigkeit 1985 ein, als eine Umfrage ergab, dass die meisten Hörer sich noch an die Sendung selbst, nicht aber mehr an den Inhalt erinnern konnten. Oft kamen die Informationen auch zu spät, so dass der Inhalt der Sendungen nicht mehr von Interesse war. Zudem fehlte das technische Personal.²⁹

Der Hörerkreis war aus technischen Gründen (Stärke der Sendegeräte) auf die Einwohner des näheren Umkreises eingeschränkt. Die Tatsache, dass die meisten Sendungen vorher durch Flugblätter angekündigt wurden, führte dazu, dass die Mehrzahl der Hörer aus der *Solidarność* nahestehenden Personen bestand. Allerdings konnten durch dieses Verfahren ebenso gut Geheimpolizisten oder Parteiangehörige von den Sendungen Kenntnis erhalten. Eine Rückmeldung bekamen die Radiomacher nur vom privaten Bekanntenkreis oder durch mehr oder weniger zufällige Begegnungen mit Hörern, die von ihren Eindrücken berichteten.³⁰ Eine „Rückmeldung“ anderer Art konnte allerdings auch in einer Verhaftung bzw. einer Wohnungsdurchsuchung bestehen.

WIE? Technik im Dienste der Opposition

Aufgrund ihrer technischen Kenntnisse waren gerade Techniker oder Ingenieure fähig, mit einfachsten Mitteln und einer für die damalige Zeit und die Umstände typischen Improvisationskunst Apparaturen zu ersinnen und herzustellen, die das Senden und Empfangen von selbst verfertigten Radioprogrammen gestatteten. Das Wissen über technische Details spielte beim Untergrundradio eine wichtige Rolle. Im Untergrund wurden neben politischen Flugschriften, Aufrufen zu Demonstrationen oder Hilfsaufrufen für politische Gefangene und deren Familien auch technische Anleitungen wie etwa Bauanleitungen für Radiosende- oder -empfangsgeräte kolportiert. Um den Nachbau möglichst jedem zu ermöglichen, ersannen die Konstrukteure Apparaturen, die mit einfachsten, möglichst in jedem Haushalt verfügbaren Mitteln realisiert werden konnten.

Die Hilfe aus dem westlichen Ausland spielte eine nicht geringe Rolle. Die notwendige Technik war teuer und in Polen, gerade vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage und der problematischen Versorgungssituation, oft kaum zu erhalten.³¹ Nach Ansicht von Bogusław Bakuła wäre die Aufrechterhaltung des Untergrundradios ohne westliche Unterstützung, d. h. von der *Polonia* oder *Solidarność*-Aktivisten im Ausland, kaum möglich gewesen.³² Hilfstransporte von Medikamenten und Lebensmitteln im Rahmen der damaligen Polenhilfe aus Westdeutschland,³³ aber auch aus anderen westeuropäischen Ländern, wurden nicht selten dazu benutzt, technisches Gerät zur Herstellung von Sende- und Empfangsanlagen nach Polen zu bringen. Manchmal konnte man auf Gerätschaften zurückgreifen, die noch während der Zeit der legalen Existenz der *Solidarność* aus dem Ausland nach Polen gekommen waren. Für die Herstellung von Radiosendegeräten in Danzig war u. a. technisches Gerät hilfreich, das die Danziger *Solidarność* schon im Jahr 1981 aus einer Hilfslieferung einer US-amerika-

.....

29 Szczepan Rudka: *Niezależna działalność radiowa we Wrocławiu w latach 1981 – 1989*. In: Bakuła 2008, S. 163.

30 Tadeusz Ruzikowski: *Warszawskie Radio Solidarność*. In: Bakuła 2008, S. 29.

31 Stolz weist Janusz Radziejowski allerdings darauf hin, dass das erste Sendegerät des Warschauer Untergrundradios eine polnische Eigenproduktion war. Radziejowski in Bakuła 2008, S. 36.

32 Bakuła 2008, S. 17.

33 Vgl. Barbara Cölln / Bartosz Dudek / Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): *Polenilfe. Als Schmuggler für Polen unterwegs / Pomoc dla Polski. Zostali przemytnikami dla Polaków*, Dresden und Wrocław 2011.

OPIS AMATORSKIEJ ANTENY KIERUNKOWEJ
/PRZECIWZAGŁUSZENIOWEJ/

1. Przeznaczenie anteny

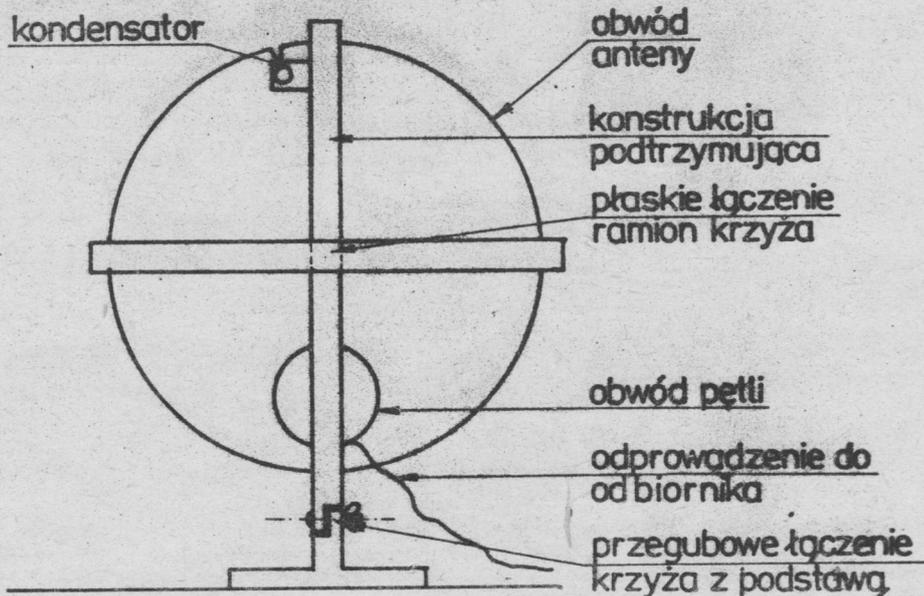
Antena służy do polepszenia jakości odbioru programów radiowych nadawanych na falach krótkich w pasmach od 16 do 41 m w warunkach ich zagłuszenia. Antena taka sprawdza się szczególnie w dużych miastach i umożliwia czytelny dla ucha odbiór audycji w tych miejscach, gdzie zagłuszenie czyni odbiór całkowicie niemożliwym, oraz umożliwia znaczną poprawę jakości odbioru w tych miejscach, gdzie odbiór /bez dodatkowej anteny/ był możliwy, ale zniekształcony zagłuszeniem.

2. Materiały potrzebne do wykonania anteny

- kabel telewizyjny okrągły współosiowy /tzw. koncentryczny/ - ok. 2 m plus odległość /przewidywana/ anteny od odbiornika;
- listewki /drewniane lub z materiału izolacyjnego/ o orientacyjnych wymiarach 2x3x48 cm oraz 2x3x65 cm plus materiały na podstawkę do anteny;
- kondensator nastawny 200 pF z dielektrykiem stałym;
- płytka/cienka, z materiału izolacyjnego/ o wymiarach ok. 3x6 cm / do zamocowania kondensatora/;
- pałeczka /lub rurka/ z materiału izolacyjnego o orientacyjnej długości 10 cm /do przedłużenia osi pokrętła kondensatora/.

3. Ogólny opis anteny

Schematyczny widok ogólny anteny przedstawiono na rysunku 1. Na konstrukcji podtrzymującej w kształcie krzyża rozpięte są dwa obwody kabla koncentrycznego uformowane w okręgi i leżące na płaszczyźnie krzyża. Większy obwód /okrąg o średnicy



RYS. 1

Bauanleitung für ein Gerät, um die staatlichen Störsender auszuschalten. Erste Seite einer Flugschrift, die zu Beginn der 1980er Jahre im polnischen Zweiten Umlauf veröffentlicht wurde (ohne Urhebervermerk, genaues Datum und Ort unbekannt). Aus dem Archiv der Forschungsstelle Osteuropa Bremen (Signatur: FSO 02-03).

nischen Gewerkschaft erhalten hatte.³⁴ Firmen und Privatleute in der Bundesrepublik zeigten große Initiative. So versprach beispielsweise die Firma Siemens ein Sendegerät, wenn die Polen den Transport in ihr Land organisierten.³⁵ Für die Radiohilfe waren Freunde in Deutschland sogar bereit, das US-Embargo zu unterlaufen, um technisches Gerät zum Radiomachen nach Polen zu bringen.³⁶ Sie setzten sich also gleich über zwei Verbote hinweg, über das US-amerikanische und das polnische.

Die Jahre 1984 und 1985 waren die schwerste Zeit für die Opposition. Zum materiellen Mangel kam noch der Umstand, dass nun immer mehr Aktivisten und Sympathisanten der *Solidarność* in den Westen auswanderten.³⁷

Als Sendeorte dienten hochgelegene Wohnungen, Dächer, Bäume oder Straßenlaterne. Sendegeräte trug man im Rucksack mit sich oder plazierte sie in Kinderwagen und Einkaufstaschen. Wenn Herrchen mit seinem Hund Gassi ging, hatte er in seiner Tasche das Sendegerät, die Hundeleine diente als Antenne, so dass alles ganz harmlos aussah.³⁸ Sendegeräte wurden auch an den Balkons der Wohnung angebracht oder sogar mit Ballons (die für gewöhnlich meteorologischen Instituten zur Wetterbeobachtung dienten)³⁹ in die Höhe gebracht. Weil große Ballons auch von meteorologischen Stationen gewöhnlich nicht verwendet wurden, konstruierte man in Toruń kleinere Ballons, die ein Sendegerät tragen konnten. Das Material dazu konnte man teilweise im Warenhaus Smyk kaufen, teilweise musste es selbst hergestellt werden. Im Sender war eine Vorrichtung, die die Kassette auswarf, sobald die Sendung beendet war, damit die Geheimpolizei die Kassette nicht fand. Der Verzicht auf diese Maßnahme sollte sich als verhängnisvoll für das Toruner Untergrundradio erweisen.⁴⁰

Ein anderer Weg der Distribution der Sendungen war die Weitergabe von Kassetten mit Aufnahmen der Sendungen im Untergrund nach Art des sog. *magnitizdat*.⁴¹ Ein weiteres Betätigungsfeld der Radiomacher bestand in der Installation von Kassettenabspielgeräten mit Megaphonen (den sog. *tuby*),⁴² die an öffentlichen Orten aufgestellt wurden und für die Dauer der Spielzeit einer Kassette als Radiogerät fungierten.⁴³ Gegen Ende der 1980er Jahre versuchte man sogar, Satellitentechnik für das Radio nutzbar zu machen.⁴⁴ In Toruń gelang es den *Solidarność*-Aktivisten, ihr Programm von einer nahegelegenen sowjetischen Militärbasis aus zu senden, wobei die Militärs anscheinend nicht so genau darauf achteten, wozu sie da zugestimmt hatten.⁴⁵

.....

34 Piotr Jagielski: *Radio w Trójmieście*. In: Bakula 2008, S. 53.

35 Waclaw Hennel / Zenon Benicki: *Tu Radio Solidarność Ziemi Puławskiej*. In: Bakula 2008, S. 121.

36 Romuald Lazarowicz: *Radio Solidarności Walczącej*. In: Bakula 2008, S. 174.

37 Rymar 2009, S. 94ff.

38 Bakula 2008, S. 16.

39 So Radziejowski in Bakula 2008, S. 38.

40 Jan Hanasz: *Radio „balonowe” toruńskiej Solidarności*. In: Bakula 2008, S. 72/73.

41 Dieser Begriff aus der russischen Untergrundszene bezeichnet die Weitergabe von Audiokassetten mit oppositionellem Inhalt unter der Hand. Der Begriff ist parallel zum Begriff des *samizdat* (Selbstverlag) gebildet, der die Gesamtheit des oppositionellen Schrifttums im Staatssozialismus bezeichnet.

42 Rudka in Bakula 2008, S. 162.

43 Die Arbeiten an der Vorbereitung einer Audiokassette für Megaphonübertragungen am Wroclawer Hauptbahnhof wurden aufgedeckt, weil ein Amerikaner diese Tätigkeit öffentlich auf Englisch beschrieben hatte, im naiven Glauben, dass die Informationen wegen der Unkenntnis des Englischen in Polen geheim bleiben würden. So Lazarowicz in Bakula 2008, S. 171.

44 Bakula 2008, S. 17.

45 Hanasz in Bakula 2008, S. 68.

Als wichtiges Hilfsmittel bei der konspirativen Arbeit diente auch das Auto. Taxifahrer stellten ihre Wagen als Transportmittel für die Radioredaktion zur Verfügung.⁴⁶ Ideal war das Auto für die Empfangskontrolle: Zur Sendezeit postierte man sich im Fiat polski, um herauszufinden, welche Qualität und Stärke der Sender hatte, oder ob staatliche Stellen Störfrequenzen benutzten. Ohne sich an jedem neuen Ort Zutritt zu einer Wohnung verschaffen zu müssen (was nur ging, wenn ein bekannter Sympathisant dort wohnte), konnte man ganz bequem die Reichweite eines Senders ermitteln.⁴⁷

Ein besonderer Punkt war die Kommunikation mit den Radiohörern im Vorfeld. In den allermeisten Fällen konnten die Zellen der Untergrundradios keinen regelmäßigen Sendebetrieb mit festen Programmschemata und Sendezeiten aufbauen, sondern mussten sich auf wenige, kurze, in unregelmäßiger Folge ausgestrahlte Sendungen beschränken. Eine Mitteilung an potenzielle Radiohörer im Vorfeld war also wesentlich, wollte man nicht nur für den engen Kreis der aktiven Redaktionsmitglieder senden.

Ganz zu Anfang experimentierte man mit unterschiedlichsten Modellen. Am 20. Januar 1982 wurde aus Wrocław eine Botschaft per Morsealphabet in den Westen an konkrete Empfänger gesendet. Die polnische Redaktion von Radio Free Europe nahm dann in ihr Programm konkrete Hinweise auf Sendezeiten und Frequenzen des Untergrundradios auf. So startete beispielsweise „Radio Solidarność“ Wrocław.⁴⁸ „Radio S“ in Gliwice kündigte seine Sendungen durch Karnevalsballons an, die man im Kaufhaus kaufen konnte. Angehängt waren Flugblätter an Zündschnüren aus Zigaretten, die dann nach einer Zeit abfielen. Die Ballons wurden jedoch alsbald aus dem Verkauf genommen.⁴⁹

Ein weiterer, oft benutzter Weg bestand in der Ankündigung einer Sendung per Untergrundflugblatt. In den meisten Fällen gab es Kontakte zwischen der Radioredaktion und einer Solidarność-Zelle vor Ort, so dass es einfach war, eine Information per Flugblatt zu verteilen. Eine weitaus elegantere Methode stellte jedoch die Wahl einer Frequenz dar, mit der man – eine ausreichende Stärke der eigenen Technik vorausgesetzt – beliebte Sendungen des staatlichen Radios oder sogar des staatlichen Fernsehens überstrahlte. So legte man die beiden Radiosendungen von Radio Wolna Polska in Rzeszów auf die Frequenzen der Sendung „Listy przebojów“ im offiziellen Radio. Diese Sendung war sehr beliebt und so die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Hörer zur Sendezeit ihr Empfangsgerät angeschaltet hatten. Tatsächlich belegt ein Hörerbericht, dass die Hörer statt des Programms das Untergrundradio hörten und nach der Schlagerliste suchten.⁵⁰ In Gorzów Wielkopolski wählte man im Herbst 1982 den staatlichen Fernsehkanal als Frequenz des Untergrundradios.⁵¹ Wo das nicht ging, konnte man wenigstens den Fernsehkanal für Ankündigungsinformationen nutzen, etwa indem man ins Fernsehprogramm kurze Bilder mit der Aufschrift „Radio S“ oder „Radio einschalten“ einblendete,⁵² vorzugsweise dann, wenn beliebte Filme oder Sportsendungen im Fernsehprogramm

.....

46 Reczek 2008, S. 46 f.

47 Rymar 2009, S. 99.

48 Lazarowicz in Bakula 2008, S. 170.

49 Andrzej Jarczewski: Radio Solidarności gliwickiej delegatury RKW i MKO Zabrze. In: Bakula 2008, S. 140.

50 Szkutnik in Kaula 2008, S. 130.

51 Grażyna Pytlak: Radio Solidarność w Gorzowie. In: Bakula 2008, S. 215.

52 Radziejowski in Bakula 2008, S. 38.

liefern.⁵³ Generell lässt sich sagen, dass das Solidarność-Untergrundradio wesentlich von der Existenz des Fernsehens profitierte.

WAS? Die Inhalte der Sendungen

In einer weiteren Hinsicht ist der Begriff Radio Solidarność irreführend: Er suggeriert die Existenz eines festen Programmschemas, eines fortlaufenden Programmangebots über einen längeren Zeitraum hinweg. Nur in einigen Fällen gab es aber Ansätze dazu. So bildeten die drei Programme des Untergrundradios in Warschau jeweils ein eigenes Profil aus: das erste Programm hatte Informationscharakter und sendete Informationen aus der Solidarność-Bewegung sowie offiziell nicht zugängliche Informationen. Das zweite Programm hatte zusätzlich eine unterhaltende Komponente und brachte auch Lieder, Interviews oder Witze. Das dritte Programm hingegen wandte sich in seinen Sendungen an besondere Hörergruppen. So gab es hier spezielle Programme für Kinder, für die Miliz, für das Militär, für bestimmte Berufsgruppen. Alle drei Programme unterschieden sich durch ihre Erkennungsmelodien – beim zweiten Programm war es das Lied Mury, beim dritten ein Stück von Chopin.⁵⁴

Tatsächlich handelte es sich bei den Sendungen um einzelne, kaum mehr als einige Minuten dauernde Sendeabschnitte – auch wenn es immer wieder bis zu halbstündige Sendungen zu aktuellen Themen gab. Der Hauptgrund dafür war die Tatsache, dass die Geheimpolizei ja mithörte und versuchte, den Sender möglichst schnell zu orten. Jede gesendete Minute bedeutete also eine Gefahr für die Radiomacher, die sich wohl überlegten, wie lange sie sich dieser Gefahr aussetzen wollten. Das führte dazu, dass die Radiomacher zumeist Ankündigungen und Aufrufe zu Demonstrationen, Versammlungen oder Kundgebungen in ihren Programmen präsentierten oder ein aktuelles Flugblatt verlasen. Das Medium bot nur wenig Raum für alles, was darüber hinausging, wie etwa für Diskussionsveranstaltungen, Features oder andere umfangreiche Sendungen.

Eine ganz wichtige Funktion hatten daher symbolische Erkennungsmelodien, die gewissermaßen eine Art alternative sonische Landschaften jenseits der staatssozialistischen Klanglichkeit darstellten. Aus einem Radiogerät etwas anderes zu hören als das Klangschemata des staatlichen Rundfunks bedeutete eine große psychische Ermunterung. Von daher erklärt sich die große Bedeutung sonischer Nationalsymbole in den Radiosendungen. Jede Sendung von Radio Solidarność Bydgoszcz begann mit dem Lied „Żeby Polska była Polska“, gesungen von Jan Pietraszewski, dann ertönten einige Male die Worte „Tu Radio Solidarność“ und die Hymne „Jeszcze Polska nie zginęła“.⁵⁵ Hier ging es nicht um die Darstellung eines nationalistischen Selbstbilds, sondern um die klangliche Verdeutlichung, in welche Traditionen man sich einschreiben wollte. Die Radiomacher waren vom Bewusstsein getragen, im Gegensatz zu den derzeitigen Machthabern das „richtige“ Polen zu repräsentieren, und schufen mit diesen Nationalsymbolen eine Art sonische Identität.

Vorzugsweise präsentierte man im Untergrundradio Lieder und Melodien, die an die aktuellen, aber auch die historischen Widerstandsleistungen der Polen appellierten. Dazu

.....
53 Tomasz Olko: Smutni chłopcy na dachach. Radio Solidarność Siedlce. In: Bakula 2008, S. 49.

54 Ruzikowski in Bakula 2008, S. 28.

55 Roman Kotzbach: Radio Solidarność Bydgoszcz. In: Bakula 2008, S. 61.

dienten das Lied „Mury“ von Jacek Kaczmarski, das oft als Erkennungsmelodie fungierte und ein Klima der Hoffnung verbreiten sollte, oder die „Rota“, ein traditionelles, polenweit bekanntes Lied aus der Aufstandstradition des 19. Jahrhunderts. Nicht nur die Widerstandsleistungen gegen das sozialistische Regime, sondern auch gegen die deutschen Okkupanten im Zweiten Weltkrieg wurden als identitätsstiftende Momente in den Dienst genommen. Das zeigt das Lied „Siekiera, motyka, pułka, szklanka“, das in der Zeit der deutschen Besetzung während des Zweiten Weltkriegs populär gewesen war. Bei Radio Solidarność Regionu Wielkopolskiego in Poznań fungierte als Einleitungsmusik für die erste Sendung die Nationalhymne, gesungen von Lech Wałęsa; später dann das Lied „Piosenka o Janku Wiśniewskim“, gesungen von Krystyna Janda, das ein aktuelles Ereignis thematisierte: In diesem Lied geht es um Zbigniew Godlewski, der am 17. Dezember 1981 von Soldaten der Armia Ludowa an der Straßenbahnhaltestelle der Werft in Gdynia erschossen worden war.⁵⁶ Benutzt wurden auch Fragmente der Reden Lech Wałęsas oder die Homilien des Papstes.⁵⁷

WARUM? Motivationen zum Radiomachen

Schon im Jahr 1980 war eine der zentralen Forderungen der Streikenden der Zugang zu den Medien und eine Begrenzung der Macht der Zensur.⁵⁸ Die Machthaber gaben aber nur die Presse teilweise frei und behielten sich die Kontrolle über Radio und Fernsehen vor.⁵⁹ Die Solidarność griff erst nach der Einführung des Kriegsrechts nach der Macht im Radio, vorher nicht.⁶⁰ Daraus kann man den Schluss ziehen, dass man in Solidarność-Kreisen das Radio als Informationsmedium weit weniger wichtig genommen hat als beispielsweise das Flugblatt.

Auch an der Beschreibung des Inhalts der Sendungen wird sehr deutlich, dass die Funktion von Radio Solidarność vor allem eine symbolische war. Es als ausschließliche Informationsquelle nutzen zu wollen, wäre zwecklos gewesen – es wäre auch niemandem in den Sinn gekommen. Informationen über die Tätigkeiten und Aktivitäten der Solidarność erhielt man durch kursierende Flugblätter und Kleinschriften, die Zusatzinformationen über das Radio hatten in diesem Sinne keinen echten Informationswert.⁶¹ Es ging um den Akt an sich, um das Senden eines Programms und damit um das Brechen des staatlichen Monopols auf diesem Gebiet. Jede einzelne Sendung, auch wenn sie nur kaum eine Minute dauerte, stellte eine Manifestation dieses Willens und insofern ein für das eigene Selbstbewusstsein wichtiges Symbol dar.

Eine ähnliche symbolische Funktion hatten die Störsender, die Radio Solidarność Wrocław im Januar 1982 installierte, um den Empfang der staatlichen Sender zu stören. Seit 1984 hieß der Sender Radio Solidarności Walczącej. Er sendete nicht mehr auf einer „freien“ Frequenz, sondern auf der Frequenz des Dritten Programms des Polnischen Radios, so dass das Untergrundradio zu seinen Sendezeiten faktisch das Dritte

.....
56 Reczek 2008, S. 33/34.

57 Bakula 2008, S. 19.

58 Rymar 2009, S. 22.

59 ebd., S. 22.

60 Reczek 2008, S. 11 und S. 28.

61 So wurde die erste Sendung eines polnischen Untergrundradios am 12. April 1982 durch Zbigniew Romaszewski in Warschau durch eine Flugblattaktion angekündigt. So Ruzikowski in Bakula 2008, S. 23.

Programm störte – allerdings nur, soweit das relativ schwache Sendegerät reichte.⁶² Befriedigt stellten die Radio-Aktivisten fest, dass sich – wenigstens punktuell und für kurze Zeit – die Machtverhältnisse umgekehrt hatten, konnte doch bislang immer nur der Staat mit Störsendern den Empfang anderer ihm unliebsamer Radiosender unterbinden.⁶³

In den Befragungen von Teilnehmern kehrt dieses Bewusstsein wieder. Auch wenn es durch die Interviewsituation und die Situation der Retrospektive verfälscht sein mag, so wird doch immer wieder als Motivation für die Betätigung im konspirativen Radio der Wunsch genannt, „dabei zu sein“ und angesichts der Solidarność-Bewegung im Land das Seine dazutun. Dabei kam es oft auch zu einer fast mythischen Verklärung der damaligen Zeit: So beschrieb ein Zeitzeuge den Kriegszustand als Charakterprobe, bei der sich „die Spreu vom Weizen getrennt“ habe und deutlich geworden sei, „wer zu gebrauchen war, und wer nicht. Schade, dass der Runde Tisch schon so schnell gekommen ist – auch wenn das komisch klingt.“⁶⁴ Dieses Zitat erlaubt die Vermutung, dass es vielen Radiomachern weniger um zielgerichtete Oppositionsarbeit mit dem Ziel des Sturzes des Regimes, sondern möglicherweise vielmehr um den Erhalt einer bestimmten, als aufregend und im existentialistischen Sinne wahrhaftigen Lebensweise ging. Das Ende der Volksrepublik Polen bedeutete auch das Ende dieser Lebensweise. Möglicherweise waren es Motive solcher Art, aus denen sich beispielsweise die Redaktion des Oppelner Untergrundradios gegen die Vereinbarungen des Runden Tisches aussprach.⁶⁵ Allerdings gab es hier Unterschiede: Die Radiomacher entstammten unterschiedlichsten Organisationen der Solidarność-Bewegung – der nunmehr illegalen Gewerkschaft selbst, aber auch verschiedenen politischen Gruppierungen wie der Solidarność Walcząca.⁶⁶ In der Danziger Region gab es auch konspirative Vereinigungen, die nicht direkt der Solidarnosc angehörten und ebenfalls Radiosendungen verbreiteten, wie die Federacja Młodzieży Walczącej.⁶⁷

Katz und Maus-Spiel mit dem Regime

Möglicherweise war der aufmerksamste Hörer von Radio Solidarność die polnische Geheimpolizei (SB). Es wurden spezielle Kommissionen gebildet, die versuchten, von einer Sendung im Vorfeld Kenntnis zu erlangen, diese aufzuzeichnen und mitzutenografieren, um dann nach Möglichkeit die Urheber verhaften zu können.⁶⁸ Dabei analysierten die Geheimpolizisten das Material nicht nur auf den Inhalt, sondern auch auf die technische Machart. Informationen darüber, ob die Sprecher Profis oder Amateure waren, welche technischen Mittel anscheinend benutzt worden waren (beispielsweise einfache Musikkassetten, bei denen man den Bandanfang und das Bandende deutlich hören konnte), waren für die Sicherheitskräfte wichtig, um die Urheber dingfest machen

62 Lazarowicz in Bakula 2008, S. 174/75.

63 ebd., S. 172.

64 Rymar 2009, S. 176 (Gespräch mit Bronislaw Zuwarwiecki, vom 27. Juni 2007).

65 Zbigniew Bereszyński: Radiowe inicjatywy środowisk opozycyjnych w województwie opolskim w latach 1982 – 1989. In: Bakula 2008, S. 151.

66 Bakula 2008, S. 13.

67 Jarosław Wąsowicz: Podziemne audycje radiowe opozycyjnych środowisk młodzieżowych w Gdańsku. In: Bakula 2008, S. 57 – 60.

68 Diese Aufzeichnungen sind heutzutage für die Rekonstruktion der Geschichte des polnischen Untergrundradios sehr hilfreich. So ist die erste Sendung von Radio Solidarność Gorzów (am 28. April 1983) deswegen bekannt, weil Mitarbeiter der Geheimpolizei sie aufgenommen hatten. Vgl. Rymar 2009, S. 35.

zu können.⁶⁹ Seit April 1982 gab es eine spezielle Unterabteilung der Geheimpolizei, die die Radioaktivitäten in Warschau untersuchte,⁷⁰ schon im gleichen Jahr kam es zur Zusammenarbeit zwischen polnischer SB und ostdeutscher Stasi.⁷¹ Die Warschauer Zentrale der Geheimpolizei arbeitete mit SB-Einheiten in anderen Städten eng zusammen. So wurden die Sendungen des Radio Solidarność Regionu Wielkopolskiego von der dortigen Geheimpolizei beobachtet und Berichte über die Sendungen an die Zentrale nach Warschau übermittelt. Dort wurde eine spezielle Abteilung eingerichtet, nämlich der Wydział II des SB KWMO, mit der Aufgabe der Aufdeckung der technischen und operativen Wirksamkeiten der Radiostation Radio Solidarność Poznań.⁷²

Die Geheimpolizei versuchte, im Vorfeld Informationen über die Radiosendungen zu erlangen. Am 12. Mai 1982 strahlte Radio Solidarność Regionu Wielkopolskiego seine erste Sendung aus, die zuvor mit einem Flugblatt angekündigt worden war. Dieses Flugblatt kann man auch in den Akten der Partei in Poznań finden, die also von einer bevorstehenden Aktion wusste.⁷³

Wenn Präventivmaßnahmen scheiterten, unternahmen die Geheimpolizisten weitere Anstrengungen, um wenigstens künftige Sendungen zu unterbinden. Daher suchten sie die Sendefrequenz eines Untergrundradios so genau wie möglich zu bestimmen, um dann die Frequenzen, auf denen Radio Solidarność sendete, mit Störsendern zu überlagern, so dass man statt der erwarteten Solidarność-Sendung Elvis Presley oder die Beatles hören konnte. Oft waren die Störsignale so stark, dass es sich um einen lokalen Sender handeln musste – viel stärker als die Signale, mit denen Radio Free Europe gestört wurde.⁷⁴

Das Regime ging auch zur Gegenpropaganda über, indem es in einer gefälschten Untergrund-Radiosendung beispielsweise zur Aussetzung der von der Solidarność angesetzten Demonstration gegen den 1. Mai aufrief.⁷⁵ Auch versuchte man, teilweise mit Erfolg, Mitarbeiter der Sicherheitsdienste in die Radiostrukturen einzuschleusen.⁷⁶ War es gelungen, die entscheidenden Stellen mit den eigenen Leuten zu besetzen, konnte man die Radiosender sozusagen umlenken. Das zeigt das Beispiel des Untergrundradios in Częstochowa. Seit Juni 1987 sendete Radio Solidarność auf der Frequenz der Militärs in Polen und störte damit den Funkverkehr. Das konnte man dadurch beenden, dass ein SB-Mann an die Stelle des Besitzers des Sendgeräts trat, nachdem die Geheimpolizei herausgefunden hatte, wer es war und ihn schließlich in Częstochowa verhaften konnte.⁷⁷

.....
69 Grzegorz Majchrzak: Rozpracowanie warszawskiego Radia Solidarności przez Służbę Bezpieczeństwa w latach 1982 – 1989. In: Bakula 2008, S. 230.

70 ebd., S. 223.

71 ebd., S. 224.

72 Reczek 2008, S. 39.

73 ebd., S. 32.

74 Jarczewski in Bakula 2008, S. 141.

75 Ruzikowski in Bakula 2008, S. 31.

76 Majchrzak in Bakula 2008, S. 232.

77 ebd., S. 237.

In mehreren Städten – Warschau,⁷⁸ Thorn, Posen – gelang es, führende Protagonisten lokaler Radiosender zu verhaften, denen dann der Prozess gemacht wurde. Diese Verhaftungen waren oft auch Ergebnis von Denunziationen der Mitarbeiter in der Untergrundradio-Redaktion. So wurde Henryk Gontarz im Jahr 1988 von seinen eigenen Kollegen verraten, ohne dass er zunächst wusste, wer ihn angezeigt hatte. Erst bei der Einsicht seiner Akte im IPN erfuhr er, wer der Verräter war.⁷⁹ Die Denunziation eines Mitbewohners führte zur Suchaktion des SB und Verhaftung von Paweł Napieralski, einem der Hauptaktivisten, am 28. November 1984.⁸⁰

Eine der Schwachstellen des Untergrundradios waren die Sprecher. Ihr Problem bestand darin, dass man meist ihre Stimmen erkennen und zuordnen konnte. Sie wurden von Arbeitskollegen identifiziert, bei einer Lehrerin beispielsweise von ihren Schülern.⁸¹ Die Geheimpolizei nutzte diesen Umstand aus. So versuchte ein Geheimdienstoffizier, die Stimmen der Sprecher ausfindig zu machen, in dem der Offizier seine Kinder fragte, ob sie in der Stimme möglicherweise ihre Lehrerin wiedererkennen würden, die für ihre *Solidarność*-Sympathien bekannt war.⁸²

Auch die mit zunehmendem Erfolg weitere Streuung der Bekanntschaft der Radioaktivisten erwies sich als problematisch. Im März 1984 wurde in Gorzów Anklage gegen die Radio S-Aktivisten erhoben.⁸³ Der Fehler von Radio S in Gorzów, so die Analyse eines damaligen Mitarbeiters und heutigen Zeitzeugen, war, dass die Aktivisten aus immer anderen Wohnungen gesendet hatten, was den Kreis der Mitwisser auf gefährliche Weise vergrößerte, zumal es in einer Kleinstadt wie Gorzów sowieso schon schwierig genug war, die Konspiration aufrechtzuerhalten. Die Antennen hätte man offen aus dem Fenster gehalten, die Sendungen seien viel zu lang gewesen. Als Hauptfeind der konspirativen Radioarbeit aber machte der Zeitzeuge die Faktoren „Alkohol“ und „Frauen“ aus.

In manchen Fällen bedeuteten Anklagen, Verurteilungen und Razzien aber nicht das Ende der Radiotätigkeit, sondern im Gegenteil einen Ansporn zur Intensivierung. Am 25. Oktober 1982 deckte die Geheimpolizei eine Sendung des Radio S in Wrocław auf, beschlagnahmte das Gerät und zeigte die Beute im lokalen Fernsehen. Die Redaktion zeigte sich jedoch keineswegs eingeschüchtert, sondern fasste das als Werbung anderer Art auf und setzte die Programmtätigkeit in der Hoffnung fort, einen weiteren „Werbeauftritt“ im Fernsehen zu erhalten.⁸⁴ Etwas Ähnliches passierte in Zielona Góra: Hier konnte das Untergrundradio auf der Frequenz des lokalen offiziellen Radiosenders sieben Minuten lang senden. Die Autoren saßen im Auto und sahen die Leute auf den Balkons die Fenster aufmachen und hörten so ihre eigenen Sendungen. Das war noch in 20 km Entfernung möglich. Am nächsten Morgen entschuldigte sich der Chef von Radio Zielona Góra im Fernsehen, dass die „Störung“ im Radio von gestern nicht

.....
78 In Warschau fand u.a. ein Prozess gegen Romaszewski statt, der am 24. Januar 1983 begann. Romaszewski erhielt die Höchststrafe, viereinhalb Jahre Gefängnis. Vgl. Ruzikowski in Bakula 2008, S. 31.

79 Konopka in Bakula 2008, S. 120.

80 Reczek 2008, S. 49.

81 Rymar 2009, S. 159.

82 ebd., S. 155.

83 ebd., S. 82 ff.

84 Rudka in Bakula 2008, S. 161.

von Radio Zielona Góra gekommen sei und er dafür keine Verantwortung übernehmen könne.⁸⁵

Zusammenfassende Bemerkungen

Immer wieder kam es zu spektakulären Aktionen der Untergrund-Radiomacher. In Toruń gelang es der dortigen Solidarność-Gruppe, Einblendungen ins staatliche Fernsehen vorzunehmen, die zu einem Prozess führten, der auch im Ausland beachtet wurde.⁸⁶ Henryk Gontarz unterlegte keinem Geringeren als dem Staats- und Parteichef der Sowjetunion, Konstantin Tschernenko, die Worte der Solidarność, als das polnische Fernsehen seine Rede am Grab seines Vorgängers Jurij Andropow sendete.⁸⁷ Diese und andere Aktionen zogen sofort hektische Aktivitäten der Staatsorgane nach sich. Durch dieses Verhalten demonstrierte das Regime, wie ernst es die Radio-Aktivitäten in der Solidarność nahm. Das wiederum hatte Rückwirkung auf die Radioaktivisten, da sie das Gefühl erhielten, dem staatlichen System tatsächlich einen nicht unerheblichen Schaden zuzufügen. Radio Solidarność kommunizierte also in diesem Sinne mit den Machthabern.

Besonders diese letzten Beispiele zeigen, dass es beim Untergrundradio der Solidarność weniger um die Übermittlung von Botschaften, sondern um Akte symbolischer Kommunikation ging. In Polen, wo das Radio von Anfang seiner Existenz an, also bereits im bürgerlichen polnischen Staat der Zwischenkriegszeit, eine staatliche Einrichtung war, bedeutete der Aufbau von Redaktionszellen für ein vom Staat unabhängiges Radio unweigerlich noch etwas qualitativ anderes als einfach nur den Ausdruck oppositioneller Haltungen. Mit jeder einzelnen Keimzelle von Radio Solidarność sprachen die Aktivisten dem polnischen Staat die Legitimation zur Macht- und Herrschaftsausübung ab.

Eine weitere Motivation zum Untergrundradio hängt mit Überlegungen in der Opposition direkt nach Verhängung des Kriegsrechts zusammen, nunmehr einen sog. „Untergrundstaat“ (państwo podziemne), d. h. eine parallel zu den bestehenden Machtstrukturen existierende und agierende Untergrundstruktur zu schaffen. Fragen dieser Art wurden in der polnischen Untergrundpresse mit erstaunlicher Offenheit besprochen. So verwarf beispielsweise das Leitungsgremium der Solidarność in Gorzów, die Regionalna Komisja Wykonawcza, in der ebenfalls in Gorzów erscheinenden Untergrundzeitschrift „Feniks“ im Frühjahr 1983 die Konzeption des Untergrundstaats, akzeptierte aber einige Elemente und forderte zum Aufbau einer „selbstverwalteten Republik“ (Rzeczpospolita samorządna) auf. Streiks hatten nach Ansicht des Gremiums wenig Sinn, da sie nur dazu führten, dass Gewerkschaftsführer verhaftet würden. Daher solle man sich auf unabhängige Polygrafie und Radio konzentrieren.⁸⁸

Auch wenn Pläne zum Aufbau eines Untergrundstaats wieder verworfen wurden, kam es dennoch in einigen Fällen zum Griff der Opposition nach staatlichen Strukturen oder Symbolen der staatlichen Macht. Insofern sind die zahlreichen Bemühungen zur Errichtung und Aufrechterhaltung von oppositionellen Einrichtungen Ausdruck davon, wie

.....
85 Rymar 2009, S. 136 / 137.

86 Jan Hanasz in Bakula 2008, S. 82.

87 Konopka in Bakula 2008, S. 118.

88 Rymar 2009, S. 29/30.

stark die Idee des „Untergrundstaats“, wie er in der ersten Zeit nach der Verhängung des Kriegsrechts diskutiert worden war, in weiten Teilen der polnischen Bevölkerung noch war. Dabei konnte freilich vom wirklichen Aufbau eines Untergrundstaates nicht die Rede sein. Entscheidend ist aber die Tatsache, dass bestimmte symbolträchtige Felder – wie eben das Radio – von der Opposition besetzt wurden. Ein weiteres Beispiel, das diese Geisteshaltung in der polnischen Opposition jener Jahre sehr deutlich zum Ausdruck bringt, ist die Existenz polnischer Untergrundbriefmarken.⁸⁹ Diese konnten begrifflicherweise in der offiziellen Post keine Funktion haben, sind aber zu verstehen als weiteres Feld, auf dem die Opposition versuchte, den Alleinvertretungsanspruch des Staates durch eine symbolische Inbesitznahme gerade dieser Punkte streitig zu machen, die man im allgemeinen Bewusstsein einzig und allein dem Staat zuschrieb.

Die Kommunikation mit den gleichgesinnten Zuhörern beinhaltete eine Metaebene: in der Tatsache, dass ein oppositioneller Radiosprecher eine Information über ein bevorstehendes Protesttreffen verlas, steckte nicht nur die Sachinformation selbst, sondern – und das war möglicherweise noch wichtiger – die Information, dass die Bewegung der *Solidarność* vor Ort doch so stark war, dass sie einen Radiosender aufbauen konnte. Das verlieh der oppositionellen Gesinnung unabhängig von konkreten Inhalten Solidarität und Identität.

Das Untergrundradio der *Solidarność* ist ein erratischer Block in der Radiogeschichte. Zu fragen ist, ob man es eher innerhalb der Geschichte des Radios oder innerhalb der Geschichte der *Solidarność* verorten sollte. Naturgemäß unterscheidet „Radio *Solidarność*“ sich stark von den offiziellen Radiosendern, aber auch von anderen konspirativen Sendern, und zwar vor allem durch seine Funktion als Symbol und durch seinen handlungsorientierten Charakter: Noch wichtiger als den „falschen“ Informationen des Regimes die eigenen, „richtigen“ entgegenzusetzen, war es, das Regime durch den Griff nach den Insignien staatlicher Macht herausgefordert zu haben. Eigentliches Ziel der Radiosendungen war so betrachtet nicht nur der Zuhörer, sondern der Geheimpolitist, so dass das Regime zur Beschäftigung mit dem unliebsamen Konkurrenzmedium gezwungen war. Der Vergleich mit den anderen, von der *Solidarność* nach ihrem Verbot genutzten Medien ist hier aufschlussreich. Die Flugblätter der *Solidarność* hatten im Gegensatz zum Radio keine übertragene symbolische, sondern ausschließlich eine primäre Funktion, nämlich die der Informationsvermittlung. Die Untergrundbriefmarken hingegen sind von ihrer Funktion eher dem Radio gleichgeordnet: Auch sie haben eine symbolische Funktion und dienen nicht dem primären Zweck des Mittels.

Ein weiterer zentraler Aspekt des Untergrundradios der *Solidarność* besteht in seinem performativen Charakter. Wichtiger als die meist sehr kurzen Sendungen war die konspirative Arbeit im Vorfeld, d. h. das Organisieren der Technik, die Redaktionssitzungen, der Sendevorgang und das Abhören. Vielen Zeitzeugen ging es um ein Betätigungsfeld, um Opposition nicht nur erklären, sondern auch leben zu können. Auch hier drängt sich die Parallele mit den Untergrundbriefmarken auf, bei denen es sich ganz ähnlich verhielt.

.....
⁸⁹ Vgl. Silke Plate: „Duże przesłania w małym formacie. Znaczkę poczty niezależnej w latach osiemdziesiątych“ In: *Czas bibuły 2. Mechanizmy, ludzie, idee*. Wrocław: Wydawnictwo Atut 2013; Silke Plate: Geschichte auf Kleinformat. Alternative Geschichtsdarstellung der Zweiten Republik auf den Untergrundbriefmarken der polnischen Oppositionsbewegung der 1980er Jahre. In: Hallama, Peter; Stach, Stephan (Hrsg.): *Gegengeschichte – Dissidente Diskurse über die Gewalterfahrungen im Zweiten Weltkrieg im Ostmitteleuropa der 80er Jahre* (in Vorbereitung).

Es ist kein Zufall, dass die Zeitzeugenberichte besonders dann lebhaft werden, wenn sie zu den mit dem Radiomachen verbundenen organisatorischen Aktivitäten kommen. Die Beteiligten wollten „etwas tun“. Sie entfalteten eine große Energie, die allerdings ganz eng an die konspirative Oppositionssituation gebunden war. Viele Zeitzeugenaussagen vermitteln den Eindruck, dass sie auch einen gewissen Spaß am Katz- und Maus-Spiel mit dem Regime hatten, ungeachtet der Ernsthaftigkeit des Einsatzes, der immerhin in einer möglichen Verhaftung bestand.

Der Wunsch, diese Energie nach 1989 zum Aufbau einer Zivilgesellschaft nutzen zu können, erwies sich hingegen schnell als naives Wunschdenken: Die Grenzen der Freiheit waren vor 1989 deutlich sichtbar. Sie traten bei jeder Verhaftung oder Beschränkung des Radios offen zutage, während die Beschränkungen der Freiheit nach 1989 vor allem ökonomischer Natur waren, aber dennoch in gleicher Weise existenzbedrohend wirkten. Da nach 1989 aber der Reiz des Performativen und das erwähnte ludische Element⁹⁰ wegfiel, erstarb die Aktivität der Untergrundradio-Akteure zusehends. Sie sahen kaum eine Möglichkeit, sich im neu entstehenden Staatsgefüge sinnvoll einbringen zu können. Überspitzt könnte man fragen, ob es den Beteiligten tatsächlich um den Kampf für die Freiheit gegangen war oder ob sie sich nicht viel eher in der staatssozialistischen Realität eine Situation geschaffen hatten, in der sie bereits soviel Freiheit wie möglich erlangt hatten?

Hier liegen möglicherweise die Gründe dafür, weswegen der gesamte Bereich des „Radio Solidarność“ in der bisherigen Forschung zur Gewerkschaftsbewegung eine so geringe Rolle spielte. Viele Radiomacher „versteckten“ ihre frühere Tätigkeit,⁹¹ weil sie vermuteten, dass diese den postkommunistischen Eliten möglicherweise nicht opportun erschien. Die Darstellung der Zeit des aktiven Radiomachens als aufregend, spannend und im existentialistischen Sinne frei widerspricht dem gängigen Narrativ der Solidarność-Bewegung, nach dem alle Aktivitäten auf die Beseitigung des Regimes zielten und als Vorstufen im Kampf für dieses Ziel zu begreifen sind. Hinzu kam nach Ansicht Bakułas eine linksgerichtete Kultur in vielen Presseorganen der 1990er Jahre, die die Leistungen der Untergrund-Radiomacher nicht mehr oder nur noch eingeschränkt zu würdigen bereit war.⁹² Es ist die Aufgabe weiterer Forschungen zum Radio Solidarność, diese These zu überprüfen und zu einer differenzierten Darstellung der Rolle dieses Phänomens der 1980er Jahre in Polen zu gelangen.

.....
90 Zu diesen Kategorien vgl. die Arbeiten des Projekts „Spielplätze der Verweigerung“ am GWZO Leipzig.

91 So wollte der Initiator der Radiosendungen unerkannt bleiben und nahm daher nach 1989 keine Ehrungen an. So bei Jarczewski in Bakula 2008, S. 142.

92 Bakula 2008, S. 12.

Michael Zok

Das polnische Fernsehen in den 1980er Jahren

Polska Telewizja als Gegenstand und Austragungsort politischer Konflikte

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Auseinandersetzung um das Medium Fernsehen zwischen dem kommunistischen Regime und der Solidarność-Opposition in den 1980er Jahren. Diesen Konflikt führten beide Seiten bis zum Ende des Kommunismus im Jahre 1989 vehement, da sie sich von der Kontrolle um das wichtige Massenmedium Einfluss auf die Gesellschaft und die politische Entwicklung in der Volksrepublik Polen erhofften. Der Artikel versucht, die wichtigsten Stationen und Eskalationsphasen dieser Auseinandersetzung nachzuzeichnen und der Frage nach der Rolle des Massenmediums bei der politischen Entwicklung nachzugehen. Zunächst soll jedoch ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Fernsehens bis in die 1980er Jahre gegeben werden.

Die Entwicklung des polnischen Fernsehens bis in die 1980er Jahre

Bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges begannen polnische Wissenschaftler und Ingenieure, die technischen Grundlagen des Fernsehbetriebes zu erforschen,¹ dies unterbrach jedoch der Krieg. Erst ab 1947 konnten die Forschungen wieder aufgenommen werden,² und im Jahre 1951 folgte schließlich die Vorstellung des ersten funktionstüchtigen Fernsehempfängers auf der Warschauer Ausstellung „Rundfunk im Kampf um Frieden und Fortschritt“.³ Die Ausstrahlung des Programms begann auf experimenteller Ebene, d.h. zu Testzwecken und unregelmäßig, bereits 1952, als das Fernsehen eine Sendung zu den Wahlen zum polnischen Parlament am Vortag übertrug.⁴ Innerhalb weniger Jahre ging es zum regelmäßigen Sendebetrieb über, Dauer und Reichweite stiegen kontinuierlich.⁵

Administrativ unterstand das Fernsehen ab 1960 dem „Komitee für Radio und Fernsehen“ – im Folgenden Rundfunkkomitee genannt –, dessen Vorsitzender de iure direkt dem Premierminister unterstand. De facto jedoch waren das Pressebüro und die Propagandaabteilung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) die wichtigsten Institutionen, die dem Fernsehen Vorgaben machten. Während dieser Zeit begann die politische Führung allmählich, das Medium zu vereinnahmen. Dies stand im Zusammenhang damit, dass insbesondere in den 1960er Jahren die Zahl der Fernsehbesitzer deutlich stieg:⁶ Während die Zahl der Abonnenten 1968 bereits 3,4

.....

1 Fuksiewicz, Jacek: Film und Fernsehen in Polen. Warszawa 1976, S. 134 (Fuksiewicz 1976).

2 ebd.

3 Kozieł, Andrzej (in Zusammenarbeit mit Danuta Grzelewska): Polska Telewizja w latach 1952-1989 [Das polnische Fernsehen in den Jahren 1952-1989]. In: Danuta Grzelewska (Hrsg.): Prasa, Radio i Telewizja w Polsce. Zarys dziejów. 2. Auflage, Warszawa 2001, S. 263-318, hier: S. 264 (Kozieł 2001). – Die Ausstellung dauerte bis zum 20. Januar 1952 und hatte mehr als 100.000 Besucher. Ebenda, S. 265.

4 Pleskot, Patryk: Telewizja w życiu codziennym Polaków lat 60 [Das Fernsehen im Alltagsleben der Polen in den 1960er Jahren]. In: Marek Malinowski (Hrsg.): „Media w PRL, PRL w mediach“. Materiały z II Ogólnopolskiej Konferencji „Propaganda PRL-u“, Gdańsk 19-20 listopada 2003. Gdańsk und Warszawa 2004 (Pleskot 2004), S. 19-36, hier: S. 20.

5 Die Sendezeit betrug im Jahre 1955 ungefähr 13 Stunden im Monat, im November erhöhte sich die Ausstrahlung auf drei Wochentage (Montag, Mittwoch, Sonntag), und im Januar 1956 kam bereits der Donnerstag hinzu. Ein Jahr später war es möglich, das Fernsehen an fünf Tagen in der Woche zu empfangen. Pleskot, Patryk: Wielki mały ekran. Telewizja a codzienność Polaków w latach sześćdziesiątych. [Der große Kleinbildschirm. Das Fernsehen und der Alltag der Polen in den 1960er Jahren]. Warszawa 2007, S. 17 (Pleskot 2007).

6 Allein zwischen den Jahren 1962 und 1965 steigt die Zahl der Geräte um 233 Prozent und betrug im letztgenannten Jahren mehr als zwei Millionen Apparate. Pleskot 2004, S. 24.

Millionen umfasste,⁷ stieg sie bis zum Ende des folgenden Jahrzehnts auf 7,7 Millionen.⁸ Durch den technischen Fortschritt in diesen beiden Dekaden konnten am Ende der 1970er Jahre knapp 97 Prozent der polnischen Bevölkerung das erste Programm des Polnischen Fernsehens empfangen.⁹

In den 1970er Jahren erlebte die politische Instrumentalisierung des Fernsehens durch die Regierung um den Ersten Sekretär der PVAP, Edward Gierek, einen Höhepunkt. Ausdruck fand dies in der sogenannten „Propaganda des Erfolgs“, die die Erfolge der polnischen Wirtschaft wie der Politik überbetonte und negative Nachrichten (wirtschaftliche Probleme wie Misswirtschaft und Korruption, Naturkatastrophen) verschwieg. Ende der 1970er Jahre zeigte sich durch die wirtschaftliche Krisenperiode die Divergenz zwischen dem im Fernsehen Gezeigten und der Wirklichkeit,¹⁰ wodurch das Fernsehen in den Augen der Gesellschaft an Glaubwürdigkeit verlor.

Der Sommer der Solidarność – „Das Fernsehen lügt“

Die Wirtschaftskrise führte auch zu gesellschaftlicher Unruhe, die sich in Streiks an der polnischen Küste entlud, deren Höhepunkt die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność war. Damit stand dem kommunistischen Regime ein ernstzunehmender Gegner gegenüber, der ihm eine gesellschaftliche Übereinkunft in Form des sogenannten Danziger Abkommens abrang.¹¹ Diese umfasste nicht nur die Anerkennung der Gewerkschaft, sondern auch die Frage nach dem Zugang der Oppositionellen zu den Medien. Als revolutionär erwies sich ferner die Forderung nach einem Zensurgesetz, die das polnische Parlament auch in den folgenden Jahren umsetzte – dies hob zwar die Zensur nicht gänzlich auf, führte jedoch ein gewisses Maß an Rechtssicherheit ein: Die Journalisten und insbesondere auch die Leser von Zeitungen, konnten – da die Zensurbehörde nun verpflichtet war, alle Eingriffe kenntlich zu machen – die Entscheidungen der Zensurbehörde nicht nur nachverfolgen, sondern deswegen auch vor Gericht ziehen.

Das Fernsehen litt massiv unter dem Verlust der Glaubwürdigkeit, den die „Propaganda des Erfolgs“ hinterlassen hatte.¹² Erhebungen aus dem April 1981 zeigten, dass fast die Hälfte aller Befragten (49 Prozent) das Fernsehen als unglaubwürdig bezeichnete. Besonders beanstandeten die Teilnehmer die Berichterstattung über das Verhältnis zwischen Partei und Solidarność sowie die Darstellung der Situation der Wirtschaft und der Stimmung innerhalb der Gesellschaft.¹³ Im ersten Halbjahr 1981 war der Prozentsatz

.....
7 Pleskot 2007, S. 37.

8 Kozieł, Andrzej: Za chwilę dalszy ciąg programu... Telewizja Polska czterech dekad 1952 – 1989 [In einem Moment die Fortsetzung des Programms... Das Polnische Fernsehen in vier Dekaden 1952-1989]. Warszawa 2003, S. 183. (Kozieł 2003)

9 Pokorna-Ignatowicz, Katarzyna: Telewizja w systemie politycznym i medialnym PRL. Między polityką a widzem [Das Fernsehen im politischen und medialen System der Volksrepublik Polen. Zwischen Politik und dem Zuschauer]. Kraków 2003, S. 140. (Pokorna-Ignatowicz 2003)

10 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 280.

11 Das Abkommen wurde zwischen der Streikleitung der Danziger Werft und der damaligen Regierung geschlossen und akzeptierte die Solidarność als gesellschaftliche Opposition. Zuvor hatten die Streikenden in ihren sogenannten 21 Forderungen nicht nur die Anerkennung der Gewerkschaft als nicht-kommunistische Organisation gefordert, sondern ebenso, dass das Streik- und Versammlungsrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung respektiert werden würden. Borodziej, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert). München 2010, S. 361. (Borodziej 2010)

12 Gajda, Janusz: Telewizja, młodzież, kultura [Fernsehen, Jugendliche, Kultur]. Warszawa 1987, S. 124.

13 Aktualności Radiowo-Telewizyjne 13.1981, S. 12 f.

derjenigen, die dem Fernsehen vertrauten, noch ähnlich hoch wie derjenigen, die ihm misstrauten (21 bzw. 26 Prozent), im Laufe der Jahre 1981 und 1982 schwand jedoch das Vertrauen. Das Misstrauen stieg in der zweiten Jahreshälfte 1981 auf 37 Prozent der Befragten und verringerte sich dann kontinuierlich bis zum ersten Halbjahr 1983 (23 Prozent). In der zweiten Jahreshälfte 1983 erreichte das gesellschaftliche Misstrauen laut den Erhebungen einen Minimalwert von 16 Prozent. Die Menschen misstrauten besonders den Abendnachrichten (ein Drittel Ende 1982).¹⁴ Sowohl im Herbst 1980 als auch im Frühjahr 1981 bezeichneten die Befragten mehrheitlich die Nachrichtenpolitik im Fernsehen als ‚instrumentell begrenzt‘, d.h. einseitig und gelenkt (80 Prozent), das Gros fand sie parteilich.¹⁵

Bereits im Juli 1981 setzte sich das Präsidium des Rundfunkkomitees mit dem wahrgenommenen gesellschaftlichen Vertrauensverlust in das Massenmedium Fernsehen auseinander. Als Lösung galten eine bessere Informationspolitik mit einer breiteren Fülle an Informationen und Meinungen (Pluralismus) und eine bessere Argumentation innerhalb der offiziellen Berichterstattung.¹⁶

Auch auf personeller Ebene kam es zu weitreichenden Veränderungen: Maciej Szczepeński, seit 1972 Vorsitzender des Rundfunkkomitees und enger Vertrauter des damaligen Parteiführers Edward Gierek, wurde abgesetzt, am 15. Oktober 1981 verhaftet. Ab dem 5. Januar 1982 musste er sich vor dem Richter verantworten: Die Anklage lautete auf Korruption und persönliche Aneignung von Staatseigentum sowie Misswirtschaft.¹⁷ In schneller Abfolge wurden immer wieder neue Personen zum Vorsitzenden des Komitees ernannt, wobei deren Gemeinsamkeit ihre Loyalität zur Parteilinie war.¹⁸

Das Regime bestand auf seine Prägung über dem Medium und verweigerte eine wie auch immer geartete Machtteilung. Nachdem beide Seiten das Abkommen von Danzig im August 1980 unterzeichneten, begann eine breite Propagandakampagne gegen die Opposition, an der sich das Fernsehen maßgeblich beteiligte. Es zeigte Bilder eines harmonischen Alltags in der Sowjetunion und den anderen kommunistischen Staaten. So sollte dem Zuschauer suggeriert werden, dass die Solidarność mit ihren Streiks die Schuld für die gesellschaftliche Unruhe und die wirtschaftliche Misere trage. Nach dem IX. Außerordentlichen Parteitag der PVAP, der die Krise innerhalb der Partei – ausgelöst durch den Autoritätsverlust durch die Ereignisse des Sommers 1980 – zu stoppen vermochte, kam es zu einer Verschärfung der Maßnahmen: Im Herbst 1981 verkündete die Regierung unter dem Vorwand, Energie sparen zu wollen, dass die Sendezeit des Fernsehprogramms verkürzt werde.¹⁹

Die Konfrontationen zwischen der Opposition und der Fernsehleitung rissen nicht ab: Während der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Unruhen in Posen im Juni 1956 hatte die Opposition auf eine direkte Übertragung im Fernsehen gehofft. Jedoch fassten

.....
14 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 281 ff.

15 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 277.

16 Protokół z narady programowej w dniu 11.07.1981 r. [Protokoll der Programmsitzung vom 11.07.1981.]. Dział Dokumentacji Aktowej Telewizji Polskiej [Abteilung für Aktendokumentation des Polnischen Fernsehens (DDATVP)]. 1804/2/5.

17 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 153 f.

18 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 164 f., 173 ff.

19 Koziół 2003, S. 189 f.

die Oppositionellen die Übertragung als unzureichend auf und kritisierten die Fernsehleitung, da – so die Solidarność-Mitglieder – das Radio eine kürzere, aber zugleich bessere und wahrhaftige Übertragung durchgeführt hatte.²⁰ Weitere Konflikte entsprangen daraus, dass sich die Betriebszellen der Gewerkschaft auf die Danziger Übereinkunft und das darin verbrieftete Recht der Opposition auf Zugang zu den Massenmedien beriefen: So betonten die Mitglieder der Gewerkschaft in einem Bulletin die Gefahr, dass ihre größte Versammlung, die Landeskonzferenz, durch das Fernsehen manipuliert werden würde.²¹

Ferner kritisierten sie, dass nur regimetreue Mitarbeiter im Fernsehen auftreten durften und gegen die Solidarność Stimmung machten. Der Vorsitzende des Rundfunkkomitees wiederum drohte, den Protestierenden zu kündigen, sollten sich die Arbeiter zu einem Streik entschließen.²² Die Fernsehleitung wies die Forderungen der Oppositionellen nach mehr Sendezeit mit der Begründung zurück, dass über die Solidarność bereits genügend berichtet werde: Hierzu muss angemerkt werden, dass sie zwar viel Raum in der Berichterstattung des Fernsehens einnahm, das Gros der Berichte jedoch durch die Regierung gelenkt war und die Solidarność diffamierte.²³

Die Zeit zwischen August 1980 und Dezember 1981 war eine der aktivsten Zeiten im Fernsehen. Beide Seiten versuchten, zahlreiche Aspekte neu auszuhandeln.²⁴ Nach der Danziger Übereinkunft führten Regime und Opposition eine intensive Debatte über die Rolle des Fernsehens und die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit. Um die Macht der Abteilung für Presse, Radio und Fernsehen zu kontrollieren, forderten Mitglieder, dass die Abteilung frei wählbaren Institutionen der Partei unterstellt werde.²⁵ Die Auseinandersetzungen innerhalb der verschiedenen Ebenen des Fernsehens sorgten dafür, dass weder die Mitglieder der Solidarność noch die regimetreuen Mitarbeiter bemerkten, dass die Einführung des Kriegsrechts seit Mitte 1981 vorbereitet wurde.²⁶

Das Kriegsrecht und der Boykott der Schauspieler und Bühnenarbeiter

Diese Zeit des gesellschaftlichen Aufbruchs endete mit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981. Bereits vor dessen Einführung war in der ulica Żwirki i Wigury ein neues Fernsehzentrum unter strengster Geheimhaltung eingerichtet worden, welches dazu dienen sollte, einen möglichen Aufruf zum Generalstreik zu verhindern.²⁷ Gegen Mitternacht betraten Armeeeinheiten die Gebäude des Fernsehens, der Film, den das Zweite Programm sendete, wurde unterbrochen – im Ersten lief zu dieser Uhrzeit kein Programm mehr. Das Morgenprogramm wurde nicht ausgestrahlt und erst gegen Mittag des Tages die vorher aufgezeichnete Rede von General Wojciech Jaruzelski, der am Kopf der Militärjunta stand, gesendet. Militärs verlasen Kommuniqués, was eine Atmosphäre der Angst schüren sollte. Um 19.30 Uhr trug wiederum ein uniformier-

20 Solidarność Radia i Telewizji. Biuletyn do użytku wewnętrznego 15.1981 [Die Solidarność des Radios und Fernsehens. Bulletin zur inneren Verwendung 15.1981]. DDATVP. 2953/8/1.

21 Uchwała w sprawie dostępu do środków masowego przekazu [Beschluss in der Sache des Zugangs zu den Massenmedien]. DDATVP. 2953/8/1.

22 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 176.

23 ebd., S. 178.

24 ebd., S. 166.

25 Kozieł 2003, S. 188.

26 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 182.

27 Kozieł 2003, S. 190.

ter Nachrichtensprecher die Nachrichten vor, was deutlich zur Schau stellte, dass das Fernsehen militarisiert worden war.²⁸

Es wiederholte nun gebetsmühlenartig, dass das durch die Solidarność verursachte Chaos die Einführung des Kriegsrechts unumgänglich gemacht habe,²⁹ und das Regime instrumentalisierte es, um ein Bild der Bedrohung durch die Gewerkschaft zu schüren.³⁰ Wie stark der Kampf um mediale Hegemonie und Symboliken war, lässt sich am Titel der Abendnachrichten erkennen: Der „Dziennik TV“ (abgekürzt DTV) wurde in „Dziennik Telewizyjny“ (DT) umbenannt, da das „V“ als Symbol der Solidarność (Victory-Zeichen) galt.³¹

Allein in Warschau verloren 513 Personen in den anschließenden Verifikationen ihre Stelle beim Fernsehen, in den regionalen Dependancen 214.³² Einziges Kriterium der Beurteilung war ihre Einstellung zur Partei, zahlreiche Größen des Fernsehens mussten dieses daraufhin verlassen.³³ Neben den Medien konzentrierten sich die Verifikationen auch auf die verantwortlichen Abteilungen innerhalb der Partei.³⁴

Die Einführung des Kriegsrechts, so erinnerten sich damalige Schauspieler, kam einem Schock gleich.³⁵ Die Mehrheit der Schauspieler und Bühnenarbeiter reagierte mit einem Boykott des Fernsehens, der die Befreiung aller Internierten und die Erfüllung der Punkte der Danziger Übereinkunft zum Ziel hatte.³⁶ Die Boykottierenden erarbeiteten einen Kodex, der die Kollaboration mit dem Regime als „wer seinen Namen, sein Gesicht, seine Stimme oder sein Talent für die propagandistischen Ziele und die Legitimation der Gewalt einsetzt“ definierte.³⁷ Schätzungen der Untergrundpresse mutmaßten, dass das Fernsehen infolge des Boykotts nur knapp ein Viertel seiner geplanten Vorhaben umsetzen konnte.³⁸ Die Regierenden versuchten mehrfach, verschiedene Schauspieler zum Auftritt in den Medien zu überzeugen, dies wäre jedoch in den Augen der Schauspieler und Bühnenarbeiter einer Legitimierung des Kriegsrechts gleichgekommen.³⁹ Der Boykott durch die Vereinigung der Schauspieler und Bühnenarbeiter führte schließlich – trotz Verhandlungen zwischen beiden Seiten – zur Auflösung des Verbandes der Pol-

.....
28 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 186.

29 Koziel 2003, S. 194.

30 Maziarski, Jacek: *Telewizja w czasach PRL 1952-1989*. In: Renata Gruza (Hrsg.): *Media w Polsce w XX wieku. Prasa, radio, telewizja, reklama, public relations, badania rynku*. Poznań 1999, S. 171-185, hier: S. 179.

31 Maziarski 1999, S. 181.

32 Koziel 2003, S. 191. – Einen Hinweis über das Ausmaß der Verifikationen, Entlassungen und Umbesetzungen geben unter anderem die Protokolle der Sitzungen des Rundfunkkomitees vom 12. und 13. Mai 1982, in denen insgesamt 62 Personalentscheidungen protokolliert wurden. *Protokół z posiedzenia Prezydium Komitetu do Spraw Radia i Telewizji z dnia 12 maja 1982 r.* [Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Rundfunk- und Fernsehkomitees vom 12. Mai 1982]. DDATVP. 1804/3/3.

33 Koziel 2003, S. 192 f.

34 Koziel 2003, S. 262.

35 Mołęda-Zdziech, Małgorzata: *Obecna nieobecność. Aktorski bojkot telewizji i radia w stanie wojennym* [Die anwesende Abwesenheit. Der Schauspielerboykott im Fernsehen und Rundfunk während des Kriegsrechts]. Warszawa 1998, S. 83 (Mołęda-Zdziech 1998).

36 Mołęda-Zdziech 1998, S. 59.

37 ebd., S. 60.

38 ebd. 1998, S. 60 f. – Bedingt durch Boykott und Einführung des Kriegsrechts war die gesamte Sendezeit des Fernsehens 1982 im Vergleich zu 1981 um sieben Prozent zurückgegangen (von 8527 Stunden auf 7892), 1983 war die Sendezeit immer noch um fünf Prozent kleiner als 1981, erst 1984 wurden mehr Stunden Fernsehprogramm ausgestrahlt als 1981 (9115 Stunden, ein Zuwachs von sieben Prozent). Ebenda, S. 73, Tab. 1.

39 Mołęda-Zdziech 1998, S. 57.

nischen Bühnenarbeiter am 1. Dezember 1982.⁴⁰ Das Regime um Jaruzelski versuchte nun, ihn unter ‚politisch korrekten‘ Vorzeichen neu zu gründen, um die Künstler an sich zu binden. Dieser Plan scheiterte jedoch.⁴¹ Das Episkopat unterstützte den Boykott, jedoch rief der oberste katholische Geistliche im November 1982 zu dessen Beendigung auf. Teile der Schauspieler reagierten verärgert, andere unterstützten das.⁴²

Stefan Olszewski, Sekretär des Zentralkomitees der PVAP, bezeichnete während der Sitzung des Kollegiums, dem die Planung des Fernsehprogramms oblag, im März 1982 die Ausrufung des Boykotts durch die Schauspieler und Bühnenarbeiter als „Grimasse“. Jedoch machte er zugleich klar, dass das Fernsehen – und damit die Regierenden – „alle Ideen, alle Gesichter und jede Stimme“ brauchten, die sie haben konnten.⁴³ Im April 1983 übersandte die Abteilung für Presse, Radio und Fernsehen (wie das Pressebüro des Zentralkomitees nun hieß) dem stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees Instruktionen, die unter anderem die Forcierung der Jugend- und Kindersendungen zum Ziel hatten. Darin instruierten die Mitarbeiter der Abteilung das Fernsehen, dass keine „Schauspieler, die dem Sozialismus feindlich gegenüberstanden“, zu sehen sein sollten und äußerten explizit: „Wir sollten nicht so tun, als ob nichts passiert sei“, womit sich die politisch Verantwortlichen klar dagegen aussprachen, Oppositionelle weiter- oder wieder zu beschäftigen.⁴⁴

Die späten 1980er Jahre – weitere Auseinandersetzungen

Das Regime um Jaruzelski hob das Kriegsrecht am 22. Juli 1983 auf, die Propaganda in den Medien wurde neu ausgerichtet: Ziel war es nun, das Bild einer harmonischen Gesellschaft zu kreieren sowie die Bevölkerung zur Mitarbeit bei der „Gesundung“ der Wirtschaft zu mobilisieren.⁴⁵ Bereits vier Tage danach, am 26. Juli 1983, gab die Abteilung für Presse, Radio und Fernsehen des Zentralkomitees neue Instruktionen an die Medien heraus, in denen sie anordnete, dass die Aufhebung als weiterer Schritt im Plan zur ‚Rettung der Nation‘ – nach der Danziger Übereinkunft, dem Außerordentlichen Parteitag sowie der Einführung des Kriegsrechts – darzustellen sei.⁴⁶

1983 stand im Zeichen der sogenannten Normalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen, die mit der Beendigung des Kriegszustandes einherging. Für das Rundfunkkomitee bedeutete dies, dass es wieder dem Zentralkomitee der Partei untergeordnet wurde. Um die gesellschaftlichen Beziehungen zu normalisieren, zeigte sich das Regime gesprächsbereit mit Intellektuellen und Künstlern und versuchte, diese durch den Dialog an sich zu binden. Das Fernsehen spielte hierbei eine wichtige Rolle, denn es war trotz des Vertrauensverlustes das Medium mit der weitesten gesellschaftlichen Reichweite. Um das Vertrauen der Zuschauer wieder zu erlangen, sollte das Repertoire

.....
40 Molęda-Zdziech 1998, S. 66. – Der Verband der Polnischen Bühnenarbeiter hatte es seinen Mitgliedern freigestellt, am Boykott teilzunehmen und bezeichnete dies „als Privatsache der Schauspieler.“ Ebenda, S. 92.

41 Molęda-Zdziech 1998, S. 70. – Der neugegründete Verband der Polnischen Bühnenarbeiter konnte nur einen Bruchteil an Mitgliedern vereinigen. So schwankte seine Mitgliederzahl zwischen knapp 1300 bei den Gründung und 3000 in den Jahren 1989/90. Zum Vergleich: Die Mitgliederzahl hatte vor dem Kriegsrecht bei knapp 5000 gelegen. Ebenda, S. 70 f.

42 Molęda-Zdziech 1998, S. 100.

43 Koziel 2003, S. 194. Kursiv im Original.

44 Brief vom 15. April 1983. DDATVP. 1919/10/1.

45 Koziel 2003, S. 195.

46 Koziel 2003, S. 236.

verbessert und attraktiver gestaltet werden. Innerhalb der Regierenden herrschte die Ansicht vor, dass ein unattraktives Fernsehen der Propaganda nicht zuträglich sei.⁴⁷ Das Medium unterlag jedoch weiterhin einer strengen Kontrolle, die nun auch juristisch abgesichert wurde: So schlossen 1983 die Zensurbehörde und das Fernsehen eine Übereinkunft, die vorsah, dass Sendungen 48 Stunden, bevor sie ins Repertoire aufgenommen wurden, der Zensur zur Begutachtung vorgelegt werden sollten.⁴⁸ Der interne Stil im Fernsehen blieb trotz der Normalisierung militarisiert⁴⁹ und – auch wenn sich die Methoden der Fernsehmacher verändert hatten – die Instrumentalisierung des Fernsehens durch die Regierenden erhalten.⁵⁰

Einer der Foki der kommunistischen Medienpolitik bezüglich des Fernsehens in diesem Zeitabschnitt war die ‚nationale Erziehung‘ der Zuschauer. Beispielsweise wurden Feierlichkeiten zu zahlreichen Gedenktagen der polnischen Geschichte übertragen,⁵¹ um so mittels einer betont patriotischen Propaganda die Bevölkerung für die Politik der Regierung zu gewinnen.⁵² Die politische Instrumentalisierung des Fernsehens wird durch die Äußerungen des Vorsitzenden des Rundfunkkomitees Mirosław Wojciechowski deutlich, der auf einer Sitzung des Präsidiums betonte, dass die „Repertoirepolitik im Bereich der Auswahl der Filme eng mit der aktuellen Politik des Staates korrelieren soll, und diese ist im Moment radikal antiamerikanisch. Daher soll durch die Auswahl der Filme auch die Geografie ohne Vorbehalte geändert werden, die die Anzahl der Filme amerikanischer, britischer und französischer Herkunft begrenzt.“⁵³

Das Fernsehen stand hinsichtlich der Ausstrahlung von westlichen Filmproduktionen vor einem Dilemma: Einerseits waren westliche Filme, die für die politisch Verantwortlichen jedoch – wie es die kommunistische Terminologie umschrieb, „„gefährliche ideologische Inhalte [in sich] trugen““ – bei den Zuschauern sehr beliebt.⁵⁴ Andererseits bekam das Fernsehen gegen Ende des Jahrzehnts neue gewichtige Konkurrenten: Die Einführung der Videorekordertechnologie ermöglichte es, dass Filme etc. außerhalb des staatlich kontrollierten Fernsehens zu den Zuschauern gelangten, wobei – so die Befürchtung der Regierenden und der Verantwortlichen im Fernsehen – insbesondere die katholische Kirche als Mäzen fungierte. Eine weitere neue Herausforderung bildete das Satellitenfernsehen, wodurch Programme insbesondere aus dem westlichen Ausland empfangen werden konnten. Das Ministerium für Kommunikation versuchte, dies

.....
47 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 209 ff.

48 Koziel 2003, S. 196. – Vgl. Porozumienie zawarte w dniu 10.02.1983 r. w Warszawie pomiędzy Głównym Urzędem Kontroli Publikacji i Widowisk reprezentowanym przez Prezesa Głównego Urzędu Stanisława Kosickiego i Komitetem d/s Radia i Telewizji „Polskie Radio i Telewizja“ reprezentowanym przez Kierownika Komitetu, I Zastępcę Prezesa Jerzego Bajdora [Übereinkunft zwischen dem Hauptamt für die Kontrolle der Presse und Schauspiele, repräsentiert durch den Präsidenten des Hauptamtes Stanisław Kosicki und dem Rundfunk- und Fernsehkomitee „Polnisches Radio und Fernsehen“, vertreten durch den Leiter des Komitees, des I. Stellvertreters des Präsidenten, Jerzy Bajdor, beschlossen am 10.02.1983]. DDATVP. 2434/1/1.

49 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 223.

50 ebd., S. 227.

51 Beispielhaft sei hier der Plan für die Übertragungen im Jahre 1985 genannt, vgl. Główne kierunki ideowo-polityczne programów Polskiego Radia i Telewizji Polskiej w 1985 roku [Hauptrichtungen der ideologisch-politischen Programme des Polnischen Rundfunks und des Polnischen Fernsehens im Jahre 1985]. DDATVP. 1962/1/1.

52 Dies basierte darauf, dass sich sowohl Regime als auch Opposition nationaler Terminologien und Legitimationsstrategien bedienten, um die Gesellschaft für ihre Ziele zu mobilisieren. Zur nationalen Legitimationsstrategie der polnischen Kommunisten vgl. Zaremba, Marcin: Im nationalen Gewande. Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation in Polen 1944-1980. Osnabrück 2011 (= Klio in Polen; 14).

53 Protokół z posiedzenia Prezydium Komitetu w dniu 23 kwietnia 1985 r. [Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Komitees am 23. April 1985]. DDATVP. 1962/1/3.

54 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 254.

zu unterbinden, indem es kurzerhand den Besitz und die Nutzung von Satellitenanlagen verbot.⁵⁵

Hinsichtlich der Frage nach der Glaubwürdigkeit des Fernsehens lässt sich anhand von Umfragen, die das polnische Fernsehen durchführte, feststellen, dass weniger als ein Drittel (zwischen 29 und 30 Prozent) das Fernsehen für objektiv hielten, während zwischen 54 und 44 Prozent eine ideologische Einengung des Fernsehens sahen.⁵⁶ Auf die Frage nach dem Vertrauen ins Fernsehen antworteten im Juni 1985 jedoch schon 58 Prozent der Befragten mit vollem oder mehrheitlichem Vertrauen (der Wert hatte sich seit 1982 konstant gesteigert; von 38 Prozent im Jahre 1982 auf 49 Prozent im Februar 1985). Der Anteil der Skeptiker war von 52 Prozent im Jahre 1982 auf 31 Prozent in der ersten Jahreshälfte 1985 gesunken. 1983 galt in den Analysen des Fernsehens retrospektiv als das Jahr, in dem es den Wendepunkt erreicht hatte, und in der ersten Jahreshälfte erhielt das Fernsehen wieder so viel Vertrauen wie zuletzt im August 1980.⁵⁷ Jedoch zeigte sich 1986, dass die Glaubwürdigkeit auch wieder abnehmen konnte: Die verspätete und unzureichende Berichterstattung über die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ließ sie wiederum sinken. Kernthemen, bei denen unter den Zuschauern Skepsis gegenüber den Fernsehberichten vorherrschte, waren das aktuelle Stimmungsbild der Gesellschaft (zwischen Oktober 1985 und April 1986 bezeichneten zwischen 30 und 38 Prozent der Befragten die Darstellung im Fernsehen als unwahr) v.a. über die materielle Versorgung der Gesellschaft, besonders die Löhne, sowie die Berichte über den Zustand der Wirtschaft.⁵⁸

Der Runde Tisch und das Ende des Kommunismus in Polen

Die Stabilisierung, die auf wirtschaftlichem Gebiet in den 1980er Jahren kurzfristig erreicht wurde, begann gegen Ende des Jahrzehnts wieder zu schwinden. Genau wie acht Jahre zuvor führte der gesellschaftliche Unmut zu einer Welle von Streiks im Sommer 1988, das Regime befand sich wegen seiner Wirtschaftsreformen, die nicht fruchteten, in einer schwierigen Situation. Durch die veränderte politische Lage – d.h. beeinflusst durch das Reformprogramm von Michail Gorbatschow in der UdSSR – änderte auch die polnische Regierung ihre Vorgehensweise gegenüber der Opposition. Das Resultat war die Idee von Verhandlungen mit „Vertretern der Gesellschaft“, d.h. der Opposition. Das Regime versuchte nun wiederum, das Fernsehen zu nutzen, um dem zunehmenden Misstrauen der Bevölkerung gegenüber seiner Politik etwas entgegenzusetzen. Ironischerweise war das Fernsehen für eine wichtige Weichenstellungen für den Niedergang des kommunistischen Macht- und Informationsmonopols verantwortlich: Am 30. November 1988 kam es zu einer Fernsehdebatte zwischen dem Vorsitzenden des regimetreuen Zusammenschlusses der Gewerkschaften Alfred Miodowicz und Lech Wałęsa, der Symbolfigur der Solidarność. Die Idee für die Fernsehdebatte war von Miodowicz ausgegangen, der eine Niederlage seines Kontrahenten erwartete. Das Politbüro der kommunistischen Partei zeigte sich hiervon jedoch nicht überzeugt und betonte, dass beide Teilnehmer der Debatte als Privatpersonen sprächen. Diese Einschätzung erwies sich im Nachhinein als richtig: Die Debatte wurde zu einer „Sternstunde“ des

.....
55 Koziol 2003, S. 208.

56 Aktualności Radiowo-Telewizyjne 2.1985, S. 10 f.

57 Aktualności Radiowo-Telewizyjne 9.1985, S. 7.

58 Aktualności Radiowo-Telewizyjne 8.1986, S. 9 f.

polnischen Fernsehens, in der Wałęsa durch seine ruhige und präzise Argumentation die Zuschauerschaft von sich und seinen politischen Vorstellungen überzeugen⁵⁹ und seine Position in der Gesellschaft als auch in der Opposition festigen konnte, so der polnische Historiker Włodzimierz Borodziej.⁶⁰ Deshalb verwundert es nicht, dass die polnische Fernsehforscherin Katarzyna Pokorna-Ignatowicz die Debatte als ein wichtiges Medienereignis im Prozess des Niedergangs des kommunistischen Informationsmonopols bezeichnet.⁶¹

Die Vorüberlegungen zum Runden Tisch standen unter dem Eindruck der Konkurrenz um die Massenmedien zwischen Regierung und Opposition. Das Regime verwendete die gleiche Argumentation wie bereits 1981: Das Fernsehen sollte in den Händen der Regierung bleiben, und der Opposition nur gestattet werden, sich mithilfe verschiedener Zeitfenster zu äußern. Es wurde schließlich zwischen beiden Seiten vereinbart, dass der Vorsitzende des Rundfunkkomitees einen Bevollmächtigten für die Sendungen der Opposition benennen sollte. Dessen Aufgabe bestand in der Organisation von Redaktionen im Fernsehen und im Radio, für die er verantwortlich sein sollte. Trotz dieser Zusagen bestand die Taktik der Regierungsseite in erster Linie darin, die Verhandlungen zu verzögern, den Status quo aufrechtzuerhalten und die Opposition für die mangelnden Vorschläge zur Lösung des Konflikts verantwortlich zu machen. Die Gespräche wurden von der Führung der Partei als Erfolg charakterisiert, jedoch hatte die Partei das Informationsmonopol bereits verloren. Videorekorder und Satellitenfernsehen boten den Menschen Alternativen zum vom staatlichen Fernsehen Gezeigten.⁶²

Das Fernsehen übertrug den Beginn der Beratungen am Runden Tisch sowie Zusammenfassungen der nachfolgenden Tage in den Abendnachrichten, was für die Opposition seit August 1980 die erste Möglichkeit bildete, ihre Politik im Fernsehen zu vertreten.⁶³ Täglich wurde nun 40 Minuten lang über die Beratungen berichtet.⁶⁴ Während der Verhandlungen zeigte sich, dass das Regime massiv auf seinem Informationsmonopol beharrte, während die Opposition hartnäckig versuchte, dieses zu brechen. Katarzyna Pokorna-Ignatowicz sieht den Grund für die Vehemenz in dieser Auseinandersetzung in der Überzeugung beider Seiten, dass „wer das Fernsehen habe, die Macht habe.“⁶⁵

Schließlich unterzeichneten beide Seiten am 5. April 1989 die Übereinkunft des Runden Tisches, die als Ziel halbfreie Wahlen im Juni 1989 hatte.⁶⁶ Im Zuge dessen wurde der *Solidarność* ermöglicht, ihre Sendungen – wenn auch nur in kurzen Sendezeiten zwischen 30 und 60 Minuten – auszustrahlen. Am 9. Mai 1989 emittierte das Fernsehen auf

59 Zum Verlauf der Fernsehdebatte vgl. Dietz, Hella: „Ja, ja, Ihr geht, Schritt für Schritt, zu Fuß, doch die Welt fährt mit dem Auto...“. Die Fernsehdebatte zwischen Lech Wałęsa und Alfred Miodowicz und ihre Bedeutung für die Aufnahme von Verhandlungen am Runden Tisch. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, 59(2010), S. 504-522.

60 Borodziej 2010, S. 380.

61 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 245.

62 Koziel 2003, S. 211 ff. – Jedoch zeigten Erhebungen der Meinungsforschungsinstituts beim Fernsehen am Ende der 1980er Jahre, dass sich diejenigen Zuschauer/innen, die über Satellitenfernsehen verfügten, vornehmlich für Spielfilme interessierten und nicht für Nachrichten. Aktualności Radiowo-Telewizyjne 6.1988, S. 6 ff. – Aktualności Radiowo-Telewizyjne 12.1989, S. 49 ff.

63 Koziel 2003, S. 232.

64 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 308.

65 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 304.

66 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 300. – Halbfrei bedeutet in diesem Kontext, dass nicht alle Sitze im polnischen Parlament vergeben wurden: Es standen im Unterhaus (Sejm) nur 35 Prozent der Sitze zur Disposition, wodurch das Übergewicht der kommunistischen Partei und ihrer Blockparteien aufrechterhalten werden sollte, während im (wiedereingeführten) Oberhaus (Senat) jedoch alle 100 Sitze durch die Wähler bestimmt werden konnten.

dem Zweiten Programm diese erstmals. Damit endeten jedoch nicht die Konfrontationen zwischen Regime und Opposition: Es kam zu zahlreichen Behinderungen durch die Regierung, am 23. Mai wurde die Ausstrahlung abgebrochen und den verantwortlichen Redakteuren der *Solidarność* vorgeworfen, sie würden gegen die Abmachung des Runden Tisches verstoßen.⁶⁷

Die Wahlen im Juni überraschten sowohl die regierenden Kommunisten als auch die Opposition. Keine von beiden Gruppierungen hatte erwartet, dass die Ergebnisse hinsichtlich des Misstrauens bzw. Vertrauens so deutlich sein würden.⁶⁸ Das politische Patt zwischen den Kommunisten und der Opposition löste sich erst dadurch auf, dass die Blockparteien aus der Regierungskoalition ausscheren und Tadeusz Mazowiecki zum neuen Premierminister gewählt wurde, womit erstmals in der Nachkriegszeit eine nicht-kommunistische Regierung zustande kam. Die Kommunisten änderten daraufhin ihre Einstellung zum Fernsehen und vertraten die Position, dass das Fernsehen vergesellschaftlicht werden und nicht mehr der Regierung unterstehen sollte.⁶⁹ In den letzten Tagen des Mai 1989 wurden die Zensurbestimmungen novelliert und durch das neue Presserecht, das am 11. April 1990 eingeführt wurde, endgültig abgeschafft.⁷⁰

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag hatte das Ziel, die politischen Auseinandersetzungen um das Medium Fernsehen zwischen dem kommunistischen Regime und der nicht-kommunistischen Opposition in Polen während der 1980er Jahre nachzuzeichnen. Dabei zeigte sich, dass sowohl Regime als auch Opposition um den Zugang zu den Massenmedien, die als wichtige Instrumente im politischen Kampf betrachtet wurden, vehement stritten. Dies läßt sich mit der Bedeutung und Reichweite des Fernsehens begründen: Seit den 1960er Jahren war es zum Leitmedium der polnischen Bevölkerung geworden und konnte von nahezu dem gesamten Territorium der Volksrepublik Polen empfangen werden. Daher scheint es auch nicht verwunderlich, dass insbesondere die polnischen Kommunisten bis zuletzt die Kontrolle über das Fernsehen aufrechtzuerhalten versuchten.

Gerade die Massenmedien spielten während des Endes des Kommunismus in Polen eine nicht zu unterschätzende Rolle, der deutsche Historiker Frank Bösch bezeichnete sie als „Katalysatoren“ der Entwicklungen, die zum Niedergang des Kommunismus im Jahre 1989 führten.⁷¹ Dies lag insbesondere daran, dass das kommunistische Machtmonopol eben nicht nur auf Repression und Terror basierte, sondern ebenso auf Propaganda und dem Deutungsmonopol durch die Kontrolle der Medien. Da gerade Letzteres nicht unmittelbar gebrochen wurde, sondern innerhalb der 1980er Jahre zunehmend erodierte, erscheint es daher nicht verwunderlich, dass mit dem Ende des kommunistischen Deutungsmonopols auch das Ende des Kommunismus einhergegangen ist.

.....
67 Koziel 2003, S. 241.

68 Die Wahl kam einem politischen Erdbeben gleich: Von den 161 zur Disposition stehenden Sitzen im Unterhaus erhielt die Opposition 160, von den 100 Mandaten für das Oberhaus 92. Nach den Stichwahlen am 18. Juni konnte die Opposition nochmals sieben der acht vakanten Mandate im Senat einnehmen sowie den letzten verbleibenden Sitz im Sejm. Kemp-Welch, Anthony: *Poland under Communism. A Cold War History*. Cambridge, MA u.a. 2008, S. 402.

69 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 320 ff.

70 Pokorna-Ignatowicz 2003, S. 318.

71 Vgl. ebenso Bösch, Frank: *Medien als Katalysatoren der Wende? Die DDR, Polen und der Westen 1989*. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, 59(2010), S. 459-471.

Vyara Angelova

„Rücksichtslose Zensur und Kasernenzustände“

Die Krisen im Bulgarischen Nationalen Radio nach 1989

Fast ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges im Jahr 1989 scheint Europa vereinter denn je zu sein. Die Staaten Mittel- und Osteuropas haben den Sozialismus abgeschafft und die Werte der gesellschaftlichen Ordnung von Westeuropa übernommen. In historischer Perspektive verläuft dieser Prozess außerordentlich schnell, unter dem Gesichtspunkt einer menschlichen Lebenszeit sehen die Dinge aber ganz anders aus. Die Ersetzung einer bestehenden Staatsordnung durch eine andere wird auf individueller Ebene oft dramatisch empfunden, weil sie mit einer Werteumstellung verbunden ist. Und diese tritt noch lange nach dem formalen institutionellen Wandel ein. In diesem Sinne kann der Übergang vom Sozialismus zur Demokratie auf zwei Ebenen betrachtet werden – auf staatlicher Ebene (verbunden mit der Liberalisierung der Marktverhältnisse, Entstaatlichung von Sektoren des öffentlichen Lebens, Lockerung der Staatskontrolle usw.) und auf gesellschaftlicher Ebene (verbunden mit der täglichen Ausübung neuer bürgerlicher Rechte und Pflichten, Verteidigung von Freiheiten und Entideologisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse usw.). Das Aneignen neuer Gewohnheiten und Praktiken erfolgt schrittweise und immer unter Mitwirkung der Medien. Diese agieren in dem Umfeld jedoch nicht als ein Außenfaktor, sondern als ein Teil davon. Sie ändern das Umfeld und sich zugleich selbst. Im besonderen Maße gilt das für die seit sozialistischer Zeit existierenden Radio- und Fernsehsender. Aus diesem Grund sehen wir die Betrachtung der Geschichte des Bulgarischen Nationalen Rundfunks (BNR) nach 1989 als Beispiel für die gesamte Änderung an, die in der Gesellschaft eingetreten ist. Diese Geschichte zeigt nicht nur die Umwandlung des staatlichen Radiosenders in einen öffentlichen, sondern beinhaltet in konzentrierter Form den schwierigen Kampf der Journalistik aus der Wendezeit um die Behauptung der Redefreiheit als grundlegenden Wert der demokratischen Gesellschaft. Für die Darlegung periodisieren wir die neueste Geschichte des Rundfunks anhand von Schlüsselereignissen, die seine Entwicklung bestimmen.

Periode 1: 1989 bis 1992

Der 10. November 1989 ist das Datum, das das Ende der sozialistischen Periode für Bulgarien markiert, da zu diesem der Staats- und Parteichef Todor Schiwkow entmachtet wurde. Damals trug der einzige Radiosender im Lande den Namen „Bulgarischer Rundfunk“ (BR). Er war ein staatliches Medium und als Teil des Staatlichen Komitees für Radio und Fernsehen dem Ministerrat direkt unterstellt. Die staatliche Hörfunkausstrahlung begann übrigens, das sollte man hier auch noch erwähnen, bereits im Jahr 1935, als das existierende amateurhafte „Heimatradio“ verstaatlicht wurde. Die staatliche Kontrolle über den Inhalt hat also eine längere Tradition als die Zeit des Sozialismus.

Nach November 1989 setzte die rechtmäßig gewählte 9. Volksversammlung ihre Arbeit im Lande fort und nahm am 6. März 1990 die Allgemeinen Bestimmungen über das Statut des Rundfunks¹ und des Fernsehens an. Das Dokument beinhaltete:

.....

¹ In Bulgarien, wie in anderen osteuropäischen Ländern, wird der Begriff „Rundfunk“ synonym für „Radio“ bzw. „Hörfunk“ gebraucht.

- Es wurde den beiden Medien verboten, zu ethnischer oder religiöser Intoleranz in der Gesellschaft aufzuhetzen. Das war eine außerordentlich wichtige rechtliche und öffentliche Grundlage, auf die sich die neue Gesellschaft stützen sollte, zumal der erzwungene Wechsel der muslimischen Vor- und Familiennamen, mit dem der sozialistische Staatsapparat auf die Assimilierung der muslimischen Bevölkerung im Lande abzielte, auch im Sommer 1989 immer noch andauerte. Infolge dieses Drucks siedelten Tausende bulgarische Türken in die Türkei aus. Als Ende Dezember desselben Jahres die kommunistischen Führer den sogenannten „Wiedergeburtprozess“ als ihren Fehler bekannten, begannen im ganzen Land Streiks und Demonstrationen gegen das Recht auf die Rückgabe der türkischen Namen. Das Land war gesellschaftlich gespalten. In diesem Moment, als der ethnische Frieden auf das Äußerste gefährdet war, erwies sich die Beibehaltung der Neutralität seitens der staatlichen Medien als eine Errungenschaft sowohl der politischen als auch der journalistischen Elite. Der Wert dieses Aktes ist vor dem Hintergrund der Kriege im benachbarten Jugoslawien in den 1990er Jahren noch höher einzuschätzen.

- Es wurden erste Schritte zur Behauptung des Pluralismus eingeleitet, indem man postulierte, dass die beiden Medien nicht „einseitig den Interessen der oder einer anderen Partei oder Gruppe dienen müssen“², und auf diese Weise die elektronischen Medien von der Parteizensur befreite, die Monate zuvor immer noch existierte.

- Die beiden Medien, Hörfunk und Fernsehen, wurden getrennt. Das bulgarische Radio begann erneut ein selbstständiges Leben. Seine Intendant/innen sollten von nun an direkt vom Parlament gewählt werden, das auch die Tätigkeit des Mediums kontrollieren würde. Für ihre Zeit klingt diese Entscheidung demokratisch – durch das Parlament erhielt auch die Opposition die Möglichkeit, an der Medienpolitik mitzuwirken. So etwas hatte bis zu diesem Moment praktisch nicht existiert.

Die Änderungen, wenn auch partiell und auf dem ersten Blick unzureichend, sollten zwei wichtige Aufgaben erfüllen: die Regeln vorbereiten, unter denen die Medien während der ersten demokratischen Parlamentswahl nach 1989 arbeiten würden, sowie Garantien dafür schaffen, dass die Redefreiheit ein unabänderliches Recht der Bürger ist.

Im Jahr 1990 wählte das Volk die Große Volksversammlung. Diese musste eine neue Verfassung erarbeiten und verabschieden, die den veränderten politisch-wirtschaftlichen Realitäten im Lande entsprach. Die Große Volksversammlung beschloss am 22. Dezember 1990 die „Allgemeinen Bestimmungen über das provisorische Statut des Bulgarischen Nationalen Rundfunks und des Bulgarischen Nationalen Fernsehens“. Mit diesem Beschluss wurden die beiden Institutionen als selbstständige nationale, autonome Informations- und Kulturinstitutionen getrennt.

In den Übergangs- und Schlussbestimmungen zum neuen, 1991 verabschiedeten Grundgesetz wurde festgeschrieben, dass „bis zu der Schaffung einer neuen gesetzlichen Ordnung für das Bulgarische Nationale Fernsehen, den Bulgarischen Nationalen

.....
² Rajna Nikolowa: Istoriko-praven analiz na zakonodatelstvoto v oblastta na elektronite medii. Online unter: http://www.newmedia21.eu/proekti/istoriko-praven-analiz-na-zakonodatelstvoto-v-oblastta-na-elektronite-medii/#_ednref23 (zuletzt abgerufen am: 30.09.2013).

Rundfunk und die Bulgarische Nachrichtenagentur die Volksversammlung die Befugnisse ausüben wird, die die Große Volksversammlung bezüglich dieser nationalen Institutionen hat.“³

Der provisorische Charakter, der in diesem Absatz festgeschrieben ist, dauerte ziemlich lange, weil sich die Erarbeitung eines Gesetzes über Radio und Fernsehen wegen der komplizierten politischen Spiele verzögerte. Dies gab den politischen Mehrheiten im Parlament die Freiheit, nicht nur Intendant/innen der staatlichen Medien zu ernennen, sondern auch ihr öffentliches Image zu verwalten. Das wirkte sich auf die zweite Entwicklungsperiode des Rundfunks (1992 bis 1997) aus.

Hinsichtlich des Programminhalts des Bulgarischen Radios in dieser Periode können wir sagen, dass es inmitten der politischen Ereignisse stand. Als schnellstes Medium immer noch ohne Konkurrenz am Markt (abgesehen von privaten Zeitungen), wurde das Radio viel gehört. Der Hörfunk übertrug stundenlang live die Rundtisch-Debatten zwischen Vertreter/innen der ehemaligen kommunistischen Partei und der Opposition, die die allgemeinen Parameter für die Durchführung der Reformen im Lande vereinbarten. Nicht ohne Bedeutung war auch die Gewohnheit eines Teils der Hörer/innen aus sozialistischer Zeit, die Welt mehr durch die Ohren als durch die Augen wahrzunehmen.⁴ Eigentlich wurden einige journalistische Freiheiten schon ab Mitte der 1980er Jahre, während der Perestrojka errungen, wie z.B. die Live-Schaltungen von Höreranrufen, wenn auch nur im Nachtblock des führenden Radioprogramms. Nun wurden diese Freiheiten immer mutiger ausgeübt, aber noch nicht ganz frei. Die professionelle Selbstrealisierung trat in den Hintergrund, während die bürgerliche Selbstbestimmung der Journalisten im Vordergrund stand.

In dieser Periode begann das Radio einen Mangel an finanziellen Mitteln zu spüren, der sich über die nächsten 20 Jahre als chronisch erwies. Dieser zwang die Leitung Ende 1992 dazu, zwei der Programme zu schließen: Orphei für klassische Musik und das Bildungsprogramm Snanije. Im selben Jahr wurde der Name des Hörfunks zu Bulgarischer Nationaler Rundfunk (BNR) verändert. Ähnlich wie eine Reihe von Beispielen auf der ganzen Welt in verschiedenen Perioden der Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (Großbritannien, Deutschland, Indien, etc.) sollte die Namensänderung nicht nur als eine kosmetische Änderung, sondern als symbolisches Zeichen gesehen werden. Ein Zeichen dafür, dass man in eine neue Periode eintrat, die Verbindung mit alten Praktiken gebrochen wurde und der Aufbau eines neuen Typs Radiostruktur begann. Ein Zeichen nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Mitarbeiter/innen des Rundfunks. Die Hinzufügung der Bestimmung „national“ sollte nicht nur den gesamtstaatlichen territorialen Umfang der Institution zeigen, sondern zudem ihre gesamtstaatliche Bedeutung. Dadurch wurde der BNR auch darauf vorbereitet, mit seinen ersten legalen Mitstreitern, den privaten Radiosendern, in Konkurrenz zu treten, da er dann praktisch nicht mehr als „bulgarisches Radio“ auftreten konnte, weil er nicht mehr das einzige Radio war, das auf dem Territorium des Landes tätig ist.

.....

³ Online unter: <http://www.constcourt.bg/Pages/LegalBasis/default.aspx?VerID=9#namep2r6> (zuletzt abgerufen am: 30.09.2013).

⁴ Vgl. Tony Judt: A History of Europe since 1945. Sofia 2013. S. 381.

Periode 2: 1992 bis 1997

In dieser Periode kam es zu der ersten ernsten Krise im BNR, die das neue Gesicht des staatlichen Mediums und den Kampf seiner Mitarbeiter/innen um ihre professionellen Rechte zeigte. Die Gründe für ihre Entstehung steckten in der politischen Genesis der rechtlichen Ordnung für die Verwaltung der elektronischen Medien. Die Entscheidung, die Kontrolle über das staatliche Radio und Fernsehen dem Parlament zu überlassen (praktisch als politischer Kompromiss), stieß auf den Willen der Journalisten/innen, ihre neue Rolle als Sprachrohr der Bürgergesellschaft zu behaupten.⁵ Im Dezember 1994 gewann die sozialistische Partei die Mehrheit im Parlament und bildete ein Kabinett. Sie setzte die politische Tradition fort und ernannte Wetscheslaw Tunew zum neuen Intendanten des BNR. Die Selbstgefälligkeit, mit der die Führungskräfte in den staatlichen Medien gewechselt wurden, erinnerte an die berühmte Aussage von Charles de Gaulle an die Opposition – „Sie besitzen Zeitungen, mir gehören dafür das Radio und das Fernsehen“.

Zu Beginn des Sommers 1995 versprach der neue Intendant des Hörfunks: „Der Rundfunk wird sein nationales Klingen beibehalten. Momentan ist das das Medium mit dem höchsten Rating, deshalb habe ich keine ernsthaften Gründe für grundlegende Änderungen im BNR. Ich verlasse mich sehr auf die großen Professionalisten im Rundfunk.“⁶ Der wohlgemeinte Anfang des Mandats ließ nicht ahnen, dass nur einige Monate später 34 Journalisten/innen vom BNR eine Erklärung gegen die Unterdrückung des Professionalismus und der Redefreiheit ausfertigten. Bald danach wurde ihre Stellungnahme von einer weiteren Gruppe von 20 Journalisten/innen unterstützt. Im Text wird von „einer ständigen direkten administrativen Einmischung in die Vorbereitung und Realisierung der Sendungen“, „einem Diktat bei der Anordnung der Nachrichten in den Sendungen“, „einer präzedenzlosen Kontrolle vor der Ausstrahlung aufgezeichneter Beiträge und einer unzulässigen Manipulation des Inhalts“ sowie von administrativen und finanziellen Formen von „Druck und Zensur“ gesprochen.⁷

Zum ersten Mal stellte sich eine große Gruppe von Journalisten/innen hinter ihre ganz und gar professionellen Forderungen. Ihr Widerstand war zweifelsohne gegen einen unverhohlenen politischen Druck gerichtet, der die professionelle Bedeutsamkeit der Journalistik nicht beachtete. Nur sechs Jahre nach dem Anfang der Wende betrachteten sich die Journalisten/innen des immer noch staatlichen Radios nicht als Beamten/innen, die gehorsam die parlamentarische Mehrheit bedienen müssen, sondern als Professionalisten, die verantwortlich vor der Gesellschaft sind. Die Redefreiheit zeichnete sich schon als die wichtigste Errungenschaft des Übergangsprozesses ab. Sie war wichtiger als die gewerkschaftlichen Forderungen, die in den Hintergrund traten. Die Erklärung zeigte die Selbstbestimmung der Journalisten/innen als „Bürger von Beruf“⁸.

5 Hier werden wir den rechtlichen Aspekt des Themas weitgehend beiseite lassen (detailliert von Rajna Georgiewa, Radomir Tscholakow, Rossen Milew usw. analysiert), der in dieser Periode wegen einer Reihe von Entscheidungen des Verfassungsgerichts sehr wichtig war, die das Fehlen einer rechtlichen Logik zwischen der Redefreiheit und der direkten politischen Einmischung in die Arbeit der Medien bewiesen und sich auf die Krise im Jahr 1995 konzentrierten.

6 Silvia Velikova: BNR: Dela i dokumenti. Online unter: <http://www.segabg.com/article.php?issueid=1505§ionid=5&id=00003> (zuletzt abgerufen am: 30.09.2013).

7 Den vollständigen Text der Erklärung kann man z.B. hier einsehen - http://www.capital.bg/biznes/1995/11/27/1045580_kolegite_ot_radioto_skochiha_sreshtu_cenzurata/ (zuletzt abgerufen am: 30.09.2013).

8 Snejana Popowa: Srajenieto Horizont. Online unter: http://www.kultura.bg/media/my_html/2014/sheja.htm (zuletzt abgerufen am: 30.09.2013).

Zum ersten Mal wurde auch ein Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Qualität des Radioprogramms und der Hörer-Einschaltquote hergestellt und der Vertrauensrückgang als Marker für die Richtigkeit der Forderungen der protestierenden Journalisten/innen genutzt. Die Reaktion des Intendanten blieb nicht lange aus. Im Dezember fand er die gesetzliche Berechtigung, sieben der Journalist/innen zu entlassen, die die Erklärung unterschrieben hatten. Ironie des Schicksals ist, dass unter den Entlassenen zwei künftige Intendanten/innen des BNR waren – Liljana Popowa und Alexander Welew. Bis Ende des Jahres wurden 15 Journalisten/innen zur Kündigung gezwungen. Das Problem ging weit über das Feld des Professionalismus hinaus und begann politisiert zu werden. Die Opposition im Parlament erklärte sich gegen die Politik im Rundfunk und bezeichnete diese als „rücksichtslose Zensur und Kasernenzustände“. Wegen der Geschehnisse wurden auch internationale Organisationen angerufen.

Mittlerweile gründeten die vom BNR vertriebenen Journalisten/innen zusammen mit Gleichgesinnten im Jahr 1996 die Vereinigung „Bürgerliches Forum Freie Rede“, durch die sie die professionellen Standards in der Journalistik behaupten wollten. Ein Teil von ihnen wurde eingeladen, ihre journalistische Tätigkeit im Radio Freies Europa fortzusetzen (das mit einem Team seit 1992 in Sofia tätig war).

Die professionelle Krise im BNR verlief vor dem Hintergrund der allmählich steigenden politischen Spannung im Lande, die im Januar 1997 ihren Höhepunkt erreichte, als unter den Bedingungen eines landesweiten Generalstreiks demonstrierende Bürger/innen das Parlament stürmten, und die Vertreter der sozialistischen Partei sich gezwungen sahen, auf die Bildung eines zweiten Kabinetts anstelle der zurückgetretenen Regierung zu verzichten. Journalisten/innen des staatlichen Rundfunks und Fernsehen beteiligten sich ebenfalls an den Streiks und Protesten, wobei der ständig im Äther klingelnde Beatles-Song „Let it be“ zum Symbol des Medienprotestes wurde.

Zur ersten Krise des staatlichen Rundfunks sind einige wichtige Momente zusammenzufassen. Als sich die Krise entwickelte, funktionierten in Bulgarien bereits einige lokale private Radiosender, obwohl der BNR immer noch der einzige nationale Rundfunkanbieter war. Das ist nicht unwichtig, weil es dadurch zur journalistischen Vielstimmigkeit kam. Die Konkurrenzmedien lockten gern qualifizierte Reporter des staatlichen Mediums mit einer besseren Bezahlung und mit besseren Arbeitsbedingungen. Die direkten Informationskonkurrenten von BNR hatten das natürliche Interesse, Marktführer unter den Hörer/innen zu werden. So wurde ihr Druck auf den staatlichen Rundfunk zum Problem für den BNR selbst und nicht für die Gesellschaft als Ganzes. Es kam deshalb noch nicht zu der großen Frage nach der Umwandlung des staatlichen Rundfunks in einen öffentlichen Sender.

An zweiter Stelle ist in dieser Krise noch zu sehen, dass die Protestierenden ihre feste Absicht, fern von einer politischen Obhut über ihren Protest zu bleiben, nicht durchsetzen konnten. Die spätere Enttäuschung der Schirmherren blieb nicht aus und verfestigte die Vorstellung, dass die Distanz zwischen Politik und Medien auf jeden Fall groß gehalten werden sollte. Von einer Wende des staatlichen Rundfunks konnte man jedoch noch nicht reden, da es kein politisches Engagement für die Befreiung der Medien von der Kontrolle gab.

Drittens war das Problem mit der professionellen Reifung der Journalist/innen im staatlichen Radio (wie auch im staatlichen Fernsehen) auch eine institutionelle Frage. Der BNR ist eine riesige Institution mit fast 1.500 Mitarbeiter/innen (dazu zählen Orchestermitglieder/innen, Choristen/innen, Techniker/innen etc.), d.h. die journalistischen Teams sind nicht die einzigen bedeutsamen Spieler. Im Jahr 1997 konnte man immer noch nicht davon sprechen, dass der Sinn einer öffentlichen Rundfunkanstalt als Garant sowohl für den freien Austausch von Informationen und Ideen als auch für die Erhaltung des kulturellen Erbes der Nation erkannt wurde.

Periode 3: 1997 bis 2001

Im Jahr 1997 drehte sich das politische Roulette wieder, an die Macht kam die Union der demokratischen Kräfte. Bereits Monate zuvor hatte sie deutliche Zeichen gegeben, dass das Problem mit der politischen Repression gegen die staatlichen Medien dieses Mal endgültig gelöst würde. Trotzdem machte die neue Mehrheit vom geltenden Rechtsrahmen Gebrauch und ernannte eine „eigene“ Intendantin des Rundfunks (Liljana Popowa), bevor sie das Gesetz für Radio und Fernsehen verabschiedete, das die Kontrolle über die elektronischen Medien vom Parlament auf eine unabhängige Regulierungsbehörde übertrug.⁹ Einige Monate danach erklärte das Verfassungsgericht diese Ernennung der Volksversammlung für illegitim. Nach zusätzlichen Änderungen des bestehenden Gesetzes wurde Ende 1997 eine Regulierungsbehörde gebildet, die den Namen Nationalrat für Radio und Fernsehen (NSRT) trug. Eine der ersten Aufgaben des Rates war, eine Ausschreibung für die Intendantenwahl im BNR anzukündigen. Die Regulierungsbehörde bestand aus Vertretern/innen des Parlaments und des Präsidenten der Republik Bulgarien, wobei die parlamentarische Mehrheit leicht ihre Vertreter/innen durchsetzen konnte. Das gleiche Parlament verabschiedete im Jahr 1998 ein neues Gesetz über Radio und Fernsehen (das das von 1996 ersetzte), in dem der BNR schließlich als öffentlicher Rundfunkanbieter definiert ist, wodurch die Ambitionen des Staates, direkt in Angelegenheiten der Medien zu intervenieren, zumindest rechtlich endeten. Von nun an begann die große journalistische Arbeit an der Transformation des Rundfunks in ein wirklich öffentlich-rechtliches Medium.

Die Ernennung von Liljana Popowa zur Intendantin des BNR beruhigte die Geister in den journalistischen Kreisen. Die Wahl der Mehrheit fiel gerade auf sie, weil sie eine der Journalist/innen war, die von der früheren Leitung des Rundfunks entlassen wurden. Sie beteiligte sich an der vom NSRT angekündigten Ausschreibung und galt für die meisten Beobachter/innen als Favorit und sichere Siegerin. Der Intendantenposten wurde jedoch Alexander Welew anvertraut (ebenfalls aus der Gruppe der 1995 entlassenen Journalisten/innen). Der Vorsitzende von NSRT, der Schriftsteller Alexander Tomow, schreibt in seinen Memoiren: „Es wurde klar, dass wir einen riesigen Patzer gemacht haben. Wir haben einen Verrat begangen... Wir luden den neugewählten Welew zu einem Gespräch ein und erklärten ihm die Situation taktvoll. Dass wir ihn wirklich fair und ehrlich gewählt haben, aber der Skandal läuft. Wir boten ihm irgendwelche Kompromissvarianten an – z.B. in seinem neuen Vorstand auch die Unzufriedenen, sagen wir Liljana Popowa und einige andere, aufzunehmen, denn andernfalls wussten wir

.....
⁹ Im Jahr 1996 konnte die sozialistische Mehrheit im Parlament ein Gesetz über Radio und Fernsehen durchsetzen, aber einige seiner Passagen, die die Gründung einer Regulierungsbehörde betreffen, wurden vom Verfassungsgericht abgelehnt.

nicht, was passieren könnte. Wir schätzten ihn. Und wollten ihn retten(...) Wir drehten durch. Man hat uns Verrat vorgeworfen, und nun war er dabei, uns zu verraten (...) Auf einer der Besprechungen war er so verwirrt, dass er mit seiner Frau kam, sie musste ihm Mut machen. Wir kannten uns nicht mehr (...) Das ähnelte einer eigenmächtigen Abrechnung unsererseits. Hässliche Sache. Wir demonstrierten Kraft und Macht auf eine hysterische Weise. Ich will mich nicht daran erinnern.“¹⁰

Es ist klar zu sehen, dass die politische Auseinandersetzung in der Gesellschaft andauerte und sich auf alle Institutionen, einschließlich der Medien, auswirkte und Gesetzestexte ohne reale Folgen bleiben, wenn der „Geist des Gesetzes“ nicht verstanden wird.

Welew erfüllte sein volles Mandat als Intendant, wobei während seiner Führung drei Journalist/innen (Wisa Nedjalkowa, Antoinette Nenkowa, Emil Iwanow) wegen politischer Voreingenommenheit zugunsten der Opposition (in diesem Fall der sozialistischen Partei) entlassen wurden. Später entschied das Gericht, dass dies unrechtmäßig war. Die Vorgehensweise, bei der politisch motivierte Entscheidungen die Oberhand über die professionellen gewannen, setzte sich fort. Die gespannten Beziehungen zwischen dem Intendanten und der Regulierungsbehörde gaben ihm jedoch etwas Selbstvertrauen, die skandalöseste Sendung im bulgarischen Äther zu verteidigen, die während seiner Amtszeit entstand - „Ohne Kontrolle“ des Journalisten Petar Wolgin. In der Sendung wurde zum ersten Mal provokativ, satirisch und auf hohem intellektuellen Niveau über Themen wie Sex, Drogen und Satan geredet. Durch die Sendung versuchte der BNR, sich vom Image eines Sprachrohrs der Regierung zu befreien sowie die Ansicht zu widerlegen, dass in ihm „nur Abgeordnete, Minister und Politiker zu hören sind.“ Wolgin erkämpfte das Recht, frei zu reden, indem er ein Produkt anbot, von dem das Publikum seinen Worten nach a priori meinte, dass es nur in den privaten Radiosendern möglich sei.¹¹

Das ablaufende erste Jahrzehnt nach der Wende schien endgültig die Vorstellung verfestigt zu haben, dass die Rede- bzw. Meinungsfreiheit ein Vorteil der privaten Radiostationen sei, während der BNR zur politischen Abhängigkeit verdammt bliebe. Die nächsten zehn Jahre zerstörten diesen Mythos.

Periode 4: 2001

Das Jahr 2001 war das bemerkenswerteste in der professionellen Entwicklung des BNR in der gesamten Wendezeit. In diesem Jahr brach die zweite Krise im Rundfunk aus. Diesmal war sie für die gesamte Entwicklung des öffentlichen Mediums umfangreicher und bedeutender.

Ende 2000 lief das Mandat von Alexander Welew aus und NSRT kündigte eine Ausschreibung für die Intendantenwahl an. Sieben Personen kandidierten für den Posten, wobei nur drei nach einer Überprüfung der eingereichten Unterlagen zu einem Vorstellungsgespräch zugelassen wurden. Ihre Konzepte wurden vom NSRT angehört. Auf-

.....
¹⁰ Aleksandar Tomow: Spored men. Sofia 2007. B. 2. S. 43.

¹¹ Petar Wolgin: Testat bez control. Online unter: http://www.kultura.bg/media/my_html/2046/c_volg.htm (zuletzt abgerufen am: 30.09.2013).

grund dieser entschied er, keinen Intendanten zu ernennen. Punkt 2 dieses Beschlusses lautete: „Die Wahl eines Intendanten des Bulgarischen Nationalen Rundfunks muss unter Kandidaten erfolgen, die von juristischen Personen mit nicht wirtschaftlichem Zweck und Tätigkeitsgegenstand im Bereich der Medien und der Kultur, von Universitäten, Instituten, Fakultäten und Lehrstühlen im Bereich der Medien und der Kultur sowie von Mitgliedern des Nationalrates für Radio und Fernsehen vorgeschlagen worden sind“¹².

Der NSRT hatte die Vollmacht, das Verfahren auszuwählen, gemäß dem die Wahl des oder der Intendant/in erfolgte, änderte aber zum ersten Mal die Regeln „während des Spiels“. Die Begründung dieser Änderung war laut dem NSRT-Mitglied Georgi Losanow mit dem „Scheitern der Formel Ausschreibung“ verbunden. Die Modifikation der Bedingungen erregte Besorgnis unter den Mitarbeiter/innen des BNR. Eine Gruppe Journalist/innen, Musikredakteur/innen, Tonregisseur/innen und Techniker/innen (es geht also nicht nur um Journalist/innen!) forderten vom NSRT ein Antwort auf die Fragen, warum die Regeln im Laufe des Wahlverfahrens gewechselt wurden und wie der NSRT den Begriff „öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt“ definiert. In einem offenen Brief erinnerten die Mitarbeiter/innen daran, dass der BNR das höchste Vertrauen unter der Hörerschaft genießt, und bestanden darauf, dass die Mitglieder/innen des NSRT unverzüglich von ihren Posten zurücktreten.¹³ Es folgte eine epistolarische Kommunikation zwischen NSRT-Mitgliedern (Georgi Losanow und Swetlana Boschilowa) und den Protestierenden. In ihrem Brief deuteten die NSRT-Mitglieder darauf hin, dass der Protest in diesem Moment zeitlich nicht angemessen sei. Falls sich aber der Verdacht hinterhältiger Vereinbarungen bestätige, werde es genug Gründe geben, „vor die Tür des BNR zu gehen und den neuen Intendanten nicht drinnen zuzulassen“. Dieses Szenario wurde einige Tage später Wort für Wort Wirklichkeit. Eine steigende Zahl von Mitarbeitern/innen erklärte, dass sie zum Streik bereit sei, falls sich herausstellen würde, dass ein politischer Auftrag hinter der Ernennung des Intendanten steckt. Nachdem bei dem NSRT acht Nominierungen von verschiedenen Organisationen eingegangen waren, wurde die Frist zur Einreichung der Unterlagen erneut verlängert. Die Medien-Koalition (die 13 mit den Medien verbundene Organisationen vereinte) schloss sich der Debatte über die passende Kandidatur an und es kamen noch einige Namen hinzu. Der NSRT ließ zum Vorstellungsgespräch acht Bewerber zu.

Während der beginnenden Anhörungen wurde an den NSRT ein Brief von einer der oppositionellen Kräfte geschickt, in dem man dazu aufrief, die Parlamentswahlen abzuwarten, denn in „BNT und BNR herrschten Unterwürfigkeit und kriechende Angst“¹⁴. Dieser Brief ist interessant, weil er zeigt, dass die Politiker/innen nicht vergessen hatten, ihre Macht über die elektronischen Medien auszuüben, die sich mittlerweile schon öffentlich nannten. Konnte man hinter der Vorgehensweise des NSRT einen gewissen politischen Druck nur vermuten, so ist dieser hier in direkter Form ausgedrückt.

Am 6. Februar wählte der NSRT mit überzeugender Mehrheit von sieben gegen zwei Stimmen Iwan Borislawow zum neuen Intendanten des BNR, einen Dichter, Übersetzer und Journalisten vom Kulturprogramm Christo Botew des BNR. Er wurde vom Verband

.....
 12 Juliana Metodiewa und Rositzta Stojkova (Hrsg.): *Radioto-mejdu wlastta I profesionalisma*. Sofia 2001. S. 23.

13 Ebd. S. 26.

14 Ebd. S. 30.

der bulgarischen Schriftsteller und dem Verband der Übersetzer in Bulgarien nominiert.

Gleich nach der Verkündung der Wahl wurde der NSRT mit Petitionen von Mitarbeitern/innen aus allen Programmen des BNR überflutet. Die Kollegen von Borislawow im Christo Botew betonten, dass ihre Position gegen die Wahl auf „dem guten Kennen seiner persönlichen und führerischen Kompetenzen basiert“¹⁵. Am 8. Februar fand Iwan Borislawow eine Menschenkette von Demonstranten vor dem Gebäude des BNR vor. Nur mit Hilfe der Polizei konnte er sein Dienstzimmer betreten.

In der eskalierenden Krise zeichneten sich mehrere Lager ab:

- Protestierende Mitarbeiter/innen des BNR. Sie bestanden auf Einhaltung der professionellen Prinzipien bei der Wahl eines Intendanten, der Garantien dafür geben sollte, dass er den Rundfunk fern von der staatlichen Macht halten wird. Bis zum Ende der Krise standen sie hinter ihren professionellen Anforderungen.

- Nicht protestierende Mitarbeiter/innen des BNR. Eine stumme Gruppe, die öffentlich ihre Gründe nicht äußerte, warum sie nicht hinter dem Protest ihrer Kolleg/innen stand. Ein Teil der nicht protestierenden Journalisten/innen besetzte wenig später gerne die Stellen ihrer entlassenen Kollegen.

- Der Medienrat (NSRT). Zwei seiner Mitglieder stellten sich hinter die Positionen der Protestierenden (Losanow und Boschilowa), traten jedoch nicht zurück. Die restlichen Mitglieder begründeten ihre Wahl mit den hohen moralischen Qualitäten von Borislawow und dessen Leistungen für die bulgarische Kultur. Ihnen zufolge sei die Lage im BNR kritisch und Borislawow habe das vollständigste Konzept zur Lösung der Probleme.

- Das Darik Radio: Ein sehr interessanter Akteur während der Krise; ein privater Radiosender, der von ehemaligen Journalist/innen des BNR schon im Jahr 1994 gegründet wurde. Sein Programmprofil eines Informations- und Musikkios machte es zum größten Konkurrent des führenden Programms von BNR. Im Jahr 2001 erhielt es die Lizenz für den einzigen privaten Radiosender mit nationaler Flächendeckung. Das Radio beteiligte sich an den Nominierungen für den Intendanten des BNR, indem es die Kandidatin Polja Stantschewa aufstellte. Viele Analysten bezeichnen Darik Radio als den größten Sieger der Krise im BNR, da es nach der Destabilisierung des öffentlich-rechtlichen Senders die Chance hatte, das enttäuschte Publikum heranzuziehen. Eben im Äther des privaten Konkurrenten erklang das erste Interview von Borislawow, was als ein Zeichen sowohl innerhalb als auch außerhalb des BNR wahrgenommen wurde.

- Die Politiker/innen: Die Politisierung der Krise wurde in den nächsten Monaten immer stärker, zumal sich die Parteien auf die Parlamentswahlen im Jahr 2001 vorbereiteten und alles mögliche unternahm, um Dividenden aus den von ihnen eingenommenen Positionen zu ziehen. Interessant ist die Rolle der Regierenden von der Union der demokratischen Kräfte. Wir haben ihre Position in den Jahren 1996-1997 gesehen, als sie in der Opposition waren. Jetzt ergriffen der Ministerrat und der Staatspräsident trotz

.....
15 Ebd. S. 33.

der eskalierenden Spannung keine Partei. Gleichzeitig wurden auch Interpretationen gestreut, laut denen die Proteste der Mitarbeiter/innen den Interessen der Opposition dienen sollten.

Die Verschärfung der Krise resultierte aus der Weigerung beider Seiten nachzugeben. Die Protestierenden vom BNR erhielten eine starke Unterstützung von Medienorganisationen aus dem In- und Ausland, Kolleg/innen aus anderen Medien und bürgerlichen Organisationen; der Intendant seinerseits von Intellektuellen, Dichter/innen und Schriftsteller/innen. Eine gemeinsame Basis für einen Dialog zwischen beiden Lagern gab es nicht. Die Journalisten/innen und die anderen Mitarbeiter/innen des BNR bestanden auf ihren professionellen Ansprüchen auf Redefreiheit und Transparenz in der Verwaltung, während man auf der anderen Seite von einem „Bulgarischen Rundfunk mit europäischem Geist und europäischen Werten“¹⁶ redete. Der komplizierte Organismus der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt blieb undefiniert.

Am 14. Februar 2001 bestätigte der NSRT den neuen Vorstand von BNR im Amt, wobei der Medienrat ausdrücklich seine Unzufriedenheit mit dem Vorschlag für den Direktorenposten des führenden publizistischen Programms Horizont äußerte. Trotzdem berief der Intendant Zonja Sabtschewa auf den Posten, die einen negativen Ruf unter den Journalisten im Rundfunk hatte. In Bezug auf die Protestierenden erklärte sie: „Ich habe für sie eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht ist, dass sie mich kennen, aber die schlechte ist, dass ich sie kenne“¹⁷. Zu der Tatsache, dass zu jeder vollen Stunde im Programm der Song „Let it be“ (Symbol der Medienproteste in Bulgarien) erklang, und den Befürchtungen, dass die Redefreiheit in Gefahr sei, kommentierte sie, dass es eine solche Redefreiheit, bei der „jeder Journalist seine persönliche Meinung im Äther auslegen kann, in keinem Medium in der Welt gibt“. Sie versicherte, dass es keine Entlassungen geben solle, dafür aber neue Regeln eingeführt werden.

Zur selben Zeit begann der Direktor des Programms Christo Botew, Georgi Wasilski, einen Hungerstreik gegen die Ernennung des neuen Intendanten. In einen Hungerstreik gegen den Hungerstreik von Wasilski und zur Unterstützung des neuen Intendanten ging dann auch der Vizepräsident des Verbandes der bulgarischen Schriftsteller.

Die Protestierenden reagierten mit Briefen an die wichtigsten staatlichen Institutionen (Parlament, Präsident, Regierung), in denen auf die Mängel im Gesetz über Radio und Fernsehen aufmerksam gemacht wurde, die solche Konfliktsituationen erlaubten. Die unzufriedenen Mitarbeiter/innen wurden von internationalen Organisationen, die mit den Medien und der Journalistik verbunden sind, sowie von der gesamten Medien-Gemeinschaft im Lande, einschließlich der Medien-Gewerkschaften, unterstützt.

Am 16. Februar veröffentlichte der Vorstandsrat des Verbandes der bulgarischen Schriftsteller eine Erklärung, in der sich seine Mitglieder von der Nominierung von Iwan Borislawow als Intendant des Rundfunks abgrenzten, obwohl diese eben von ihrer Organisation gemacht wurde. Mit diesem Dokument wurde die Verantwortung für die Nominierung dem Vizepräsidenten des Verbandes, Ango Bojanow, übertragen. Empört über die Entscheidung des Vorstandsrates verließ Alexander Tomow, Vorsitzender des

.....
¹⁶ Ebd. S. 84.

¹⁷ Ebd. S. 96.

NSRT, den Verband der bulgarischen Schriftsteller. Die Krise trat in eine neue Phase. Neben der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Intellektuellen-Gilden und den halb verdeckten politischen Voreingenommenheiten kamen nun auch Zweifel an der rechtlichen Legitimität der Leitung des Rundfunks auf die Tagesordnung.

Zwei Tage später wurde Iwan Borislawow wegen eines Herzinfarkts ins Krankenhaus eingeliefert, seine Funktionen übernahm der stellvertretende Vorsitzende des Rundfunkvorstands. Das Szenario ähnelte immer mehr der Krise im Tschechischen Fernsehen im Dezember 2000, als die Journalisten des öffentlich-rechtlichen Mediums aus Protest gegen die Wahl des Intendanten auf die Straße gingen. Damals kam der umstrittene Fernsehdirektor Jiří Hodač mit einem Nervenzusammenbruch ins Krankenhaus und die streikenden Mitarbeiter/innen setzten ihren Kampf mit seinen Stellvertretern fort¹⁸. Die Mitarbeiter des Tschechischen Fernsehens wandten sich an ihre Kolleg/innen in Sofia, indem sie daran erinnerten, dass in Prag „die einfache Anständigkeit die Arroganz der Macht besiegt“, und bekundeten ihre Unterstützung für einen würdigen Kampf um ein würdiges Führungsteam¹⁹.

Die Direktorin des Programms Horizont ersetzte den Moderator der renommiertesten Sendung für politische Kommentare „Nedelja 150“ durch einen aus den privaten Medien bekannten Journalisten, Ex-Moderator einer Musiksendung. Rumen Janew, der auch einmal für den Intendantenposten im BNR kandidiert hatte, nennt diese Episode seines Lebens „einen kurzen Flirt“ und „ein Durcheinander, in dem er sich verwickelt hat“²⁰. Vertreter der Opposition nahmen an der ersten Ausgabe der Sendung nicht teil, die Protestierenden bezeichneten das Verhalten des Moderators als „komplette Inkompetenz“ und sahen darin „eine gezielte Kampagne zur Herabsetzung der professionellen Standards und des Images des BNR, hinter der wahrscheinlich politische und wirtschaftliche Interessen stehen“²¹. Mittlerweile fing die Leitung an, die protestierenden Journalist/innen zu sanktionieren. Anfang März wurden einige von ihnen wegen Nichterfüllung der Anordnungen der neuen Direktorin von Horizont bestraft, andere mussten schriftliche Erklärungen zur Nichteinhaltung der Arbeitsdisziplin abgeben. Die Protestierenden warnten, dass sie am 19. März zivilen Ungehorsam ankündigen würden.

An dieser Stelle ist es wichtig, den Kontext, in welchem die Krise im BNR verlief, etwas zu erweitern. Am 16. März wurde in den frühen Morgenstunden die Leiche eines dreijährigen Kindes in Sofia gefunden. Für ein paar Stunden sammelten sich vor dem Parlament viele Taxis (der Vater war Taxifahrer) und blockierten die Hauptstraßen in der Hauptstadt. Die Spannung im Laufe des Tages im Lande war riesig – und die Regierenden wurden von der Menge mit Parolen wie „Mörder“ und „Mafia“ beschimpft. Von einer persönlichen Tragödie verwandelte sich die Suche nach dem Täter in eine politische Frage. In den späten Stunden des Tages wurde klar, dass die Mutter die Tat begangen hatte. Analysten kommen auf den Vorfall an diesem Tag zurück, da sie glauben, dass

.....

18 Für weitere Ähnlichkeiten zwischen den beiden Krisen vgl. Vyara Angelova: BNR i tzhskata televizija-otkrijte razlikite. Online unter: <http://www.segabg.com/article.php?issueid=1493§ionid=6&id=00006> (zuletzt abgerufen am: 30.09.2013).

19 Juliana Metodjeva und Rositza Stojkova (Hrsg.): Radioto-mejdu vlastta I profesionalisma. Sofia 2001. S. 140.

20 Rumen Janew: 2001-a w BNR. Online unter: <http://ryanev.wordpress.com/2008/12/21/2001-%D0%B0-%D0%B2-%D0%B1%D0%BD%D1%80/> (zuletzt abgerufen am: 30.09.2013).

21 Juliana Metodjeva und Rositza Stojkova (Hrsg.): Radioto-mejdu vlastta I profesionalisma. Sofia 2001. S. 144.

dies ein entscheidendes Signal für den Mangel an Vertrauen in die Regierung und für den baldigen Machtwechsel im Lande war.

Wir fügen dieses Detail zu der Geschichte von BNR hinzu, um zu zeigen, dass sich die Krise im Rundfunk vor dem Hintergrund einer allgemeinen Spannung im Land, vor allem in politisch-wirtschaftlicher Hinsicht, entwickelte. Das erklärt auch die gewisse Gleichgültigkeit der bulgarischen Gesellschaft gegenüber den Problemen des BNR, im Gegensatz zu der von mehreren Tausenden Menschen ausgedrückten Unterstützung, die ihre Kollegen in der Tschechischen Republik Monate zuvor bekamen.

Die Leitung des Rundfunks nutzte den Vorfall am 16. März, um den Protestierenden Mithilfe beim Prozess der Destabilisierung des Landes vorzuwerfen. Deshalb deutete sie die Ankündigung des zivilen Ungehorsams als eine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Um gegenzusteuern erteilte die Leitung eine Weisung, laut der das Studio, aus dem das Programm gesendet wird, sowie die Teams gewechselt werden müssten. Auf diese Weise wurde den Protestierenden die Möglichkeit vorenthalten, im Äther zu sprechen. Die meisten Kolleg/innen, die sie ersetzten, verfügten nicht über die notwendige Erfahrung, um in einem aktuell-publizistischen Programm zu arbeiten.

Gefeuert wurden die ersten acht protestierenden Journalist/innen, unter ihnen die gleichen Leute wie im Jahr 1997. In den Jahren zwischen den beiden Krisen waren diese zu Wahrzeichen des BNR geworden, nicht nur wegen ihrer journalistischen Fähigkeiten, sondern auch für die Verteidigung der Bürgerrechte. Am 4. April 2001 erklärte das Oberste Verwaltungsgericht die Entscheidung von NSRT über die Wahl eines Intendanten des BNR für rechtswidrig. Der Vorstand des Rundfunks setzte jedoch seine Arbeit sowie seine Strafmaßnahmen fort. In den ersten zehn Tagen des Monats April 2001 wurden 19 Personen entlassen und 57 neu eingestellt.

Interessant ist die Aussage des Intendanten in Vertretung, Alexander Brasitzow, auf einer Pressekonferenz am 19. März. Damals erklärte er, dass „der BNR ein staatliches Medium ist und daraus folgt, dass ein Teil der Mitarbeiter gegen den Staat protestiert“²². Bemerkenswert hier ist die Diskrepanz in der Argumentation der Protestierenden, die über ein öffentlich-rechtliches Medium sprachen, und des Intendanten, laut dem BNR immer noch ein staatliches Medium war. Eigentlich bestand die wahre Krise des Jahres 2001 eben im Konflikt zwischen diesen beiden widersprüchlichen Ansichten. Die Geburt der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt geschah nicht einfach in den Gesetzen, sondern vor allem im Bewusstsein der Mitarbeiter. Erst nach der Lösung der Krise können wir über den BNR als ein öffentliches Medium in den Vorstellungen sowohl der Gesellschaft als auch des Kollegiums sprechen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Sender von verschiedenen politischen Kreisen ins Schlepp genommen, die keinen Schnittpunkt in ihren Ansichten über die Zukunft des Mediums fanden. Die Entlarvung des NSRT als politisch abhängiges Organ veränderte die Debatte über die Unabhängigkeit des Rundfunks völlig.

Nachdem das Oberste Verwaltungsgericht die Entscheidung zur Wahl von Borislawow bestätigt hat, ernannte der NSRT am 16. Mai einstimmig Polja Stantschewa zum BNR-

.....
22 Ebd. S. 198

Intendanten in Vertretung. Am 28. Mai wurde sie einstimmig zur Intendantin gewählt, diesmal für eine volle Amtszeit. Der NSRT beschloß ferner, dass die von der vorherigen Leitung entlassenen Journalist/innen wieder eingestellt werden müssen.

Periode 5: nach 2001

Damit endete die größte Krise in der Geschichte des BNR seit seiner Gründung. Eigentlich endete damit auch der Übergang des Rundfunks zu einem öffentlich-rechtlichen Medium. Dennoch leiden der BNR (sowie BNT) auch im Jahr 2013 immer noch unter dem Fehlen eines wirksamen Mechanismus für eine unabhängige Finanzierung. Sie erhalten ihren Unterhalt direkt aus dem Staatshaushalt. Das gibt Kritiker/innen und Konkurrent/innen einen Grund zu glauben, dass der politische Druck auf BNT und BNR nicht nachgelassen habe. Nach 2001 ist allerdings Schluss mit dem direkten und rücksichtslosen politischen Druck. Die ehemaligen staatlichen Medien sind geschwächt und ihr Publikum hat sich weitgehend auf private Medien umorientiert, die automatisch als frei betrachtet werden sollen.

Die Entwicklung des bulgarischen Radio- und Fernsehsektors in den letzten zehn Jahren zeigte jedoch, dass auch der private Sektor unter politisch-wirtschaftlichen Abhängigkeiten in besonders großem Ausmaß leiden kann. Ein Beweis dafür im Bereich des Hörfunks ist die Marginalisierung des Wortanteils und die Verwandlung des Äthers in eine „Diskothek“, in der es keinen Platz für Journalismus, Analyse und Publizistik gibt.

Eine einsame Insel der qualitativen Journalistik bleibt der BNR, der Radiosender, der aufgrund der Notwendigkeit, zwischen den politischen Interessen im Lande zu balancieren, eine gewisse Distanz zu der Macht etablieren konnte. Durch den Rat für elektronische Medien (so heißt die Medien-Regulationsbehörde nach Auflösung des NSRT im Jahr 2002 infolge der Krise im BNR) wurde die Tätigkeit des Rundfunks eben in Richtung Einhaltung der Standards und Behauptung des Professionalismus unter die Lupe genommen. Was die privaten Radiosender betrifft, achtet die Regulationsbehörde eher auf die Einhaltung des Radioprofils, der Urheberrechte und der Werberegeln. Die eventuelle politische und/oder wirtschaftliche Abhängigkeit tritt in den Hintergrund. So bleibt das öffentliche Interesse in der Verantwortung der öffentlich-rechtlichen Medien. Ein typisches Beispiel für den Wegfall des öffentlichen Interesses aus der Tagesordnung der privaten Medien, die in den 90er Jahren als Träger der Freiheit und Schützer der Bürgerrechte wahrgenommen und proklamiert wurden, ist die Schließung von Radio Nowa Ewropa im Jahr 2005.

Wir werden diesen Prozess kurz beschreiben, weil er interessante Parallelen mit den Ereignissen im BNR hervorruft und kennzeichnend für die Entwicklung des Radiomarktes ist. Nowa Ewropa war der Nachfolger vom Radiosender Free Europe in Bulgarien, der im Jahr 1992 eine Frequenz erhielt und im gleichen Jahr ein Büro in Sofia eröffnete, in dem zum ersten Mal ein Team von nationalen Journalisten gebildet wurde. Sie produzierten ein mehrstündiges Programm bis 2004, als der US-Kongress, der das Radio „Free Europe“ unterhielt, die Finanzierung einiger Stationen, einschließlich der bulgarischen, einstellte. Dann gelang es dem Journalistenteam in Sofia, seine Eigentümer zu überzeugen, weiterhin auf den gleichen Frequenzen zu arbeiten und die Lizenz zu

behalten, die das Programm als öffentlich-rechtlich (nichtkommerziell) definierte. Der neue Radiosender hieß Nowa Ewropa und wurde auf Projektbasis finanziert. Zwei Jahre später jedoch, unerwartet und hinter dem Rücken des journalistischen Teams, reichte die bulgarische Stiftung, die Eigentümer des Senders ist, Unterlagen zur Änderung des Profils des Radios und seiner Umwandlung zu einem Rock-Radio ein. In die Geschichte sind sehr populäre radiojournalistische Personen verwickelt, die sich gegenseitig dreckige Intrigen vorwerfen. Aus rechtlicher Sicht war das Verfahren legitim, offen bleibt jedoch die moralische Seite der Frage: Wer lässt das Verschwinden eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seine Verwandlung in eine weitere Musikstation zu? Hinzu kommt, dass Eigentümer dieser Station praktisch der Werbemogul und Medienberater Krassimir Gergow wird²³.

Der Konflikt blieb weitgehend in der Peripherie der Aufmerksamkeit sowohl für die Hörschaft als auch für die professionelle Gilde. Diese Krise hatte nicht die reinigende Rolle für den privaten Sektor wie die aus dem Jahr 2001 für den öffentlichen. Die hinterhältigen politisch-wirtschaftspolitischen Geschäfte am kommerziellen Radiomarkt kamen letztendlich nicht ans Licht, auch eine Diskussion über die Möglichkeiten für das Existieren von öffentlichen oder gemeinschaftlichen Radiosendern, die außerhalb der staatlichen Subvention finanziert werden, fand nicht statt; nicht gestellt blieb ferner die Frage, ob der Markt allein den Schutz des öffentlichen Interesses gewährleisten kann. Diskutiert wurden vielmehr die persönlichen Beziehungen zwischen den Teilnehmern an der Krise und das schwierige Überleben der publizistischen Radiostationen am Markt. Kleinere Kollisionen passieren im Privatsektor ständig, aber die Schließung von Nowa Ewropa ist interessant sowohl wegen der politischen Basis, die der Sender vom Radio Free Europe geerbt hat, als auch wegen der Ausübung politischer und wirtschaftlicher Macht durch das Einkaufen von Hörfrequenzen.

Durch diese Krise hat sich der Eindruck verfestigt, dass der private Radio- und Fernsehsektor in Bezug auf die Transparenz der Eigentumsverhältnisse und die Bindung der Eigentümer an verschiedene politische und wirtschaftliche Kreise „in Sünde geboren ist“. Der Journalismus im Privatsektor, die unklaren Eigentumsverhältnisse und das Fehlen von Sanktionen bei Nichteinhaltung der professionellen Standards stellen Bulgarien auf die schwarze Liste in puncto Rede- und Pressefreiheit (z.B. Reporter ohne Grenzen, 2012). Vor dem Hintergrund des sich blamierenden Privatsektors rücken öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen in den Vordergrund, weil sie eben nach mehr Objektivität im Informationsfluss streben.

Mit Sicherheit wird noch eine große Krise im BNR bevorstehen, wenn man die Entscheidung trifft, dass die privaten Radiosender staatliche Subvention für die Berichterstattung über Themen von öffentlichem Interesse erhalten sollen. Die eventuelle Wegnahme der Vorherrschaft auf diesem Feld zugunsten der privaten Sender wird sicherlich zu einer Neudefinition des Sinnes und der Funktionen der öffentlich-rechtlichen Radioanstalten führen.

.....
23 Das Recht darauf, dass Inhaber von Werbeagenturen auch Medien besitzen dürfen, wurde durch die Novellierung des Gesetzes über Radio und Fernsehen im Jahr 2010 möglich. Bis zu diesem Zeitpunkt bestritt Krassimir Gergow, dass er Inhaber von Medien sei, sondern nannte sich ihren Berater. Nach der Änderung des Gesetzes gab er zu, dass er Anteile an elektronischen Medien besitzt.

Pavla Francová

Neubeginn

Die Transformation des Tschechoslowakischen Hörfunks 1988 bis 1993

In diesem Jahr feiert der Tschechische, ehemals Tschechoslowakische, Rundfunk den 90. Jahrestag seiner Gründung. Während dieser Zeit „erlebte“ er verschiedene Phasen, in denen sich das politische und gesellschaftliche Geschehen des Landes spiegelte. Den Tschechoslowakischen Rundfunk können wir als einen „Zeugen“ der Tschechoslowakei, später der Tschechischen Republik, betrachten, der die Umwandlungen und Entwicklungen des Landes dokumentiert und miterlebt hat.

In der Zeitgeschichte lassen sich der Fall des „Eisernen Vorhangs“ und die kurz drauf folgenden Monate zweifellos als einen extrem schnellen, dynamischen und umwälzenden Zeitraum bezeichnen, der bis heute sehr einflussreich ist und vor allem zur Demokratisierung der osteuropäischen Länder (und damit verbunden auch der Medien) geführt hat.

Ich widme mich in meinem Beitrag dem Tschechoslowakischen, bzw. Tschechischen Radio und konzentriere mich auf den Zeitraum 1988 bis 1993. Ich möchte diese dynamische Zeit, die voll von grundsätzlichen Veränderungen in der ganzen Gesellschaft war, aus Sicht des Hörfunks näher bringen. In meiner Untersuchung verfolge ich sowohl die organisatorische als auch die rechtliche Transformation dieses Mediums. Es werden die Umwandlung von einer staatlichen und vom Staat streng gelenkten Organisation in eine öffentlich-rechtliche Institution mit breiter Akzeptanz in der Bevölkerung und die damit verbundenen Probleme der genannten Zeit untersucht.

Das Ziel besteht auch darin, die größten Erfolge aber ebenso Schwierigkeiten und den Weg des Neubeginns des Tschechoslowakischen Hörfunks am Anfang der 90er Jahre zu beschreiben und seine Ausgangsposition für die neue Epoche der tschechischen, slowakischen und europäischen Geschichte zu thematisieren. Dieser Text konzentriert sich auf die Darstellung der organisatorischen und rechtlichen Umwandlung des Tschechoslowakischen bzw. Tschechischen Radios in den Jahren 1988 bis 1993. Die technische und programmatische Entwicklung klammere ich aus.

Für diesen Artikel wurden vor allem Primärquellen benutzt. Ich habe sowohl mit den Archiven des tschechoslowakischen bzw. tschechischen Hörfunks als auch mit zeitgeschichtlichen Fachzeitschriften gearbeitet und weitere Quellen sowie entsprechende Fachliteratur ausgewertet.

90 Jahre Radio

Schon seit mehr als 90 Jahren kann man auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik Radio hören. Am 18.5.1923 wurden die ersten Minuten¹ der regelmäßigen

.....
¹ Erste Radio-Versuche gab es bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Die erste Sendung wurde dann zum Anlass des ersten Jahrestages der Gründung der Tschechoslowakischen Republik am 28.10.1919 in Prag ausgestrahlt. Die Tschechoslowakei gehörte damit zu den ersten europäischen Ländern mit regelmäßigen Rundfunksendungen. Vgl. Eva Ješutová (Hrsg.): Od mikrofonu k posluchačům. Z osmi desetiletí českého rozhlasu. Praha 2003, S. 9 (Ješutová 2003).

Sendungen der Gesellschaft Radiojournal² – des Vorgängers des Tschechoslowakischen Hörfunks – ausgestrahlt. Die wirtschaftliche Lage war jedoch durch zu geringe Rundfunkgebühren schwierig. Dies führte dazu, dass 1925 das Postministerium zum Majoritätseigentümer des Radiojournals wurde.³ Es folgten neue Sendestationen in den größten Städten, die auch Sendungen weiter verbreiteten.⁴ Obwohl die Empfangsgeräte in den ersten Jahren sehr teuer waren, vergrößerte sich nach und nach das Publikum.⁵ Im Jahr 1937 waren schon eine Million Empfänger registriert.⁶ Ein Jahr später kam es zur eigentlichen und vollständigen Verstaatlichung des Radiojournals, weiterhin funktionierte der Rundfunk als Gesellschaft mit beschränkter Haftung.⁷

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Tschechoslowakische Rundfunk erst am 22.8.1945 zugelassen und erlebte einen großen Aufschwung. Dessen politisches Potential nutzte schrittweise die Kommunistische Partei für sich und besetzte die entscheidenden Positionen mit eigenen Leuten.⁸

Mit der Machtergreifung durch die Kommunistische Partei (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei – KSČ) im Februar 1948 wurde der Tschechoslowakische Hörfunk im April 1948 verstaatlicht⁹ und in den folgenden Jahren (ebenso wie die anderen offiziellen Medien) unter die Kontrolle der Kommunistischen Partei bzw. der zensorischen Organe gestellt. Eine wichtige Rolle spielte damals auch die Selbstzensur und die Beeinflussung der Medien durch eine strenge Kaderpolitik. Kurze Zeit nach dem Prager Frühling 1968 – der im Hörfunk z.B. durch freiere Meinungsäußerungen gekennzeichnet war¹⁰ – folgte nach der Okkupation und besonders seit 1969¹¹ für die nächsten 20 Jahre die sogenannte „Normalisierung“, die zunächst durch scharfe Personalsäuberung und in der folgenden Zeit durch strenge Kontrollen der Sendungsinhalte gekennzeichnet war.¹²

Medienpolitische Lage in der Tschechoslowakei in der zweiten Hälfte der 80er Jahre

Die zweite Hälfte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts wird üblicherweise in der osteuropäischen Geschichtsschreibung als eine Zeit der Perestroika und Glasnost bezeichnet, die unter anderem auch zu mehr Freiheit und Kritik in den Medien führte.

.....

² Das Radiojournal wurde als private Gesellschaft, die vom Postministerium eine Lizenz für Sendungen erhalten hatte, gegründet. Vgl. Jaroslav Pacovský. *Na vlnách rozhlasu 1923-1993*. Praha 1993 (Pacovský 1993).

³ Vgl. Lenka Čábelová. *Radiojournal – rozhlasové vysílání v Čechách a na Moravě v letech 1923-1939*. Praha 2003.

⁴ Das Radiojournal gehörte zu den Wegbereitern verschiedener neuer Rundfunkformate in Europa, beispielsweise Übertragungen vollständiger Theaterstücke oder Sportübertragungen. Vgl. Jakub Končelík, Pavel Večeřa und Petr Orság: *Dějiny českých médií 20. století*. Praha 2010, S. 61 (Končelík 2010).

⁵ Obwohl seit der zweiten Hälfte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts die Einkaufspreise niedriger wurden, war die Verbreitung wegen der Konzessionspflicht weiterhin kompliziert – die Radiobesitzer mussten Beiträge zahlen, die erst Ende der 20er Jahre herunter gesetzt wurden.

⁶ Vgl. Končelík 2010, S. 63.

⁷ Während des Protektorats Böhmen und Mähren wurde das Radiojournal mehrmals umstrukturiert und diente als offizieller Sender der nazistischen Propaganda. Vgl. Pacovský 1993.

⁸ Vgl. Končelík 2010, S. 121.

⁹ Die Verstaatlichung des Rundfunks erfolgte durch das Gesetz Nummer 137/1948 Sb. Online unter: <http://www.zakonyprolidi.cz/cs/1948-137> (zuletzt abgerufen am 20.9.2013).

¹⁰ Gerade der Rundfunk gehörte während des Prager Frühlings zu den einflussreichsten Medien im Land. Vgl. Končelík 2010, S. 234.

¹¹ Mehr zu dieser Thematik vgl.: Radim Wolák und Barbara Köpplová (Hrsg.): *Česká médi a česká společnost v 60. letech*. Praha 2008 sowie Jarmila Cysařová. *Televize a totalitní moc 1953-1967*. Praha 1998.

¹² Die Personalsäuberungen kamen nach der Okkupation im August 1968 allmählich und verliefen noch bis 1970. Insgesamt mussten den Rundfunk mehr als 800 Arbeitnehmer/innen verlassen, was ungefähr ein Drittel des damaligen Personalstands darstellte.

Im Hinblick auf die damalige Tschechoslowakei wäre allerdings diese Optik zu vereinfacht und würde der Realität nicht ganz entsprechen. Die meisten Reformen und Veränderungen waren vor allem formell, für eine grundlegende Reform gab es in der damaligen Tschechoslowakei unter den Entscheidungsträgern nur wenige Befürworter. In den Medien kamen aber schon öfter auch leicht kritische Themen vor; diese Entwicklung verlief jedoch sehr langsam.¹³ Neben den offiziellen Medien (Staatlicher Hörfunk, zwei Programme des Fernsehens und Presse) existierte in der Tschechoslowakei auch inoffizielle, verbotene Presse, die durch Samisdat herausgegeben wurde.¹⁴

Bei der Betrachtung des Hörfunks muss noch die Rolle der Auslandssendungen – z.B. von Radio Free Europe, Voice of Amerika, BBC oder Deutsche Welle – erwähnt werden. Diese Sender konnte man in der Tschechoslowakei trotz vieler staatlicher Bemühungen und großer Investitionen in Störsender empfangen, wenn auch mit Schwierigkeiten. Am 1.2.1988 wurde der staatliche Betrieb von Störsendern aufgehoben und damit der Empfang von Auslandssendungen stark erleichtert.¹⁵

Der Tschechoslowakische Hörfunk in der zweiten Hälfte der 80er Jahre

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre funktionierte der Tschechoslowakische Hörfunk als eigenständige staatliche Organisation, die ohne Konkurrenz (mit Ausnahme der ausländischen Sender) im gesamten tschechoslowakischen Gebiet tätig war. Laut dem ersten Organisationsstatut aus dem Jahr 1987 sollte der Hörfunk, der eigene Kapitel im Staatshaushalt hatte, seine Tätigkeit und Aufgaben entsprechend der Richtlinien und Anweisungen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ausüben.¹⁶ Demzufolge wurde er durch die ideologische Abteilung des Zentralkomitees der KSČ gelenkt. Das Statut bestimmte die Aufgabe des Radios so: ein Medium, das dem sozialistischen Staat dient und zum Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beiträgt.¹⁷

Vor dem November 1989 betrieb der Hörfunk ein gesamtstaatliches Programm Hvězda, vier nationale Programme: Praha/Bratislava und Vltava/Děvín, den Jugendsender EM, Programm Melodie und die Auslandssendung Radio Praha. Zudem existierten Kreisstudios in den größten tschechoslowakischen Städten.¹⁸

Die organisatorische Gliederung des Tschechoslowakischen Hörfunks änderte sich mehrmals. Das System der Hauptsektionen blieb aber mehr oder weniger gleich. Es waren: der Tschechische Hörfunk, der Slowakische Hörfunk (beide mit weiteren einzelnen Kreisstudios), Zentralkommando, Zentrale Sendung der politischen Nachrichten und der Publizistik, Auslandssendung von Radio Prag, Technik, Wirtschaft und Verwaltung.¹⁹

.....

¹³ Diesem Zeitraum der tschechoslowakischen Geschichte widmet sich z.B. Michael Pullman in seinem Buch *Konec experimentu. Přestavba a pád komunismu v Československu*. Praha 2011.

¹⁴ Samisdat und seine Rolle in der Tschechoslowakei beschreibt näher z.B. Johana Posset. *Česká samizdatová periodika 1968-1989*. Brno 1991.

¹⁵ Vgl. Jarmila Votavová. *Stručný nástin historie českého rozhlasu. Studijní a výzkumné oddělení Českého rozhlasu*, Praha 1993, S. 138 (Votavová 1993).

¹⁶ Vgl. Eva Ješutová und Jaroslava Nováková: *Československý rozhlas na cestě k demokracii. Od perestrojky ke svobodným volbám*. Praha 2002, S. 8 (Ješutová; Nováková 2002).

¹⁷ Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 8.

¹⁸ Vgl. Václav Moravec: *Svobodný rozhlas 1990-2003*, In Ješutová 2003. S. 404.

¹⁹ Vgl. Ješutová 2003, S. 361.

Die Institution wurde durch das sogenannte Vierstufensystem gelenkt. Die erste Stufe entsprach dem Generaldirektor (seit 8.9.1970 Ján Riško)²⁰, die zweite Stufe dann seinen Stellvertretern, die dritte Stufe bildeten die Chefredakteure, die Abteilungsleiter und Kreisstudiodirektoren, zur vierten Stufe gehörten Ressortleiter und stellvertretende Chefredakteure.²¹

Die Personalpolitik spielte bei der Kontrolle und Lenkung des Radios (sowie der anderen Massenmedien) eine wichtige Rolle. Führende Positionen wurden spätestens seit den 70er Jahren ausschließlich durch Mitglieder der KSC besetzt und mussten durch das zuständige Komitee der KSC bewilligt werden.²²

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung darf auch die Angestelltenzahl nicht vergessen werden. Das Tschechoslowakische Radio hatte im letzten Jahrzehnt des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei 4.700 Angestellte. Fast 30 Prozent davon waren KSC-Mitglieder oder -Kandidaten, wobei in den Nachrichten- und Publizistikabteilungen dieser Anteil sogar bei mehr als 50 Prozent lag.²³

Die Perestroika spiegelte sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auch in der Personalpolitik im Tschechoslowakischen Hörfunk wider. Allmählich gelangten auf einige leitende Stellen neue Personen, die die „alten“ und konservativen Kommunisten abwechselten. Die mittleren (und niedrigeren) Funktionen wurden nicht anhand der Parteimitgliedschaft, sondern eher auch gemäß der Fachkenntnisse besetzt.²⁴

Neben dieser Kontrolle der Beschäftigten spielte die Selbstzensur eine große Rolle. Diese wurde in den 80er Jahren besonders durch die Angst gestärkt, die Arbeit zu verlieren oder die Karriere und das Studium der eigenen Kinder zu gefährden. Es handelte sich zwar nicht mehr um so große Risiken wie z.B. in den 50er Jahren, allerdings funktionierte die Selbstzensur weiterhin.²⁵ Dadurch konnte ziemlich sicher gestellt werden, dass die Sendungen nicht von der vorgeschriebenen Parteilinie abweichen.²⁶ Außerdem wurden Sendungen und Musik bei täglichen Besprechungen der leitenden Redakteure mit dem Zentraldirektor kritisch ausgewertet.²⁷

Der Tschechoslowakische Hörfunk war auch in den 80er Jahren in der Gesellschaft von großer Bedeutung: Nach Angaben von 1982 gab es in der ganzen Tschechoslowakei 4,132 Millionen Personen bzw. Haushalte, die Rundfunkgebühren bezahlten.²⁸ Fünf Jahre später erreichte die durchschnittliche Zuhörerquote 14 Prozent der Bevölkerung über 15 Jahre.²⁹

.....
20 Ján Riško war Generaldirektor bis zum Juni 1989, als er durch Karel Kvapil abgelöst wurde. Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 8.; Vgl. Končelík 2010, S. 235.

21 Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 8.

22 ebd.

23 Vgl. Ješutová 2003, S. 361.

24 Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 13.

25 Das offizielle Zensurorgan der Tschechoslowakei, ČÚTI, bzw. seit 1980 FÚTI (Tschechisches, bzw. Föderales Amt für Presse und Informationen), konnte nicht die umfangreiche Rundfunkproduktion überwachen. Stattdessen wurde die Leitung des Rundfunks streng zentralisiert. Keine Sendung durfte ohne Zustimmung und Unterschrift eines Chefredakteurs und zwei weiterer Vorgesetzter ausgestrahlt werden. Vgl. Ješutová 2003, S. 358.

26 Verstärkt wurden vor allem künstlerische Programme überwacht, wo vieles „zwischen den Zeilen“ gesagt werden konnte. Vgl. Ješutová 2003, S. 358.

27 Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 10.

28 Vgl. Votavová 1993, S. 137.

29 Das entsprach ungefähr 1,1 Millionen Menschen. Vgl. Ješutová 2003, S. 361.

Ähnlich wie in anderen Bereichen wurde auch im Hörfunk alles langfristig geplant, thematische Ausrichtung und Schwerpunkte festgelegt. Die langfristigen Pläne umfaßten bis zu zehn Jahre, konkretere Planungen für das jeweilige Jahr folgten den erwarteten politischen Geschehnissen. Auch hier kam in der zweiten Hälfte der 80er Jahre der Perestroika-Einfluss zum Ausdruck. Das zeigte sich aber eher in der Terminologie als im Inhalt der Sendungen an sich.³⁰

November 1989 und das Tschechoslowakische Radio

Der November 1989 und die sogenannte „Samtene Revolution“ gehören weitaus nicht zu den heroischen Ereignissen im Tschechoslowakischen Radio.³¹ Die Angestellten waren auf eine so schnelle und rasante Veränderung gar nicht vorbereitet, und die Funktion des Hörfunks versagte eindeutig während der dramatischen Novembertage. Die Mitarbeiter/innen hatten Angst, offener zu berichten und man könnte sagen, dass das Radio in den ersten Tagen über die Realität der Geschehnisse in Prag schwieg.³²

Trotz der unsicheren und stürmischen Zeit zeigte sich eine leuchtende Ausnahme: die Sendung „Mikroforum“: In dieser kamen am 20.11.1989 in einer Liveübertragung verschiedene Meinungen zum Ausdruck, hier wurde sogar der Polizeieinsatz im Prager Národní třída vom 17.11.1989 als Massaker bezeichnet.³³ Ansonsten stand jedoch auch in den folgenden Tagen objektive Berichterstattung unter Druck bzw. kam gar nicht in Frage.

Die umwälzende Entwicklung konnte man aber nicht mehr aufhalten, auch unter den Mitarbeiter/innen des Rundfunks kam es zu Auseinandersetzungen. In den nächsten Tagen entflammte eine heftige Debatte der Mitarbeiter/innen und Hunderte von ihnen bildeten mehrere Protestgruppen gegen weitere parteiliche Berichterstattung.³⁴ Trotz vieler Meinungsunterschiede (und in der ersten Phase auch ungenügender Kommunikation) wurde am 23.11.1989 das Bürgerforum (Občanské fórum – OF) des Tschechoslowakischen Radios gegründet, dessen Bedeutung und Macht in der Organisation schnell zunahm.³⁵ Die Hauptforderung des OF war eine objektive und wahrheitsgemäße Berichterstattung.

Außerdem verlangten die OF-Mitglieder in den folgenden Tagen den Rücktritt des Generaldirektors sowie der anderen Führungsmitglieder, die ihre Funktionen für unwahre Darstellung der Lage in der Tschechoslowakei sowie der anderen Länder ausnutzten.³⁶ Generaldirektor Karel Kvapil wies ihm zugeschriebene Fehler zurück und wurde erst am 3.12.1989 von der Regierung abberufen. An seine Stelle trat für kurze Zeit Karel Starý, damals Hörfunkkorrespondent in Paris. Anfang Dezember bildeten die Vertreter des OF und des Streikkomitees des Radios den Programmatischen Rat, der in den nächsten

.....
30 Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 15.

31 So wie es der Fall im Mai 1945 oder im August 1968 war.

32 Die Berichterstattung war verzerrt und die Nachrichten wurden durch Vorsichtigkeit und Angst gezeichnet. Vgl. Votavová 1993, S. 111; Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 20.

33 Vgl. Votavová 1993, S. 112.

34 Vgl. ebd.

35 Zum 29.11.1989 zählte OF 900 Unterschriften der Arbeitnehmer/innen im Rundfunk. Týdeník Rozhlas, č. 59/1991, S. 2.

36 Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 23.

Tagen für die Sendungen des Tschechoslowakischen Hörfunks verantwortlich wurde und als Opposition gegen die „alte“ Führung diente.

In den folgenden Tagen fanden sowohl personelle als auch inhaltliche Veränderungen statt.³⁷ Dazu gehörte unter anderem die Auflösung der KSČ-Organisation des Tschechoslowakischen Hörfunks.

Am 12.12.1989 veröffentlichten die neue Führung und das OF eine gemeinsame Erklärung, in der man die Repressionen der 60er und 70er Jahre verurteilte und dazu aufforderte, den Anteil des Hörfunks an der Unterstützung des Regimes zu untersuchen. Das neue Ziel der Führung sollte darin bestehen, für das Tschechoslowakische Radio so schnell wie möglich eine Stelle in einer demokratischen Gesellschaft zu finden.³⁸ Das Bürgerforum, das seit dem 30.11.1989 über das Studio Tschechoslowakei täglich ein eigenes Programm sendete,³⁹ bot den ehemaligen Mitarbeiter/innen – die während der „Normalisierung“ entlassen wurden – an, zurückzukommen. Ungefähr 50 von ihnen nutzten diese Offerte.⁴⁰

Neben den Änderungen im Innern des Hörfunks konnten die Zuhörer den Wechsel auch von außen verfolgen, anhand des Programms, in dem bis dahin tabuisierte Autoren und Werke präsentiert wurden. Schon Anfang Dezember war zum Beispiel das Theaterstück „Audienz“ von Václav Havel zu hören. Es wurden vermehrt Sonder- und aktuelle Sendungen ausgestrahlt. Zu deutlicheren und strukturellen Änderungen im Programm kam es im Laufe der folgenden Monate.

Staatlicher Hörfunk in einer neuen Situation

Anfang des Jahres 1990 folgten schnelle und hastige Wechsel und Änderungen. Am 1.1.1990 übernahm das Kollegium des Hörfunks die leitende Rolle, damit wurde die provisorische Tätigkeit des Programmatischen Rates aufgehoben. Das Kollegium besprach vor allem die föderativen Probleme und Aufgaben im Radio.⁴¹ Es folgten auch weitere Maßnahmen gegen einzelne prominente Mitarbeiter/innen, die mit dem kommunistischen Regime eng verknüpft waren, und man forderte eine neue Beurteilung der moralischen sowie professionellen Fähigkeiten aller Arbeitnehmer/innen.⁴² Trotz der Bemühungen blieben im Radio weiterhin viele frühere bekannte „Namen“: Das wurde jedoch von Hörern negativ aufgenommen. Auch die hastige und unkonzepionelle Reorganisation erleichterte die Situation nicht.

.....
37 Zum Beispiel wurden Mitte Dezember (14.12.1989) die Anfangsmelodie der Rundfunknachrichten abgeschafft, die Kommunistischen Symbole beseitigt und die Wiederaufnahme der ehemaligen Journalist/innen und anderen Mitarbeiter/innen erwogen. Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 31.

38 Slovo ke všem. In: Týdeník Rozhlas 1 (1990). S. 2.

39 Im Januar 1990 verfolgten 24 Prozent der Zuhörer das publizistische Bürgerforum, in den vorherigen Jahren hatte diese Station Zuhörern um sieben Prozent. Später, vor der Wahl im Frühjahr 1990, nannte man den Sender in Radioforum um, da man es als unangebracht ansah, wenn das OF, das für die Wahl kandidierte, ein eigenes Programm hätte. Vgl. Votavová 1993, S. 113; Vgl. Moravec 2003, S. 412.

40 Diese ehemaligen Mitarbeiter/innen des Rundfunks nannte man die „Achtundsechziger“.

41 Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 32.

42 Prohlášení ústředního ředitele 19.1.1990, označované jako Charta Československého rozhlasu. AČRo; Mit ca. 40 führenden kompromittierten Mitarbeiter/innen wurde die Zusammenarbeit aufgehoben. Die personelle Situation war sehr schwierig, und man versuchte die moralische Läuterung durch personelle Gespräche. Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 34.

Die Führung wechselte erneut: Am 28.1.1990 trat an die Stelle des Generaldirektors der Dramatiker und Schriftsteller František Pavlíček. Karel Starý wechselte auf die Stelle des Direktors der Außenabteilung und der Geschäftsstelle.⁴³

Im Programm kam es zu radikalen Änderungen. Es entstanden neue Sendungen, nach vielen Jahren wurde auch wieder katholischer Gottesdienst übertragen, in einer speziellen Sendung sprachen Vertreter verschiedener Kirchen; es entstand sogar eine Redaktion für Religion. Auch andere Bereiche konzipierten neue Sendungen.⁴⁴ Im Frühjahr 1990 endete das Programm für das Ausland (Radio Prag) in der bisherigen Breite.⁴⁵ Es wurden auch weitere Redaktionen, die eng mit der KSČ und deren Zielen verknüpft waren, abgeschafft: die Sonderberichterstattungsredaktion und die Hauptredaktion Armee, Wehr und Sicherheit.⁴⁶

Neu entstanden war auch die Funktion der Programmdirektoren; zum 1.6.1990 bildete man den Programmatischen Rat des Zentralsdirektors. In den ersten Monaten wurden unter František Pavlíček viele Veränderungen durchgeführt, später allerdings wieder aufgehoben, was zu Verwirrung und Durcheinander führte. Beispielweise verschwand Ende 1990 das Jugendprogramm EM, nach heftiger Kritik von Hörern wurde es jedoch Anfang Oktober des folgenden Jahres unter dem Namen Radio Mikroforum wieder eingeführt.⁴⁷ Außerdem entstand Anfang Januar 1991 das Programm Regina, eine gemeinsame Sendung der sieben böhmischen und mährischen Kreisstudios.⁴⁸

Der gesamte Rahmen für den Hörfunk (wie auch das Fernsehen) blieb allerdings unverändert und der Tschechoslowakische Rundfunk somit weiterhin eine staatliche Institution.⁴⁹ Nach den Wahlen im Juni 1990 war die primäre Aufgabe der Politik die Diskussion über die Föderation und die Kompetenzteilung zwischen Tschechien und der Slowakei. Deshalb zögerte man auch mit der Transformation der Mediengesetze bzw. der gesetzlichen Verankerung der staatlichen Medien.

In dieser Situation und der langsamen Vorbereitung der Öffnung des Rundfunkmarktes auch für andere Interessenten entstanden mehrere illegale Radios, die ohne Lizenz sendeten – Ende 1990 waren das z.B. Radio Stalin in Prag (später Radio 1) und in Südböhmen Radio Podzemí (später Radio Faktor).⁵⁰ Das Rundfunkmonopol wurde schon

.....

43 Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 34.

44 Zu den beliebtesten Sendungen zählten z.B. „Gespräche aus Lány“ (wöchentliche Interviews mit dem Präsidenten Václav Havel) oder „Kaffee beim Kisch“.

45 Die Gründe für eine eigene Auslandssendung in der bisherigen Breite (also die Unterstützung der sozialistischen Revolution in anderen Ländern) waren mit dem Fall der Mauer nicht mehr aktuell. Die Sendungen in arabischer, italienischer und portugiesischer Sprache wurden beendet. Das Programm lief in Slowakisch, Englisch, Deutsch, Französisch und Spanisch weiter, die Länge der Sendungen wurde allerdings stark reduziert. Radio Prag funktioniert auch heute, im Unterschied zu den anderen Programmen des Tschechischen Rundfunks, ist aber von staatlichen Mitteln (Außenamt) finanziert. Vgl. Online unter: <http://www.radio.cz/cz/static/historie-radia-praha/navrat-k-demokracii> (zuletzt abgerufen am 20.9.2013).

46 Vgl. Ješutová; Nováková 2002, S. 44.

47 Dieses Programm wurde dann Ende 1992 infolge der Teilung der Tschechoslowakei eingestellt. Vgl. Moravec 2003, S. 417.

48 Auch dieses Programm hatte keine lange Dauer, zum 31. Mai 1993 wurde Regina eingestellt. Vgl. Moravec 2003, S. 418.

49 Obwohl Direktor Pavlíček eine gesetzliche Änderung für Rundfunksendungen gefordert hatte. Vgl. Tisková beseda o situaci v rozhlase. ČTK 19.7.1990.

50 Vgl. Moravec 2003, S. 400.

früher durchbrochen: Im Januar 1990 unterschrieben der Präsident des französischen privaten Rundfunks Europe 2, Martin Brisac, und der damalige Zentralkdirektor Karel Starý ein Abkommen über Zusammenarbeit. Ungefähr ein halbes Jahr danach erlaubte die föderale Regierung dem Sender Radio Free Europe die Nutzung freier Rundfunkfrequenzen in der Tschechoslowakei.⁵¹

Noch im Jahr 1990 wollte die neue Führung die finanzielle Lage und die ungenügende Höhe der Hörfunkgebühren lösen. Diese betrug schon seit über 20 Jahren (seit Juli 1969) monatlich zehn Kronen. Wegen der wachsenden Kosten war der Hörfunk somit eine hoch subventionierte Organisation, die 1990 allein 540 Millionen Kronen vom Staatshaushalt benötigte.⁵² Nach einer Vereinbarung mit dem föderalen Finanzministerium wurde dann im April 1991 die Höhe der Hörfunkgebühren auf 20 Kronen verdoppelt.⁵³

Zu dieser Zeit hatte der Hörfunk schon einen neuen Generaldirektor. František Pavlíček gab seine Funktion aus gesundheitlichen Gründen im Januar 1991 auf; ihm folgte am 1.4.1991 provisorisch Richard Seemann, der bisherige Chefredakteur der Hauptredaktion für internationales Leben.⁵⁴ Nach einem halben Jahr – im Oktober 1991 – wurde er durch Peter Duhan ersetzt, der damit auch der letzte Direktor des Tschechoslowakischen Hörfunks war.⁵⁵

Teilung der Tschechoslowakei – Teilung des Rundfunks

Mit der fortwährenden politischen Diskussion über die Zukunft der Tschechoslowakei wurde Ende 1990 langsam klar, dass die Rundfunktransformation mit der Entstehung zweier eigenständiger Rundfunkanstalten – Tschechische und Slowakische – und einer Föderalen zusammenhängen wird.

Diese Richtung wurde dann durch das Gesetz Nummer 136/1991 vom März 1991 realisiert (sogenanntes kleines Kompetenzen-Gesetz über die Teilung des Zuständigkeitsbereichs zwischen der Tschechoslowakischen Föderativen Republik, Tschechischen Republik und Slowakischen Republik in den Angelegenheiten der Presse und anderer Nachrichtenmittel). Schon Ende Mai 1991 nahm der Slowakische Nationalrat das Gesetz Nummer 255/1991 über den Slowakischen Hörfunk an. Dieser Schritt bedeutete organisatorische Änderungen im tschechoslowakischen Radio – z.B. verlor das bisherige Kollegium des Tschechoslowakischen Hörfunks damit an Bedeutung und wurde zum 1.7.1991 aufgelöst. Stattdessen wurde der Direktorenrat (gebildet von Direktoren des tschechischen, slowakischen und tschechoslowakischen Radios) gegründet.⁵⁶

Einen neuen rechtlichen Rahmen für elektronische Medien bestimmte erst das Gesetz 468/1991⁵⁷ über die Betreibung der Radio- und Fernsehsendungen⁵⁸. Dieses Gesetz

51 Vgl. Moravec 2003, S. 400.

52 Finanční rovnováha Čs. Rozhlasu v provozní oblasti. Materiál z 14.5.1990, AČRo.

53 Vgl. Kolektiv autorů: Dějiny českých médií v datech, S. 99.

54 Vgl. Václav Moravec: Deset let duálního systému rozhlasového vysílání. Svět rozhlasu 3 (2000).

55 Vgl. Moravec 2003, S. 419.

56 Vgl. Moravec 2003, S. 420.

57 Dieses Gesetz galt mit Neufassungen bis zum 4. Juni 2001, als es durch das Gesetz Nr. 231/2001 ersetzt wurde. Online unter: <http://www.psp.cz/sqw/sbirka.sqw?cz=468&r=1991> (zuletzt abgerufen am 20.9.2013)

58 Dieses Gesetz nennt auch die Höchstdauer der Werbung bei den Sendern – im Falle der gesetzlichen Institutionen durfte die Werbedauer fünf Prozent der gesamten Sendezeit nicht überschreiten, bei den Privaten war diese auf 20 Prozent der täglichen Sendezeit bestimmt. Online unter: http://media.misto.cz/_MAIL_/zakony02.htm (zuletzt abgerufen am 20.9.2013)

brachte eine wichtige Änderung mit sich – das Mediensystem verstand sich als gemischt, d.h. nebeneinander existierten einerseits Medien des öffentlichen Dienstes (vom Gesetz bestimmt) und andererseits private Medien (benötigten eine Lizenz). Es bewirkte eine offizielle rechtliche Öffnung des Medienmarktes für private Unternehmen, auch im Bereich der elektronischen Medien. Es sah auch ein Regulierungsorgan vor, das die Öffentlichkeitsinteressen vertreten sollte, rechtlich gesehen blieben Hörfunk und Fernsehen aber weiterhin staatlich.

Ein eigenes Gesetz über den tschechischen Hörfunk beschloss der Tschechische Nationalrat Anfang November 1991 (d.h. ein halbes Jahr später als der Slowakische Nationalrat). Auf der Grundlage des Gesetzes Nummer 484/1991 entstand zum 1.1.1992 der eigenständige Tschechische Hörfunk als öffentlich-rechtliche Institution.⁵⁹ Er wirtschaftet laut diesem Gesetz mit eigenem Eigentum, ist nicht dem Staat verantwortlich, und der Staat nicht für das Radio. Das tschechische Radio versteht sich als Dienst an der Öffentlichkeit im Sinne von objektiver, ausgewogener und vielseitiger Berichterstattung sowie durch Programme für alle Bevölkerungsgruppen mit Unterstützung deren kultureller Identität.⁶⁰

Dem tschechischen Rundfunk wurden ungefähr 2.500 Mitarbeiter/innen zugeteilt, zu ihm gehörten vier Programmstationen: Praha, Vltava, Regina und Rádio Mikroforum.⁶¹ Der gemeinsame Tschechoslowakische Hörfunk existierte aber weiterhin. Nach der parlamentarischen Wahl im Juni 1992 einigten sich jedoch die damaligen politischen Eliten auf die Teilung des Landes und die Gründung zweier unabhängiger Staaten zum 1.1.1993. Damit wurde auch das Ende des föderativen Hörfunks bestimmt, in dessen Zuständigkeitsbereich das föderale Programm, die Auslandssendung, die Abteilung internationale Beziehungen, die Werbeagentur IRA, die Nachrichtenagentur Orbis, Wirtschaftsreferat, Kontrollreferat, Informationstechnologienreferat, Investitionsreferat, legislativ-rechtliches Referat und Arbeitnehmerreferat fielen.⁶² Seit der Gründung des eigenständigen slowakischen Hörfunks gehörten zu den Hauptaufgaben des föderalen Hörfunks die Teilung des Eigentums und die Zuteilung der Arbeitnehmer/innen auf die beiden eigenständigen Institutionen.

Rechtlich wurde der Tschechoslowakische Rundfunk durch das Gesetz Nummer 597/1992 über die Abschaffung des Tschechoslowakischen Hörfunks, des Tschechoslowakischen Fernsehens und der Tschechoslowakischen Nachrichtenagentur zum 31.12.1992 aufgelöst.⁶³

Neue Ära des eigenständigen Tschechischen Radios

Mit der Entstehung der neuen Tschechischen Republik am 1.1.1993 veränderte sich auch die Medienlandschaft grundsätzlich. Rechtlich gesehen wurde die Selbstständig-

.....
59 Für die Gestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens wurden die Modelle aus der Bundesrepublik Deutschland sowie Großbritannien als Inspiration benutzt. Erwogen wurde auch, den Rundfunk in eine Aktiengesellschaft umzugestalten. Nach starker Kritik kehrten die politischen Entscheidungsträger von dieser Möglichkeit aber ab. Online unter: <http://www.koncelik.eu/zakon-484-1991/> (zuletzt abgerufen am 20.9.2013)

60 Online unter: <http://www.koncelik.eu/zakon-484-1991/> (zuletzt abgerufen am 20.9.2013)

61 Vgl. Moravec 2003, S. 424.

62 Vgl. Moravec 2003, S. 422.

63 Online unter: <http://www.psp.cz/sqw/sbirka.sqw?cz=597&r=1992> (zuletzt abgerufen am 20.9.2013).

keit des Tschechischen Hörfunks mit dem Gesetz Nummer 484/1991 vollendet. Als erster Generaldirektor fungierte seit März 1991 Jiří Mejstřík.

Die Teilung des Eigentums des föderalen Rundfunks regelte das Gesetz Nummer 36/1993, das dem Tschechischen Rundfunk alle Objekte auf dem tschechischen Gebiet überwies. Was die Urheberrechte angeht, gewann der Tschechische Rundfunk alle Rechte für die Werke, die auf dem tschechischen Gebiet geschaffen wurden. Dem tschechischen Radio wurde aber auch ein Sendernetz weggenommen und für private Sender vorgesehen.⁶⁴ An die Stelle des bisherigen nationalen Nachrichtensenders Tschechoslowakei trat das Programm Radiožurnál – man hatte symbolisch den Namen des Hörfunks der ersten Tschechoslowakischen Republik für dieses nachrichten-publizistische Programm ausgewählt.

Bald kam es zum nächsten Wechsel an der Führungsspitze: Jiří Mejstřík trat aus gesundheitlichen Gründen Ende März ab. Der Rat des Tschechischen Hörfunks, das neue Kontrollorgan⁶⁵, eröffnete dann ein Auswahlverfahren für die Stelle des Generaldirektors und wählte drei Monate später den Journalisten Vlastimil Ježek auf diese Position.⁶⁶ Die große Reorganisation fand dann unter seiner Führung statt: Die Anzahl der Redaktionen wurde reduziert und auch ungefähr ein Drittel der Arbeitnehmer/innen entlassen. Bis Ende 1993 sank die Mitarbeiterzahl von 2.320 auf 2.059, verringerte sich jedoch in den folgenden Jahren weiter.⁶⁷

Die neue Führung erarbeitete das Statut des Tschechischen Hörfunks, das der Rat im Dezember 1993 verabschiedete.⁶⁸ Darin sind Stellung, Aufgaben, Kontrolle, Wirtschaft sowie programmatische Prinzipien, Hörfunkübertragung und die Stellung des Generaldirektors bestimmt.⁶⁹

Auch ein Jahr nach der Entstehung der selbstständigen Tschechischen Republik endete die Reorganisation im Tschechischen Radio nicht. In Konkurrenz mit vielen privaten Sendern und der neuen wirtschaftlichen Lage musste er weiterhin viele Reformen und Veränderungen durchführen.⁷⁰ Heute kann man aber den Tschechischen Hörfunk als eine moderne und konkurrenzfähige Organisation bezeichnen, die eine große Rolle in der tschechischen Medienlandschaft spielt.

Zusammenfassung

Der Tschechische Hörfunk gehört als ein fester Bestandteil zur tschechischen Zeitgeschichte. Im vorliegenden Artikel wurde die Entwicklung im tschechoslowakischen,

.....

64 Online unter: <http://www.zakonyprolidi.cz/cs/1993-36> (zuletzt abgerufen am 20.9.2013).

65 Der Rat des Tschechischen Rundfunks wurde durch das Gesetz Nummer 484/1991 als ein Kontrollorgan gegründet. Die neun Mitglieder des Rates sind vom Parlament gewählt.

66 Vlastimil Ježek blieb an dieser Stelle bis zum Ende Juni 1999, als er mit Ende seiner ersten Wahlperiode auch zurücktrat. Vgl. Moravec 2003, S. 428.

67 Vgl. Moravec 2003, S. 429.

68 Das Statut beinhaltet beispielsweise die Charakteristik der einzelnen Programme. Online unter: <http://www2.rozhlas.cz/radacro/CRoStatut.htm> (zuletzt abgerufen am 20.9.2013).

69 Online unter: http://media.rozhlas.cz/_binary/02799351.pdf (zuletzt abgerufen am 20.9.2013)

70 Zum Beispiel sank die Mitarbeiterzahl weiterhin, im Jahr 2002 hatte der Tschechischer Rundfunk nur noch 1.462 Arbeitnehmer/innen.

beziehungsweise später tschechischen Radio im Zeitraum der späten 80er und anfangs der 90er Jahre nachgezeichnet.

Besonders seit der sogenannten „Samtenen Revolution“ im November 1989 kann man über eine sehr dynamische und stürmische Zeit im Rundfunk sprechen. Es wurden viele personelle sowie auch organisatorische und inhaltsbezogene Veränderungen durchgeführt, die jedoch besonders in den ersten Monaten keiner langfristigen Konzeption entsprachen. Die neue sozialpolitische Lage war wegen der Teilung der Tschechoslowakei noch kompliziert, was sich in den damals staatlichen Medien (Radio und Fernsehen) besonders stark zeigte.

In diesem Hinblick könnte man vielleicht auch sagen, diese Medien gingen einen schnelleren Weg als die Politik: Schon Ende 1991 wurde das Gesetz über den eigenständigen Tschechischen Hörfunk verabschiedet. Und im folgenden Jahr veränderte sich auch der Schlüsselfaktor: der Tschechische Hörfunk (wie auch das Fernsehen) wurde von einer staatlichen zu einer öffentlich-rechtlichen Institution. Bald nach der Revolution erwuchs auch eine starke Konkurrenz durch neue private Rundfunksender. Das tschechische Radio wurde zwar kleiner, aber auch effizienter und besonders in den letzten Jahren auch moderner. Dies honorieren die Hörer,⁷¹ und man kann die heutige Lage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, nach 90 Jahren seiner Existenz, als stabil bezeichnen.

[Dieser Text wurde von dem Projekt Spezifische Hochschulforschung des Instituts für Kommunikationsstudien und Journalistik der Fakultät für Sozialwissenschaften Karlsuniversität Prag (Specifický vysokoškolský výzkum SVV 267 503 IKSŽ UK FSV) finanziell unterstützt.]

.....
71 Der Anteil der Zuhörer des Tschechischen Hörfunks ist stabil und entspricht ca. acht Prozent, damit liegt er bei den Radiosendern an vierter Stelle. Wenn man auch seine regionalen Programme berücksichtigt, besetzt er den ersten Platz. <http://mam.ihned.cz/c1-60431100-poslechovost-rozhlasovych-stanic-4q-2012-az-1q-2013> (zuletzt abgerufen am 12.10.2013)

Stefan Jarolimek/Konrad Hierasimowicz

Unter staatlichem Einfluss

Rundfunk und Internet in der Republik Belarus

1. Einleitung

Die Republik Belarus mit ihren rund zehn Millionen Einwohnern gilt seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und erst recht seit der Osterweiterung der Europäischen Union als geostrategische Pufferzone zwischen Russland und dem westlichen Europa.¹ Die Entwicklung des Rundfunks war mit der Auflösung der Sowjetunion zunächst geprägt von einer Phase der Liberalisierung. Mit dem Amtsantritt des ersten frei gewählten Präsidenten Aljaksander Lukaschenka (in der russischen Schreibweise Lukaschenko) ist eine zunehmende und weitgehende Beschränkung des unabhängigen Journalismus zu verzeichnen.² Die Diskussion der Entwicklung des Rundfunks und des Internets ist daher immer verbunden mit dem extremen politischen Einfluss. Eine große Bedeutung in Belarus haben zudem ausländische Sender. Vor allem die russischen spielen hier eine Rolle, da Russisch Hauptverkehrssprache ist. Daneben gibt es zahlreiche Alternativen, die aus dem westlichen Ausland senden. Die Entwicklung des Internets verlief auf Grund der mangelnden technischen Ausrüstung zunächst etwas schleppend. Mit dem Ausbau und der Etablierung des Internets wurden zunehmend rechtliche (und vermutlich auch technische) Restriktionen aufgebaut. Im Folgenden werden die Entwicklung von Rundfunk und Internet in der Republik Belarus getrennt behandelt.

2. Entwicklung des Rundfunks

Die Entwicklung des Rundfunks in Belarus lässt sich für alle Bereiche in nahezu gleichen Phasen nachzeichnen. In den 1980er Jahren noch unter starkem sowjetischen Einfluss kam es nach der doppelten Unabhängigkeitserklärung (1990, 1991) zur Liberalisierung des Medienmarktes.³ Bereits kurz nach den ersten freien Präsidentenwahlen und dem Amtsantritt beginnt 1994 die „Phase Lukaschenko“.⁴ Seitdem wird die Arbeit in allen Medienbereichen immer stärker von Restriktionen erschwert. So wurde etwa die Machtvertikale der Präsidentenadministration auch für den Mediensektor aufgebaut. Erwähnenswert sind jedoch auch die zahlreichen Versuche, Rundfunkprogramme aus dem Ausland bereit zu stellen, vor allem aus Polen und Tschechien. Im Folgenden werden die Entwicklungen systematisch aufgearbeitet. Zunächst stehen die Strukturen im Vordergrund, vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen, bevor die Entwicklung einzelner Sender nachgezeichnet wird. Wesentlich für einen guten Rundfunk bzw. Nachrichtenjournalismus scheint im Weiteren die Ausbildung und Professionalisierung. Da die politische Einflussnahme eine wesentliche Rolle spielt, sollen auch die Implikationen mit juristischen und wirtschaftlichen Konsequenzen aufgezeigt werden.

.....

1 Vgl. u.a. Ann Lewis (Hrsg.): *The EU & Belarus. Between Moscow and Brussels*. London 2004 (Lewis 2004).

2 Vgl. u.a. Steven Eke: *With the State or Against the State: Media in Belarus*. In: Lewis 2004, S. 89-101.

3 Vgl. Stefan Jarolimek: *Die Transformation von Öffentlichkeit und Journalismus. Modellentwurf und das Fallbeispiel Belarus*. Wiesbaden 2009 (Jarolimek 2009).

4 Rainer Lindner: *Weißrußland – Geschichte und Politik im postsowjetischen Diskurs. Ein Kommentar*. In Alojz Ivanešič, Andreas Kappeler, Walter Lukas und Arnold Suppan (Hrsg.): *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus*. Wien u. a. 2003, S. 151-157, hier S. 152.

Die rechtlichen Regelungen des Mediensystems sind de jure weitgehend als demokratisch einzuschätzen. Die belarussische Verfassung garantiert seit ihrer Verabschiedung 1994 die Meinungs-, Gewissens- und Zensurfreiheit (Art. 33), das Recht auf Information (Art. 34) und Versammlungsfreiheit (Art. 35). Das „Gesetz über die Presse und andere Massenmedien“ wurde nach dem Entwurf 1990 erst verspätet 1995 umgesetzt.⁵ Es beinhaltet spezifische Medienregulierungen. Artikel 5 regelt die Beschränkungen des gegebenen allgemeinen Rechts auf Information. Die Zusätze 1/1998 zur Ehre und Würde von Amtsträgern und 2000 zur Berichterstattung nicht registrierter Organisationen werden vielfach genutzt, um juristisch gegen unabhängige Medien vorzugehen, etwa in Verbindung mit Artikel 368 im Strafgesetzbuch zur Beleidigung des Präsidenten.⁶ Ein 2001 vorliegender Entwurf eines neuen Mediengesetzes wurde national und international heftig kritisiert und vor allem die Verbote publizistischer Angebote, Lizenzvergabe sowie die Behandlung aller Dienste des Internets als Massenmedium beanstandet.⁷ Im Sommer 2007 verabschiedeten Parlament und Präsident überraschend einen überarbeiteten Entwurf, in dem unter anderem auch die Rechte ausländischer Journalisten stark beschränkt werden.⁸ Neben den Gesetzen wurden in der Entwicklung immer wieder Ukaze (Erlasse, Dekrete) im Medienbereich eingesetzt, um ihn zu kontrollieren. Dazu zählen u.a. die Rückbindung der Verlage an Staat und Präsidentenadministration, die Verwendung der Begriffe „Belarussisch“ und „National“ ausschließlich für staatliche Organisationen oder die Besetzung regionaler Informations- und Propagandagruppen zur Stärkung der präsidentiellen Machtvertikalen.⁹

In Belarus existieren zwei Journalistenverbände. Die Belarusian Union of Journalists (BUJ) besteht seit Sowjetzeiten, die Belarusian Association of Journalists (BAJ) gründete sich erst Mitte der 1990er Jahre als Abspaltung unabhängiger Journalisten, nachdem sich die bestehende BUJ Lukaschenkas Restriktionen nicht zur Wehr setzte. Beide Organisationen verfügen über Ethikkodizes als Richtlinie für die Journalisten. Bei der BUJ ist dieser wohl eher als normative Setzung nach dem allsowjetischen Journalistenkongress 1990 entstanden, der heute kaum noch die Realität der staatlichen Medien widerspiegelt. Daher ähnelt der Kodex der BAJ diesem sehr.¹⁰ Die BAJ hat jedoch immer wieder Gesetzesentwürfe zum Mediengesetz, aber auch spezifisch zur Rundfunkregulierung, vorgelegt und veröffentlicht, etwa von dem ehemaligen stellvertretenden Programmdirektor des belarussischen Fernsehens Melnika¹¹ oder dem Me-

.....

⁵ Vgl. Oleg Manaev: Media Autonomy and the State in Post Communist Society: Diversity vs. Unity (a Case of Belarus). Minsk 1994 (=IISEPS Analytical Papers), hier 15ff.

⁶ Vgl. Belarusian Association of Journalists: Mass Media in Belarus 2004. Annual Report. Minsk 2005.

⁷ Vgl. Article 19. Global Campaign for Free Expression: Memorandum on: The draft Law of the Republic of Belarus. „On the introduction of Amendments and Additions to the Law „On Press and other Mass Media“. London 2003; Andrey Bastunets: Belarusian Mass Media Draft Law: Pro et Contra. In: Media Expert. Media and Law Bulletin – 2003 Review. O.J. (2003). 29-30.

⁸ Vgl. Andrei Makhovsky: Belarus parliament backs new press law. In: Reuters (17.6.2008), online unter: <http://www.reuters.com/article/mediaNEWS/idUSL1729085320080617> (27.8.08); Florian Rötzer: Lukaschenko beendet „Anarchie des Internet“. In: Telepolis (27.06.2008), online unter: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/28/28208/1.html> (27.8.2008).

⁹ Vgl. Jarolimek 2009, S. 149ff.

¹⁰ Vgl. Stefan Jarolimek: Die belarussische Presse in der Transformation. Zur Entwicklung zweier Journalismuskulturen. In: Anita Bagus (Hrsg.): Erfahrung kultureller Räume im Wandel. Jena 2012, S. 166-180.

¹¹ Vgl. Eduard Melnikow, Teleprogramma na Sawtra. Moskau 2004; Eduard Melnikov und Mikhail Pastukhov: Conception of Setting up Public Television Broadcasting in the Republic of Belarus. Minsk 2002; E. R. Melnikow, M. I. Pastuchow und Juri. P. Toporaschew: Respublika Belarus. Reforma TV u Radio – Trebowanije Wremeni. (Belarus. Broadcasting Reform – Need of time.) O. O. 2003.

dienrechtsexperten Bastunets¹². Obwohl die Arbeit der BAJ mit zahlreichen internationalen Preisen bedacht wurde, blieben diese Vorschläge jedoch von der Regierung (nicht überraschend) unbeachtet.

Rundfunkanbieter

Wie im Pressebereich sind auch für den Rundfunk mehr Organisationen offiziell registriert als senden. Rundfunk in Belarus, vor allem das Fernsehen, ist in staatlicher Hand. Keines der privaten TV-Programme ist landesweit zu empfangen. Die Entwicklung nach der Unabhängigkeit verlief vergleichbar dem Pressebereich. Auch hier gab es eine Phase der Liberalisierung vor dem Amtsantritt Lukaschenkos, diese führte aber nicht zu größeren privatwirtschaftlich organisierten Sendern. Die Bildung einer öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt wurde nie ernsthaft erwogen. Im Folgenden sollen die wichtigsten Sender kurz vorgestellt werden.

BT (Belorusskoje Telewidenije, Belarussisches Fernsehen) sendet seit 1956 im Land. Zu Sowjetzeiten war BT parallel zu den beiden russischen Sendern empfangbar und unterstand der Rundfunkkommission. Nach der Unabhängigkeit wurde wenig verändert. Seit Mitte der 1990er Jahre erfolgte erneut eine stärkere Kontrolle bzw. eine Art „Resowjetisierung“, parallel zu den vorgenannten Ukazen. Wie auch bei anderen Sendern wird immer wieder von Eingriffen und „Hinweisen“ durch die Präsidentenadministration berichtet.¹³

ONT (Obschtschenazionalnoje Telewidenije – Allgemeines Nationales Fernsehen) ging 2002 auf Sendung. Bereits 1996 kündigte Lukaschenko ein zweites staatliches Fernsehen an, das eigentlich schon 1997 senden sollte.¹⁴ Für den zeitlichen Verzug wurden offiziell Lizenzgebühren verantwortlich gemacht. ONT ersetzte den russischen Sender ORT. Da es aber bereits zuvor zu „Ausfällen“ bei ORT kam, vor allem bei Lukaschenka-kritischen Sendungen, ist die Überlagerung der Frequenz durch einen eigenen Sender wohl auch politisch motiviert. So sagte auch der Vorstandsvorsitzende der Aktiengesellschaft SAO Wtoroj Nazionalnyj Telekanal (Zweites Nationales Fernsehen) und ehemaliger Leiter von BT, dass der neue Sender ONT natürlich die Staatspolitik vertrete.¹⁵ Mit LAD startete 2003 ein weiterer staatlicher Sender mit Schwerpunkt Unterhaltungs- und Sportsendungen. 2006 kam noch NTV-Belarus dazu, der den Kanal des russischen NTV besetzte. Als offizieller Auslandssender berichtet BELARUS-TV via Satellit „wahr und umfassend“ über Ereignisse im Land.

Zu den nationalen kamen lokale und regionale, weitgehend privatwirtschaftlich organisierte Sender, die in den 1990er Jahren entstanden. Sie sind in dem Netzwerk TVS (Te-

.....
¹² Vgl. Andrei Bastunets: Law of the Republic of Belarus: On Television and Radio Broadcasting (original draft law). O. Ort. 2004.

¹³ Vgl. Stefan Jarolimek: Die verhinderte Profession. Eine (ungewollte) Anleitung zur strukturellen Zensur des unabhängigen Journalismus. In: Thomas M. Bohn, Rayk Einax und Julian Mühlbauer (Hrsg.): Bunte Flecken in Weißrussland. Wiesbaden 2013 (Jarolimek 2013).

¹⁴ Vgl. Yasha Lange: Media in the CIS. A study of the political, legislative and socio-economic framework. Düsseldorf 1997, hier S. 80 (Lange 1997).

¹⁵ Vgl. Wladimir Dorochow: Massenmedien in Weißrussland. In: Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg (Hrsg.): Internationales Handbuch Medien 2002/2003. Baden-Baden 2002, S. 643-656, hier S. 653 (Dorochow 2002).

levisionaja Wesatelnaja set) zusammengeschlossen. Das Netzwerk wird vor allem zur gemeinsamen Vermarktung von Werbezeiten genutzt. Die Lokal- und Regionalsender sind meist unpolitisch und berichten recht unkritisch über kommunale Politik. Von Interesse ist die Entwicklung des Kabelsenders 8. Kanal, der vor allem Unterhaltung anbot. Er wurde zum 1. Januar 2001 eingestellt. Lange berichtet, dass der 8. Kanal bereits zur Parlamentswahl 1995 zeitweise nicht zu empfangen war – offiziell wegen Wartungsarbeiten. Die Führung des Senders wurde von einer Riege des damals neuen Präsidenten abgelöst.¹⁶ Auf der Frequenz des 8. Kanal sendet nun der Sender STW (Stolitschnoje Telewidenije), das Hauptstadtfernsehen der Minsker Stadtregierung.

Aus dem Ausland sind u.a. das deutsch-englische Programm der Deutschen Welle, Polsat und andere Sender empfangbar, die jedoch kaum genutzt werden. Im Dezember 2007 startete Belsat TV sein Programm. Belsat TV sendet aus Polen in (bela-)russischer Sprache via Satellit nach Belarus. Es ist organisatorisch an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Polens angebunden und wird größtenteils durch den polnischen Staat finanziert. Moniert wurde direkt zu Beginn, dass Belsat TV über ASTRA ausgestrahlt werde, während die meisten Belarussen andere Satelliten nutzen. Dem Programm arbeitet eine Redaktion in Minsk zu. Die Journalisten werden gleichwohl immer wieder behindert, etwa durch die Konfiszierung der Kamertechnik.

Nutzungsstudien zeigen, dass die politischen Nachrichten der russischen Sender (z.B. Perwyj Kanal, ehemals ORT) den belarussischen vorgezogen und als glaubwürdiger eingestuft werden.¹⁷ Durch die schrittweise Verdrängung der russischen Sender und die Belegung der Kanäle durch belarussische Programme wird der Zugang erschwert. Der Stil der Staatssender hat sich kaum verändert: „The style of BT’s news coverage resembles the television news of the Soviet Union before perestrojka. President Lukashenko is given the most prominent place in the news and is always portrayed favourably or neutrally. The opposition is usually criticised or mocked.“¹⁸

Ähnlich wird auch die Arbeit der staatlichen Nachrichtenagentur BelTA beschrieben: „Der Inhalt von Materialien ist so, dass es dem Leser so vorkommt, als würde er TASS-Nachrichten von vor zwanzig Jahren lesen. Ihre Aufgaben und die Methoden, wie sie erreicht werden, haben mit dem eigentlichen Journalismus, dem objektiven und allseitigen Informieren der Gesellschaft, nichts zu tun.“¹⁹

Technisch spielen heute vor allem Kabel- und Satellitenempfang eine Rolle. Das veraltete Kabelnetzwerk wurde in den Jahren 1993 bis 1996 nach und nach modernisiert und damit mehr Kanäle ermöglicht. Die Kabelnetze und Kabelfernsehanbieter befinden sich nahezu ausschließlich im Besitz des Staates. Er bestimmt folglich inhaltlich und technisch das Fernsehprogramm.

Auch beim Hörfunk erfreuen sich russische Programme großer Beliebtheit. Ähnlich wie in westlichen Rundfunksystemen entstanden in den 1990er Jahren nach und nach pri-

.....
16 Vgl. Lange 1997, S. 78.

17 Vgl. Oleg Manaev: Mass Media in Belarus. Bochum 2003, S. 40 (Manaev 2003).

18 Manaev 2003, S. 17.

19 Wladimir Dorochow: Massenmedien in Belarus. Presse – Rundfunk – Agenturen – Online-Medien. Ein Überblick. Berlin 2005, S. 63.

vatwirtschaftlich organisierte Radiostationen. Sie setzen jedoch mehr auf Unterhaltung als auf Information, was alltagssprachlich als „Dudelfunk“ bekannt ist. Die privaten Hörfunkprogramme nutzen die UKW-Technik, die den in der Sowjetunion weit verbreiteten Drahtfunk abgelöst hat. Die staatlichen Sender finanzieren sich durch Werbung sowie Zuschüsse durch den Staat und verbreiten die Ansicht der Regierung.

Private, regierungskritische Sender stießen schnell auf Widerstand. 1995 wurde der Sender Radio 101,2 gegründet. Er übertrug Podiumsdiskussionen oppositioneller Politiker oder Nachrichten von BBC und der Deutschen Welle. Am Vorabend des Verfassungsreferendums 1996 wurde der Sender nach einem Jahr geschlossen, mit der Begründung, „dass seine Ausstrahlungen technische Störungen bei den staatlichen Diensten verursachten“²⁰. Die ehemaligen Mitarbeiter gründeten 1999 Radio Racyja, das aus Polen (Białystok, Warschau und Kattowitz) nach Belarus sendete.

Zu den Mitbegründern gehörte auch die größte NGO in Belarus, der „Verband der Polen“, der die Interessen der polnischen Minderheit vor allem im Westteil des Landes vertritt und selbst immer wieder Ziel politischer Restriktionen ist.²¹ Radio Racyja finanzierte sich zunächst durch Spenden. Vier Jahre später wurde das Programm sukzessive aus finanziellen Gründen eingestellt. Nach einiger Zeit konnte der Sendebetrieb mit Hilfe des polnischen Außenministeriums wieder aufgenommen werden.

Ebenso aus dem Ausland sendet der belarussische Dienst von Radio Free Europe/Radio Liberty: Radio Swaboda (Radio Freiheit). Das Programm wird in Minsk erarbeitet und aus Prag gesendet. Nach der Schließung zahlreicher unabhängiger Redaktionen wurde Radio Svaboda zu einer Art „Auffangbecken“ regierungskritischer Journalisten. Zudem bietet Radio Svaboda Weiterbildungsmaßnahmen für seine Mitarbeiter an.

Ende 2005 startete die Deutsche Welle ein belarussisches Hörfunkprogramm. Nach der Kritik belarussischer Intellektueller wurden neben russischsprachigen Beiträgen auch belarussische gesendet.²² Die Nutzung dieser unabhängigen Sender ist gleichwohl sehr gering, da sie meist nicht auf UKW senden. Die meisten Programme sind auch über Internet empfangbar. Die „neuen Medien“ werden vielfach als Hoffnung für den publizistischen Markt gewertet, im Vergleich zu dem stark beschränkten Presse- und Rundfunkangebot im Inland.

Ausbildung und Professionalisierung

Für die Entwicklung demokratischer Strukturen ist auch die Journalistenausbildung und -professionalisierung von Interesse.²³ Die Journalistenausbildung befindet sich in Belarus fest in staatlicher Hand. Lediglich an der journalistischen Fakultät der Belarussischen Staatsuniversität in Minsk ist das Studium möglich. Die Staatsideologie ist

.....
20 Dorochow 2002, S. 649.

21 Vgl. Stefan Jarolimek: The Case of the Union of the Poles in Belarus in summer 2005. A classic example of nowadays politics and media in Belarus. In: Felix Böllmann, Stefan Jarolimek, Elena Temper und Makhabat Kenzhegeliyeva (Hrsg.): Intellectual and Cultural Change in Central and Eastern Europe. New challenges in the view of young Czech, German, Hungarian and Polish scholars. Frankfurt am Main 2007, S. 107-122.

22 vgl. Jarolimek 2009, S. 119.

23 Vgl. u.a. Brankica Assenmacher (Hrsg.): Demokratieförderung durch Journalistenausbildung in Südosteuropa. (Beiträge zur Hochschulpolitik 6/2009, Schriftenreihe der Hochschulrektorenkonferenz) Bonn 2009, S. 66-73.

fester Bestandteil des Curriculums. Absolventen berichten davon, dass zum Teil noch Lehrbücher aus Zeiten der Sowjetunion verwendet werden. Das Studium ist darauf ausgelegt, Nachwuchs für den Verlautbarungsjournalismus staatlicher Medien auszubilden. Mitte der 2000er Jahre wurde sogar diskutiert, das Journalistik-Studium an das Präsidialamt anzubinden.

Daher verwundert es nicht, dass gerade unabhängige Medien Quereinsteiger aufnehmen und teilweise sogar favorisieren. Einige ausländische Organisationen bieten Weiterbildungsmöglichkeiten an. So offeriert Radio Swaboda seinen Mitarbeitern nicht nur gedruckte Anleitungen, sondern auch Seminare zur Hörfunkproduktion im Prager Osteuropa-Zentrum von Radio Free Europe/Radio Liberty. Die seit 2003 verbotene IREX bzw. Internews International bietet im Fernsbereich Weiterbildungsmöglichkeiten an (Kameratraining, Schnitttechnik, Nachrichtenproduktion), gerade für die Lokal- und Regionalsender, deren Professionalisierungsstand als gering eingeschätzt wird.²⁴ Die Finanzierungsquellen sind nicht immer eindeutig. Die Bandbreite reicht von internationalen Fördertöpfen bis zu einzelnen Bargeld-Aushändigungen.

Journalisten sind gleichwohl unzufrieden mit Ihrer Situation, da sie zum Teil im Ausland erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten kaum im eigenen Land umsetzen können, ohne Repressionen zu erleiden.²⁵ Diese führt zur Selbstzensur.²⁶ Journalist gilt als gefährlicher Beruf.²⁷

Eher vermittelnd bietet das Internationale Bildungs- und Begegnungszentrum Johannes Rau (IBB) Fortbildungsangebote und Preise für Journalisten privatwirtschaftlicher und staatlicher Medien an. Als Konsequenz der Verfassungsänderung 1995 wurde in Belarus als Unterzeichner der Helsinki-Schlussakte 1997 eine OSZE Advisory und Monitoring Group eingerichtet. Der erste OSZE-Botschafter (Head of Mission) Hans-Georg Wieck wirkte von Beginn an auf die Stärkung demokratischer Institutionen und eines unabhängigen Journalismus hin.²⁸ Sein Nachfolger Eberhard Heyken versuchte ebenfalls, Chefredakteure beider Lager an einen Tisch zu bringen, die Vertreter der staatlichen Medien bleiben jedoch bald fern. Sowohl die Arbeit von IREX als auch die Bemühungen des IBB und der OSZE-Mission²⁹ sind immer wieder Ziel politischer Einflussnahme seitens der Regierung.

.....
24 Vgl. Jarolimek 2009, S. 165.

25 Vgl. Leila Naroushvili: Kirill Sukhotsky: „Journalists in Belarus Are Not Satisfied with Their Work“. In: Media Expert 4(2004), S. 9-11.

26 Vgl. Natalja Dojnar: Mac-medyi i prawa. Praunaja situazija u belaruskaj schurnalistyzy. Funkzjanawannje zensury. In: Emizer Sauka (Hrsg. von Centrum Szkoleniowe Fundacji Rozwoju Demokracji Lokalnej/Asazyjazyja „Swobodnaje slowa“/Zentar supolnaz): Dawednik belarusskaja schurnalista. Schtschezin 1999, S. 21-35.

27 Vgl. A. Bastunecz und M. Pastuchow: Schurnalist – professija opasnaja. Tschewo dolschen osteregitsja schurnalist do, wo bremja i posle wyborow? Minsk 2001.

28 Vgl. Hans-Georg Wieck: The Role of International Organizations in Belarus. In: Margarite M Balmaceda, James I. Clem und Lisbeth L. Tarlow (Hrsg.): Independent Belarus. Domestic Determinants, Regional Dynamics, and Implications for the West. Cambridge (USA) 2002, S. 367-392.; Hans-Georg Wieck: The impact of the national and international media in Belarus. In: Oleg Manaev (Hrsg.): Recent developments in Belarusian Politics, Society, and Media. Bochum 2004, S. 39-41; Hans-Georg Wieck: The OSCE and the Council of Europe in Conflict with the Lukashenko Regime. In: Lewis 2004, S. 261-275.

29 Vgl. hierzu Heinz Timmermann: Belarus zwischen Russland und der EU. In: Ernst Piehl, Peter W. Schulze und Heinz Timmermann (Hrsg.): Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. Berlin 2005, S. 245-330, hier S. 304.

Diese findet auch in der Nachrichtenproduktion in allen Schritten und auf allen Ebenen statt. Unabhängige Journalisten werden nicht zu Pressekonferenzen der Regierung eingeladen, staatliche Medien sind aufgefordert, nur die Meldungen der staatlichen Nachrichtenagentur BelTA zu verwenden. Berichtet wird zudem häufig von Redaktionsdurchsuchungen, Beschlagnahme von Computern und Archiven, Einfluss auf Werbekunden, technische Störungen usw. bis hin zu dem sog. „Telefonrecht“, d.h. Anrufe aus der Präsidentialadministration, worin Vorgaben gemacht werden. Auch die Rechtsprechung wird genutzt, die die Redaktionen zu überhöhten Geldstrafen verurteilt. Vielfach zielen diese Restriktionen auf Einschüchterung und ökonomische Konsequenzen, um eine regierungskritische Berichterstattung zu verhindern. Mit Bezug zu Möller und Popescu³⁰ kann man von einer „strukturellen Zensur“ sprechen, wobei keine Vorzensur stattfindet, sondern die strukturellen Voraussetzungen eines unabhängigen Journalismus beeinträchtigt werden. Die meisten der vorgenannten Eingriffe finden sich jedoch im Pressebereich, da der Nachrichtenjournalismus im Rundfunk entweder in staatlicher Hand ist oder, wie im Falle der privaten Hörfunksender mit hohem Unterhaltungsanteil, kaum eine Rolle spielt. Zur Förderung demokratischer Strukturen und des unabhängigen Journalismus wurde daher die Entwicklung des Internets mit großen Hoffnungen verfolgt, da dort die aufwendigen technischen Voraussetzungen des klassischen Rundfunks entfallen und die Produktionsverfahren und Distributionsprobleme der Presse umgangen werden können.

3. Entwicklung des Internets

Das Internet etablierte sich in Belarus – wie auch in den anderen Ländern Osteuropas – in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, in einem nennenswerten Ausmaß jedoch erst am Ende der Dekade. Die Anzahl der Nutzer wächst stetig und in der zweiten Hälfte der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts entwickelt sich der allgemeine Zugang zum Breitband-Internet schnell.

Verlässliche und nachprüfbar aktuelle Zahlen über den Anteil der Bevölkerung mit Internetzugang gibt es nicht. Dem Nationalen Statistischen Komitee der Republik Belarus nach verfügten 2011 etwa zwei Drittel der Bevölkerung über einen Zugang zum Internet, für das Jahr 2012 werden sogar mehr als drei Viertel angegeben.³¹ Diese Angaben erscheinen jedoch unglaubwürdig und die Erhebungsmethode unklar.³² Die von der Miniwatts Marketing Group geführten Statistiken über die weltweite Internetnutzung sprechen indes von etwa der Hälfte der Bevölkerung im gleichen Jahr³³, die OpenNet Initiative gibt sogar weniger als ein Drittel an.³⁴ Geht man davon aus, dass sich die tatsächlichen Zahlen irgendwo dazwischen befinden, wäre der Informatisierungsgrad der Republik etwas geringer als der EU-Durchschnitt, aber an der Spitze der GUS-

.....
30 Christian Möller und Alexandra Popescu: Transformation des Journalismussystems. Über die Implementierung des Prinzips Unabhängigkeit in osteuropäischen Staaten seit 1989. In: Freimut Duve und Michael Haller (Hrsg.): Leitbild Unabhängigkeit. Zur Sicherung publizistischer Verantwortung. Konstanz 2004, S. 53-64, hier S. 59.

31 <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/transport.php>

32 Auf der Homepage von BelStat wird von der „Zahl der Abonnenten und Internet-Nutzer je 1.000 Einwohner“ gesprochen. Zu der Erhebungsmethode und Rückschlüssen von der Zahl der Abonnenten auf die Zahl der Nutzer äußert sich BelStat nicht.

33 <http://www.internetworldstats.com/europa2.htm>

34 <https://opennet.net/research/profiles/belarus>

Staaten.³⁵ Das Internet ist in Belarus immer noch ein urbanes Phänomen. Ein großer Teil der Nutzer ist in der Metropolregion Minsk ansässig, die meisten leben in einer großen oder größeren Stadt.³⁶ Diesem liegen nicht ausschließlich technisch-infrastrukturelle Ursachen zu Grunde, sondern die stark fortschreitende Überalterung der ländlichen Bevölkerung, bedingt durch die Landflucht der jüngeren Teile der Gesellschaft.

Populäre Internetseiten in Belarus

Die Verteilung der Interessen bezüglich der Internetnutzung befindet sich im starken Wandel, da das Medium zunehmend von breiten Bevölkerungsschichten genutzt wird.³⁷ Während vor etwa einem Jahrzehnt, als lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung Zugang zum Netz hatte, die kulturellen und politischen Internetseiten die Top-Ranks besetzten, sind es heute zunehmend die populären Web 2.0-Angebote. Auch war noch vor wenigen Jahren das Internet hauptsächlich ein Informationsraum, der von der Opposition dominiert wurde. Gerade die jüngere Generation der Aktivisten beherrschte das Medium schnell und musste anfangs keine Kontrolle seitens der staatlichen Behörden befürchten.³⁸ Immerhin konnte sich der regierungskritische News-Blog der Menschenrechtsorganisation „Chartyja‘97“ (charter97.org) laut den Angaben des Webseitenzugriffe analysierenden Serverdienstes Alexa Internet auf dem 17. Platz der am meisten aufgerufenen Webseiten in Belarus stabilisieren.³⁹ Damit ist er zwar immer noch auf Talfahrt, wenn man sich die Statistiken 2010/2011 anschaut, aber bei weitem nicht so wie z.B. die Homepage der belarussischsprachigen oppositionellen Zeitung „Naša Niva“, die vor wenigen Jahren noch innerhalb der ersten 30 Plätze lag und nun auf Platz 115 hinunterfiel.⁴⁰ Immerhin, denn die Homepage der bedeutendsten landesweiten regierungstreuen russischsprachigen Tageszeitung „Belarus‘ Segodnja“ befand sich im September 2013 auf dem 796. Platz.⁴¹

Zu den am meisten aufgerufenen Adressen im Internet gehören VKontakte⁴² (das Facebook-ähnliche russischsprachige Online-Netzwerk), das Video-Portal Youtube⁴³, das Online-Kontakt Netzwerk Odnoklassniki⁴⁴ (deutsch: Mitschüler), das freie Online-Lexikon Wikipedia⁴⁵ sowie LiveJournal⁴⁶ – das im russischsprachigen Raum populärste Weblog-Portal.

.....

35 Vgl. <http://www.internetworldstats.com/europa2.htm> und <http://www.internetworldstats.com/stats3.htm>

36 <https://opennet.net/research/profiles/belarus>

37 Dorothea Wolf: Freiheit und Kontrolle. Internet in Belarus und die Idee des Samizdat. In: Osteuropa 60(11) 2010, S. 209-221, hier S. 219 (Wolf 2010).

38 Vgl. Vidanava, Iryna: Belarus Creative Opposition: <http://issuu.com/pakalenniede/docs/vidanava-creative>

39 <http://www.alexa.com/siteinfo/charter97.org#trafficstats> vom 27.9.2013

40 <http://www.alexa.com/siteinfo/nn.by#trafficstats> vom 27.9.2013

41 <http://www.alexa.com/siteinfo/sb.by#trafficstats> vom 27.9.2013

42 <http://vk.com/>

43 <http://www.youtube.com/>

44 <http://www.odnoklassniki.ru/>

45 <http://www.wikipedia.org>, bzw. in Belarus die russischsprachige Version <http://ru.wikipedia.org>. Die zwei belarussischsprachigen Versionen des freien Online-Lexikons (im offiziellen Belarussisch sowie in der „klassischen“ Rechtschreibung, die bis 1933 galt, danach überwiegend in Kreisen der Diaspora oder auch unter Oppositionellen genutzt) werden zwar von einer relativ kleinen, aber aktiven Gruppe konsequent weiter entwickelt, spielen jedoch eine geringe Rolle in der Rezeption der Wissensinhalte. Weniger als zwei Prozent aller Aufrufe der Wikipedia aus der Republik Belarus gelten den beiden belarussischsprachigen Versionen. Der überwiegende Großteil der Nutzer ruft die russischsprachige Seite auf (knapp 90 Prozent), bis zu zehn Prozent nutzen die englische. Siehe: <http://stats.wikimedia.org/wikimedia/squids/SquidReportPageViewsPerCountryTrends.htm>

46 <http://www.livejournal.com>

Was die Praxis der Internetsuche anbetrifft, unterscheidet sich das überwiegend russischsprachige Land von seinem Nachbarn im Osten: Im Unterschied zu Russland gehört Belarus der „Google-Sphäre“ an. In Russland hat sich bereits in den späten 1990er Jahren die Internet-Suchmaschine Yandex⁴⁷ etabliert und besetzt den ersten Platz aller Webseitenaufrufe.⁴⁸ In Belarus ist diese auch populär, dennoch ist Google⁴⁹ die bedeutendste Suchmaschine.

Die Webseite des belarussischen Webdienstes Akavita⁵⁰ beinhaltet neben dem Katalog und Rating-System von Webseiten aus Belarus auch Suchstatistiken und -analysen des Suchverhaltens der in Belarus an das Internet angeschlossenen Computer. Als ein gutes Werkzeug für das Suchverhalten eignet sich ein in die Webpage installierter Lauftext, der den Wortlaut der Suchanfragen und Angaben zum dafür genutzten Suchdienst (in der Regel Google und Yandex) anzeigt. Unter der Überschrift „Aktuelle Suchanfragen der Belarussen“⁵¹ kann eine Art Liveticker beobachtet werden, der jede Sekunde aktualisiert wird und die Suchanfrage in anonymisierter Form anzeigt. Mehrere zu unterschiedlicher Tageszeit verbrachte Stunden mit Protokollierung, Systematisierung und Kategorisierung der vorgefundenen Suchanfragen ergeben das folgende Bild der Internetnutzung in Belarus.

Die meisten nutzen das Internet, um materielle und finanzielle Vorteile zu erlangen. Nahezu ein Fünftel der Suchanfragen bezieht sich auf Personenkraftwagen, beliebt ist die Adresse des seit 2004 funktionierenden belarussischen Internet-Marktplatzes für den Handel mit Fahrzeugen Avtomalinovka.⁵² Häufig suchen Belarussen jedoch nach speziellen Automodellen und deren Preisen sowie nach Lösungen für technische Probleme. Nahezu genauso häufig kommen Anfragen zu Immobilien in bestimmten Städten oder Regionen. Minsk ist hier an erster Stelle zu nennen, danach die anderen großen Städte des Landes wie Hrodna (russ. Grodno), Vicebsk (russ. Vitebsk) oder Homel' (russ. Gommel'). Gesucht werden größtenteils Wohnungen. Obwohl das Internet in Belarus eine urbane Domäne ist, werden auch häufig agrartechnische Geräte aufgerufen. Fragen zu Haushaltsgeräten, Unterhaltungselektronik oder Möbeln rangieren ebenfalls weit vorne.

Auch hier findest sich Minsk an erster Stelle, gefolgt von den größeren Städten des Landes. Nicht selten werden Webpräsenzen und Preise von Supermärkten im benachbarten polnischen Białystok gesucht, ab und zu nach einem Visum nach Polen, Litauen oder generell in den Schengener Raum, häufig Arbeit in einer bestimmten Stadt oder Region. Ein großer Anteil der Nutzer interessiert sich für den Umtauschkurs des belarussischen oder russischen Rubels oder des US-amerikanischen Dollars. Ebenso oft werden Suchanfragen nach alltäglichen praktischen Informationen gestellt: Wettervorhersage, juristische Informationen, Gesundheit oder Medizin.

.....

47 <http://www.yandex.ru>

48 <http://www.alexa.com/topsites/countries/RU> vom 27.9.2013

49 <http://www.google.com> und <http://www.google.by>

50 <http://akavita.by>

51 Aktual'nye zaprosy belorusov (russ.) oder Aktual'nyja intarésy belarusäi (bel.)

52 <http://av.by>

Unabhängige Online-Quellen

Die Vielfalt unabhängiger Online-Informationsmedien ist relativ groß. Unter ihnen sind z.B. Online-Zeitungen, die in Belarus agieren und spezifisch belarussische Themen behandeln, oder auch diejenigen, die institutionell im Ausland verankert sind. Neben russischsprachigen gibt es auch belarussisch- oder gemischtsprachige Portale. Zu den populärsten gehören die bereits angesprochenen „Chartyja‘97“ und „Naša Niva“, „Belorusskij Partizan“⁵³, „UDF“ (Unity, Democracy, Freedom)⁵⁴, oder die Online-Präsenz des Radiosenders „Radyjo Svaboda“⁵⁵. Ausgenommen „Chartyja‘97“ und „Naša Niva“ sind diese Seiten jedoch nicht hoch in der Popularitätskala angesiedelt.

Neben den oben genannten „festen“ Adressen für den Zugang zur unabhängigen Berichterstattung müssen auch Blogger erwähnt werden, von denen einige relativ oft auf ihren Seiten Kommentare verfassen und zahlreiche „Follower“ haben. Auch gibt es singuläre Ereignisse im Netz, wie z.B. im Rahmen des Videoportals YouTube veröffentlichte Filme, die sich großer Frequenz erfreuen. Während der Präsidentenwahlen im Dezember 2010 kursierten mehrere Amateurfilme, in denen zu sehen war, wie die Miliz mit den Demonstranten umgegangen ist.

Auch werden über YouTube manche Inhalte des in Polen betriebenen belarussischsprachigen Fernsehsenders „Belsat“ verbreitet.⁵⁶ Aber hier kann man nicht von großen Zuschauerzahlen sprechen. Sehr populär sind dagegen oppositionelle und in Belarus verbotene Inhalte der Popkultur. Videos der Rockband „Ljapis Trubeckoj“ erreichen die Zuschauerzahl von über einer Million. Hoher Popularität unter den als „oppositionell“ zu bezeichnenden Internetseiten erfreuen sich diejenigen, die belarussische Geschichte thematisieren. Hierunter überwiegen diejenigen, in deren Rahmen die historische Deutung aus der westlichen Perspektive vorgenommen wird.⁵⁷

Ein nicht mehr zu vernachlässigender Faktor dieser Online-Medien ist die Möglichkeit der Einbindung einzelner Beiträge in die Sozialen Netzwerke wie Facebook oder VKontakte und ihre Verbreitung unter den „Freunden“ im Netzwerk.⁵⁸ Auf diese Weise werden Nutzer auf Beiträge aufmerksam gemacht, die sie sonst unter Umständen nicht gesucht hätten. Dennoch handelt es sich hierbei keineswegs um ein Massenphänomen. Einige wenige Artikel werden von bis zu 100 Benutzern in den Sozialen Netzwerke weiterempfohlen, die überwiegende Mehrheit der Beiträge jedoch von einer Handvoll Lesern eingebunden.

.....

53 <http://www.belaruspartisan.org>

54 <http://udf.by>

55 <http://www.svaboda.org>

56 <http://belsat.eu>

57 Die belarussische Geschichtsschreibung hat das Problem, dass Belarus vor 1918 nie als ein einheitliches Staatsgebilde in der heutigen Form existierte. Die „westliche“ Schule der Geschichtsschreibung konzentriert sich auf die Zeitspannen und Aspekte der westlichen Einflüsse (Magdeburger Stadtrecht, Protestantismus, Barockarchitektur etc.) während die „östliche“ diese eher als imperiale Eingriffe im ruthenischen (gesamtostrawischen) Kulturraum deutet und die Rückverdrängung dieser Einflüsse positiv besetzt und in den Mittelpunkt der Geschichtsschreibung stellt.

58 Etwa zehn Prozent der Besucher der Online-Präsenz von „Naša Niva“ werden von einem Link in ihrem Sozialen Netzwerk auf die Seite geleitet. Siehe <http://www.alexa.com/siteinfo/nn.by#trafficstats>

Einige sehr aktive Internetnutzer, die oppositionell eingestellt sind, träumen nahezu von einem „alternativen“ Belarus im virtuellen Raum.⁵⁹ Diese Art „innerer Migration“ kommt seit nunmehr über einem Jahrzehnt immer wieder ins Gespräch, besonders unter den jüngeren, internetaffinen, gesellschaftlich und politisch interessierten Belarussen. Dennoch sind die meisten einer solchen „mėdyja-nacyja“⁶⁰ gegenüber skeptisch, weil sie kaum sichtbare Einflüsse auf die gesellschaftliche Realität des Landes hat.

Das Phänomen geht aber nicht an der gesellschaftlichen Realität vorbei. Russische Soziologen sprechen bereits von der LiveJournal-Generation in Russland,⁶¹ von gut gebildeten jungen Menschen in urbanen Zentren, die ihr Wissen seit nunmehr über einem Jahrzehnt über das World Wide Web und soziale Netzwerke beziehen und mit den offiziellen Massenmedien kaum noch etwas anzufangen wissen. Dies hat einen prägenden Einfluss auf ihr Weltbild und die Mentalität. Eine Abschottung der Gesellschaft von äußeren Einflüssen, wie sie in der Zeit der Sowjetunion funktionierte, ist heutzutage nicht mehr ohne weiteres möglich. Ohne Einschränkungen kann diese Beobachtung auch für Belarus gelten.

Zensur(-versuche)

Mit der Popularisierung des WWW wächst das Interesse der autoritären Regierung, den Zugang zu seinen Inhalten unter Kontrolle zu halten. Mehrmals äußerte sich der Staatspräsident bereits persönlich skeptisch über das neue Medium.⁶² Eine der ausführlichsten und meistzitierten Aussagen zu den Gefahren der Medien traf Aljaksander Lukaschenka während der Militärparade anlässlich des Unabhängigkeitstages am 3. Juni 2011: „Es nähert sich die Eskalation der informationellen Intervention. Schamlos wird versucht, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Zur Norm wird die allgemeine Verleumdung, darunter die anonyme mit Hilfe der Massenmedien.“

Die Skepsis des autoritär regierenden Staatspräsidenten gegenüber Medien, auf die sein Herrschaftsapparat keinen unmittelbaren Einfluss ausüben kann, spiegelt sich in der Einstellung der Administration dem Internet gegenüber wider. In den letzten Jahren findet zeitgleich zu der Entwicklung der informationellen Infrastruktur eine schleichende Reglementierung der Internetnutzung statt. Mit der Begründung, gegen die Kriminalität im Netz vorzugehen, sind seit 2010 Internetcafés verpflichtet, die Daten der Nutzer sowie ihre Netzaktivität zu speichern. Seit Januar 2012 werden belarussische Unternehmer aufgefordert, ihre Server ausschließlich auf dem Gebiet der Republik zu betreiben.⁶³ Eine flächendeckende Zensur des neuen Mediums, wie zum Beispiel in der Volksrepublik China oder im Iran, gibt es jedoch nicht. Zwar sahen sich zu der Zeit der Präsidentenwahlen einige der prominenteren oppositionellen Webpräsenzen mit Denial

.....

59 Alexei Krivolap: Live Journal and a local newspaper in the 2007 local elections. In: Political Sphere 11/2008, S. 26-37, hier S. 34 (Krivolap 2008).

60 Deutsch „Mediennation“.

61 Krivolap 2008, S. 32.

62 Siehe z.B. den Vortrag Lukaschenkas auf einer pädagogischen Konferenz (publiziert am 30.08.2011 in russischer Sprache): <http://sb.by/post/120551/> (letzter Zugriff am 14.9.2012).

63 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Weissrussland-reglementiert-Internetnutzung-1403099.html> (letzter Zugriff am 14.9.2012).

of Service-Angriffen konfrontiert⁶⁴, jedoch handelte es sich um einzelne und zeitlich auf wenige Stunden begrenzte Fälle. Eine direkte Beteiligung administrativer Initiativen wurde in diesem Zusammenhang bisher zwar nicht ausdrücklich nachgewiesen, ist jedoch nicht auszuschließen. Einige Web 2.0-Dienste wie zum Beispiel das sich an Facebook orientierende VKontakte⁶⁵ stehen im Verdacht, von Geheimdiensten ausgewertet zu werden.⁶⁶

Darüber hinaus werden regelmäßig im Netz aktive Regimekritiker für mehrere Wochen festgenommen. Immer noch nicht geklärt ist das mutmaßliche Selbstmordmotiv des Journalisten und Gründers des oben bereits erwähnten oppositionellen Portals „Char-tyja‘97“, Aleh Bjabenin (russ. Oleg Bebenin). Nach der offiziellen Version beging er im September 2010 Selbstmord. Sowohl die Familie als auch seine Bekannten und Kollegen sehen keine Motive für einen Suizid und bezweifeln diese Version.⁶⁷

Seit 2010 arbeitet zudem die staatliche Inspektionsstelle für Telekommunikation an einer Liste der Internetseiten, die mit Zugangsbeschränkungen oder Blockaden für belarussische Nutzer belegt werden sollten. Diese „Schwarze Liste“ soll aus zwei Teilen bestehen: einem öffentlich zugänglichen für Seiten mit der Domäne .by und einem nicht öffentlichen, der nur den Providern in Belarus zugänglich ist und alle anderen Internetseiten betrifft. Bisher konnten jedoch keine Sperrungen von Seiten festgestellt werden.⁶⁸ Die belarussische Situation kann demnach nicht etwa mit der in Nordkorea oder Kuba verglichen werden, die eher eine Art landesweites, vom Rest der Welt streng abgeschottetes „Intranet“ betreiben.⁶⁹

Fazit & Ausblick

Als Fazit lässt sich feststellen, dass das Internet in Belarus in den letzten Jahren einerseits eine enorme Entwicklung erfuhr, gleichzeitig aber auch staatliche Regulierungsmechanismen versuchen, die Zirkulation unerwünschter Inhalte zu unterbinden. Trotzdem ist das Internet in Belarus ein Medium, wo die Meinungsvielfalt – im Gegensatz zu Presse und Rundfunk – groß ist und sich relativ frei entfalten kann.⁷⁰ Dennoch ist die Reichweite der Meinungen relativ gering und erreicht meistens Menschen, die ohnehin oppositionell eingestellt sind. Die immense Popularisierung der Internetzugänge und die Teilnahme eines großen Teils der Bevölkerung konnten bisher nicht zu einer signifikanten Erstarkung kritischer Berichterstattung beigetragen. Die meisten Belarussen nutzen heute das Internet nicht mehr aus politischer Motivation, sondern um wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, oder als Ratgeber für die Probleme im Alltag. In dieser Hinsicht „normalisiert“ und „europäisiert“ sich die belarussische Internetpraxis.

.....

64 Denial of Service-Angriffe sind absichtliche, durch verteilte Schadsoftware ausgelöste Überhäufungen an Abrufen einer bestimmten Webadresse, die schließlich zur Serverüberlastung führen und somit die ausgewählte Webpräsenz für Besucher un erreichbar machen.

65 <http://www.vk.com>

66 Die erst nach dem Verfassen des vorliegenden Artikels bekannt gewordene „NSA-Spähaffäre“ lässt allerdings vermuten, dass es sich dabei keineswegs um ein russisches oder osteuropäisches Phänomen handelt.

67 Dyn'ko, Andrej: Zabojsstva? Kiraŭnik sajta charter97.org znojdzeny ŭ pjatli: <http://nn.by/?c=ar&i=42919>

68 Wolf 2010, S. 213.

69 Krivolap 2008, S. 31.

70 Wolf 2010, S. 209.

Insgesamt ist das belarussische Mediensystem aus einer Makroperspektive ebenso wie die politische Lage von Stillstand geprägt. Das Angebot von Rundfunk und Presse hat sich in den vergangenen Jahren trotz der zahlreichen Angebote aus dem westlichen Ausland kaum verändert. Auf der Mikroebene treten immer wieder einzelne Personen und Organisationen in Erscheinung, die die Etablierung demokratischer Strukturen verbessern möchten. Die breite Masse ist daran bislang gleichwohl gering interessiert.

Ähnlich ist dies für die internationale Politik zu konstatieren, die einen Einfluss auf Belarus haben könnte, beispielsweise die östliche Partnerschaft der Europäischen Kommission. Man begnügt sich damit, im Gespräch zu sein. Belarus scheint international politisch und ökonomisch zu unwichtig, der östliche Nachbar Russland dafür umso wichtiger. Das Interesse der eigenen Bevölkerung an einem Umsturz und unsicheren Zeiten scheint ebenso gering. So erklärt sich der anhaltende Stillstand (auch der Medien) in der Republik Belarus.

Grenzüberschreitungen

Internationaler Programmtransfer als transkulturelle Kommunikation zwischen West- und Osteuropa am Beispiel des DDR-Fernsehens

In der ostdeutschen Programmillustrierten „Der Rundfunk“ erschien bereits im August 1946 eine kleine Randnotiz, die mit ihrer Überschrift „Programm-Austausch“ auf unser Thema verweist: „Im Alliierten Kontrollrat wurde kürzlich eine Einigung über den Nachrichtenaustausch und den Austausch von Rundfunkprogrammen zwischen den vier Besatzungszonen in Deutschland erzielt.“¹ Auch wenn sich zu diesem Zeitpunkt schon die weltpolitische Konfrontation abzeichnete, so ist doch von Beginn der europäischen Neuordnung nach 1945 an eine überregionale Verbindung der Funkmedien Radio und später Fernsehen erkennbar, die innerhalb der politisch jeweils vorgegebenen Rahmenbedingungen immer auch einer eigenen Logik gefolgt sind. Die Forschergruppe des DFG-Teilprojektes „Grenzüberschreitungen“ hat sich die Aufgabe gestellt, aus medienhistorischer Perspektive und konkret mit dem Fokus auf das DDR-Fernsehen diese inter- und transnationale Kommunikation zwischen Ost- und Westeuropa im Koordinatensystem des Kalten Krieges bis zur Auflösung der getrennten Machtbereiche 1990 zu identifizieren und zu analysieren. Im Mittelpunkt stehen für uns die Entwicklung und Funktion der Organisation Internationale de Radiodiffusion et de Télévision (OIRT), gegründet 1946, und ihrem Fernsehnetz Intervision, gegründet 1960, beide mit dem Hauptsitz in Prag. Die OIRT koordinierte als Dachverband zum einen die Zusammenarbeit der Fernseheinrichtungen in der sozialistischen Staatengemeinschaft und vertrat zum anderen deren Interessen gegenüber der Union Européenne de Radio-Télévision (UER/EBU) bzw. dem Eurovision-System als Zusammenschluss der westlichen TV-Nationen.

Wurde über die Intervision der direkte Programmverkehr zwischen den Sendern abgewickelt, so fungierte das Geschäft mit Spielfilmen und zum Teil auch Serien als ein autonomes Feld. Unser Leitbegriff *Programmtransfer* umfasst daher sowohl Live-Übertragungen und die nichtkommerzielle Distribution aufgezeichneter oder vorproduzierter Angebote auf bi- und multilateraler Ebene (= *Programmaustausch*) als auch den kommerziellen An- und Verkauf fiktionaler und dokumentarischer (Kino)Streifen über die zentralen Filmvertriebe im Osten und die kapitalistischen Verleiher im Westen (= *Programmhandel*).

Gerade die ostdeutsche Fernsehlandschaft erscheint im Umfeld der OIRT/Intervision bzw. unter Berücksichtigung der verstärkt diskutierten Dialektik von Globalisierung und Regionalisierung durchaus untersuchungsrelevant. Die DDR hatte nicht nur eine Sonderrolle auf Grund des permanenten Konkurrenzverhältnisses zur Bundesrepublik, sondern auch als ‚Musterland‘ mit hoher Anpassungsbereitschaft in der sozialistischen Staatengemeinschaft und gleichzeitig als ‚deutsch‘ grundierter ‚Fremdkörper‘ in einem hauptsächlich slawisch geprägten Sprach- und Kulturraum. Zum anderen sind am Beispiel der DDR als wichtiges Transitland im kontinentalen Medienverkehr an der Nahtstelle und Bruchzone der weltpolitischen Konfrontation sowohl vielseitige internationale Beziehungen als auch ein grenz- und systemübergreifender Programmtransfer zu beobachten, der schon seit 1956 rege genutzt und von unterschiedlichen TV-Kulturen aus beiden Lagern gespeist wurde.

.....
1 Der Rundfunk 35/ 1946.

Stand der Forschung

Bisher blieb der Mediendiskurs Ost-West in der Forschung weitgehend außen vor. Das gilt nicht nur für die einseitig auf die Kooperation mit der UdSSR fixierten Abschlussarbeiten an DDR-Hochschulen.² Es betrifft die zahlreichen Arbeiten zur Entwicklung der westlichen Fernsehgeschichte ebenso wie die separaten Darstellungen des DDR-Fernsehens.³ Auch sie haben sich vor der ‚Wende‘ nur am Rande mit internationalen Aspekten beschäftigt und rudimentär Informationen beige-steuert.⁴ Als eine wesentliche Vorarbeit ist lediglich die Publikation von Ernest Eugster, „Television Programming Across National Boundaries: The EBU and OIRT Experience“, aus dem Jahr 1983 zu nennen.⁵ Jedoch konnten die wenigen Arbeiten wie diese, die ganz Europa einbezogen bzw. die OIRT und die Ost-West-Kommunikation in Ansätzen erfasst haben, aufgrund ihres zurückliegenden Untersuchungszeitraumes und frühen Erscheinungsdatums nicht auf spätere Prozesse reagieren.

Aber auch nach 1989/90 haben die medien- oder kommunikationswissenschaftlichen Disziplinen bei aller Ausdifferenzierung auf den Feldern der Programm-, Institutions- und Technikgeschichte den Austauschbeziehungen der osteuropäischen Fernsehstationen nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt bzw. die Dimensionen und Spezifika der im- und exportierten Programme ebenso vernachlässigt oder unterschätzt wie ihre Bedeutung als eine „vierte Dimension der Außenpolitik“⁶. In jedem Fall erstaunt die Zurückhaltung angesichts der zahlreichen Untersuchungsfelder mit früher bereits zugänglichem Material, die sich in der Vergangenheit durchaus angeboten hätten: der kontinuierliche Austausch von Nachrichten, die gemeinsame Übertragung sportlicher oder politischer Großereignisse, der intensive Filmhandel, die Begegnungen auf TV-Festivals und -Messen oder die direkten Verbindungen der westdeutschen Anstalten mit osteuropäischen Einrichtungen, die in der kaum beachteten Assoziierung der ARD und des ZDF an die OIRT 1988 gipfelten.⁷ Darüber hinaus erfolgte die Aufarbeitung der organisationstechnischen, juristischen und programmbezogenen Aspekte des Europäischen Rundfunkvereins (UER/EBU) bislang unisono aus westlicher Sicht, obwohl dieser seit Beginn der 1960er Jahre mehr oder weniger kontinuierlich mit den osteuropäischen Sendern zusammenarbeitete.⁸

.....
2 Vgl. z.B. Dagmar Richter, Der zielgerichtete Einsatz von Programmen aus den sozialistischen Partnerländern. Diplomarbeit HFF, Babelsberg 1972; Monika Nakath, Zu ausgewählten Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Fernsehen der DDR und dem Zentralen Sowjetischen Fernsehen in den Jahren 1964 bis 1970. Diss A HUB, Berlin (DDR) 1979.; Brigitte Wauer, Die Zusammenarbeit zwischen dem Fernsehen der DDR und dem Zentralen Sowjetischen Fernsehen in den Jahren 1971-1980. Ausgewählte Probleme, Berlin (DDR) 1984.

3 Vgl. z.B. Peter Ludes, DDR-Fernsehen intern. von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990; Erich Selbmann, DFF Adlershof. Wege übers Fernsehland. Zur Geschichte des DDR-Fernsehens, Berlin 1998; Knut Hickethier/Peter Hoff, Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart [u.a.] 1998.

4 Vgl. u.a.: Rolf Geserick, 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR, München 1987 (Geserick 1987); Woo-Seung Lee, Das Fernsehen im geteilten Deutschland (1952-1989). Ideologische Konkurrenz und programmliche Kooperation, Potsdam 2003.

5 Ernest Eugster, Television Programming Across National Boundaries: The EBU and OIRT Experience. Dedham, MA. 1983.

6 Philip H. Coombs, The Fourth Dimension of Foreign Policy. New York 1964.

7 Anne-Marie Autissier et.al., Guide du Cinéma et de l’Audiovisuel en Europe Centrale et Orientale, Paris, 1992. S. 75 (Autissier 1992).

8 Vgl. u.a.: Wolfgang Degenhardt/ Elisabeth Strautz, Auf der Suche nach dem europäischen Programm. Die Eurovision 1954-1970. Baden-Baden, 2000; Zeller, Rüdiger: Die EBU. Internationale Rundfunkkooperation im Wandel. Baden-Baden, 1999.

Zu belastend oder zumindest wenig attraktiv und karrierefördernd schien die rückwärtsgewandte Auseinandersetzung mit den früheren, von Staat und Partei so spürbar instrumentalisierten Massenmedien. Die Beschäftigung konzentrierte sich deshalb vor allem auf die rundfunkpolitischen Umbrüche und spätere Einbeziehung der Transformationsgesellschaften in den globalen und marktwirtschaftlich organisierten Medienmarkt. Erst in jüngster Zeit sind substantielle Ansätze der vergleichenden Medienhistoriografie erkennbar, wie sie u.a. im Umfeld der Netzwerke „Tensions of Europe“ oder „European Television History“ sowie der Initiative „Inventing Europe“ entwickelt wurden bzw. auf Internet-Plattformen wie „Euscreen“ mit Programm- und Informationsangeboten zur gesamteuropäischen Fernsehkultur ihren Ausdruck finden.⁹

Der Charakter der OIRT

Die Anfänge des internationalen Programmtransfers reichen in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück. Seit 1925 koordinierte der Internationale Rundfunkverein (UIR) einen regen Radioprogrammaustausch in Europa. Seine Auflösung nach dem Zweiten Weltkrieg hing maßgeblich mit dem Vertrauensverlust aufgrund der Kooperationsbemühungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland zusammen. Die Gründe für das Scheitern und die separate Einrichtung der UER/EBU vier Jahre später auf Initiative der BBC sind zum einen auf das gespannte Verhältnis der Mitglieder unter sowjetischem Einfluss (zu diesem Zeitpunkt nominell 16) zu den an westlichen Demokratievorstellungen orientierten Staaten (nur 12 Vertreter) und den daraus resultierenden unüberbrückbaren Dissonanzen zurückzuführen. Zum anderen sind sie in den unterschiedlichen Positionen in Bezug auf die ungleiche Neuverteilung und eingeschränkten Nutzungsrechte der verfügbaren (Radio)Frequenzen nach dem Kopenhagener Wellenplan von 1948 bzw. die damit verknüpfte Auswahl und Stärke der territorialen Sender zu suchen.

Die daraufhin erfolgte Spaltung in zwei Organisationen kann als eine Aufteilung und Fraktionierung der Fernsehlandschaft gelten, die als „halbierte Globalisierung“¹⁰ dem Antagonismus des Kalten Krieges entsprach. Damit kennzeichnet diese Entwicklung im Medienbereich das, was sich parallel mit dem Warschauer Pakt und der NATO auf militärischem bzw. mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) auf wirtschaftlichem Gebiet vollzogen hat.

Der multinationale OIRT-Verbund vereinte trotz seines Status als Nichtregierungsorganisation im Gegensatz zum westlichen Pendant mehrheitlich staatliche Komitees oder Verwaltungen, so dass Regierungszentralen die strategische Ausrichtung unmittelbar bestimmen konnten. Darüber hinaus schloss die Organisation kommerzielle Zwecke und private TV-Stationen aus und blieb geographisch nicht wie die UER/EBU auf Europa und Mittelmeeranrainer beschränkt. Mitglieder waren

- erstens alle dem Ostblock zuzurechnenden Länder von Lateinamerika (Kuba) bis in den Fernen Osten (Vietnam) bzw. einschließlich Albanien, der VR China und Nordkorea, die allerdings ihre Mitgliedschaft nach dem Bruch mit der SU zeitweise ruhen ließen;

.....
⁹ u.a.: Andreas Fickers/ Sonja Leeuw: Das European Television History Network: europäische Fernsehgeschichtsschreibung in vergleichender Perspektive, in: Medien & Zeit (2005), S. 4–11, H. 2.; <http://www.euscreen.eu> (letzter Zugriff am 02.10.2013).

¹⁰ Jürgen Osterhammel, Niels P. Petersson, Geschichte der Globalisierung. Dimensionen. Prozesse. Epochen. München 2003. S. 86.

- zweitens die phasenweise von kommunistischen Parteien geführten und engen Verbündeten der SU wie Nicaragua oder Afghanistan;
- drittens temporär dem sozialistischen Lager nahestehende und von dort unterstützte Nationalstaaten in Afrika und im Nahen Osten wie Mali, Algerien und der Sudan bzw. Ägypten, Syrien und die VDR Jemen, die eine enge Verbindung gesucht hatten.¹¹



Intervisionsmitglieder

Eine Ausnahme bildete Finnland, das als blockfreier Nachbar zur UdSSR eine besondere Mittlerstellung einnahm und parallel der UER/EBU sowie der Intevision, Eurovision und skandinavischen Nordvision beigetreten war¹². Die DDR erhielt mit ihrem Deutschen Demokratischen Rundfunk 1951 (Mitte 1952 dann das Staatliche Komitee für Rundfunk) die vollwertige Mitgliedschaft¹³, die nach der Wiedervereinigung vom zurückbenannten Deutschen Fernsehfunk bzw. der DFF-Länderkette bis zu deren Einstellung am 31.12.1991 aufrecht erhalten wurde.

Mit der OIRT und dem Intervisions-Netz hatten die Warschauer Vertragsstaaten ein funktionierendes Kommunikations-, Steuerungs- und Propagandainstrument für ihre internationale Medienkommunikation geschaffen, mit dem sie über ausgewählte Bilder ihre Form der politischen Öffentlichkeit herstellen konnten. Dabei gab die UdSSR im

.....
¹¹ Autissier 1992, S.75.

¹² Ebd.

¹³ Ernest Eugster, *Television Programming Across National Boundaries: The EBU and OIRT Experience*. Dedham, MA. 1983, S. 219.

Chor mit ihren europäischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland, Litauen, Moldawien, Ukraine, Weißrussland (und bis 1956 die Karelo-Finnische SSR), die hier als formal selbständige Mitglieder mit Sitz und Stimme vertreten waren, stets die Richtung vor. Mit der Implosion des Staatssozialismus und in Folge der europäischen Einigungsbe-
wegung verlor die OIRT ihre Funktion als Gegengewicht zur UER/EBU und bereitete ab 1990 die Fusion bzw. Integration vor, die dann zum 1.1.1993 vollzogen wurde.¹⁴

Die Funktion der OIRT nach innen

Bis Mitte der 1950er Jahre beschäftigte sich die OIR(T)¹⁵ vornehmlich mit den Belan-
gen des Rundfunks. Mit der wachsenden Bedeutung des Fernsehens als Informations-,
Unterhaltungs- und Bildungsmedium rückte das neue Leitmedium jedoch auch hier
immer stärker in den Mittelpunkt. Um den gestellten Zielen mit einem aktuellen und ab-
wechslungsreichen Angebot gerecht zu werden sowie interne Produktionsdefizite auf-
zufangen, bemühten sich die TV-Sender zunächst um einen Programmaustausch auf
Filmbasis. Nach dem Ausbau der Richtfunk-Sendernetze war es dann ab 1956 möglich,
auch Live-Bilder länderübergreifend zu distribuieren. Um diese Abläufe besser koor-
dinierten zu können, rief die OIR(T) eine Fernseh-Programmkommission ins Leben und
schuf dann mit der Intervision eine feste Einrichtung mit einem Programm-Koordinati-
onszentrum (PKCI) und einem Technischen Koordinationszentrum (TKCI).

Seitdem wurde der geregelte Austausch als effektive und kostensparende Möglichkeit
der Programmbeschaffung innerhalb des Verbundes intensiv genutzt, wobei über bidi-
rektionale und später orbitale Verbindungsnetze alle Mitglieder technisch angebunden
waren. Es zeigt sich in der Gewichtung der Sendungen, d.h. in ihrer Häufigkeit und
Dauer, von Beginn an eine Dominanz des Sports, gefolgt von der politischen Bericht-
erstattung, Unterhaltungsgenres sowie mit weiterem Abstand publizistische und Kul-
turbeiträge oder Kindersendungen. Zudem lassen sich neben der redundanten (Hof-)
Berichterstattung und den obligatorischen Übertragungen ritualisierter Zeremonien zu
den Parteitag und Jahrestagen der Staatsgründungen, der „Befreiung“ (8. Mai), des
„Friedens“ (1. September) oder zum „Arbeiterkampftag“ (1. Mai) übereinstimmende
Präferenzen und Kontinuitäten bei der Auswahl der Themen und Formate ausmachen,
die auf Erinnerungskultur und historische Legitimation zielen oder die angeblichen Er-
rungenschaften des real existierenden Sozialismus in den Vordergrund rücken.

Damit verweisen zahlreiche Programmangebote der Intervision auf zentrale Herr-
schaftsdiskurse. Die untereinander ausgetauschten Sendungen lassen sich mit ihren
ideologisch aufgeladenen Sujets und dem Realismus verschriebenen Darstellungsmodi
als letzte Bastion eines sozialistisch codierten Fernsehauftrages deuten. Die Palette
reichte von gegenseitigen „Freundschaftstagen“ zu den staatstragenden Nationalfeier-
lichkeiten bis zu verabredeten „Generalthemen“ wie der verinnerlichte Antifaschismus,
die verklärte Arbeiterbewegung und das Gedenken an die „Große Sozialistische Okto-
berrevolution“ oder die Raumfahrtberichte der „Kosmovision“ als wiederholt vorgeführ-
tes Paradigma der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ und damit Zeichen der
industriellen Leistungsfähigkeit bzw. Symbol des zivilisatorischen Fortschritts.

.....
14 Autissier 1992. S. 75ff.

15 Bis 1960 bezog sich die Organisation ausschließlich auf Hörfunk und hieß OIR.

Aber auch im Bereich der fiktionalen und der nonfiktionalen Unterhaltung wurde versucht, überregional anschlussfähige Beiträge mit linientreuen Botschaften anzubieten. So konnten auf der einen Seite zwar durchaus nationale Abweichungen in den Stoffen, den Erzähltraditionen, den ästhetischen Vorlieben oder in der Wahl der Protagonisten auftreten und für eine gewisse Abwechslung sorgen. Auf der anderen Seite musste das gelenkte Entertainment aber gleichzeitig einen Beitrag dazu leisten, auf leichte Art das Bewusstsein für die Wertegemeinschaft des Ostblocks zu fördern und das patriotische Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken – worauf allein Mitte der siebziger Jahre so programmatische Titel wie „Festival des künstlerischen Volksschaffens sozialistischer Länder“, „Unser Lied, unser Leben“ oder „Unter sieben Fahnen“ hindeuten.

Es kann also nicht nur im Falle der politisch geprägten Pflichtprogramme von einer angestrebten Synchronisierung mit dem Effekt der Konformität gesprochen werden. Hierbei steht jedoch die Bindungskraft des Mediums Fernsehen in Osteuropa in Frage. Wenn der Westen sich einem übergeordneten Europagedanken auf föderaler Basis verpflichtet fühlte und das auch medial auszudrücken suchte, so traf dies nicht auf die osteuropäischen „Volksdemokratien“ zu. Diese demonstrierten mediale Übereinstimmung vor allem im Diskurs des Marxismus-Leninismus, in der Rechtsordnung oder hinsichtlich gesellschaftlicher Normen, jedoch konnte die viel gepriesene ‚Völkerfreundschaft‘ und die zwangsverordnete Solidarität nicht über heterogene Mentalitäten, Kulturen und Religionszugehörigkeiten hinwegtäuschen – Widersprüche zwischen den Nationen und dem ‚Imperium‘, die nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Gemeinschaft noch deutlicher zum Tragen kamen. Daher muss die viel diskutierte Prägung des Fernsehsystems in den adressierten Satellitenstaaten durch die sowjetischen Einheitsprogramme relativiert werden.

Die Außenwirkung der OIRT

Nach außen versuchte die OIRT, ein geschlossenes Bild abzugeben und sich als gleichberechtigter Partner der übrigen Interessenvertretungen wie der UER/EBU, aber auch der Rundfunkunion der arabischen Staaten (ASBU) und der Union der nationalen Rundfunk- und Fernsehorganisationen Afrikas (URTNA) zu profilieren. Seit Ende der 1950er Jahre bemühte man sich um eine dauerhafte Zusammenarbeit bzw. um die Übertragung weltpolitischer Ereignisse, internationaler Sportveranstaltungen sowie einen regelmäßigen Nachrichtendienst (IVN/EVN). Dank des weitgespannten Kommunikationsnetzes konnte das Telemedium auch im Osten seinen Anspruch als ‚Fenster zur Welt‘ einlösen und hier zumindest eine kontrollierte Partizipation am aktuellen Geschehen über die Grenzen hinweg versprechen.

Der Programmtransfer zwischen Ost und West war jedoch stets von einem asymmetrischen Verhältnis gekennzeichnet. Die Intervision übernahm jährlich weitaus mehr Sendungen der Eurovisions-Partner als umgekehrt: Über die mehr oder minder leistungsfähigen Übertragungstrecken wurden laut OIRT-Statistik Mitte der achtziger Jahre jährlich bis zu 30.000 Nachrichten-Sujets und 2.200 vorproduzierte Programme zwischen den eigenen Mitgliedern getauscht. An die Eurovision abgegeben wurden dagegen bis zu 6.000 News und 250 andere Produktionen sowie 7.500 und 550 von dort übernommen. Daneben sollen innerhalb der Intervision bis zu 1.150 und mit der Eurovision 1.700 Übertragungen stattgefunden haben – offizielle Durchschnittsangaben,

die es anhand der konkreten Jahresstatistiken noch zu differenzieren und hinsichtlich der Länder- und Spartenverteilung zu gewichten gilt.¹⁶ Was den Umfang der Fremdeinspeisungen insgesamt betrifft, so konnte der Anteil am Gesamtprogramm wie im Fall des DDR-Fernsehens nach offiziellen Angaben schon Mitte der 1970er Jahre bis zu 40 Prozent betragen.¹⁷

Das unbestrittene Ungleichgewicht wurde von den Osteuropäern mehrfach moniert. Denn sie konnten auf Nachrichten und Attraktionen aus der sie umgebenden Welt nicht verzichten, mussten ihre Botschaften aber gleichzeitig ständig unterrepräsentiert sehen, was nach Ansicht der OIRT nicht in Einklang mit den KSZE-Vereinbarungen und den – vom Westen stets verteidigten – Prinzipien eines „free flow of information“ stehen würde. Auf der anderen Seite signalisiert das Gefälle aber auch die Selbstbezogenheit und den Überlegenheitsanspruch der kapitalistischen Konsumgesellschaften, die die sozialistischen Elaborate nur selten oder nur dann zur Kenntnis nehmen zu müssen glaubten, wenn sie den antitotalitären Kampagnen oder der Aufklärung über die unbekannte Lebens- und Arbeitswelt des Ostblocks dienen konnten.

Gleichzeitig verfolgte die OIRT als ‚internationale Solidarität‘ getarnte Expansionsabsichten über ihre Einflußsphäre in Europa hinaus, obwohl sie sich nach eigenen Worten stets als staatlich neutral und als Sachwalter des ‚Weltfriedenslagers‘ ausgab. Insbesondere die DDR und die CSSR füllten mancherorts ein Vakuum, das die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien hinterlassen hatten, und stießen in Lücken, die von den USA noch nicht besetzt waren. Dabei leisteten die Funkmedien ideologische Pionierarbeit. Sie waren auf die geostrategischen Ziele, wirtschaftlichen Interessen und kulturellen Ambitionen des Warschauer Paktes abgestimmt. Die Prioritäten lassen sich etwa an der Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Partner China seit Anfang der 1960er Jahre nachweisen; und sie werden am Beispiel der zahlreichen Kooperationen im afrikanischen, asiatischen und vor allem im arabischen Raum deutlich.

Die Unterstützung der dekolonialisierten und nicht-paktgebundenen Nationalstaaten fühlte sich allerdings nicht nur der politischen Einflussnahme verpflichtet. Sie zielte mit einer Art Verantwortungsrhetorik und in Einklang mit der UNESCO auf Schulfunk und Bildungsprogramme gegen den Analphabetismus bzw. für die Qualifizierung in Industrie und Landwirtschaft. Zudem trugen die OIRT-Mitglieder zum Ausbau der dortigen Fernsehnetze und Studioteknik ebenso bei wie zur Verbesserung der Programmproduktion. Insgesamt umfasste die technische und personelle Unterstützung bis Ende der 1980er Jahre neben der Kooperation mit den afrikanischen und arabischen Fernsehorganisationen bilateral

- die Entsendung von eigenen Rundfunk- und später Fernsehexperten;
- die Aus- und Weiterbildung von Kadern und Technikern vor Ort bzw. in multilateralen Seminaren in den Geberländern;
- „materiell-technische Solidaritätslieferungen“;
- Programmbesichtigungen und -austausch bzw. Übertragungen von (sportlichen, politischen und gesellschaftlichen) Ereignissen;
- die Durchführung gegenseitiger TV-„Freundschaftswochen“.

.....
¹⁶ u.a. OIRT-Statistiken in OIRT-Sammelbänden, Fernseharchiv Prag; Intervisionstatistik des Aktualitätenaustausches zwischen den Intervisionsländern und zwischen der Intervision und Eurovision und anderen FSO 1985-1.1.-30.6. 1986, DRA Babelsberg /Interne Verbindungen 07/Ordner 2011.

¹⁷ Vgl. Geserick 1987.

Diese Hilfe hob allerdings die beklagte „Einbahnstraße“¹⁸ der Nachrichtenverbindungen und Kommunikationsstrukturen von den dominanten Metropolen in die abhängige Peripherie nicht auf, was im andauernden Nord-Süd-Diskurs über eine neue Weltinformati- onsordnung vor allem in den achtziger Jahren seinen Ausdruck fand.

Das Beispiel DDR-Fernsehen

Stand hinter den eben genannten Aktivitäten vor allem der sowjetische Hegemonialan- spruch, so wurden von den Partnern bei aller Abhängigkeit und Instrumentalisierung aber verschiedentlich auch Eigeninteressen formuliert und durchgesetzt. Am Beispiel des Fernsehens der DDR soll im Folgenden der Prozess der Programmtransferbezie- hungen und seiner Auswirkungen im historischen Kontext betrachtet werden. Seit den 1970er Jahren arbeitete es mit Sendern in mehr als 70 Ländern zusammen und unter- hielt zu 52 Fernsehorganisationen vertragliche Beziehungen.¹⁹ Darüber hinaus wurden die Funkmedien mit der Aufnahme in die OIR(T) nach der staatlichen bzw. symbolpoli- tischen Anerkennung durch die sozialistische Staatengemeinschaft und dem Eintritt in den RGW weiter in das ‚sozialistische Weltsystem‘ integriert. Die DDR war zudem 1960 Gründungsmitglied der Intervision und seit 1972 dem Intersputnik-Verbund für den Pro- grammaustausch via Satelliten angeschlossen.

Die externen Verbindungen und die sichtbare Medienpräsenz im Ausland erwiesen sich vor allem in dem geführten Kampf um völkerrechtliche Anerkennung als sehr produktiv. Auf diese Weise konnte reale Außenpolitik betrieben sowie das eigene Geltungsbedürf- nis befriedigt werden. Die bis 1972 außerhalb des Sowjetblocks ignorierte Souveränität hielt die DDR in einem permanenten Aktionsmodus, um über zunächst indirekte Mit- arbeit und dann direkte Teilnahme in den internationalen Organisationen, wie u.a. der Union Internationale de Télécommunication (UIT) als Sonderorganisation der UN, sowie durch forcierten Programmexport Präsenz zu zeigen.

Mit Nachdruck signalisierte der ewige Juniorpartner seine angebliche Modernität und Weltoffenheit. Er kultivierte den Mythos eines selbstbestimmten Teils der ‚Völkerfami- lie‘, der an der Seite der ‚schützenden‘ Sowjetunion seinen Beitrag als ‚Friedensstaat‘ leistet. Meist waren die Auftritte in einer Art Sympathiekampagne darauf ausgerichtet, „Weite und Vielfalt“ zu suggerieren und gleichsam die latenten Inferioritätsempfindun- gen des kleinen Landes zu kompensieren, die sowohl aus der fehlenden demokrati- schen Legitimierung der Partei- und Staatsführung resultierten als auch in der ständi- gen Auseinandersetzung mit dem größeren Deutschland zu suchen sind.

Neben diesem politisch motivierten Aufgabenkatalog offenbart sich am Beispiel des DDR-Fernsehens aber auch eine medienimmanente Logik in der Ausrichtung und Ge- staltung des Gesamtprogramms. Neben der gezielten Feindbildproduktion in Form ag- gressiver „Konterprogramme“ gegen den Westen entwickelte sich zunehmend ein me- dienpolitischer Pragmatismus, der als „politico-diskursive transformation from security to globalization“²⁰ seit Anfang der sechziger Jahre auch auf der Gegenseite erkennbar

.....
18 Lutz Michel, Einbahnstraße. Fernseh-Programmfluß zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern Europas. In: *medium*, 1/89. S. 52-56.

19 Kurt Ottersberg, Programmaustausch und Zusammenarbeit, in: *FF* dabei vom 08.02.1979.

20 James Schwoch, *Global TV. New Media and the Cold War*, Urbana 2009, S. 126.

ist. So ist bei aller kulturpolitischen Skepsis und Negation bzw. trotz der prinzipiellen Ausrichtung auf die sozialistischen Medien spätestens ab den 1970er Jahren eine zunehmende Orientierung an westlichen Trends und am Weltmarkt nicht zu übersehen. Diesen Herausforderungen und dem permanenten ‚Programmhunger‘ wurde mit einer Reihe von Imitationen, Adaptionen und Modifikationen im Sendeschema oder in populären Genres begegnet – oftmals direkt nach dem Vorbild von ARD und ZDF.

Die erhöhte Akzeptanz und Reichweite des neuen Leitmediums, die Ausweitung des Sendeangebots, die Einführung eines II. Kanals und des Farbfernsehens erhöhte den Programmbedarf ständig, der nicht mehr allein mit Eigenproduktionen und über Zulieferungen der Intervisionspartner oder den zentralen Filmvertrieben im RGW-Bereich zu decken war. Zweitens hatte das DDR-Fernsehen die Konsumentenlogik und damit apolitische Zuschauerbedürfnisse nach Entspannung und Eskapismus zu berücksichtigen bzw. auf die individualisierte Freizeitgestaltung mit Tendenz zur Privatisierung und latenter Entpolitisierung zu reagieren. Und drittens musste sich das Ostmedium an internationalen Standards ausrichten, um den hedonistischen Versprechen der globalen „Agenturen der liberalen Konsumgesellschaft“²¹ etwas annähernd Gleichwertiges entgegenzusetzen zu können. Mit den eingeleiteten Maßnahmen wurde auf Dauer aber nicht nur eine Diversifizierung des Angebots erreicht. Sie haben wie im Westen – wenn auch zeitverzögert – in der Tendenz zu „Uniformität und Schematismus“²² beigetragen und zu einer allmählichen Konvergenz mit anderen europäischen Fernsehnationen geführt.

Darüber hinaus zeigte sich die bewusste oder bisweilen auch nichtintentionale Anpassung an den wachsenden Ankäufen bei anderen TV-Stationen und der Auswertung von Spielfilmen ausländischer Provenienz. Galt es doch, mit bewährten, aber nicht selbst bedienten Genres bzw. über mehr Action, beliebte Stars oder spektakuläre Schauplätze eine engere Zuschauerbindung zu erreichen. Beispielhaft für diese Entwicklung stehen diverse Spielfilmreihen mit internationalen Kinoerfolgen. Hier ist eine weitere Implementierung des „Fremden“ zu konstatieren, mit der sich narrative Muster und formales Repertoire der kapitalistischen Unterhaltungsindustrie in das kulturelle Feld der DDR eingeschrieben haben.

Vor diesem Hintergrund scheinen die mediale Transformation und Extension durch die potenzierte Zunahme der Programmübernahmen seit Anfang der 1970er Jahre also weniger entspannungspolitischen Zielen oder einer europäischen Annäherung geschuldet zu sein. Sie sind wohl eher auf den hohen Wettbewerbsdruck zurückzuführen, der durch das empfangbare Westfernsehen von Beginn spürbar war. Im Fernsehen des zweiten deutschen Staates haben somit nicht nur die auswärtigen Medienangebote aus dem osteuropäischen Raum, sondern gleichermaßen die aus dem Westen erkennbare Spuren hinterlassen und das Angebot maßgeblich mitbestimmt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, in wieweit überhaupt ein unverwechselbares Programmprofil bewahrt werden konnte. Es ist auffällig, dass die zuständigen Kontrollinstanzen diese für sie sicherlich erkennbare Aufweichung des ursprünglichen

.....
21 Christoph Classen, DDR-Medien im Spannungsfeld von Gesellschaft und Politik. In: Zahlmann, Stefan (Hg.): *Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR*. Berlin 2010, S. 385-407, hier S. 407.

22 Gerhard Eckert, *Das Fernsehen in den Ländern Westeuropas: Entwicklung und gegenwärtiger Stand*. Gütersloh 1965.

kulturpolitischen Anspruchs mit der Zeit hinnahmen und ein so auffällig disparates Spektrum durchgehen ließen. Sah man sich doch durch die Fremdanleihen mit gängigen Kommunikaten konfrontiert, die zwar einen hohen Attraktionswert besaßen, inhaltlich und formal aber kaum mit den Vorstellungen von einer „sozialistischen Massenkultur“ kompatibel sein konnten. Hiermit sollten sicher nicht nur die erkannten Programmdefizite und die fehlenden Produktionskapazitäten kompensiert und entsprechende ‚Reparaturmaßnahmen‘ stillschweigend gebilligt werden.

Denn mit Beginn der Honecker-Ära stand auch ein gesellschaftlicher Innovationsanspruch im Vordergrund – gepaart mit sozialpolitischer Befriedungsabsicht –, der jedoch spätestens in den 1980er Jahren in eine ideologische Orientierungslosigkeit und „gewollte und praktizierte Haltung des Abwartens und Aussitzens“²³ umschlug. Angesichts der massiven Rückgriffe auf die Bilder und Töne des Klassenfeindes konnte „das normative Projekt des Westens“²⁴ kaum noch glaubwürdig in Frage gestellt werden und damit jene Phalanx pluralistischer Demokratien, die mit Meinungsfreiheit und Menschenrecht, mit marktwirtschaftlicher Potenz und individuellem Lebensstil warben und überzeugten.

Dabei werden einmal mehr die Widersprüche deutlich, die sich aus der makropolitischen Doppelstrategie der Abgrenzung des östlichen Bündnisses vom westeuropäischen als eine ‚imperialistische Machtbasis‘ einerseits und der Annäherung in Form ‚friedlicher Koexistenz‘ andererseits ergeben hatten. In dem dichotomen Weltbild verschwamm zusehends die Trennlinie zwischen den Programmen, die nach Lesart der SED entweder als negativer Ausdruck des „Kulturverfalls“ oder der „ideologischen Diversion“ mit der Intention der „Desinformation“, der „antikommunistischen Hetze“ und der „Einmischung in innere Angelegenheiten“ galten, und denen, die in positiven Einklang mit ‚humanistischem Gedankengut‘ und ‚progressivem Kulturerbe‘ oder ‚Völkerverständigung‘ und ‚Friedensicherung‘ gebracht werden konnten.

Insgesamt lässt sich also erkennen, dass sich die Strategien der medialen Konfrontation und Agitation durch den Programmtransfer hin zu einer partiellen Annäherung und Dialogbereitschaft verlagert haben. Zudem lösten die dauerhaften Wechselbeziehungen beim Fernsehen einen frühen Synchronisierungsprozess mit Tendenz zu einer Cross-Culture aus – auch wenn die partielle Öffnung in Osteuropa bis 1990 nur bedingt zu einer Pluralisierung führte und keinen Beitrag zu einer echten Partizipation oder einer öffentlichen Streitkultur leisten konnte. Trotzdem wurde durch die Interaktion und Vernetzung der Sender die lange „geforderte Dichotomisierung von Weltansichten und Wahrnehmungen“ mit der Zeit in Frage gestellt. Und ist auf diese Weise nicht doch ein transnationaler „Kommunikationsraum“ entstanden, der mit einem Integrationsprozess Ost-West verbunden war und in Ansätzen eine europäische Medienöffentlichkeit generieren konnte?

.....
23 Manfred Jäger, *Kultur und Politik in der DDR. 1945-1990*. Köln 1995, S. 210.

24 Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*. München 2009, S. 24.

Studienkreis-Informationen

Medienhistorisches Forum

18. bis 19. Oktober 2013 in Lutherstadt Wittenberg

Irgendwie erinnerte das diesjährige medienhistorische Forum, das nun schon seit einigen Jahren von der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) zuverlässig gefördert wird, an das „Häuflein der sieben Aufrechten“. Nach Absage einer Teilnehmerin trafen sich dann sogar nur noch sechs Nachwuchswissenschaftler mit weit mehr beratenden Wissenschaftlern und Organisatoren aus dem Studienkreis Rundfunk und Geschichte und dem Nachwuchsnetzwerk der DGPK, Nakoge. Dennoch kann die Runde als gelungen bezeichnet werden. Die Teilnehmer fanden den relativ intimen Kreis, verbunden mit einer längeren Vortrags- und Diskussionszeit besonders ansprechend. Auch das breit gefächerte inhaltliche Spektrum wurde als anregend gesehen.

Simon Lienig (Köln) entführte zunächst ins Mittelalter. Seine Dissertation befaßt sich mit dem Straßburger Gesandtschaftswesen. In Wittenberg stellte er Überlegungen zu Kommunikationsformen und „Medien“ städtischer Diplomatie im späten Mittelalter vor, wofür er Gesandtenberichte auswertete. Anschaulich wurde insbesondere, wieviel Mühe man sich damals schon geben mußte, um die Inhalte bei der Überbringung per Boten geheim halten zu können. Der stark theorielastige Vortrag von Johannes Geng (Mainz) ließ die Zuhörer hingegen zumeist verwirrt zurück. Er untersucht die sich wandelnden Beziehungen zwischen Wahrnehmung und Filmtechnologie. Seine Hauptthese, dass sich die Wahrnehmung von Filmen im jeweiligen zeitlichen und kulturellen Umfeld verändert, ist ja durchaus nachzuvollziehen, die Bezeichnung „Sensorische Regimes in der Filmgeschichte“ erschien denn aber doch problematisch.

Michael Annegarn (Braunschweig) befasst sich in seiner Dissertation mit dem Lehrfilm 1919 bis 1939. Probleme dabei sind u.a.: Die Schulen sträubten sich zunächst gegen diese Form Unterrichtsmaterial; es gab lange keine Definition für dieses Medium; und für die Nitrofilme sind keine Kopien zu bekommen. Alexander Stark (Trier) hat es da besser. Er wertete für seine Magisterarbeit erstmals den

Nachlaß von Elisabeth Wilms im Stadtarchiv Dortmund aus. Sie hatte nach dem Zweiten Weltkrieg die Zustände im zerstörten Dortmund zu Spendenzwecken dokumentiert. Hoffentlich ließ er sich vom Forum darin bestärken, seine Forschungen zu einer Dissertation weiter zu führen.

Viel Diskussionsstoff lieferte Bettina Wodianka (Basel), die sich mit „Intermedialen Strategien im Hörspiel der Gegenwart“ befaßt. (Sie wird ihr Projekt im nächsten RuG-Heft vorstellen.) Im Unterschied dazu versetzte uns Andre Dechert (Münster) anschaulich in die US-amerikanische Fernsehgeschichte. Aus seinem Dissertationsprojekt „Vaterschafts- und Familiendarstellung in amerikanischen Fernsehserien“ stellte er Ergebnisse zur Rezeption der „Cosby Show“ vor.

Und, warum hatten sich so wenige angemeldet? In der Abschlussdiskussion gab es zwei Antworten: Ja, die Medien-(Rundfunk-)Historie ist wenig gefragt gegenüber neuen Medienentwicklungen, alles muss sich jetzt – wohl auch um gefördert zu werden – um Internet, Multimedia, Facebook etc. drehen. Aber auch: Nicht alle Promovierenden bekommen üppige Stipendien. Da könnten die Kosten schon von einer Bewerbung abgeschreckt haben, zumal die Bewerber nicht erfahren hatten, dass der Studienkreis einen Teil der Fahrtkosten übernimmt. Ziemlich übereinstimmend kamen die Forums-Teilnehmer zu dem Vorschlag, künftig die Struktur der Vorträge zu ändern, da aus dem Präsentierten oft nicht hervorging, in welchem Verhältnis der Teilaspekt zum Gesamtprojekt stand.

Dr. Sebastian Pfau, der das Kolloquium nun elf Jahre verdienstvoll organisiert hat, wurde vom Vorsitzenden des Studienkreises, PD Dr. Golo Föllmer, verabschiedet. Künftig wird diese Aufgabe Tom Leonhardt (ebenfalls von der LMU Halle-Wittenberg) übernehmen. Er hatte den Forumsteilnehmern auch das Radiolab, ein innovatives US-Format, vorgestellt.

Margarete Keilacker

Forum

Transnational and Transcultural Communication Research in Central and Eastern Europe: Trends, Developments, Debates

Jahrestagung 2013 der Fachgruppe Internationale und Interkulturelle Kommunikation der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK), 4. bis 5. Oktober in Wien und Bratislava

Im Zuge der Globalisierung von Kommunikation und der gravierenden politischen und ökonomischen Umbrüche in den letzten Jahrzehnten hat die international vergleichende Forschung in der Kommunikationswissenschaft einen Entwicklungsschub erlebt, auf den auch die Gründung der Fachgruppe Internationale und Interkulturelle Kommunikation der DGPK (FG IIK) zurückzuführen ist. Die Forschungsinteressen der Fachgruppe gelten den vielfältigen Aspekten dieses komplexen Zusammenhangs auf allen Untersuchungsebenen, beispielsweise den rasanten strukturellen Veränderungen der Mediensysteme oder den inhaltlichen Spuren der emergierenden europäischen Öffentlichkeit.

Die diesjährige Tagung der Fachgruppe, die das Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationswissenschaft der österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Klagenfurt in Kooperation mit dem Fachbereich für Deutsch, Holländisch und Skandinavisch der Comenius Universität Bratislava und dem österreichischen Außenministerium veranstaltete, nahm die Entwicklung in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas in den Blick. Diskutiert wurden sowohl Trends und Themen der Kommunikations- und Medienforschung als auch Forschungsinhalte in mehreren Gebieten: transnationale Kommunikationen und politische Beziehungen zwischen den Staaten und Kulturen, nationale oder transnationale Images und Identitäten sowie der kulturelle Transfer zwischen diesen kollektiven Gebilden.

In der die Tagung einleitenden Keynote wies Václav Štětka (Dept. of Politics and International relations, University of Oxford) auf jüngs-

te, beunruhigende Entwicklungen in den Medienmärkten Mittel- und Osteuropas im Zuge der aktuellen Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Einbrüche im Anzeigengeschäft hin. Diese haben dazu geführt, dass sich in diesen Märkten aktive ausländische Medienunternehmen zurückgezogen und dabei Medienmogulen den Platz geräumt haben, welche weniger unternehmerische, sondern vielmehr politische Interessen mit ihren publizistischen Aktivitäten verfolgen.

Zur Frage des Einflusses von Medien auf die außenpolitischen Aktivitäten von Staaten wird in der Kommunikationswissenschaft aktuell zum einen der sogenannte CNN-Effekt als auch zum anderen ein Indexing (eine Prägung der Auslandsberichterstattung der Medien durch die Positionen der nationalen Akteure im politischen Diskurs) diskutiert. Diese Themen waren auch auf der Tagung vertreten. Annett Heft (Freie Universität Berlin) erklärte ihre Forschungsergebnisse zur Berichterstattung über die Griechenlandkrise bzw. zur Eurokrise in deutschen und spanischen Zeitungen über Indexing, während Isabell Blöchl in ihrer Studie mit dem CNN-Effekt argumentierte und der Berichterstattung des amerikanischen Fernsehsenders Voice of America zum Augustputsch in Moskau und den bürgerkriegsähnlichen Spannungen in Georgien 1991 einen eindeutigen Einfluss auf das Regierungshandeln in den USA zuschrieb.

Weitere inhaltsanalytische Ergebnisse zu gegenwärtigen Diskursen wurden von Christiana Schallhorn (Universität Würzburg), von Agnieszka Stepinska (Adam Mickiewicz Universität), Romy Wöhlert (OEAW/Universität Klagenfurt) und Khaël Velders (Universität Ghent) sowie von Judith Lohner (Universität Hamburg) vorgestellt. Schallhorn zeichnete das Bild Aserbaidschans in deutschen Medien nach dem Großereignis Eurovision Song Contest nach. Stepinska, Wöhlert und Velders stellten die Ergebnisse ihrer Nachrichtenwertstudie zur EU am Beispiel der EU-Ratspräsidentschaft Polens vor. Wie diese bezog sich auch Judith Lohner in ihrem Vortrag auf den inzwischen elaborierten wissenschaftlichen Korpus zur entstehenden politischen Öffentlichkeit in der EU im Kontext ihres eigenen

Forschungsprojekts zur Erinnerungskultur von deutschen und französischen Journalisten zum 20. Jahrestag der politischen Wende in Mittel- und Osteuropa.

Mit nationalistischen Diskursen und kollektiver Identitätsbildung in diesen Ländern beschäftigten sich Ana Stojiljkovic (Universität Leeds) und Zsuzsanna Kiss (Universität Pécs). Stojiljkovic entwarf ein theoretisches Konzept zur Untersuchung der Konstruktion nationaler Identität in der Wahlkampfkommunikation in Serbien. Zsuzsanna Kiss stellte das Instrument der NarrCat-Analyse der Narrative Psychology Research Group von Janos Laszlo sowie Ergebnisse aus einer damit durchgeführten Längsschnittuntersuchung zur Darstellung des Vertrags von Trianon in ungarischen Schulbüchern seit dem Ereignis bis heute vor.

Zwei Vorträge auf der Tagung fokussierten die transnationale Kommunikation von politischen Akteuren. Marius Gurskas (Vytautas Magnus Universität, Kaunas) präsentierte seine Untersuchungsergebnisse zu den Aktivitäten der Außenminister und der Präsidenten der baltischen Staaten auf Twitter im Vergleich. Johanna Möller (Universität Bremen) skizzierte einen theoretischen Ansatz für den Vergleich transnational agierender politischer Akteure in Deutschland und Polen.

Der Einfluss medialer Inhalte auf die Einstellung von Jugendlichen war Untersuchungsgegenstand von zwei Studien aus dem Bereich der Aneignungsforschung. Laura Sūna (Freie Universität Berlin) entwickelte auf der Basis ihrer qualitativen Studien zu Medienrepertoires von lettischen und russischsprachigen Jugendlichen in Riga ihre These des transkulturellen Vermittlungspotenzials internationaler Popkultur. In zwei Vorträgen (Jürgen Grimm und Christiane Grill mit Andreas Enzminger, Universität Wien) wurden Ergebnisse der international vergleichenden Studie zur Veränderung politischer bzw. sozialer Einstellungen nach der Rezeption der Holocaust-Dokumentation „Nacht und Nebel“ von Alain Resnais vorgestellt. Sandra Diehl (Universität Klagenfurt) und Barbara Mueller (Staatliche Universität San Diego) präsentierten ihre Ergebnisse aus einer ländervergleichenden Untersuchung zur individuellen Wahrnehmung von CSR-Initiativen in internationalen Werbetafellen.

Valerij Susman (Hochschule für Ökonomie/Österreich-Bibliothek Nischnij Nowgorod)

trug zum spezifischen Begriff der interkulturellen Kommunikation vor, wie er über mehrere Jahrzehnte am Institut für Interkulturelle Kommunikation der Lomonossow-Universität in Moskau wissenschaftlich definiert wurde.

Drei Vorträge mit philologischen Ansätzen stellten den kulturellen Transfer in früheren deutsch-slawischen Grenzgebieten dar: Im historischen Lubljana (Matjaž Birk, Maribor), im heutigen Ungarn (Zsuzsa Bognár, Katholische Pázmány-Péter-Universität, Budapest), in der Reiseberichterstattung der Wiener Presse des angehenden 19. Jahrhundert zur Bukowina (Ion Lihaciu, Universität „Alexandru Ioan Cuza“, Iași). Vom Fachbereich für Deutsch, Holländisch und Skandinavisch der Comenius-Universität Bratislava trugen Margita Gáborová, Katarína Motyková, Blanka Mongu und Péter Urbán vor. Gáborová erläuterte die Darstellung des europäischen Nordens in der deutschsprachigen Presse 1928 anlässlich der gescheiterten Luftschiffexpedition von Umberto Nobile aus dem faschistischen Italien. Motyková befaßte sich mit dem heutigen Bild des Nordens in der slowakischen Presse. Urbán stellte seine Untersuchung zum Selbstbild der Deutschen in der Preßburger Presse und Mongu die zeitgenössischen Modernisierungsdiskurse in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg vor.

In der Vielfalt der Tagungsbeiträge zeigten sich zum einen die interdisziplinäre Relevanz des Themas interkulturelle und internationale Kommunikation und zum anderen die Herausforderung, die eine solche Interdisziplinarität mit sich bringt. Der Transfer zwischen den Tagungsstätten in Wien und Bratislava verdeutlichte das Tagungsthema in schöner Symbolik.

Indira Dupuis, Bochum

Radiokulturen und Ideologie

Workshop, 13. bis 14. Juni 2013 in Konstanz

Das Verhältnis von Radiokulturen und Ideologien stand im Mittelpunkt des Workshops, der Mitte Juni im Rahmen des Exzellenzclusters „Kulturelle Grundlagen von Integration“ und des Kulturwissenschaftlichen Kollegs der Universität Konstanz stattfand. Wissenschaftler aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Österreich, Luxemburg, Serbien, Polen und Deutschland stellten verschiedene Forschungsansätze dazu vor.

Sie konzentrierten sich auf drei Themenkomplexe: Zunächst ging es um einen komparatistischen Ansatz: Wie präsentieren sich Radiokulturen in verschiedenen Ländern in Ost- und Westeuropa zwischen 1945 und 1989? Sabina Mihelij von der Loughborough University in Großbritannien hat sich dabei mit dem Rundfunk in Jugoslawien beschäftigt und aufgezeigt, dass es gerade in diesem Bereich Ansätze kapitalistischer Vermarktungsstrategien gab. Werbung war im Interesse einer größeren finanziellen Unabhängigkeit von Sendern im gewissem Rahmen zugelassen, so dass etwa der Sender „Radio TV Slovenija“ 1968 ein Fünftel seines Budgets aus Werbeeinnahmen finanzieren konnte. Ende 1968 wurde sogar ein Versuch gestartet, einen rein werbefinanzierten Radiosender nach dem Vorbild des erfolgreichen Privatsenders „Radio Luxemburg“ zu etablieren. Doch diese Vorstellung ging dem nationalen jugoslawischen Rundfunk dann doch zu weit, der um seine eigenen Werbeeinnahmen fürchtete. Das Nachbarland Italien, das sich immer gegen Privatradios ausgesprochen hatte, meldete ebenfalls Bedenken an, da man keinen Präzedenzfall schaffen wollte.

Auch in Jugoslawien selber war der Einsatz von Werbung nicht unumstritten; es gab eine breite Diskussion um die Fragen, wie viel Werbung ein sozialistischer Staat vertragen konnte, welche Inhalte dabei vermittelt werden sollten und wie sich sozialistische von kapitalistischer Werbung abgrenzen ließ. Dass ein sozialistischer Staat überhaupt Werbung im Rundfunk zuließ, hing laut Sabina Miheli mit der Vorstellung eines eigenen sozialistischen Weges zusammen, den Jugoslawien nach dem Ausschluss aus dem Bündnis verschiedener kommunistischer Parteien, dem Kominform, im Juni 1948 gefasst hatte. Auch beim Rundfunksystem grenzte man sich von der Sowjetunion ab: Anders als in der UdSSR war dieses in Jugoslawien nicht zentralistisch, sondern föderal organisiert, und die Sender genossen nicht nur eine gewisse finanzielle sondern auch organisatorische Freiheit.

In der DDR hingegen war die SED-Führung bestrebt, eine möglichst umfassende Kontrolle über den Rundfunk auszuüben und diesen als Vermittler ihrer Ideologie einzusetzen. Doch diese Bestrebungen scheiterten, wie Christoph Classen vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam aufzeigte. Das lag einerseits an der sehr schwachen politischen Legitimierung der deutschen Teilung, die nur von geringen Teilen der Bevölkerung

akzeptiert wurde. Zudem machten westliche Medien, vor allem der RIAS, den DDR-Sendern massiv Konkurrenz: Viele Bürger der DDR hörten lieber amerikanische Schlager als politische Statements der SED-Führung, so dass sich der an Lenin orientierte Leitgedanke des Radios als kollektiver Organisator und Agitator nicht durchhalten ließ. Das Hörverhalten konnte nicht kontrollieren werden, die Abschottung gegenüber westlichen Medien scheiterte ebenso wie die Vorstellung, das Radio als Instrument der sozialistischen Umgestaltung einzusetzen.

Im Österreich der Nachkriegszeit sollte das Radiohören ebenfalls in richtige Bahnen gelenkt werden, wie Christine Erhard von der Universität Wien darlegte. In ihrem Beitrag über Gesten des Radiohörens nach 1945 hat sie sich mit Beschwerden über „Lautsprecherplagen“ und „Radiowildlinge“ befasst: In den ersten Jahren nach Kriegsende fanden sich in Wiener Zeitungen und Zeitschriften zahlreiche Artikel, in denen der städtische Radiokonsum zur öffentlichen „Lärmverschmutzung“ hochstilisiert wurde. Dies nahm die österreichische Regierung zum Anlass, um die Errichtung eines zentral gelenkten Rundfunks zu fordern. Die Hörer sollten zum „richtigen Hören“ erzogen werden und nicht mehr einer Dauerberieselung wie etwa vom viel beliebteren Sender der US-Besatzungszone „Rot-Weiß-Rot“ ausgesetzt sein. Vorbild war die im russischen Besatzungsgebiet wieder neu entstandene Rundfunkgesellschaft RAVAG (Radio Verkehrs AG), die vor 1938 das Rundfunkmonopol innehatte. Der Gedanke eines zentral gelenkten Rundfunks setzte sich durch: Ab 1955 wurden die verschiedenen Sender der Besatzungszonen im „Österreichischen Rundspruchwesen“ wieder zusammengeführt. 1958 ging daraus die „Österreichische Rundfunk Ges.m.b.H.“ (ÖRF) hervor, die zum einzigen Anbieter von Hörfunk und Fernsehen wurde.

Im zweiten Themenkomplex des Workshops ging es um das Verhältnis von Radio und Ideologie. Jurij Murašov (Professor an der Universität Konstanz) setzte sich mit den besonderen Affinitäten der Radiokommunikation zur Ideologie auseinander. Er begreift Ideologie mit Rekurs auf die Thesen von Karl Marx und Niklas Luhmann vorwiegend als performativen Akt: Es geht vor allem um die praktischen Auswirkungen auf Handlungen. In diesem Zusammenhang spielt Radio als „sekundäre Mündlichkeit“ eine besondere Rolle, da es die Auswirkungen eines ideo-

logischen Textes verstärkt. Martin Doll von der Universität du Luxembourg beschäftigte sich mit dem Verhältnis von Rundfunk und Liberalismus Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA. Er bezog sich dabei auf Foucaults Überlegungen zur Geschichte der Gouvernamentalität: Dieser verstand Liberalismus nicht nur als Begrenzung des Regierungshandelns, so dass die Handlungsfreiheit des Einzelnen garantiert wurde, sondern auch als Verpflichtung des Staates, fortwährend die Bedingungen für ein freies Agieren seiner Bewohner herzustellen und zu garantieren. In diesem Zusammenhang wurde in den USA die Rolle des Rundfunks als Technologie zur Befreiung des Individuums diskutiert.

In einem dritten Abschnitt der Tagung wurde das Verhältnis vom Radio zu anderen Medien beleuchtet. Stephen Lovell vom Kings College in London, derzeit Stipendiat des Wissenschaftskollegs in Konstanz, stellte sein Forschungsprojekt zur Geschichte des Rundfunks in der UdSSR als intermediale Entwicklung vor. Er unterscheidet dabei zwischen vier verschiedenen Phasen, die er in Bezug zur Entstehung bzw. Weiterentwicklung anderer Medien setzt: So hat sich das Radio Anfang der 20er Jahre zunächst in Abgrenzung zu den Printmedien als papierlose und grenzenlose Zeitung entwickelt. Ende der 20er Jahre wurde es vor allem als „Lautsprecherersatz“ verstanden, mit dessen Hilfe Regierungsansprachen verbreitet werden konnten, parallel dazu aber auch als Medium zur Verbreitung utopischer Visionen genutzt. So wurde das Heilsziel der Entwicklung eines „Neuen Menschen“ mit pseudoreligiösen Hoffnungen verknüpft, die die Leiden und Schrecken einer Diktatur als zeitbedingt darstellen und begrenzt erträglich machen sollten. In der zweiten Phase der stalinistischen Ära prägten zunächst Schauspielerstimmen, die die einzigen professionellen Sprecher waren, das Radio. Konsequenterweise fanden auch bald Hörspiele sowie Buchlesungen Eingang in das Programm.

Erst ab den 30er Jahren setzte man das Radio auch als dokumentarisches Medium ein, um mit dessen Hilfe bestimmte Ereignisse in Realzeit abbilden zu können. Gleichzeitig wurde auch die Zuhörerschaft erstmals mit einbezogen, Höreranfragen und Briefe verlesen. Die dritte Phase wird zunächst von der Entwicklung des Tonbandgeräts geprägt, die es ermöglichte, Beiträge aufzuzeichnen und nachträglich zu bearbeiten. So konnten politische Botschaften im Dienste des

Sozialismus optimiert werden. Ein historischer Einschnitt ist dann der Siegeszug des Fernsehens, der ab 1970 einsetzte. Erst mit der vierten Phase, die mit der Perestroika beginnt, fand das Radio in der UdSSR zur Live-Berichterstattung zurück. Das (vorläufige) Ende seiner Entwicklung stellt das Internet als alternative Form der Berichterstattung dar. Lovell sieht beide Medien dabei nicht in einer Konkurrenz-, sondern in einer komplementären Beziehung, indem er Radio als „orales Internet“ begreift.

Insgesamt hat der Workshop eine Reihe von spannenden neuen Forschungsansätzen zur Geschichte des Rundfunks aufgezeigt und damit den Beweis geliefert, dass dieses Themenfeld noch längst nicht ausgereizt ist.

Anke Hagedorn, Konstanz

Den Wissenschaften auf der Spur

Jahrestagung der Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM),
3. bis 5. Oktober in Lüneburg

Kein Wissen ohne „Manifestation“, ohne eine Materialisierung, die selbst ihre eigenen „Erkenntniseffekte“ als Spur hervorbringe. So beschrieb Hans-Jörg Rheinberger in seiner Eröffnungsrede zur Jahrestagung der Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM) die Produktion von Wissen als dem „technoepistemischen Moment im Innersten“ einer jeden Wissenschaft. Dem von ihm geprägten Terminus der „epistemischen Dinge“¹ begegnete man dann auch in vielen Panels der Jahrestagung, die diesmal vom 3. bis zum 5. Oktober unter dem Titel „Medien der Wissenschaften“ an der Leuphana Universität in Lüneburg stattfand.

Schon ein Blick in das heterogene Programm ließ ahnen, dass es hier weniger darum gehe, was „Medien der Wissenschaften“ seien, sondern wie sie Wissen konstituierten. Ein altes und bewährtes Mittel der Sichtbarmachung von Wissen ist das Diagramm, dem sich Matthias Bauer (Flensburg) und Christoph Ernst (Erlangen) in ihrem Panel „Diagramme als Medien des Wissens“ widmeten. Dabei diene das Diagramm aber nicht nur als „Ableitungsschema von Wissen“, wie Matthias Bauer ausführte. Es stelle als sta-
.....

¹ Hans-Jörg Rheinberger: Experimentalsysteme, Epistemische Dinge, Experimentalkulturen. Zu einer Epistemologie des Experiments. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Vol. 42, Nr. 3 (1994).

tistisch „konfigurierbarer Informationsträger“ zugleich das Durchspielen von möglichen Zukunftsszenarien dar, die sich mit diversen ästhetischen Strategien visualisieren ließen. Damit haben aber Diagramme auch das Potential, Evidenz rhetorisch zu erzeugen, was Christoph Ernst in seinem Vortrag am Beispiel der „Pyramidiologie“ zeigte. Die bis heute andauernde Popularität solcher Pseudowissenschaften liege darin, dass Diagramme „intrinsisch mit medialen Transkriptionen verbunden“ seien, die eine Rückverfolgung von Wissen ermöglichten, so Ernst.

Von solchen konstruierten Referenzialitäten nähren sich auch die Argumente in der Klimapolitik. In ihrem Vortrag „Burning Planets“ erläuterte Birgit Schneider (Potsdam) die Visualisierungspraktiken von Klimasimulationen am Beispiel des Klimarechenzentrums Hamburg. Den für die Jahre 2030 und 2050 projizierten Erderwärmungen eines „glühend roten Planeten“ stünde dabei als Kontrastfolie das Bild der blauen Erde aus dem Weltall entgegen. Solche Visualisierungen und ihre Instrumentalisierung dienen aber nicht nur für eine Sichtbarmachung des sukzessiven „Kontrollverlustes des Menschen über seine Umwelt“, wie Schneider ausführte. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie sehr auch eine Naturalisierung des kybernetischen Denkens mit der Frage nach dem Anthropozän verbunden ist. Sowohl Individuen, soziale Institutionen als auch die Visualisierungstechniken der Klimasimulationen seien hierbei Agenten eines „systematischen Denkens des Globalen“, dessen Produktionsbedingungen per se medientechnologisch sind.

Besonders im Zusammenhang mit Klimasimulationen wurden immer wieder Diskussionen angefacht, welche die politische Dimension der Medien verdeutlichten. Mit dem Wissen einer Gesellschaft drängt sich ein akutes Bewusstsein über Wahrheit, Ökonomien und politisches Handeln auf.

Niklas Schrape (Lüneburg), der in diesem Jahr seine Arbeit am neuen Institut „Medienkulturen der Computersimulation“ (mecs) aufnahm, referierte über computerbasierte Weltsimulationen, die sich auf die Gaia-Hypothese der 1960er Jahre stützen. Die Biosphäre nimmt hierbei die Position eines Lebewesens ein, die in Abhängigkeit zu allen einzelnen Faktoren ihres Systems steht.

Die Welt als universales Feedback-System zu begreifen beinhaltet auch den Umgang

mit Ökonomien, die ein soziales Leben erst möglich machen. Dass Urheberrechtsdebatten, akademische Ordnungen, Politik und technische Möglichkeiten nicht als gesonderte Wissensinseln betrachtet werden können, zeigen die Medien spätestens dann, wenn die Ursachenforschung nur noch über rechnergestützte Probabilitäten möglich ist. Die hohe Komplexität in einem System lässt präzise Prognosen häufig einfach nicht zu.

In Zeiten digitaler Multiplizierbarkeit und Distribution von wissenschaftlichen Texten stellt sich zwangsläufig die Frage, was nach der Bibliographie als einstigem Authentifizierungsmerkmal wissenschaftlichen Arbeitens folgt. Mögliche Antworten darauf suchten am Ende des ersten Tages bei einer Podiumsdiskussion Wendy Chun (Brown University), Ute Holl (Basel), Thomas Y. Levin (Princeton), Geert Lovink (Amsterdam) und Nishant Shah (Bangalore). Kontrovers betrachtet wurde hierbei die Bemerkung Geert Lovinks, dass es in Kontinentaleuropa zu wenig Gratis-Online-Journals gebe, die in Peer-Review entstehen. Dem entgegen stehe aber auch das Problem, dass Forschungsgesellschaften häufig nur Peer-Reviews als Auswahlkriterium führen, was aber auf eine Großzahl der Publikationen nicht zutrefte. Damit drohten viele Publikationen beim Antrag auf Projektfördergelder irrelevant zu werden. Mit dem Ende der Bibliographie verschwinde also nicht nur die Authentizität, sondern auch die Autorität in dem, was nun zum Wissensbestand gehört und was nicht. Diese Position machte vor allem der Internet- und Gesellschaftsforscher Nishant Shah stark. Wo einst der Bibliograph Wissen hierarchisierte, triebe sich heute der „Pirat“ im Datenmeer umher und destabilisiere jeglichen Anspruch auf hegemoniale Wissensordnungen. Solche Pluralisierungen des wissenschaftlichen Wissens könnten, so Shah, auch eine zukünftige Option für die Wissenschaft sein.

Alternative Publikationsformen werden derzeit auch in Lüneburg am „Centre for Digital Cultures“ erforscht. Dieses feierte die Eröffnung des „Digital Research Cultures Lab“ und lud für eine Keynote den französischen Philosophen Bernard Stiegler (Paris) ein. Stiegler, dessen Werke vor allem die gemeinsame Genese von Mensch, Technik und Gesellschaft thematisieren, verwies in seinem Vortrag auf die Relevanz neuer Handlungsdimensionen in Zeiten, in denen Entscheidungsprozesse an vernetzte Maschinen delegiert werden.

In der Tradition des 2011 verstorbenen Medienwissenschaftlers Friedrich A. Kittler spielten auch bei der diesjährigen Tagung der GfM technische Medien eine übergeordnete Rolle.

Ganz direkt zeigte dies das Panel „Programme verstehen“, in dem Paul Feigelfeld und Peter Berz (beide Berlin/Lüneburg) das Programmierwerk Kittlers vorstellten. Dieser schrieb eigene kleine Programme in Assembler, die immer wieder philosophische Zitate in sich trugen. So befindet sich zum Beispiel in einem Ordner seines digitalen Nachlasses ein Manual.utf, das eine Heidegger-Passage birgt. Auch die Technik existiert in menschlichen Systemen nicht ohne Poesie, ohne Philosophie oder Ästhetik.

Das Panel „Medien der Messung“ beschrieb den Menschen, der die Maschine benutzt, nahezu einstimmig als einen „Störfaktor“, der häufig gar nicht in der Lage sei, präzise zu messen. Ein klassisches Beispiel sei die Stoppuhr-Messung beim Wettlauf, welche prinzipiell schon den Fehler der menschlichen Reaktionszeit in sich trägt. Dass es immer wieder Annäherungen von Mensch und Maschine gebe, zeige zum einen die Tatsache, dass das Humane nach technischer Verbesserung trachtet, zum anderen sei es aber auch die Technik, die immer wieder anthropomorphisiert wird. Mit dem Aufkommen des Films sprachen die Avantgarden zügig vom „Kino-Auge“, mit dem Anfang des Fernsehens etablierte sich der Begriff des „elektrischen Auges“ und bereits 1916 publizierte Christoph Ries eine Abhandlung, die den Namen „Sehende Maschinen“ trug.

Das Ohr und das Hören, so diskutierte Axel Volmar (Siegen) in einem Panel zu akustischen Medien, fristet gegenüber der dauerhaften Wissenschaftlichkeit des Visuellen immer ein Schattendasein, weil seine traditionellen Attribute eher Sinnlichkeit, Glaube und Vergänglichkeit waren. Die Vorurteile gegenüber der Wissenschaftlichkeit des Hörens gingen so weit, dass eines der wichtigsten akustischen Instrumente des späten 19. Jahrhunderts, nämlich das Stethoskop, sogar eine Endung verpasst bekam, die suggerierte, man „sehe“ (griechisch: skopéō) in den Menschen hinein.

Die Tagung interpretierte die Rheinbergerischen „Erkenntniseffekte“ der Medien der Wissenschaft ambivalent. Es wurde deutlich, dass der Methodik, die sich sowohl an der Geschichte, als auch an technischen Neue-

rungen orientieren kann, ein hoher Stellenwert zugemessen werden muss. Nachdem auch künstlerischen Interventionen – ein Panel war gespickt mit Gesangseinlagen des Forscherkünstlers Walter Siegfried – Platz eingeräumt wurden, und ein Panel selbstreflexiv über das Wissen von Tagungen diskutierte, scheint auch die Perspektive auf das Material ein weiteres Mal ihre Wichtigkeit zu unterstreichen. Ob das Zitat des Lüneburg-Sohns Luhmann „Jedes Reden wiederholt das Schweigen“, das auf den zahlreichen Aushängen der Tagung zu finden war, seine Wahrheit gefunden hat, bleibt abzuwarten.

Dawid Kasprovicz/Anneke Janssen,
Lüneburg

Dissertationsvorhaben

Eva Boller

Visual War Frames - Der Libyen-Konflikt 2011 in europäischen TV-Nachrichten

(Universität Hamburg)

Ein Krieg ohne Bilder ist in der öffentlichen Wahrnehmung praktisch nicht existent. Was wir über weit entfernte Krisen und Kriege wissen, haben wir durch die Medien erfahren. Die Fernsehnachrichten spielen hierbei eine besondere Rolle, da sie es sind, die uns das Gefühl geben, wir könnten uns selbst „mit eigenen Augen“ ein Bild von der Lage vor Ort machen. Daher besitzen diese Bilder und Videos aus Krisengebieten eine ungeheure Macht. Denn in den heutigen Demokratien findet die Legitimation von Kriegen verstärkt durch die Medien statt.¹ Kaum eine westliche Regierung wird gegen den Willen der Bevölkerung in der Lage sein, einen Krieg zu starten, wenn die Bevölkerung nicht den Grund (am besten mehrere) für diesen erfährt, einsehen und unterstützt. Die Medien liefern in ihrer Informationsfunktion daher auch Kritik an Kriegseinsätzen oder deren Rechtfertigung.²

Denn je nachdem, welchen Aspekt der Realität der Journalist und die Redaktion textlich und visuell auswählen, betonen und bewerten, wird die Einschätzung anders ausfallen. Dieser Interpretationsrahmen oder Frame ist besonders stark durch Bilder geprägt.³ Dies trifft natürlich am stärksten auf das audiovisuelle Medium Fernsehen zu, das in den europäischen Öffentlichkeiten nach wie vor das

.....
1 „In Demokratien erfolgt die Legitimation politischer Herrschaft in einem ständigen Erneuerungsprozess durch politische Kommunikation.“ Vgl. Sarcinelli: Legitimität. In: Otfried Jarren / Ulrich Sarcinelli / Ulrich Saxer: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen 2002, S.253-267.

2 „Medien in demokratischen Gesellschaften können also nicht nur Unterstützer oder gar Verstärker, sondern auch Opponenten kriegerischer Absichten sein.“ Martin Löffelholz: Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2004, S. 27.

3 „...when there is conflict between textual and visual framing, visual frames often win.“ (Ferguson, 2001; zitiert nach Dimitrova & Rodriguez (2011): The Levels of Visual Framing), Vomune 30, Number 1;2011; S. 48-65.

Leitmedium ist. Doch wie sehen diese Bilder des Krieges tatsächlich aus, was ist darauf zu erkennen und was eigentlich nicht?

Kriegsbilder haben ihre eigene Ästhetik. Oft ist es schwer zu unterscheiden, welcher Konflikt hier eigentlich gerade gezeigt wird, da sich die Bilder in ihrem Inhalt und ihrer Form stark ähneln: Wackelige Aufnahmen, Explosionen, Bilder von Verletzten in Kombination mit Militärausrüstung, weinende Frauen und schießende „Rebellen“. Es wird Zeit, sich einmal genauer mit dem Filmmaterial und der Art zu beschäftigen, wie es in den täglichen Abendnachrichten präsentiert wird.

Da Journalismus ist kulturell, politisch und systemisch in die Gesellschaft eingebunden, in der und für die er Öffentlichkeit herstellt, unterscheiden sich voraussichtlich auch die internationalen Frames, mit denen über Krisen, Konflikte und Kriege berichtet wird. Um Aussagen über die visuellen Frames in der TV-Berichterstattung treffen zu können, müssen folglich die nationalen europäischen Medien genauer betrachtet werden.

In der Dissertation soll daher untersucht werden, wie ein und dieselbe Krise in drei verschiedenen europäischen TV-Hauptnachrichten (in Deutschland, Frankreich und Großbritannien) präsentiert wurde. Durch diese vergleichende Untersuchung sind Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie verwendete und nicht verwendete visuelle und textliche Frames feststellbar.

Als Beispiel für einen medial vermittelten Konflikt wurde der Libyenkrieg 2011 ausgewählt, da dieser mit seinen neun Monaten methodisch gut erfassbar ist und zu den dominierenden Themen in den europäischen Medien gehörte. Zudem ist die Libyenkrise ein spannendes Untersuchungsobjekt, da sich die drei Länder politisch sehr unterschiedlich verhalten haben. Während Frankreich vorauseilte und unter dem Dach der NATO – wie später auch Großbritannien – aktiv an Kampfhandlungen teilnahm und als erstes Land die Opposition in Libyen als einzige legitime Vertretung akzeptierte, beschloss Deutschland, sich nicht an den Kampfhandlungen zu beteiligen.“

In bisherigen Studien⁴ wurde entdeckt, dass die Medien sich im Falle eines Krieges einheitlich auf die Seite der eigenen Regierung stellen und die Legitimation von Kriegen nicht in Frage stellen. Ein sogenannter „Rally ‘round the flag“-Effekt finde statt und eine objektive und kritische Berichterstattung würde im Gegensatz zu Friedenszeiten unterbleiben.

Daher ist zu erwarten, dass der Libyen-Konflikt bzw. der folgende Kampfeinsatz besonders in den Fernsehnachrichten der am Einsatz beteiligten Länder Frankreich und Großbritannien durch textliche und visuelle Frames legitimiert wurde. Deutschland hat sich bei der Abstimmung über die Resolution 1973 (die zur militärischen Intervention führte) jedoch enthalten, und daher wäre zu erwarten, dass die deutschen Fernsehnachrichten eine neutralere bzw. kritischere Haltung gegenüber dem Kriegseinsatz einnehmen könnten. Unterschiede in der Berichterstattung ließen sich jedoch auch durch die verschiedenen Mediensysteme (Hallin und Mancini hatten Deutschland, Frankreich und Großbritannien in jeweils andere Systeme eingeordnet⁵) und unterschiedlichen Journalismuskulturen erklären.

Jedoch ist die Welt durch übernationalstaatliche Organisationen wie die EU, die NATO, globale Wirtschaftsgemeinschaften und Medienunternehmen so stark miteinander verbunden wie noch nie, so dass man nicht zwangsläufig von einer sehr unterschiedlichen Berichterstattung in den drei Ländern ausgehen kann.

Auch durch das Internet und die neuen Medien verliert der nationale Kontext an Bedeutung. Daher soll in der geplanten Untersuchung auch festgestellt werden, inwiefern neue technische Möglichkeiten wie Handy-Videos aus dem Internet und Material aus sozialen Netzwerken sich auf die visuellen Frames in den drei Ländern auswirkten. Denn gerade zu Beginn des Libyenkonflikts war es für alle europäischen Medien schwer, sich ein Bild von der Lage vor Ort zu verschaffen.

.....

4 Vgl. Stig A. Nohrstedt / Sophia Kaitatzki-Whitlock / Rune Ottosen / Kristina Riebert: From the Persian Gulf War to Kosovo - War Journalism and Propaganda. In: *European Journal of Communication*, 15 (3), 383-404; Vgl. Nina Wieczorek: Die Regierungsquellen sprudeln munter. In: „message“ 3/2011 S. 25; Vgl. Alexander Neu: Die Jugoslawien-Kriegsberichterstattung der Times und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Ein Vergleich. Baden-Baden 2004. S. 191.

5 Daniel C. Hallin und Paolo Mancini: *Typologisierung westeuropäischer Mediensysteme*. Cambridge 2004.

Es gab keine Fernsehkorrespondenten im Land und diejenigen, die einreisen wollten, erhielten keine Visa. In früheren Zeiten hätte dies dazu geführt, dass im Fernsehen kaum über diese Krise berichtet worden wäre, weil schlicht die nötigen Bilder fehlten. Bei aktuellen Krisen können Fernsehnachrichtensendungen jedoch nun durch Internet-Videos sogar auch berichten, wenn kein Korrespondent live vor Ort im Krisengebiet ist, der die Lage einordnet.

Doch die Problematik besteht darin, dass dies Bilder ohne Kontext sind. Man kann nicht mit Sicherheit sagen, wer sie gefilmt hat, zu welchem Zweck und was darauf exakt zu sehen ist und was nicht. Doch wie wird mit dieser neuen Unsicherheit in den Fernsehnachrichten der drei Länder umgegangen? Auch dies soll in der Untersuchung berücksichtigt werden.

Dafür werde ich in meiner Dissertation in einer zweistufigen Inhaltsanalyse die Haupttagesnachrichten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien untersuchen: Für Deutschland vom Team ARD-Aktuell die „Tagesthemen“, in Frankreich vom Sender TF1 das „Journal de 20 heures“ und in Großbritannien die „News at Ten“ von der BBC. Durch die Länge der Sendungen und Beiträge, sowie die moderierte Art der Berichterstattung sind diese Nachrichtensendungen am besten miteinander vergleichbar.

Die „Tagesthemen“ wurden ausgewählt, da hier auch Kommentare vorkommen, extra angefertigte Grafiken und die Filmbeiträge von denselben Korrespondenten produziert werden wie bei der 20-Uhr-„Tagesschau“. Die „News at Ten“ der BBC und das „Journal de 20 heures“ von TF1 sind die Nachrichtensendungen mit den höchsten Einschaltquoten in den jeweiligen Ländern. Der untersuchte Zeitraum erstreckt sich von den ersten Demonstrationen Mitte Februar 2011 bis nach Gaddafis Tod im Oktober 2011. Dabei soll analysiert werden, welche Aspekte betont wurden, welche Argumente für oder gegen einen Einsatz genannt wurden und welche Visual Frames vorkamen.

Leslie McMurtry

Revolution in the Echo Chamber: Audio Drama's Past, Present, and Future
(Swansea University, UK)

Radio „turns the psyche and society into a single echo chamber.“¹

In February 1940, popular detective story author Dorothy L. Sayers was commissioned to write nine plays about Christ by the Rev. James Welch. There was public outcry even before the first play was broadcast on BBC (British Broadcasting Corporation) Radio, but eventually the scripts were approved by a religious panel. After this, the plays, collectively known as „The Man Born to Be King“, were acclaimed, one listener writing that „he had learned more about religion in half an hour than he had done in all his years at Sunday School.“²

Under quite different circumstances, however, Neil Gardner in 2012 wrote, performed, and produced „Saya's Last Gasp“, a darkly humorous tale of accident-prone astronaut Saya and her last thoughts on the outer hull of her spaceship before it starts the jump into hyperdrive. Radio and audio drama reviewer Laurence Raw of Ankara University wrote „what rendered the story especially entertaining was the deliberate contrast in styles.“³ For all their differences, both of these creative works are drama that is consumed via the auditory senses.

My research has stressed an all-inclusive approach to what is collectively known as radio or audio drama, from the nine-minute science fiction podcast to the full-cast studio drama produced by the BBC. Radio drama is a prevalent form which is under-researched and for which there is very little in the way of an understood, accepted critical vocabulary. It shares much in common with poetry, stage drama, film and the radio Feature, yet there is no consensus on where the Feature ends and drama begins. We do not even have a working terminology in English—is „Saya's Last Gasp“ still radio drama? Can we even refer to it as audio drama, given that it is, for

.....

1 Marshall McLuhan. *Understanding Media. The Extensions of Man*. London, 1987 [1964] p. 299.

2 Asa Briggs. *A History of Broadcasting in the United Kingdom* vol. 3. *The War of Words*. Oxford, 1995, p. 69.

3 Laurence Raw. *Radio Drama Reviews*. 12.3.2012. <http://www.radiodramareviews.com/id964.html> (last accessed 30.8.2013).

all intents and purposes, a monologue with music and sound effects?

This research surveys the current radio/audio drama scene in the US, UK, and Europe. By examining historic past recordings in the US, UK and Europe, we develop a background for exploring the drama of the present. There is also work done on the aesthetic contributions of radio drama and on the connection between radio drama and sound studies. There is currently not enough collaborative work between the disciplines (cognitive science, media history, neurology, musicology, psychology) or between radio historians, new media researchers, and Old Time Radio (OTR) enthusiasts, and this, in my opinion, is one of the challenges facing the future of radio/audio drama. The core of this project offers suggestions, extrapolations and predictions for the future of audio drama in general and in particular, it focuses on harnessing the great creative energy of current audio drama-makers in the US for a more centralized vision. It offers several models, both commercial and based within the framework of the current Public Service Broadcasting entities, for a hypothetical nationalized radio (or audio) drama output in an American media landscape of the future.

The emphasis on the historical background within my research has been its backbone, detailing radio drama from a variety of traditions, though the majority of my work has focused on US and UK radio drama. For example, two case studies which represent the radio drama of the US and Britain respectively in the 1940s are Sandra Michael's NBC, Ivory Soap-sponsored daytime drama serial „Against the Storm“ (1939-42), and „The Saviours“, a series of seven patriotic plays by Clemence Dane, produced by Val Gielgud for the BBC in 1942.

In the survey detailing the audio scene of today's post-podcast, post-iPlayer generation, I highlight the vibrant continuing radio tradition of the BBC (for example, the 2011 „gamechanger“, „Life and Fate“) as well as independent audio drama and the premium now being placed on performed retro radio drama. The fragmented but energetic US audio drama scene lives in the shadow of OTR, many audio drama purveyors specializing in „old-fashioned“ genres which John Cawelti calls „mystery literature“, while

others reinvent fairy tales and fan properties⁴. Fan audio-makers take their cue from (text) fan fiction, traditionally the „literature of the subordinate.“⁵

Borrowing the term „framing errors“ from S. Meltem Ahiska⁶, my research looks at the binding links of hyperdiegetic universes that bond such disparate dramas as *The Archers* (1951-), whose cultivated rural English myth still brings in 4.65 million listeners in the UK; „*La Famille Duraton*“ (1937-60), the family serial that „offered the French their own smiling reflection, at a time when the news in Europe had become sombre“⁷; and Jonathan Mitchell’s „*Moon Graffiti*“ (2011), part of his „*The Truth*“ series for Ira Glass’ American public radio *This American Life*.

These are merely three examples among many. Researching radio and audio drama for me has had many facets, including listening to the dramas themselves, reading published print versions of the plays, interviewing those involved in drama-making, and attending in-studio recordings, as with „*Life and Fate*“, mentioned above. I have primarily drawn upon the resources of the British Library, both print and their Sound and Moving Image Archive.

While all radio drama listeners know that this medium taps into special portions of our imaginations, very little formal analysis has been done to explain why or how this can be. As Neil Verma has asserted in his book *Theater of the Mind: Imagination, Aesthetics, and American Radio Drama*⁸, radio drama presented not a theatre of the mind, but the theatre of the mind. One of radio’s greatest assets is also paradoxically one of its least explored.

.....

4 John Cawelti. *Mystery, Violence, and Popular Culture*. Madison, WI. 2004.

5 Abigail Derecho. „Archontic Literature: A Definition, a History, and Several Theories of Fan Fiction.“ In *Fan Fiction and Fan Communities in the Age of the Internet*, ed. Karen Hellekson and Kristina Busse, Jefferson, N.C., 2006, p. 73.

6 S. Meltem Ahiska. *An Occidental Fantasy: Turkish Radio and National Identity*. Thesis in Sociology submitted to Goldsmith’s College, 2000.

7 Antoine Sabbagh, *La Radio Rendez-Vous sur les Ondes*. Paris. 1995, p. 50.

8 Neil Verma, *Theater of the Mind: Imagination, Aesthetics, and American Radio Drama*. Chicago, 2012, p. 2.

Kristina Offterdinger

Radio „Majak“ – Identitätsstiftung und soziale Differenzierung durch Radio in der poststalinistischen Gesellschaft der Sowjetunion, 1964-1991

(Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.B.)

Die Nachkriegsjahre von 1945 bis etwa 1970 in Europa gelten als der Zeitraum, in dem das Radio, verglichen mit den übrigen Medien, am stärksten den Alltag mit Informations- und Unterhaltungsdienstleistungen strukturierte. Der sowjetische Radiosender Majak zeigt, dass diese Aussage auch auf die Länder des Ostblocks zutrifft.

Als Konkurrenzmodell zu den in der sowjetischen Bevölkerung beliebten Westsendern Voice of America, Radio Liberty und BBC schuf das sowjetische Regime Radio Majak als Musik- und Informationsprogramm in der Machart westlicher Sender. Daher bot Majak der sowjetischen Bevölkerung ein vorher von sowjetischen Medien nicht bekanntes Sendeformat und befriedigte damit ein Informationsbedürfnis, das von den übrigen sowjetischen Medien nicht gedeckt werden konnte. Auch das als charismatisch empfundene Redaktionsteam von Majak blieb den Zeitgenossen in Erinnerung.¹

Das Erkenntnisinteresse des hier vorgestellten Dissertationsvorhabens lässt sich in drei große Leitfragen zusammenfassen: 1. Welche Funktion hatte der Radiosender Majak? 2. Wie wurde das Radiokonzept umgesetzt? 3. Welchen Erfolg hatte der Radiosender in der Sowjetunion im Untersuchungszeitraum zwischen 1964 bis 1991?

1. Im Rahmen der Leitfrage nach der Funktion werden spezifische Sendereihen und Sendeformate untersucht, die sowohl Unterhaltungs- als auch Informationssendungen beinhalten. Dazu gehören beispielsweise neben den halbstündlichen Nachrichten Musiksendungen, Sendereihen über das sowjetische Weltraumprogramm oder über sozialistische Großbaustellen. Um eine komplexer gewordene Gesellschaft zu bedienen, finden sich also generationen-, geschlechter- und

¹ So gehörten zum Redaktionsteam auch der später in der Perestrojka aktive Mitbegründer des Radiosenders A. N. Jakowlew und der erste Chefredakteur Ju. A. Letunow. Vgl. dazu auch die Memoiren von G. A. Schewelew: G. A. Schewelew (Hrsg.): *Posywnye trewow i nadeschd. „Majak“ 40 let w lfire. Wospominanija, fotografii, dokumenty, praktitscheskij opyt*, Moskwa 2004.

milieuspezifische Sendungen. Die Untersuchung der Sendeformate ist verbunden mit einer neu akzentuierten Untersuchung der Sowjetunion der Breschnew-Zeit und der Perestrojka.

2. Die Leitfrage nach der Konzeptumsetzung konzentriert sich auf die Interaktionen und Wechselwirkungen zwischen Medienmachern, Publikum und Regime. Dabei werden Handlungsspielräume und Netzwerke der Radiomacher untersucht. Diese lassen sich gut anhand biografischer Selbstzeugnisse der Redakteur/innen erschließen. Zu fragen ist außerdem nach Kontrollmechanismen durch die übergeordnete Behörde Gosteleradio. Ein weiterer Untersuchungsgegenstand ist die Vermittlung und Bewerbung der Rundfunkangebote in einschlägigen Zeitschriften.² Untersucht wird hier, welche Formate explizit beworben und wie die Programmviefalt präsentiert wurde. Diese Vermittlungsstrategien der Zeitschriften sowie die Reaktionen der Leser und Hörer auf diese können Rückschlüsse auf die innere Struktur der sowjetischen Gesellschaft ermöglichen, da sich darin die Medienaneignung und Erwartungshaltung an den Radiosender Majak spiegelt.

3. Um den Erfolg des Radiokonzepts zu ermitteln, wird eine Charakterisierung der Rezipient/innen angestrebt. Diese wird aus den Publikumserwartungen anhand von Hörerzuschriften und Oral History-Interviews erschlossen. Geplant sind ca. fünfzehn qualitativ angelegte Interviews mit ehemaligen Majak-Hörern aus verschiedenen gesellschaftlichen Milieus. Parallel dazu werden Studien sowjetischer Soziologen zum Mediennutzungsverhalten ausgewertet.³ Untersucht werden außerdem Elemente der Hörerbindung und Identitätsbildung durch den Radiosender, denn Radio als Lebenswelt hatte auch eine emotionale Komponente.

Über die konkreten Leitfragen hinaus versucht das Projekt Aufschluss zu geben, inwiefern und in welcher Art Teilöffentlichkeiten in der Sowjetunion existierten. Radiohören und Radioaneignung als soziale Praxis bilden ein bisher noch kaum beachtetes Feld der sow-
.....

² Zu den einschlägigen Zeitschriften gehören „Programmy televidenija i radioveschtschanija“, „Telewidenie i radioveschtschanie“ und „Goworit i pokasywaet Moskwa“.

³ Einen Überblick über die sowjetische soziologische Medienwirkungsforschung bietet Hansjürgen Koschwitz (Hrsg.): *Massenkommunikation in der UdSSR. Sowjetische Beiträge zur empirischen Soziologie der Journalistik*. Freiburg und München 1979.

jetischen gesellschaftlichen Kommunikation. Anhand der Untersuchung des Radiosenders Majak wird gezeigt, dass die sowjetische den westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften nicht unähnlich war – Radio und dessen Nutzung kann als europäische Gemeinsamkeit gesehen werden. Sowohl im Westen wie im Osten war Radio eine parasoziale Aktivität.

Diesen komplexen sozialen Aspekt konnten bisherige Untersuchungen sowjetischer Medien nicht erfassen, weil sie von einer künstlichen Dichotomie zwischen Regime und Gesellschaft ausgingen. Ihre Fragestellung verengte sich dadurch auf Praktiken der Kontrolle und Zensur, was fast ausschließlich anhand normativer Akten analysiert wurde.⁴ Im hier vorgestellten Dissertationsprojekt wird jedoch die Hypothese aufgestellt, dass es in der Sowjetunion auch für Medienmacher und für Medienrezipienten Handlungsspielräume, Freiräume und Angebote gab. Eines davon war der Radiosender Majak. Für die Analyse der parasozialen Funktion von Radio Majak wird in der Dissertation eine kulturgeschichtlich orientierte Herangehensweise gewählt. Außerdem werden Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft und der Soziologie aufgegriffen.

Angelehnt an die neuere Forschung wird in dem Projekt ein Medienbegriff verwendet, der Radio als Dispositiv versteht. Das Konzept des Dispositivs bettet Kommunikation und die Wechselbeziehungen zwischen Medien und Rezipienten in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext ein.⁵ Eng mit dem Dispositiv verbunden ist ein Verständnis von Kommunikation als sozialer Handlung.⁶ Der postulierte Öffentlichkeitsbegriff für sozialis-

.....

4 Besonders Tatjana Gorjaewa hat den Aspekt der Zensur und Kontrolle für die sowjetische Medienlandschaft herausgearbeitet, vgl. Tatjana M. Gorjaeva: Unterwerfung und Gleichschaltung des Rundfunks in der UdSSR. In: Dietrich Beyrau (Hrsg.): Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler. Göttingen 2000, S. 197-218.

5 Carsten Lenk: Das Dispositiv als theoretisches Paradigma der Medienforschung. In: RuG - ISSN 0175-4351. Mitteilungen 22 (1996), H. 1, S. 5-17.
Michaela Hampf: Radio als Dispositiv: Die Geschichte ungeschriebener Gebrauchsanweisungen. In: Michaela Hampf und Ursula Lehmkuhl (Hrsg.): Radio Welten. Politische, soziale und kulturelle Aspekte atlantischer Mediengeschichte vor und während des Zweiten Weltkrieges. Berlin 2006, S. 73-83.

6 Zum soziologischen Begriff des Handelns vgl. Hans Haferkamp: Soziologie als Handlungstheorie. P. L. Berger, T. Luckmann, G. C. Homans, N. Luhmann, G. H. Mead, T. Parsons, A. Schütz, M. Weber in vergleichender Analyse und Kritik. Düsseldorf 1972.

tische Gesellschaften versteht Öffentlichkeit als ein Kommunikations- und Diskussions-system, ähnlich wie auch der soziologische Publikumsbegriff definiert ist.⁷ Es wird von einem aktiven Publikum ausgegangen, gleichzeitig werden aber gezielt Fragen nach den sozialen und psychologischen Dispositionen des Publikums gestellt.⁸

Quellen der Untersuchung sind einzelne Radiosendungen, Hörerzuschriften in einschlägigen Magazinen, Fachdiskurse über den Radiosender in sowjetischen Zeitschriften und Interviews mit Zeitgenossen. Methoden wie Oral History-Interviews haben bisher in diesem Zusammenhang noch keine Verwendung gefunden. Das Projekt betritt damit Neuland.

.....

7 Vgl. dazu Jürgen Gerhards: Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen 1994, S. 77-105. Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze. In: Stefan Müller-Doohm und Klaus Neumann-Braun (Hrsg.): Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie. Oldenburg 1991, S. 31-89, vor allem S. 33-54.

8 Michael Gurevitch, Stephen Coleman und Jay G. Blumler: Political Communication – Old and New Media Relationships. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, H. 625 (2009), S. 164-181.

Rezensionen

Thorolf Lipp

Spielarten des Dokumentarischen. Einführung in die Geschichte und Theorie des Nonfiktionalen Films

Marburg: Schüren Verlag 2012, 138 Seiten + DVD

Einführungen zur Geschichte und Theorie des Dokumentarfilms haben in der deutschsprachigen Publikationslandschaft Seltenheitswert. Von daher ist der Versuch des Berliner Filmemachers, Anthropologen und Dozenten Thorolf Lipp, ein entsprechendes übersichtliches, einführendes und Theorie und Praxis verbindendes Grundlagenwerk vorzulegen, umso mehr zu begrüßen. Leider steckt – wie oft bei der in Deutschland nicht populären Form des ‚study text book‘ – auch hier der Teufel im Detail.

Das Anliegen Lipps ist es, grundlegende Prämissen der Gestaltung und Dramaturgie des nonfiktionalen Films vorzustellen, um diese dann in fünf Kategorien (plotbasierter Dokumentarfilm, nonverbaler oder symphonischer Dokumentarfilm, Documentary, Direct Cinema und Cinéma Verité) einzuordnen und diese Spielarten anhand von Beispielen auszudifferenzieren. Eine DVD, die sowohl Filmbeispiele enthält als auch fünf Studentenfilme, die am gleichen Thema („Tankstelle“) eine mögliche Ausgestaltung in den fünf Stilen versinnbildlichen, runden die Buchpublikation ab. Leider lässt sich schon nach Lektüre der ersten, einführenden Kapitel sagen, dass das Ziel tatsächlich eine „Geschichte und Theorie“ der filmischen Gattung vorzulegen, nicht erreicht wird. Dies fängt schon mit der Gleichsetzung von Genre (vgl. S. 8) und Gattung (vgl. S. 31) an. Grundsätzlich gibt es im englischsprachigen Raum ein System filmischer Genres, dem auch das ‚documentary‘ zugerechnet wird, während sich im deutschsprachigen Raum eher die Einteilung in Gattungen einerseits und Genres andererseits etabliert hat (vgl. etwa die filmanalytische Einführung von Hickethier 2007).

Hier wird zwischen Ansprechhaltung und dem Gebrauchscharakter der großen Gattungen Spielfilm, Dokumentarfilm und Ex-

perimentalfilm und der stofflichen und formalen Ausgestaltung in kleineren, oft auch gattungsübergreifenden Genres (etwa Krimi oder Found-Footage-Film) unterschieden. Man muss sich dieser Einteilung nicht anschließen, sie aber zu ignorieren, bzw. Gattung und Genre als Synonyme zu verwenden, halte ich – gerade in einem Einführungswerk für Studierende – für äußerst problematisch.

Darüber hinaus zum Inhalt des Buches: Zur Geschichte des Dokumentarfilms, also seiner historischen Entwicklung, etwa auch zur Indienstnahme der Form durch die Propagandamaschinerie in Europa und Amerika während des Zweiten Weltkriegs, erfährt man während der Lektüre leider so gut wie gar nichts. Blicke dann noch die Theorie. Generell fällt an der Veröffentlichung auf, dass am Anfang zwar auf andere Werke verwiesen wird, aber im Verlaufe Fußnoten und Verweise auf weiterführende Literatur zunehmend fehlen – auch das ist essentiell wichtig für eine studentische Einführung, die das Weiterlesen ermöglichen soll (am Ende gibt es lediglich dreieinhalb Seiten mit Quellen – einfach viel zu wenig für eine theoretische Einführung).

Das gilt ganz allgemein, etwa wenn über die „lange und komplexe Diskussion darüber, wo die Grenzen zwischen Fiktion und Nonfiktion verlaufen“ (S. 17) gesprochen wird, aber auch konkret, wenn Bill Nichols‘ Idee der „documentary of wish-fulfillment“ (ebd.) ohne jegliche Quelle zitiert wird. Dies scheint aber System zu haben, ist doch die einzige brauchbare (wenngleich im Diskurs auch nicht unstrittige) Systematisierung zum Dokumentarfilm von Nichols selbst vorgelegt worden, der von verschiedenen Modi des Dokumentarfilms spricht (vgl. Nichols: Introduction to documentary, Indiana 2001, S. 99-138), derer sich Lipp bedient, ohne aber diese wichtige Kategorisierung wenigstens zu erwähnen.

So lassen sich fast alle Kategorien Lipps auf die Modi von Nichols zurückführen: der nonverbale Dokumentarfilm entspricht dem ‚poetic mode‘, das Documentary dem ‚expository mode‘, die Direct Cinema-Filme bezeichnet Nichols als ‚observatory mode‘, das Cinéma Verité als ‚interactive mode‘, nur der plotba-

sierte Dokumentarfilm kommt bei dem US-amerikanischen Theoretiker in dieser Form nicht vor. Bill Nichols hat sein Kategoriensystem mittlerweile noch um den ‚reflexive‘ und ‚performative mode‘ erweitert und seine Ausführungen darüber liegen mittlerweile auch in deutscher Sprache vor, so dass der Nutzen und die Eigenständigkeit von Lipps Ausführungen – gerade vor dem Hintergrund eines fehlenden Rückverweises auf existierende Studien – nicht ganz einleuchten will.

Auch ansonsten erscheint die Lektüre des vorliegenden Buches nicht immer unproblematisch. Aus seiner Sicht als ethnologischer Filmemacher macht der Autor etwa Ausführungen zur Problematik des Erfassens anderer Kulturen mit dem Medium Film und stellt seine eigenen Recherchen und Arbeiten zur Kultur der Turmspringer von Vanuatu (einer Insel vor Australien) vor, kritisiert andere Filmemacher für ihr teilweise oberflächliches Vorgehen, die Praxis dieser Kulturtechnik mithilfe symbolischer Formen des Westens zu interpretieren (etwa als Initiation oder Jahresfeier), er macht jedoch selbst keine Aussagen über die von ihm wahrgenommene Tatsächlichkeit des Turmspringens: „Ich kann hier nicht im Einzelnen darauf eingehen, warum das Turmspringen tatsächlich durchgeführt wird (...)“ (S. 23). Auch wenn hier nicht alle Details hätten geliefert werden müssen, wäre – allein um die Argumentation abzuschließen – etwas mehr faktischer Input sinnvoll gewesen. Darüber hinaus erscheint es äußerst problematisch, den nonfiktionalen Film rein auf die Diskursebene, also das Erzählen von Geschichten bzw. die Dramaturgie, zu reduzieren, spielen doch gerade auch formale und ästhetische Aspekte (Montage, Musik, Farbe, Licht) eine große Rolle (etwa beim nonverbalen Dokumentarfilm), die hier von Lipp aber in der von ihm vorgenommenen Verengung ignoriert werden. Auch die Merkmale der einzelnen benannten Kategorien sind nicht immer klar ausgeführt.

Das liegt schon allein darin begründet, dass die einzelnen Unterkapitel (Was macht die Form aus?, Gestalterische Mittel und kommunikatives Ziel, Stärken und Schwächen) in den fünf Teilen sehr unterschiedlich ausführlich sind. Darüber hinaus sind die Differenzierungen nicht immer trennscharf – der plotbasierte Dokumentarfilm „überzeugt (...) vor allem emotional“ (S. 61), aber ebenso gilt: „Dabei will der nonverbale Dokumentarfilm weniger logisch oder rationale [sic!], sondern am ehesten [sic!] emotional überzeugen (...)“

(S. 71). Gerne hätte man zum Beispiel auch gewusst, welche Herangehensweise sich für welches Thema eignet, was aber nur sehr implizit (etwa in Bezug auf historische Dokumentation im Bereich des ‚Documentary‘, vgl. S. 77ff.) geschieht. Dies wäre insbesondere von Interesse gewesen, um noch einmal stärker die kommunikativen Ziele herauszuarbeiten, die so gut wie gar nicht in den entsprechenden Kapiteln auftauchen.

Unter der Prämisse ist es dann eigentlich auch nicht sinnvoll, dass alle fünf Beispielfilme auf der DVD sich mit ein- und demselben Thema beschäftigen, was eigentlich der vorgelegten Charakteristik widerspricht.

Zuletzt sei noch erwähnt, dass generell der despektierliche, manchmal weinerliche Ton des Autors über die Situation des Dokumentarfilmregisseurs in Deutschland die angestrebte Wissenschaftlichkeit verfehlt. Dies beginnt schon früh in Bezug auf dokumentarische Formen des privatkommerziellen Fernsehens: „Der junge Autor einer Scripted Reality Serie, der sich mit einer Mischung aus Unwissenheit und selbstgefälligen Kalkül über die komplexe Tradition des Direct Cinema hermacht, dabei aber nur noch Versatzstücke davon übrig lässt und dadurch die Glaubwürdigkeit dieser filmischen Form für immer beschädigt, richtet schweren Schaden an.“ (S. 47).

Das klingt dann doch sehr vorgestrig, denn dass diese filmischen Richtungen keine Reinformen sind und heute im hybriden und durchformatierten Fernsehkosmos eine untergeordnete Rolle spielen, sollte dem Verfasser (wie auch fast jedem Leser) bekannt sein und ist per se auch noch kein Anlass, ein Schreckensszenario auszumalen, denn jede filmische Richtung hat sich bislang historisch weiterentwickelt.

Gerade das letzte Kapitel zu den Produktionsbedingungen für den nonfiktionalen Film (Fernsehen, Medienausbildung, wirtschaftliche Situation, vgl. S. 118ff.) hätte noch einmal eine wichtige Brücke zur Praxis schlagen können, diskutiert aber ausschließlich die schwierige Situation des – im Verständnis von Thorolf Lipp – anspruchsvollen Dokumentarfilms in Deutschland.

Besonders problematisch erscheint auch das Selbstverständnis der Gattung, der – aus dem öffentlich-rechtlichen Programmauftrag heraus – der Autor eher die Bereiche Bera-

tung, Information und Bildung zuordnet, während offenbar die Doku keine oder nur ein bisschen Unterhaltung sein darf: „Auch bei der Themenwahl spielen viel zu häufig Kriterien eine Rolle, die den Unterhaltungsaspekt betonen, und den Auftrag von Bildung, Information und Beratung bestenfalls nebenbei bedienen.“ (S. 122).

Dem ließe sich entgegenhalten, dass selbst vom Autor als gelungen erwähnte Beispiele wie etwa Morgan Spurlocks „Super Size Me“ (2006, vgl. S. 110) zunächst vom Unterhaltungsaspekt des Dokumentarischen ausgehen und diesen dann mit den anderen Anliegen verknüpfen. Dazu kommt, dass viele Argumente in der Kürze des Bandes mehrfach gebracht werden, was beim Durchlesen zu gewissen Redundanzen führt (etwa zur Verknappung des ZDF-Reportage-Formats „37 Grad“ von 45 auf 30 Minuten, vgl. S. 28, S. 125).

Das Anliegen von Thorolf Lipp, eine erste Orientierung in Bezug auf den nonfiktionalen Film vorzulegen, ist wichtig und sinnvoll. Der Autor bietet einige gute Vorstrukturierungen und Perspektivierungen, die aber unbedingt in einer Überarbeitung noch ausgeführt und wissenschaftlich fundierter in den aktuellen Forschungsstand eingebettet werden müssten sowie insgesamt stärker auf bereits geführte Debatten um die Gattung bezogen werden könnten.

Florian Mundhenke, Leipzig

Norbert Schneider

Autonomie und Transparenz

Privatsphäre und öffentlicher Raum in Zeiten der Digitalisierung

Schriftenreihe der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb), Bd. 27

Berlin: VISTAS Verlag GmbH 2012, 147 Seiten.

Der sogenannte Zwischenbericht, ursprünglich gedacht für die Landesmedienanstalt NRW, konzentriert sich auf die Rolle von Fernsehen und Internet hinsichtlich Öffentlichkeit und Privatheit. Schneider operiert weitgehend nicht mit „empirisch gestützten Beweisen“, sondern nutzt seine Erfahrungen, die er „mit Medien in über vierzig Jahren in sehr verschiedenen Funktionen an sehr verschiedenen Orten gemacht“ hat und beschränkt sich auf „die Ausbildung von Vermutungen und Hypothesen“ (S. 8). Er erörtert verschie-

dene Standpunkte in Vergangenheit und Gegenwart und wirft die spannende Frage auf, ob das „eigentlich revolutionäre an der Digitalisierung“ die „Erschaffung neuer Formen des Zusammenlebens jenseits von privat und öffentlich, und, damit eng verbunden, eines neuen Bildes des Menschen“ ist (S. 9). Primär will er den Diskurs zu den „soziologisch-philosophischen ‚Theorien über die Öffentlichkeit‘“ referieren (S. 37).

„Zwischenbericht“ meint wohl eine Analyse vorliegender, mehr oder weniger wissenschaftlicher Aussagen (medientheoretisch, medienkritisch, juristisch, vor allem philosophisch). Eine Fleißarbeit. Wer das allerdings für Forschung oder Lehre nutzen will, muss die 133 Seiten (plus 13 Seiten ausgewählte Literatur) schon komplett lesen, weder Zwischenüberschriften noch andere Hilfsmittel helfen beim Finden spezieller Aussagen, auch nicht die entsetzlich vielen Kursiv-Stellen.

Zunächst verhandelt Schneider in elf Thesen den Internet-Widerspruch zwischen Partizipation, „die erst noch gelernt werden muss“ (S. 24), und Risiken sowie Irritationen des Nutzers, der ein Gefühl der Unsicherheit wie zur Zeit der Maschinenstürmerei verspürt (S. 25). Er sieht, dass auch im Alltagsleben „zwischen privat und öffentlich etwas Substanzielles in Bewegung geraten ist – zu Lasten des Privaten“ (S. 30). Letztlich geht es ihm um Werte: Die „Beschäftigung mit der Entwicklung der Privatsphäre und der öffentlichen Sphäre“ rufe einen Kontext auf, „in dem stellvertretend die Frage verhandelt wird, welches Gefüge von Werten allgemein akzeptiert und aktuell strittig ist, und was davon sich unter dem Druck der Digitalisierung im Gefüge der Werte und mit Blick auf einzelne Werte tatsächlich verändert; welche Werte es wert sind, dass man um und für sie kämpft.“ (S. 35)

Definitionen und Geschichte von Privatheit und Öffentlichkeit werden in den Kapiteln 2 und 3 aufgearbeitet. Der Autor sieht sie als Kategorien, die nur in ihrer Komplementarität und Gegensätzlichkeit begriffen werden können und beklagt eine empirische Unschärfe. Kapitel 4 („Die fünfte Wand“) verfolgt die Hypothese: „das Fernsehen hat auch als öffentlich-rechtlich organisiertes Medium – nicht nur Öffentlichkeit hergestellt, sondern von Anfang an die private Sphäre erstmals im großen Stil entprivatisiert.“ (S. 59) Eine große Rolle spielten dabei der Zwang zur Unterhaltung (versus Relevanz), das Jederzeit-Fernsehen (Vollprogramm) und besonders das Privatfernsehen

(„Big Brother“ als „Wendepunkt“). Der neuerliche Auswuchs dafür heißt: Alles Geschehen wird zur Krise gemacht.

Schneider bestimmt im fünften Kapitel, das sich konzentriert mit der Digitalisierung befasst, zunächst das Internet als „Infrastruktur, auf der alle möglichen Medien ihre Verbreitung finden können.“ (S. 80) Eine Betrachtungsweise, die sich leider viel zu wenig durchsetzt. Seine Thesen: Mit dem Internet wird die Herrschaft des Sender-Empfänger-Paradigmas geschwächt, die Möglichkeiten öffentlich zu kommunizieren, sind sprunghaft gewachsen, die Grenze zwischen privat und öffentlich nicht mehr deutlich sichtbar; obwohl alles immer überall und für jedermann verfügbar ist, entstehen kleinere Öffentlichkeiten, die der Autor „neue“ nennt (S. 88).

Sie sind auch eine „Ausstellungsfläche, auf der jeder alles zeigen kann, was und wer er ist und hat. Freiwillig, geplant, gewollt, zufällig; aber auch unfreiwillig, erpresst, genötigt, aus technischen Gründen abgefordert“ (ebd.). Problematisch dabei ist, wer das alles zur Kenntnis nimmt. Mit der Vereinzelung in (z.T. sogar geschlossenen) Foren etc. entsteht ein „Öffentlichkeitsverlust“. Die Leistung der Massenmedien müsse deshalb noch lange darin bestehen, „das alles, was da aus allen ... Quellen quillt“, zu verbinden, zusammenzuführen und auf einer „möglichst allen zugänglichen Plattform so (zu) präsentieren, dass es auch rezipiert wird.“ (S. 89)

Das Fazit konzentriert sich auf die gesellschaftlichen Auswirkungen (u.a. mit „Selbstentäußerung, die Schleusen des Privaten öffnet“, „Krise der Gesellschaft“ und „Datenraub als Menschenraub“). Wer bis hierher gelesen hat, kann den Eingangssatz gut nachvollziehen: „Es ist unmöglich, auf einen einfachen Nenner zu bringen, was die Digitalisierung für den Fortbestand der Privatsphäre und der öffentlichen Sphäre bedeutet, was sie an Positivem und was sie an Bedenklichem hervor gebracht hat, wie sich das auf die Relation von Autonomie und Transparenz ausgewirkt hat.“ (S. 109) Seine Globalfragen: Was findet den Weg in die Öffentlichkeit? Wie wird Öffentlichkeit durch Massenmedien organisiert? Und wie kann man „nicht nur die Privatheit vor einem Ausbluten ins Öffentliche schützen, sondern komplementär auch das Öffentliche vor einer Überwältigung durch irrelevante Privatheiten?“ (S. 116)

Der Autor ist allesamt weit davon entfernt, dass Internet zu verteufeln, doch etwas Pes-

simismus bleibt schon, prägnant, vielleicht auch überspitzt (?) im letzten Satz: „Es wird eine der interessantesten Fragen der nächsten Jahrzehnte sein, ob das Individuum, wenn ihm denn angemessene Unterstützung durch die Gesellschaft zu teil¹ wird, diese Anstrengung [auf völlig neue Weise aktiv zu werden] auf sich nehmen wird. Verweigert es sich, dann ist zumindest seiner Privatheit, damit aber auch ihm selbst, seinem Selbst, nicht mehr zu helfen.“ (S. 133)

Ein „Norbert Schneider“, so wie ihn viele von früheren Äußerungen auf Tagungen und in Pressebeiträgen kennen und schätzen, ist das nicht. Nur wenige Sätze erinnern daran. Etwa, wenn hinsichtlich der Auswirkungen von Computerspielen zu lesen ist, „über die säkularisierte Theodizeefrage (müsse) öffentlich gegrübelt und gegröbelt werden“ (S. 19) Oder auch: Wenn sich die Regulierer in der digitalen Welt „nicht bewegen, werden sie zu Post-Gardisten, die noch immer eine Stellung aus dem letzten großen Krieg halten, obwohl er längst beendet ist.“ (S. 29)

Margarete Keilacker, Wermsdorf

Andreas Kötzing

**Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg
Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive 1954 – 1972**

Göttingen: Wallstein Verlag 2013, 427 Seiten.

Unter den zahlreichen Filmfestivals, die in verschiedenen europäischen Ländern im Laufe der 1950er Jahre gegründet wurden, hoben sich die Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen (1954) und die Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche (1955) durch ihre besondere Beziehung zum jeweils anderen deutschen Staat ab. Beide formulierten in ihren ersten Jahren den Anspruch, sich als blockübergreifende kulturelle Veranstaltung zu präsentieren: Während sich die Leipziger Filmwoche in ihren ersten Jahren als gesamtdeutsches Festival vorstellte, sollte die Einladung von Filmschaffenden aus den sozialistischen Ländern ab 1956 die Entwicklung des Oberhausener Festivals entscheidend bestimmen (vgl. 70f.).

Andreas Kötzing, der schon seit einem Jahrzehnt dieses Forschungsfeld bearbeitet, kon-

.....
¹ Leider ist das hier nicht der einzige orthographische Fehler. Eine nochmalige Durchsicht hätte dem Büchlein gut getan.

zentriert sich in diesem Band zeitlich auf die ersten fast 20 Jahre der Geschichte beider Festivals bis zum Abschluss des Grundvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972, und thematisch auf die Auswirkungen, die der Ost-West-Konflikt auf beide Seiten hatte.

Damit legt Kötzing eine gemeinsame Betrachtung der gesamtdeutschen Vergangenheit in Form einer integrativen deutschen Nachkriegsgeschichte vor, wofür er auf den methodischen Ansatz einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ zurückgreift, die er in Anlehnung an die Arbeiten von Christoph Kleßmann umsetzt. Dabei stehen sowohl die „Verflechtung“ als auch die „Abgrenzung“ beider Festivals zueinander im Zentrum seiner Überlegungen (vgl. S. 23f.).

Kötzing schreibt somit nicht nur eine Institutionsgeschichte beider Festivals; er formuliert gleichzeitig sowohl eine Geschichte derjenigen Filme, die gezeigt wurden – oder werden sollten –, als auch eine exemplarische Analyse der Kulturpolitik beider deutscher Staaten in diesem Zeitraum. Das Resultat ist somit eine Geschichte, die von Konkurrenz, Austausch und (oft auf einer persönlichen Ebene geführter) Kooperation geprägt war.

Der Text, der auf eine 2012 verteidigte Dissertation an der Universität Leipzig zurückgeht, teilt den Untersuchungszeitraum in drei Phasen ein: Eine erste Periode, die die schwierigen Anfänge beider Institutionen nachzeichnet, geht von deren Gründung bis zum Mauerbau; eine zweite deckt dann die Zeit bis zum Prager Frühling ab und eine dritte spannt sich, im Zuge internationaler Entspannungspolitik, von 1968 bis 1972. Hervorzuheben sind die Entwicklungen in der Phase zwischen 1958 und 1968, denn sie erzählen eine Geschichte von wachsender Distanzierung der Festivals voneinander, die aufgrund der schwierigen West- bzw. Ostintegration beider deutscher Staaten, der Neuausrichtung der SED-Kulturpolitik ab 1957 oder des Mauerbaus 1961 oft zu einem Abgrenzungsbedürfnis auf beiden Seiten führte.

Filmästhetische Fragen gerieten somit in den Diskussionen oft in den Hintergrund. In Oberhausen nutzte z.B. die eingeladene DDR-Delegation das Festival bis 1968/69 als politisches Schlachtfeld, um ihre Forderungen zu unterstreichen, besonders in Bezug auf die Behandlung der Frage nach ihrer staatlichen Anerkennung (vgl. S. 123f.).

Die ostdeutschen Beiträge wurden oft in den Programmheften folgendermaßen gekennzeichnet: „ausgewählt vom ‚Club der Filmschaffenden der DDR‘“. „Der Wegfall der Gänsefüßchen entspannte die Situation in Oberhausen“, (S. 333) konstatiert Kötzing zu der Zeit ab 1968 und sieht dabei einen Bedeutungsverlust der „Deutschen Frage“ im westdeutschen Festival (S. 331f.), der parallel zu den Annäherungsgesten im Rahmen der „Neuen Ostpolitik“ zu erkennen war. In Leipzig wurden generell keine kritischen Auseinandersetzungen mit dem eigenen politischen System geduldet, was z.B. 1967 zum Boykottaufruf des westdeutschen Produzentenverbandes führte.

Weitere Formen direkter politischer Kontrolle, die Kötzing überzeugend zu zeigen weiß und die einen zentralen Aspekt des vorliegenden Bandes ausmachen, beziehen sich u.a. auf die Machenschaften des Interministeriellen Ausschusses im Rahmen des Oberhausener Festivals schon seit den späten 1950er bis Mitte der 1960er Jahre (vgl. u.a. S. 82, 125 oder 131) und auf die Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit – sowohl in Leipzig als auch als Teil der DDR-Delegation in Oberhausen.

Der Verfasser bietet eine konzise Analyse des gesamten Zeitraums. Darüber vergisst er aber nie die konkreten Konflikte um bestimmte Filme. Die Erzählung wird an diesen Stellen am reichsten und spannendsten – siehe z.B. die Geschichte um die Aufführung von Walter Heynowskis „o.k.“ 1965 in Oberhausen (vgl. S. 275f.) sowie „Kommando 52“ und „Der lachende Mann“ (von Heynowski gemeinsam mit Gerhard Scheumann) in Leipzig 1965 bzw. 1966 (S. 215f.).

Es gelingt Kötzing, nicht nur eine Geschichte beider Festivals zu schreiben, sondern auch ihrer Verflechtungen und Reaktionen auf das zeitpolitische Geschehen. Und so schafft er es gekonnt, die konkreten Ergebnisse in einen allgemeineren, reflektierten Zusammenhang einzuordnen. Die Geschichte beider Festivals wird somit an zahlreichen Stellen zu einer Geschichte der Beziehungen beider deutscher Staaten.

Insgesamt schließt somit das vorliegende Werk eine Forschungslücke auf eine äußerst überzeugende und innovative Art. Es macht, wie die besten filmwissenschaftlichen Arbeiten, nicht nur Lust auf Kino, sondern auch auf weiteres Wissen. Im Hinblick auf die Ge-

schichte der Filmfestivals nach 1972 kann man sich dementsprechend nur einen Autor wünschen, der sich an den von Kötzing in dieser Studie gelegten Qualitätsstandards orientiert. Dieses Buch verdient eine große Leserschaft.

Fernando Ramos Arenas, Leipzig

Julia von Heinz

Die freundliche Übernahme. Der Einfluss des öffentlich-rechtlichen Fernsehens auf den deutschen Kinofilm von 1950 bis 2010

Baden-Baden: Nomos 2012, 355 Seiten.

Die Geschichte des Kinos und des Fernsehens in Deutschland lässt sich als eine der Interdependenzen lesen, vor allem in ökonomischer Hinsicht. Ein bekanntes Beispiel aus jüngerer Zeit stellen die Äußerungen von Volker Schlöndorff dar. Im Jahre 2007 sprach sich dieser in der „Süddeutschen Zeitung“ gegen die „unheilige Allianz“ von Kinoproduzenten und Fernsehredakteuren aus, die verstärkt auf die Konzeptionierung und Realisierung so genannter „Amphibienfilme“ setzten. Gemeint sind Filme wie „Die Päpstin“ oder „Die Buddenbrooks“, die sowohl im Kino als auch als Mehrteiler im Fernsehen zu funktionieren haben – zugunsten von (Förder-)Geldvorteilen und Kostenersparnissen, jedoch, so Schlöndorff, zu Ungunsten einer dem Kino angemessenen, ästhetisch-dramaturgischen Form, die jeglichen Attraktionswert verlöre und den Zuschauer gleich zu Hause auf die doppelt so lange TV-Version warten ließe.

Dass derartige Debatten über das deutsche Fernsehen als angeblicher Feind des Kinos oder darüber, was einen Kinofilm zum Kinofilm und einen Fernsehfilm zum Fernsehfilm macht, nicht neu sind und seit dem Erstarren des Fernsehens in den 1960er Jahren immer wiederkehren, darauf verweist Julia von Heinz in ihrer Dissertation über den „Einfluss des öffentlich-rechtlichen Fernsehens auf den deutschen Kinofilm von 1950 bis 2010“. Akribisch zeichnet die Autorin darin die Entwicklungslinien beider Institutionen und ihr stetes Zusammenwachsen nach, mit dem Schwerpunkt auf die gemeinsame wirtschaftspolitische Historie.

Der Haupttitel „Die freundliche Übernahme“ versteht sich dabei nicht als zynischer Kommentar, auch wenn man dies nach den detailliert beschriebenen Grabenkämpfen, die

die Filmwirtschaft und die Öffentlich-Rechtlichen über Jahrzehnte hinweg miteinander ausfochten, meinen könnte. Die Bezeichnung bezieht sich gemäß Julia von Heinz auf eine in den 2000er Jahren einsetzende, vorläufige Endphase, in der die Filmschaffenden beider Institutionen längst zu einer – wie es zuerst Katja Nicodemus formulierte – „Kino-Fernsehen-Großfamilie“ zusammengewachsen seien (S. 289), die sich in der Mehrheit mit der „totalen einseitigen Abhängigkeit von den Sendern“ (ebd.) arrangiert hätte.

Nicht zuletzt spiegelt der Titel „Die freundliche Übernahme“ damit die Perspektive junger Filmemacher/innen wie Julia von Heinz wider, die die insbesondere Ende der 1990er Jahre zunehmende Beteiligung der öffentlich-rechtlichen Sender an Förderprogrammen zu schätzen wissen, da sie die Produktion von Debütspielfilmen erst ermöglichen und „mit diesen Nachwuchsprogrammen der Grundstein für das deutsche Kino von heute gelegt wurde.“ (S. 193)

Bei ihrer Beschreibung der wesentlichen „ökonomische[n], politische[n] und diskursive[n] Pendelschläge“ (S. 115), innerhalb derer „die Filmwirtschaft und der deutsche Kinofilm in eine größere Abhängigkeit von den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern [gerieten]“ (ebd.), stützt sich Julia von Heinz vor allem auf die Vorarbeiten von Gunther Faupel und Martin Blaney. Von Heinz` vorgenommene Ergänzungen und Aktualisierungen, bei denen sie sich auf Fachzeitschriften, Interviews, Internetrecherchen und das Feuilleton der überregionalen Presse bezieht, bestechen durch einen Detailreichtum, bei dem der Leser dank der klaren Sprache und Struktur allerdings nie die Übersicht verliert.

Die fünf Phasen seien im Folgenden grob nachskizziert: Zwischen 1950 und 1961, der ersten Phase, führten das deutsche Kino und die öffentlich-rechtlichen Sender eine voneinander überwiegend unabhängige Koexistenz und verstanden sich als Institutionen unterschiedlicher Unterhaltungs- bzw. Bildungsformate. Dabei „folgte [das Fernsehen], wie bisher der Hörfunk, seinem Kulturauftrag (...), während Kino für das ungewöhnliche Erlebnis stand.“ (S. 86)

Als sich gegen Ende der ersten Phase ankündigte, dass sich aufgrund der großen TV-Publikumsresonanz auf ausgestrahlte Spielfilme das Fernsehen als eine mit dem Kino konkurrierende, aber eben öffentlich-rechtlich ab-

gesicherte Spielstätte entpuppte, kam es zu Spannungen. Zwar begann das Personal der Kinoindustrie, die sich vom Ende des 1950er-Besucherbooms nicht so schnell erholen sollte, in der zweiten Phase (1962 bis 1973) erfolgreich Filme mit den Fernsehsendern zu produzieren. Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) stellte jedoch zur gleichen Zeit Forderungen an die Öffentlich-Rechtlichen, die sie für die Zuschauereinbußen verantwortlich machten. Eine dritte Phase sieht von Heinz in den Jahren zwischen 1974 und 1983.

In dieser „wurde mit dem Film-Fernseh-Abkommen [im Jahre 1974] der Grundstein für die völlige Verschmelzung beider Medien gelegt, wobei (...) der Kinofilm in die Abhängigkeit der öffentlichen-rechtlichen Sender geriet“ (S. 319). Denn die Sender behielten mit ihren freiwilligen Zahlungen in einen Filmförderpotopf das Recht auf eine inhaltliche Mitbestimmung der so koproduzierten Filme und „erhielten (...) für verhältnismäßig wenig Geld die deutschen und internationalen, zeitlich unbegrenzten Ausstrahlungsrechte“ (S. 145).

Zwischen 1984 bis 1997, der vierten Phase, festigte sich der Einfluss der Öffentlich-Rechtlichen auf den deutschen Kinofilm, da sie die Gremien neu gegründeter Länderförderungen größtenteils besetzten und „mit [ihren] Nachwuchsprogrammen die Regisseure der nächsten Generation hervorbrachte[n]“ (S. 258). In den 2000er Jahren, der Zeit der fünften Phase, erhielt der Kinofilm u. a. über die Einrichtung des Deutschen Filmförderfonds wirtschaftliche Rückendeckung.

Die Verschmelzung der Kinobranche mit den Spielfilmredaktionen von ARD und ZDF, die für den nationalen wie internationalen Erfolg von Filmen wie „Der Untergang“ oder „Der Baader-Meinhof-Komplex“ mitverantwortlich zeichneten, war allerdings längst vollzogen.

Zusätzlich zur übersichtlichen Schilderung dieser hier nur angerissenen, ereignisreichen Wechselbeziehung zeichnet sich die Dissertation durch zwei Neuheiten innerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema aus. Zum Ersten leitet von Heinz jedes Hauptkapitel mit einer Tabelle ein, die erstmalig in konkreten Zahlen den jährlichen Anteil von Fernsehkoproduktionen an deutschen Kinofilmen wiedergibt. Zusammengetragen aus SPIO-Produktionsspiegeln, den Daten des Deutschen Filminstituts und eigenen Internetrecherchen, belegen sie den

zunehmenden Fluss an Sendergeldern in deutsche Kinoproduktionen, relativieren aber auch die allgemein akzeptierte, jedoch zu extreme Zuspitzung, nahezu jeder deutsche Kinofilm sei in den letzten Jahren koproduziert worden (S. 26).

Zum Zweiten zeigt von Heinz auf, inwiefern es in Deutschland neben der ökonomischen auch auf der inhaltlich-ästhetischen Ebene zu einer Symbiose zwischen Kino und TV kam. Bisher hatten sich Untersuchungen entweder ausschließlich mit der einen oder der anderen Ebene beschäftigt. Die Antwort auf die Frage danach, wie der ideale TV-Spielfilm in Abstimmung mit den fernsehtechnischen Bedingungen (kleiner Schwarz-Weiß-Bildschirm) und dem öffentlich-rechtlichen Kulturauftrag auszusehen hätte, fanden die Filmschaffenden der Nachkriegsjahre zunächst in kammerspielartigen Inszenierungen, die sich „de[m] Menschen in Dramaturgie und Bild“ (S. 317) verpflichteten. In den 1960er und 1970er Jahren kam es zu einer zunehmenden „Filmisierung“ des Fernsehspiels“ (S. 135).

Die Programmverantwortlichen trennten sich vom starren 3-Kamerasystem, öffneten sich neuen (Außen-)Settings, blieben aber einer realistischen Darstellung treu. Als immer weniger Zuschauer deutsche Filme im Kino konsumierten, „[sollte] das Fernsehen nicht mehr nur das kompensieren, was im Kino nicht zu sehen war, sondern es sollte die Leistung erbringen, die das Kino als Unterhaltungsmedium einst erbracht hatte“ (Schneider 1994, S. 285, zit. nach S. 161). Und so „war es“ – auch angesichts der sich vergrößernden TV-Bildformate und der Bildwiedergabe in Farbe – „Mitte der 1970er Jahre überholt, für jedes der beiden Medien eine spezifische Ästhetik einzufordern.“ (S. 162)

Anstatt sich ausschließlich TV-„Wirklichkeitsspielen“ zu widmen, setzten die Sender auch auf die Produktion von phantastischen Erzähl- und stilisierten Bilderwelten, und versuchten sich in den 1990er Jahren gegenüber der aufkommenden Privatsender-Konkurrenz im Spagat zwischen kultureller und kommerzieller Qualität.

Die ausführliche Studie hat das Potenzial, zu einem medienhistorischen Standardwerk zu avancieren. In der Einleitung wird darüber hinaus zu Recht auf die Relevanz des Buches für die Rezeption der neuen Medien (vgl. S. 25) hingewiesen. Zahlreiche in von Heinz' Buch wiedergegebene Diskussionen, beispiels-

weise diejenige über die Ohnmachtsbekundungen der Filmwirtschaft gegenüber dem jüngeren Medium, oder das Hauptthema vom Zusammenwachsen unterschiedlicher Medien, antizipieren (Teil-)Abläufe in den Wechselbeziehungen zwischen Kino und Internet bzw. zwischen TV und Internet. Sie könnten zum besseren Verständnis neuer medialer Konvergenzen beitragen.

Sebastian Kuhn, Berlin

Sabine Mecking, Yvonne Wasserloos (Hg.)

Musik – Macht – Staat. Kulturelle, soziale und politische Wandlungsprozesse in der Moderne

Göttingen: V&R unipress 2012, 399 Seiten.

Das Verhältnis von Musik und Politik in der Geschichte ist ein mittlerweile gut etabliertes Forschungsgebiet, das sowohl von Historiker/innen wie von Musikwissenschaftler/innen bearbeitet wird. Viele Fragen nach den genauen politischen Wirkungsweisen und Funktionsmechanismen der Musik sind gleichwohl noch immer offen bzw. umstritten. Das liegt nicht zuletzt an der Musik selbst, die im eigentlichen Sinn keine „Ausdrucksfunktion“ (Pierre Bourdieu) hat und deren nicht-sprachliche Wirkung im Medium des wissenschaftlichen Diskurses schwer zu greifen ist. Dass Musik in ihrer außermusikalischen Umwelt Wirkungen entfaltet und politisch instrumentalisiert werden kann, steht jedoch außer Frage und lässt sich anhand vieler historischer Beispiele belegen und untersuchen.

Der vorliegende Sammelband der Historikerin Sabine Mecking und der Musikwissenschaftlerin Yvonne Wasserloos tut genau das und geht dem Verhältnis von Musik, Macht und Staat von der Frühen Neuzeit bis ins späte 20. Jahrhundert nach. Er behandelt dabei in erster Linie die deutsche Geschichte, mit Ausflügen ins Frankreich der Revolutionsjahre (Michael G. Esch), in die frühe bis mittlere Sowjetunion (Kerstin Armbrorst-Weihs) und zum Nordirland-Konflikt der 1980er Jahre (Yvonne Wasserloos). Hervorgegangen ist er aus einer kooperativ von der Heinrich-Heine-Universität und der Robert Schumann Hochschule in Düsseldorf veranstalteten Ringvorlesung, die im Sommersemester 2010 stattgefunden hat.

Mecking und Wasserloos geben in ihrer informativen Einführung einen guten Überblick über die Forschungsdiskussion zur „politischen Musik“ (vgl. S. 30ff) und beschreiben

das Spannungsverhältnis zwischen der Autonomie der Musik als Kunst und ihrer Funktionalisierung im politischen Kontext, das auch vielen der folgenden Beiträge zugrunde liegt. Klaus Pietschmann weist in seinem Beitrag über die höfische Musik in der Frühen Neuzeit jedoch mit Recht darauf hin, dass diese Gegenüberstellung von autonomer und funktionaler Musik eine Erfindung des 19. Jahrhunderts ist, die den akademischen Diskurs besonders in der Musikwissenschaft allerdings bis in die Gegenwart hinein prägt (ebenso wie die Gegenüberstellung von Kunst- und Unterhaltungs- bzw. Trivialmusik). In historisch und kulturell vergleichender Perspektive stellt die Idee einer autonomen Musik, deren Kunstcharakter durch ihre politische oder sonstige Funktionalisierung beschädigt wird, jedoch den europäisch-bürgerlichen Ausnahmefall dar.

Aus Platzgründen können die Beiträge des Sammelbands nicht einzeln vorgestellt werden. In der Zusammenschau fällt jedoch auf, dass der Band den Charakter der Ringvorlesung nicht ganz abgeschüttelt hat. Die einzelnen Beiträge gehen zum Teil sehr unterschiedlich vor und die Leitfrage nach dem Verhältnis von Musik, Macht und Staat wird nicht in allen von ihnen gleichermaßen behandelt. So geht etwa Andreas Jacob in seinem Überblick über die Musikentwicklung während der Weimarer Republik zwar auf die ideologischen Diskussionen um den „Kultur-“ bzw. „Musikbolschewismus“ (vgl. S. 159) ein, spart staatliches oder im engeren Sinn politisches Handeln jedoch aus.

Christoph Nonn erwähnt in seinem lesenswerten Beitrag über den „Schlager und die westdeutsche Gesellschaft nach 1945“ leider nur in einem Absatz den Einsatz von Schlagermusik im CDU-Wahlkampf von 1972 (vgl. S. 281f.), konzentriert sich ansonsten aber auf die Frage, inwiefern die Popularität oder Nicht-Popularität deutscher Schlager etwas über gesellschaftliche Entwicklungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft aussage. „Soziale“ und „politische“ Wandlungsprozesse, von denen der Untertitel des Bandes spricht, sind aber nicht umstandslos gleichzusetzen und haben auch nicht automatisch etwas mit dem Verhältnis von Staat und Musik zu tun.

In anderen Beiträgen, wie dem Aufsatz von Sabine Mecking über Gesang und Nation im 19. Jahrhundert oder in Manfred Heidlers Beiträgen über Militärmusik im Kaiserreich

und in der DDR, steht dieses Verhältnis dagegen unmittelbarer im Zentrum. Zu den Vorzügen des Bandes ist dabei zu zählen, dass er neben den Beispielen staatlicher Musikkontrolle in Diktaturen (Drittes Reich, Sowjetunion und DDR) auch das Verhältnis von Staat und Musik in demokratischen Systemen, v.a. am Beispiel von Protestmusik von den 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre, behandelt.

Insgesamt ist seine Lektüre an Musik und Geschichte Interessierten daher zu empfehlen, auch wenn die Beiträge – wie bei Sammelbänden üblich – für die Leitfrage unterschiedlich ergiebig sind und die oben angesprochenen systematischen Fragen des Forschungsfeldes weiterhin offen bleiben.

Daniel Morat, Berlin

Nach Redaktionsschluss

Ursula Wagenführ gestorben

Uns erreichte die traurige Nachricht, dass Ursula (Ulla) Wagenführ (auch bekannt unter ihrem Pseudonym Andrea Brunnen) am 4. November 2013 im Alter von 90 Jahren verstorben ist. Der Studienkreis, dessen sehr aktives Mitglied sie seit Jahrzehnten war, hat ihr viel zu verdanken. Sie erwarb sich einen Ruf als „Aktivistin der Rundfunkforschung“, weil sie beispielsweise Nachwuchswissenschaftler beriet und auch ihr persönliches Kellerarchiv für sie öffnete. Als Motor, Chefredakteurin, dann Herausgeberin und Verlegerin des Fachdienstes „Fernseh-Informationen“ begleitete sie bis 1998 die Aktivitäten des Studienkreises und kümmerte sich kurz nach der „Wende“ auch um die neuen Entwicklungen im Rundfunk- und Ausbildungsbereich in Ostdeutschland. Der Studienkreis ist ihr sehr dankbar und wird ihr in seinen Gedanken verbunden bleiben.

Margarete Keilacker im Auftrag des Vorstands

Zwei langjährige Studienkreis-Mitglieder erinnern sich:

„Ich lernte Frau Wagenführ im Rahmen der Recherchen zu meiner Dissertation kennen, während derer ich die Familie in Gauting besuchte. Sie hat die Doktorandenkolloquien seit den frühen 1980er Jahren bis in die 2000er mit ihrem Sachverstand und ihrer Geradlinigkeit belebt und befruchtet, anfangs noch gemeinsam mit ihrem Mann, Kurt Wagenführ. Typisch war dabei ihre Lakonie, gepaart mit der Sicherheit, den – schwachen oder starken – Punkt des Themas, des/der Kandidat/in zu treffen. Das resultierte aus einer Kombination ihrer medienhistorisch und medienpolitisch umfassenden Informiert- und Gebildetheit und ihrer jahrzehntelangen journalistischen Praxis. Ich habe sie noch selbst als Doktorand, dann als (Mit-) Verantwortlicher für das Kolloquium und schließlich als Studienkreis-Vorsitzender erlebt, außerdem von 1979 bis 1992 als Organisator des „Offenen Mittwoch“ an der HFF in München.“

Rüdiger Steinmetz, Leipzig

„Nachdem ich das Ehepaar Wagenführ auf den Jahrestagungen des Studienkreises seit 1979 als neu Hinzugekommener nur von ferne wahrgenommen hatte, lernte ich Ursula Wagenführ erst einige Zeit nach dem Tode ihres Mannes (1983) näher kennen. Wir verstanden uns bald gut, ich schätzte die nüchterne wie gradlinige Analyse ihrer mir inzwischen vertraut gewordenen Artikel und Berichte in den „Fernseh-Informationen“, die ebenso ihre Beiträge und Wortmeldungen auf den Tagungen und vor allem in den Arbeitsgruppen auf den Grünberger, Baden-Badener und last but not least den Wittenberger Kolloquien prägte. Manche wissenschaftliche Wolkenkuckucksheime holte sie entweder aus dem eigenen Miterleben der jüngeren Rundfunkgeschichte oder aus intimer Kenntnis der Zustände und Abläufe in den Anstalten auf den Boden der Realität herunter. Als ich als Schrift- und quasi Geschäftsführer des Vereins und dann als zeitweiliger Vorsitzender relativ viel Verantwortung für den Fortgang der Dinge zu übernehmen hatte, gab sie mir manchen guten Rat und ermutigte mich, eingeschlagene Wege weiter zu gehen. Später am Abend beim Bier oder Wein kamen wir dann auch über Privates und Familiäres ins Gespräch. Einmal schwärmte sie von Kapstadt und Südafrika, wo sie wohl häufiger gewesen war. Ich müsse unbedingt einmal dorthin, meinte sie, das sei die schönste Stadt der Welt. Durch familiäre Kontakte beflügelt habe ich auch diesen Rat befolgt und es nicht bereut, dort gewesen zu sein, auch wenn ich die Bewertung nicht ganz teilte.“

Edgar Lersch, Ehrenvorsitzender des Studienkreises, Tübingen

Die nächste Ausgabe von
„Rundfunk und Geschichte“
erscheint voraussichtlich
im Frühsommer 2014.

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Vyara Angelova, geb. 1975, Dozentin, Head of Department „Radio und Fernsehen“, Fakultät für Journalistik und Massenkommunikation, Universität Sofia, Bulgarien; Forschungsprojekte in den Bereichen: Radiojournalismus, Rundfunkgeschichte, Sound environment, Medienethik.
E-Mail: v.angelova@uni-sofia.bg

Eva Boller studierte Journalistik und Kommunikationswissenschaft, Anglistik und Psychologie an der Universität Hamburg und am Trinity College in Dublin. Ihre Magisterarbeit schrieb sie zu dem Thema „Framing in der TV-Auslandsberichterstattung“. Seit Januar 2012 promoviert sie an der Universität Hamburg und hat dafür ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung erhalten. Neben ihrer Promotion arbeitet Eva Boller als freie Journalistin und Redakteurin bei der internationalen Zeitschrift „message“.
E-Mail: Eva.Boller@wiso.uni-hamburg.de

Thomas Beutelschmidt, Dr. phil., geb. 1953, Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Politologie in Freiburg und Berlin; Medienhistoriker, Publizist und Kurator; von 2001-2008 leitender Mitarbeiter der DFG-Forschergruppe „Programmgeschichte des DDR-Fernsehens“ (Humboldt-Universität Berlin); 2009-2010 Studie zu den ostdeutschen TV-Auftragsproduktionen (DEFA-Stiftung); derzeit Durchführung eines interdisziplinären Forschungsprojektes zum internationalen Programmtransfer europäischer TV-Veranstalter von Beginn der 1950er Jahre bis 1990 (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam).
E-Mail: beutelschmidt@gmx.de

Pavla Francová, Mgr., geb. 1984, tätig als Journalistin und Doktorandin an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität in Prag, widmet sich der Journalistenausbildung in der Tschechoslowakei und der DDR in den 70er und 80er Jahren.
E-Mail: francovapavla@seznam.cz

Konrad Hierasimowicz, M.A., geb. 1978, Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZo), promoviert zum Thema belarussische nationale Geschichts- und Identitätsdiskurse in den Neuen Medien am Institut für Soziologie der JLU Gießen.
E-Mail: konrad.hierasimowicz@herder-institut.de.

Stefan Jarolimek, Dr. phil., geb. 1976, tätig als Hochschuldozent für Theorie und Soziologie der öffentlichen Kommunikation (in Vertretung) am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, Dissertation zur Transformation von Öffentlichkeit und Journalismus in der Republik Belarus.
E-Mail: stefan.jarolimek@uni-leipzig.de.

Richard Oehmig, geb. 1980, 2003-2009 Magisterstudium der Neueren/Neuesten Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie an der Humboldt-Universität Berlin, Magisterarbeit zum Thema: „Überholt von der Geschichte? Drei DEFA-Spielfilme im Blickpunkt der Betrachtung“, seit Juli 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZZf im Projekt „Grenzüberschreitungen. Internationaler Programmaustausch als interkulturelle Kommunikation zwischen West- und Osteuropa am Beispiel des DDR-Fernsehens.“
E-Mail: oehmig@zzf-pdm.de

Kristina Offterdinger, geb. 1987, studierte von 2006 bis 2012 Geschichte und Ostslavistik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und ist seit 2010 als Hilfskraft am dortigen Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte tätig. An dem Dissertationsvorhaben arbeitet sie seit 2012. Die Dissertation ist Teil eines größeren Projektes zur sowjetischen Mediengeschichte.
E-Mail: kristina.offterdinger@geschichte.uni-freiburg.de

Leslie McMurtry promoviert zum englischen Radio-Drama an der Swansea University in Großbritannien. Ihr erstes eigenes Hörspiel wurde von Camino Real Productions LLC in Albuquerque, USA, produziert und ausgestrahlt. Sie präsentierte im internationalen Rahmen radiobezogene Abhandlungen und veröffentlichte in kulturellen und medialen Studien.
E-mail: Leslie.mcmurtry@gmail.com

Rüdiger Ritter, Dr. phil., geb. 1966, derzeit Arbeit an einer Habilitation zur Rezeption der Jazz-Sendungen des US-amerikanischen Radiomoderators Willis Conover im ehemaligen Ostblock (FU Berlin). Wichtigste Forschungsprojekte: „Deutsch-russische Fremdenbilder“, „Kollektive Identität und Geschichte in Belarus, Polen, Litauen und der Ukraine“, „Amerikaner in Bremerhaven“, „Widerständigkeit durch Kulturtransfer. Jazz im ‚Ostblock‘“, „Europadiskurse im polnischen Zweiten Umlauf“.
E-Mail: RRitter@gmx.de

Yulia Yurtaeva, Studium der Geschichte, Filmwissenschaften und Medienwissenschaften in Berlin und Potsdam; wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“, Studiengang Medienwissenschaft; Dissertationsprojekt zum Programmaustausch in Osteuropa während des Kalten Krieges. E-Mail: y.yurtaeva@hff-potsdam.de

Michael Zok, M.A., geb. 1982, war tätig als wissenschaftlicher Projektmitarbeiter im LOEWE-Schwerpunkt „Kulturtechniken und ihre Medialisierung“ am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg, Dissertation zur Darstellung und Rezeption des Holocaust im polnischen Fernsehen in den Jahren 1968 bis 1989, derzeit Stipendiat der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission mit einem Forschungsprojekt zu Sexualitätsdiskursen nach dem Zweiten Weltkrieg.
E-Mail: michael.zok@gmx.de